16. Wahlperiode



Plenarprotokoll 16/84

30.04.2015

84. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 30. April 2015

Mi	tteilungen der Präsidentin8549		Antrag der Fraktion der FDP	
Vo	or Eintritt in die Tagesordnung8549		Drucksache 16/8133	8565
de Ka Ul	erpflichtung er Abgeordneten arin Schmitt-Promny (GRÜNE) la Thönnissen (CDU)8550 Polizeiausbildung verbessern: Schwerpunktstudiengänge "Kriminalpolizei" und "Schutzpolizei" einführen		Robert Stein (CDU)	8566 8567 8568 8569 8570
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8124 8550 Werner Lohn (CDU) 8550 Andreas Bialas (SPD) 8552 Verena Schäffer (GRÜNE) 8556 Marc Lürbke (FDP) 8558 Dirk Schatz (PIRATEN) 8560 Minister Ralf Jäger 8561	3	Nach dem schlimmsten Flüchtlings- unglück im Mittelmeer: Die Europäi- sche Union muss Abschottungspolitik mit "Triton" durch ein ziviles europäi- sches Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge ersetzen	
			Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8449	
	Werner Lohn (CDU)		Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8548	
2	Gründer verstehen, Gründer unter- stützen, falsche Signale vermeiden – Neue Gründerkultur gerade im digita- len Zeitalter von besonderer Bedeu- tung Antrag		Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8549	
			Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8567	8573
	der Fraktion der CDU Drucksache 16/8119		Nicolaus Kern (PIRATEN) Serdar Yüksel (SPD)	8574
	In Verbindung mit:		Ilka von Boeselager (CDU)Stefan Engstfeld (GRÜNE)	8575
	Gründungskultur in Nordrhein- Westfalen stärken – Unternehmens-		Dr. Joachim Stamp (FDP) Minister Ralf Jäger	
	gründer besser unterstützen und Wachstumskräfte revitalisieren		Ergebnis	8578

4	Anforderungen an ein Bundesteilha- begesetz		Minister Guntram SchneiderUlrich Alda (FDP)	
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/84438579	7	Ergebnis Abschlussbericht der Enquetekom-	8600
	Josef Neumann (SPD)	1	mission zur Zukunft der Enquetekom- mission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffba- sen, Produkte und Produktionsverfah- ren (Enquetekommission II) Abschlussbericht der Enquetekommission II gemäß § 61 Absatz 3 der Geschäftsordnung Drucksache 16/8500	
5	Pflegekammern in Nordrhein- Westfalen als eine Möglichkeit, die Pflegeberufe aufzuwerten. Welche Perspektiven und Lösungen bieten sie?		zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2012 Drucksache 16/1630 – Neudruck	8600
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8453 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Hans Christian Markert (GRÜNE) Dr. Gerd Hachen (CDU) Guido van den Berg (SPD) Matthias Kerkhoff (CDU) Dietmar Brockes (FDP) Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE) Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	8603 8604 8607 8609 8611
	Drucksache 16/8550 8587 Oskar Burkert (CDU) 8587 Angela Lück (SPD) 8589 Arif Ünal (GRÜNE) 8590 Susanne Schneider (FDP) 8590 Daniel Düngel (PIRATEN) 8591 Ministerin Barbara Steffens 8592	8	"Operation Last Chance" – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden	8614
6	Korrekturen bei der Umsetzung des Mindestlohns umgehend auf den Weg bringen: Bürokratie abbauen – flexible Arbeitszeitmodelle erhalten – Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8445	8616
	sichern Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8457		Marion Warden (SPD) Heiko Hendriks (CDU) Dagmar Hanses (GRÜNE) Dirk Wedel (FDP) Daniel Schwerd (PIRATEN) Minister Thomas Kutschaty Ergebnis	8617 8617 8618 8619 8620
	Simone Brand (PIRATEN)8597			

9	Der Mittelstand im ländlichen Raum braucht Zugang zur schnellen Daten- autobahn – Die Landesregierung	Ergebnis	8
	muss zügig die EFRE-Richtlinie zur Förderung von Breitbandanschlüssen für Gewerbebetriebe vorlegen	12 Europäisierung der Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen	
		Große Anfrage 13	
	Antrag der Fraktion der CDU	der Fraktion der CDU	
	Drucksache 16/84528622	Drucksache 16/7452	
	DIGORGACIIC 10/04020022	Antwort	
	Hendrik Wüst (CDU)8622	der Landesregierung	
	Alexander Vogt (SPD)8623	Drucksache 16/8338 863	9
	Matthi Bolte (GRÜNE)8624		
	Ralph Bombis (FDP)8625	Kirstin Korte (CDU)863	
	Daniel Schwerd (PIRATEN)8626	Hartmut Ganzke (SPD)864	0
	Minister Garrelt Duin8626	Stefan Engstfeld (GRÜNE)864	
	Hendrik Wüst (CDU)8628	Marc Lürbke (FDP)	1
		Dirk Schatz (PIRATEN)864	2
	Ergebnis8628	Minister Ralf Jäger864	4
		Ergebnis864	4
10	Überwachungsmonster PKW-Maut		
	stoppen und nicht auf Kosten der	12 Coots sur Änderung des Kinderhil	
	Freiheit durchsetzen	13 Gesetz zur Änderung des Kinderbil- dungsgesetzes	
	Antrag		
	der Fraktion der PIRATEN	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN	
	Drucksache 16/84478628	Drucksache 16/8446	
	Frank Herrmann (PIRATEN)8628	erste Lesung864	4
	Hubertus Kramer (SPD)8629	515.5 <u>2</u> 554.1g	•
	Klaus Voussem (CDU)8630	Olaf Wegner (PIRATEN)864	.5
	Arndt Klocke (GRÜNÉ)8631	Dr. Dennis Maelzer (SPD)864	6
	Marc Lürbke (FDP)8631	Bernhard Tenhumberg (CDU) 864	
	Minister Michael Groschek8632	Andrea Asch (GRÜNĔ)	
		Dr. Björn Kerbein (FDP)864	.9
	Ergebnis8632	Ministerin Ute Schäfer	
		Ergebnis865	60
11	Geräuscheinwirkungen von Kindern	_ g	_
	und Jugendlichen auf Sportanlagen anders bewerten	Nächste Sitzung865	1
	Antrag		
	der Fraktion der SPD und		
	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
	Drucksache 16/8442		
	Entschließungsantrag		
	der Fraktion der FDP		
	Drucksache 16/85638633		
	Markus Herbert Weske (SPD)8633		
	Josefine Paul (GRÜNE)8634		
	Holger Müller (CDU)8635		
	Dr. Björn Kerbein (FDP)8636		
	Lukas Lamla (PIRATEN)8637		
	Minister Johannes Remmel8638		

Entschuldigt waren:

Andreas Kossiski (SPD) Markus Töns (SPD)

Rainer Deppe (CDU)
(bis 13 Uhr)
Regina van Dinther (CDU)
Jens Kamieth (CDU)
(ab 15 Uhr)
Theo Kruse (CDU)
Thomas Kufen (CDU)
(ab 12 Uhr)
Norbert Post (CDU)

Sigrid Beer (GRÜNE) (ab 11 Uhr) Norwich Rüße (GRÜNE) Verena Schäffer (GRÜNE) (ab 17:30 Uhr)

Holger Ellerbrock (FDP) Angela Freimuth (FDP) Christian Lindner (FDP)

Oliver Bayer (PIRATEN) Michele Marsching (PIRATEN) Birgit Rydlewski (PIRATEN) Kai Schmalenbach (PIRATEN) Torsten Sommer (PIRATEN) Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 84. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **14 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir dürfen auch heute zwei Kollegen zum **Geburtstag** gratulieren, nämlich zum einen Herrn **Michael Hübner** aus der Fraktion der SPD und zum anderen Herrn **Mehrdad Mostofizadeh**, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Liebe Kollegen, herzlichen Glückwunsch und alles Gute zum Geburtstag! Möge der Plenartag in guter Erinnerung bleiben, auch wenn die Debatten vielleicht kontrovers verlaufen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich heute zwei sehr angenehme Pflichten.

Die erste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrifft jemanden, der neben mir sitzt. Ich möchte aus gegebenem Anlass etwas nicht ganz Alltägliches tun. Ich möchte einem Mitarbeiter der Landtagsverwaltung danken, der heute seinen – vorläufig – letzten Arbeitstag hat und dann in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintritt.

Dass ich das hier im Plenum tue, hat einen ganz besonderen und guten Grund: Es handelt sich nämlich um **Hans Lennertz**, den langjährigen Leiter des Referats Plenum und Ausschüsse, das zuständig ist und Verantwortung trägt für den ordnungsgemäßen Ablauf von Ausschuss- und Plenarsitzungen. Er sitzt heute zum letzten Mal hier an diesem Präsidiumstisch.

Verehrter, lieber Hans Lennertz, am 1. August 1980 – es war die 9. Wahlperiode, der Landtag war noch im Ständehaus zu Hause und Präsident war John van Nes Ziegler – begannen Sie Ihren Dienst als Ausschussassistent bei der Landtagsverwaltung und haben seitdem dieses Referat nicht mehr verlassen. Stellvertretender Referatsleiter wurden Sie 1996, Referatsleiter 2002. 2010 konnten Sie auf 30 Jahre im Landtag zurückschauen. Heute, nach gut 1.000 Plenarsitzungen und noch viel mehr Ausschusssitzungen, ist Schluss – einfach Schluss. Deshalb erlaube ich mir im Hohen Hause, nun zum vertrauten Du überzugehen.

Lieber Hans, du hast durch deine fachliche Kompetenz, durch dein großartiges Engagement und nicht

zuletzt durch deine freundliche, liebenswerte Art uns allen einen Dienst geleistet und leistest ihn auch heute, den wir als Abgeordnete gar nicht hoch genug geschätzt haben und auf keinen Fall missen mochten, in der Zukunft aber wahrscheinlich etwas vermissen werden.

Heute gilt es nun, Abschied zu nehmen und vor allen Dingen auch Dank zu sagen – Dank für alles, was du für uns getan hast.

(Auf der Zuschauertribüne ist ein Baby zu hören.)

- Das ist ein Enkelkind von Hans Lennertz.

(Heiterkeit von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Wir wünschen dir von Herzen einen neuen und auch spannenden, aber in keiner Weise mehr belastenden und in jeder Hinsicht selbstbestimmten Lebensabschnitt, damit das Enkelkind auch ganz viel von seinem Opa hat. Das wird insbesondere deine Familie freuen, die ich ganz herzlich auf der Zuschauertribüne hier bei uns im Landtag Nordrhein-Westfalen begrüße.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Lieber Hans, ich kann nur eines sagen: Alles erdenklich Gute für dich! Bleib so, wie du bist. Das Haus hat jederzeit die Tür offen. Bevor wir jetzt beide anfangen, vor Rührung und Abschiedsschmerz zu weinen – denn die Tränen hat er schon in den Augen, wenn ich das verraten darf –, sage ich einfach im Namen aller Kolleginnen und Kollegen – der aktiven und der ehemaligen – ganz, ganz herzlichen Dank. Es war eine tolle, großartige Zeit, die uns extrem geholfen hat. Vielen Dank!

(Langanhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen. – Hans Lennertz nimmt Glückwünsche von Ministerin Sylvia Löhrmann sowie einen Blumenstrauß von Präsidentin Carina Gödecke entgegen.)

Kein Abschied ohne gleichzeitigen Neubeginn: An dieser Stelle darf ich Ihnen allen mit großer Freude den Nachfolger von Hans Lennertz vorstellen, den Sie ja bereits kennen – die Personalentscheidung hat sich im Hause bereits herumgesprochen –: Es ist **Dr. Michael Kober**, der ab sofort die Referatsleitung übernehmen wird.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Lieber Herr Dr. Kober, ich bin fest davon überzeugt – die Kolleginnen und Kollegen, die schon sehr eng mit Ihnen zusammengearbeitet haben, werden mir zustimmen –: Es ist nicht nur eine kluge Entscheidung, sondern eine, bei der wir auf Kontinuität setzen können. Ich bin froh, dass es hier im Interesse des gesamten Parlaments, vor allen Din-

gen im Interesse der Fraktionen, einen so reibungslosen Übergang gegeben hat. Ich und wir alle wünschen Ihnen einen guten Start in der neuen Funktion als Referatsleiter. Herzlich willkommen, alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Jetzt müssen Sie auch die Plätze wechseln; das gehört dazu.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine zweite angenehme Pflicht heute Morgen vor Eintritt in die Tagesordnung ist Ihnen auch bekannt: die Verpflichtung von Abgeordneten gemäß § 2 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung.

Die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 9. und vom 20. April 2015 mitgeteilt, dass mit Wirkung vom 14. April 2015 Frau Karin Schmitt-Promny für die ausgeschiedene Abgeordnete Daniela Schneckenburger von Bündnis 90/Die Grünen und mit Wirkung vom 20. April 2015 Frau Ulla Thönnissen für den verstorbenen Abgeordneten Volker Jung von der CDU-Fraktion Mitglied des Landtags geworden sind.

Ich darf Frau Schmitt-Promny und Frau Thönnissen nun zu mir bitten, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

Liebe Kolleginnen Schmitt-Promny und Thönnissen, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.

(Der Handschlag zwischen Präsidentin Carina Gödecke und den Abgeordneten erfolgt.)

Herzlich willkommen! Damit sind Sie offiziell verpflichtet und eingeführt. Wir wünschen Ihnen alles Gute und einen guten Start. Das Parlament freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen!

Damit können wir in die "normale" Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe auf:

1 Polizeiausbildung verbessern: Schwerpunktstudiengänge "Kriminalpolizei" und "Schutzpolizei" einführen

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8124

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Lohn das Wort.

Werner Lohn (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass dieses Thema heute an exponierter Stelle als TOP 1 besprochen wird. Ich bin mir sicher, dass die Frage, dass unsere Polizei im Land bestens ausgebildet und gut ausgestattet sein muss, die Fraktionen im Landtag eigentlich einen müsste.

Die gute Ausbildung gilt für die Schutzpolizei bzw. den Wachdienst genauso wie für die Kriminalpolizei. Beide Sparten der Polizei können ohne ausreichenden, gut ausgebildeten Nachwuchs nicht mit Erfolg arbeiten.

Um das zu verbessern, fordern wir mit unserem heutigen Antrag die Wiedereinführung der sogenannten Y-Ausbildung. Man spricht von Y-Ausbildung, weil sich die Ausbildungswege nach dem Grundstudium trennen. Das heißt, die Polizeistudenten haben nach einem gemeinsamen Grundstudium die Möglichkeit, sich im Hauptstudium für den Schwerpunkt Kriminalitätsbekämpfung oder Schutzpolizei/Wachdienst zu entscheiden. Ich glaube, dass dadurch die nötige Professionalisierung und Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalpolizei erreicht werden kann.

Diese mögliche Änderung der Ausbildung der Polizei ist nur eine von mehreren Voraussetzungen, um erstens die Ermittlungsqualität, zweitens die Ermittlungsintensität und drittens die Ermittlungserfolge deutlich zu verbessern.

Die Zahlen der Kriminalstatistik zeigen leider, dass die Erfolge in der Verbrechensbekämpfung in Nordrhein-Westfalen trotz größter Anstrengungen der beteiligten Polizistinnen und Polizisten deutlich zu wünschen übrig lassen. Dazu einige Fakten:

Von 1980 bis 2012 ist die Gesamtkriminalität um 50 % gestiegen. Die Gesamtzahl der Straftaten liegt mittlerweile bei über 1,5 Millionen im Jahr, und die Tendenz ist weiter leicht ansteigend.

Die Aufklärungsquote – das ist besonders alarmierend – liegt in Nordrhein-Westfalen seit 2010 beständig unter 50 %. 2009 waren es einmal 50,8 %. Ich will das nicht überbewerten; aber da haben bezeichnenderweise CDU und FDP regiert. Die Aufklärungsquote im Jahr 2014, die wohl 49,9 % beträgt, ist immer noch die schlechteste Aufklärungsquote aller Polizeien in den deutschen Flächenländern. Das können wir so nicht hinnehmen. Ein "Wei-

Landtag 30.04.2015 Nordrhein-Westfalen 8551 Plenarprotokoll 16/84

ter so!" kann es angesichts dieser Zahlen nicht geben.

In dem aktuell vorgelegten kriminalpolitischen Programm der Gewerkschaft der Polizei – GdP – wird diese Misere sehr deutlich beschrieben. Ich kann dem Minister einige Zitate daraus nicht ersparen:

Erstens.

"Sorge bereitet vor allem die hohe Zahl von Diebstählen, die mit 670.000 Fällen pro Jahr fast die Hälfte aller von der Polizei verfolgten Straftaten ausmachen."

Zweitens.

"Gerade bei den Massendelikten gibt es eine Tendenz, dass Straftaten von der Polizei eher erfasst und verwaltet werden, als dass die Täter tatsächlich verfolgt werden."

Drittens.

"Ein von Jahr zu Jahr festzustellender rasanter Anstieg der Kriminalität unter Nutzung der Möglichkeiten des Internets, z. B. im Bereich des Computerbetrugs, bei gleichzeitig dramatisch sinkender Aufklärungsquote wirft die Frage nach angemessener und vor allem wirkungsvoller Strafverfolgung auf."

Viertens.

"Eine immer differenzierter gestaltete Gesetzeslage sowie die Auslegung und Ergänzung dieser Normen erschwert deren Anwendung … Die Wahrnehmung administrativer Aufgaben bestimmt zunehmend das kriminalpolizeiliche Handeln."

Fünftens.

"Besonders auffällig bleibt jedoch insbesondere die hohe Anzahl der Fälle von Wohnungseinbruch. Hier stiegen die Straftaten von 37.393 im Jahr 2007 auf 54.935 im Jahr 2013, was eine Steigerung um ca. 32 Prozent darstellt."

Eine Anmerkung von mir: Die Aufklärungsquote lag 2013 bei unter 13 % und ist 2014 erfreulicherweise leicht angestiegen.

Weiter beklagt die Gewerkschaft der Polizei, dass die Internetkriminalität seit 2009 um 74 % angestiegen ist. Gleichzeitig "sank die Aufklärungsquote auf nur noch 16,7 %".

Ich möchte ein letztes Zitat aus dem GDP-Papier vom 15. April 2015 bringen, das eine Angabe zur Ermittlungsqualität ermöglicht:

"Auffällig ist auch die Relation der polizeilich ermittelten Tatverdächtigen zu den tatsächlich später verurteilten Straftätern. Lag diese Quote im Jahr 1990 noch bei 51,01 Prozent, so ging sie im Laufe der Jahre immer weiter zurück und erreichte im Jahr 2012 mit 35,85 Prozent einen historischen Tiefstand."

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist eine alarmierende Beschreibung der Defizite in der Kriminalitätsbekämpfung unseres Landes. Darin sind sich alle Fachleute und erstaunlicherweise auch alle Polizeigewerkschaften, die sonst miteinander konkurrieren, in der Bewertung einig. Allerdings werden unterschiedliche Lösungsvorschläge daraus abgeleitet.

Kurz eingehen will ich auf einen Lösungsvorschlag der IHK Dortmund, den ich nicht akzeptiere. Die IHK Dortmund hat Fangprämien an Private für die Ergreifung von Einbrechern ausgelobt. Das stand gestern in der "WAZ". Das ist sicherlich bedenklich. Es zeigt umso mehr, wie schutzlos die Bürger sich mittlerweile der Kriminalität ausgeliefert sehen. Der Staat Nordrhein-Westfalen als Dienstherr der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden zieht sich aus unserer Sicht viel zu weit aus den Kernaufgaben zurück.

Wir als CDU-Landtagsfraktion nehmen diese Alarmsignale sehr ernst und haben daher die Forderung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter aufgenommen, wieder zu einer spezialisierten Kriminalistenausbildung zu kommen.

Das ist nichts Neues. Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre gab es unter SPD-Innenministern schon einmal eine solche Y-Ausbildung. Diese hat sich damals bewährt.

Deshalb habe ich die Hoffnung, dass SPD und Grüne heute nicht einfach wegen des Festhaltens an einer eigentlich gescheiterten Einheitspolizei negativ Stellung nehmen. Warten Sie ab! Hören Sie später die Expertenmeinung! Die Einheitspolizei war ein Versuch; aber der ist leider Gottes gescheitert.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wer Professionalität und Erfolge in der Verbrechungsbekämpfung will, der muss etwas dafür tun. Jetzt kommt ein Zitat für die Genossen, das vielleicht zur Beruhigung beiträgt. Das sah sogar schon August Bebel so. Er sagte:

"Genies fallen nicht vom Himmel. Sie müssen Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung haben."

Das ist richtig.

Diese Forderung von August Bebel lässt sich übertragen auf die Bekämpfung des Expertenmangels bei der Kriminalpolizei. Verehrte Kollegen, wir brauchen bei der Polizei natürlich nicht unbedingt nur Genies. Aber ich kann Ihnen sagen: Spezialisten für die Kriminalitätsbekämpfung fallen auch in Nordrhein-Westfalen nicht vom Himmel.

Wie sieht die Ausbildung heute aus? Die Theorie wird an der Fachhochschule vermittelt. Die Theorie wird am Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten in die Praxis umgesetzt

und trainiert. Die Praktika finden in den Kreispolizeibehörden statt.

Leider Gottes bereitet diese Art der Ausbildung nur unzureichend auf die spätere Verwendung in der Kriminalitätsbekämpfung vor. Das ist kein Wunder; denn nur 28 % der echten Ausbildungsinhalte beschäftigen sich im weitesten Sinne mit Kriminalitätsbekämpfung. Mehr als 70 % sind also auf Wachdienst und Schutzpolizei ausgerichtet.

Obwohl vom Ministerium und von interessierten Berufsvertretungen gelegentlich anderes behauptet wird, handelt es sich also faktisch schon heute um eine Art Schwerpunktstudiengang Schutzpolizei/Wachdienst an der Fachhochschule der Polizei.

Das ist auch normal; denn es entspricht der Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Darin steht, dass die Polizeiauszubildenden für die Aufgaben des Wachdienstes – also der Schutzpolizei – befähigt werden sollen, aber im Bereich Kriminalitätsbekämpfung nur Grundkenntnisse erwerben sollen.

Verehrte Kollegen, mit rudimentären Kenntnissen und einem nur vierwöchigen Kriminalpraktikum in den Behörden kann man Kriminalität trotz größten Engagements nicht wirklich erfolgreich bekämpfen. Dafür braucht man umfangreiches Spezialwissen und Erfahrung. Beides geht heute bei der Polizei, insbesondere bei der Kripo, leider zusehends verloren.

Ich drücke es mal etwas einfacher aus: Wer die Kripo anruft, der hat Anspruch darauf, dass er Kripo bekommt. Sie bestellen zu Hause auch keinen Dachdecker, wenn Sie das Bad fliesen lassen wollen. Dementsprechend muss die Ausbildung umgestaltet werden.

Unsere Kriminalpolizei verliert bis 2022, also in den nächsten sieben Jahren, annähernd 50 % der erfahrenen Ermittler. Das sind ca. 4.000 Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamte. Wenn wir nicht schon bald den Notstand in der Verbrechensbekämpfung ausrufen wollen, brauchen wir schnellstmöglich mehr, besser ausgebildete und jüngere Nachwuchskräfte für die Kriminalpolizei.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach Angaben des Bundes Deutscher Kriminalbeamten hat heute jeder zehnte Mitarbeiter im Kriminaldienst nie eine entsprechende Aus- oder Fortbildung erhalten. Der sogenannte Nachwuchs, der heute zur Kriminalpolizei kommt, ist oft über 40 Jahre alt, hat keinerlei Kriminalistenausbildung und muss jahrelang warten, bis er eine Einführungsfortbildung erhält.

Die Kolleginnen und Kollegen beschweren sich zu Recht darüber, dass sie einfach ins kalte Wasser geworfen werden. Kein Wunder: Sie wurden von ihrem Dienstherrn ja auch nicht darauf vorbereitet, Tatortbefundaufnahmen, komplexe Ermittlungs- und Sammelverfahren sowie im Bereitschaftsdienst auch Todesermittlungen, Raubüberfälle, Sexualde-

likte und Vermisstensachen selbstständig zu bearbeiten.

Diese Überforderung führt zwangsläufig zu den nicht akzeptablen Ermittlungsdefiziten, die ich bereits erwähnt habe. Sie führt gelegentlich auch zu erheblichen psychischen Belastungen bis hin zur Dienstunfähigkeit der Überforderten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt also sehr viele gute Gründe, die Polizeiausbildung zu reformieren. Ich hoffe, dass wir im Innenausschuss intensiv darüber diskutieren werden. Wir als CDU werden eine Expertenanhörung beantragen. Ich appelliere an SPD und Grüne insbesondere: Warten Sie die Erkenntnisse aus dieser Expertenanhörung ab, bevor Sie reflexartig wieder all das ablehnen, was von der Opposition vorgeschlagen wird. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lohn. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Viel Dampf, kein Saft und wenig Geschmack." – Als ich heute Morgen im Zug hierher gefahren bin, habe ich Gustave Flaubert gelesen. Ich habe mich gefragt: Wie konnte der vor fast 170 Jahren einen so treffsicheren Kommentar zu Ihrem Antrag und zu Ihrer Rede hier abgeben?

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum dieser Kommentar so treffsicher ist: weil Ihr Antrag und die in ihm enthaltenen Sachverhaltsschilderungen mit der Realität in unserem Land sehr wenig zu tun haben, weil er zu vernebeln trachtet, wie es um die Kriminalität real bestellt ist, weil er keinen inhaltlichen Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität im Konzert der gesamten Aufgabenwahrnehmung im polizeilichen Dienst leistet und weil er ohne Geschmack die jahrzehntelange gute Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Verruf bringt.

Ihr immer geäußerter Vorwurf und das Schreckensbild, das Sie dazu zeichnen, gleicht einem Tanz um die goldene Aufklärungsquote: Es wird noch nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt: 49,3 %, 49,9 %, 49,2 %, 49,3 %, 50,8 % waren es einmal – Sie haben es gerade erwähnt –; 49,9 %. Das sind die Zahlen von 2005 bis 2010. Das sind die Zahlen der Aufklärungsquote in Ihrer Legislaturperiode. – Die Zahl für das Jahr 2014 lautet 49,8 %. Ich sehe hier keine wesentlich anderen Ergebnisse.

Ich will ja nicht permanent in die Vergangenheit schauen: Aber was berechtigt Sie eigentlich, ständig ein Schreckensszenario zu entwerfen, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu beschädigen und den Menschen in NRW Angst zu machen? Was?

Ich erkläre Ihnen gern auch den Zusammenhang zwischen den Massendelikten mit sehr hoher Aufklärungsquote wie Körperverletzung, Ladendiebstahl und Erschleichen von Leistungen und den Massendelikten mit sehr geringer Aufklärungsquote wie Taschendiebstahl, Diebstahl aus Kfz und Fahrraddiebstahl. Ich schaue mir die Zahlen seit Jahren sehr genau an. Leichte Veränderungen in diesen Bereichen geben hier häufig den Ausschlag für eine Veränderung von 2 bis 3 %. Das sagt nichts über die Qualität der schweren Kriminalität aus, und das sagt nichts über die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen aus.

Sie zeichnen häufig ein zweites Bild: dass die Kriminalität stetig und rasant zunimmt. Die Realität ist: Wir haben im 20-Jahres-Vergleich einen Anstieg von weniger als 10 %, und im Zehn-Jahres-Vergleich können wir sogar einen Rückgang verzeichnen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bialas, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Platz von Herrn Abruszat aus, aber ich vermute, dass Herr Lürbke fragen will.

Andreas Bialas (SPD): Gern.

Marc Lürbke (FDP): Herr Bialas, vielen Dank für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen. – Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich die Zahlen immer sehr genau anschauen. Das machen wir natürlich auch.

Nehmen Sie nur mal Köln. In Köln hat sich die Schadenshöhe durch Einbruchkriminalität in nur zwei Jahren – von 2012 auf 2014 – fast verdoppelt. Und wenn Sie sich mal das Stadtgebiet von Leverkusen anschauen, sehen Sie, dass sich die Schadenshöhe dort noch viel dramatischer entwickelt hat: In nur einem Jahr hat sie sich verfünffacht.

Sind Sie sich dieser Zahlen eigentlich bewusst, wenn Sie davon sprechen, dass die Situation in diesem Land gar nicht so dramatisch ist?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Andreas Bialas (SPD): Es ist die Frage, mit welchen Zahlen und mit welchen Bildern Sie operieren. Es geht zunächst einmal um die Anzahl, es geht aber auch um die tatsächliche Schadenshöhe der einzelnen Delikte. Diese Zahlen divergieren, sind in der Tat, wie Sie gesagt haben, in Teilbereichen der Städte, die Sie genannt haben, auch ansteigend.

Ich geben Ihnen auch mal andere Zahlen, um auch ein Stück weit die Realität aufzuzeigen: Die fünffa-

che Höhe des Schadens, die ein Uli Hoeneß verursacht hat, entspricht den finanziellen Schäden aller Einbruchsdiebstähle in Wohnungen eines Jahres.

(Zurufe von der CDU)

Das sage ich nur, damit wir auch mal die Realität einbeziehen.

Ich komme zu einem dritten Bild.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bialas, bevor Sie mit Ihrem dritten Bild beginnen: Ihre Antwort hat den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage hervorgerufen, diesmal bei Herrn Kollegen Alda. Möchten Sie die zulassen?

Andreas Bialas (SPD): Ich würde jetzt gerne in meiner Rede fortfahren.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Ich gehe davon aus, dass wir im Ausschuss genügend Zeit haben, uns auch über die einzelnen Schadenshöhen auszutauschen. Das werde ich da selbstverständlich gerne machen.

Sie zeichnen ein drittes Bild: NRW sei anfällig für Kriminalität. – Ja, das stimmt zum Teil. Es hat auch etwas mit der Infrastruktur zu tun. Hier komme ich wieder zu den Massendelikten: Für das Erschleichen von Leistungen braucht man Busse; und die fahren in Städten nun mal häufiger. Für den Ladendiebstahl braucht man Läden; auch die gibt es in der Stadt nun einmal häufiger. Auch viele andere Delikte werden durch die Infrastruktur begünstigt, natürlich auch – im Gegensatz zur ländlichen Struktur – durch die fehlende soziale Kontrolle im Großstadtbereich: Taschendiebe fallen da mehr auf.

Wie sieht es aber im Bereich der schweren Delikte in NRW aus? Es gibt sie hier weniger als in anderen Ländern. Es gibt eine sehr hohe Aufklärungsquote. Bei einzelnen Delikttypen liegt sie nahe 100 %.

NRW ist ein sicheres Land. Es ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Entwicklung 2014 war: Es gab gegen den bundesweiten Trend wieder weniger Gewaltkriminalität, wieder weniger Jugendkriminalität und weniger Einbruchsdiebstähle in Wohnungen.

Und Sie schreiben in Ihrem Antrag: Die repressive Bekämpfung liegt am Boden, ein dramatisches Absinken der Ermittlungsqualität. Die Polizei hat sich entprofessionalisiert. – Merken Sie eigentlich, mit welchen verheerenden Worten Sie die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten beschreiben,

(Beifall von der SPD)

wie Sie es nicht einmal schaffen, für deren stetiges Engagement und ihre hohe Qualität der Arbeit Wertschätzung auszudrücken? Reden Sie die Arbeit unserer Polizei nicht ständig klein! Machen Sie sie nicht schlecht, nur um vermeintlich im politischen Feld zu punkten! Das haben unsere Polizistinnen und Polizisten nicht verdient. Auf deren Rücken macht man keine ernsthafte und verantwortungsbewusste Politik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun komme ich zu Ihren Forderungen. Nachdem Sie die Leistungen der Polizistinnen und Polizisten als dramatisch absinkend, entprofessionalisiert und am Boden liegend charakterisiert haben, wollen Sie dem nun entgegentreten, indem Sie eine Spezialistenausbildung im Gegensatz zur Generalistenausbildung fordern.

Die erste Frage, die sich stellt, ist: Warum haben Sie das nicht in den fünf Jahren Ihrer Verantwortung gemacht, wobei ich natürlich froh bin, dass Sie es nicht getan haben? Aber es sind immer vermeintliche Erkenntnisse, die in der Opposition ausgebrütet werden. In der Verantwortung wird anders gehandelt.

(Marc Lürbke [FDP]: Wir werden Sie daran erinnern!)

Aus § 1 des Polizeigesetzes und § 163 der Strafprozessordnung ergeben sich im Wesentlichen die Aufgaben der Polizei. Die sind dort ebenfalls priorisiert. Danach hat die Polizei hauptsächlich Straftaten vorzubeugen und Straftaten zu verfolgen. Danach bemisst sich auch vieles im Bereich der Ausbildung. Kriminalitätsbekämpfung ist ein klarer und deutlicher Schwerpunkt oder, wie Sie es nennen, Kernaufgabenfeld bereits jetzt in der Polizeiausbildung. Es ist also nicht so, dass der Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu kurz käme oder nebenbei unterrichtet würde. Das Gegenteil ist hier der Fall.

Das, was der Kriminalist braucht, ist Schwerpunkt der gesamten Ausbildung. Und warum? – Weil es die Hauptaufgabe der Polizei ist und weil der Schutzpolizist ebenso Kriminalität bekämpft und bekämpfen muss.

Was sind denn die Blöcke dieser Ausbildung? – Kriminalitätsbekämpfung mit Fächern wie Kriminalistik, Kriminologie, Kriminaltechnik. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu reden. Weitere Fächer: Rechtskunde, Strafrecht, Strafprozessrecht. Wollen Sie das für Kriminalisten rauslassen? Allgemeinere Fächer wie Staatsrecht, Polizeirecht, Einsatzlehre, Dienstrecht, Management: Wollen Sie das für Kriminalisten rauslassen? Sozialwissenschaftliche Fächer wie Psychologie, Soziologie, Methodenlehre und Ethik: Wollen Sie das rauslassen? Daneben gibt es Modulblöcke wie Tatortarbeit, erste Maßnahmen oder Erste Hilfe. All das braucht ein Kriminalbeamter, egal, ob er dann später bei S oder bei K arbeitet.

Die jetzige Ausbildung sichert eine gute Basis und das Verständnis für die Kriminalitätsbekämpfung. Und das brauchen die späteren Beamten und Beamtinnen im Bereich Schutzpolizei und im Bereich Kriminalpolizei. Und sie brauchen ein gegenseitiges Kennen und ein Verständnis vom gegenseitigen Nutzen einer verschränkten und ineinander übergehenden gemeinsamen Arbeit. S und K müssen Hand in Hand ineinander greifen, und sie brauchen auch die gegenseitige Wertschätzung.

Der Kriminalbeamte profitiert übrigens auch sehr umfangreich, wenn er weiß, wie im Bereich des Wach- und Wechseldienstes gearbeitet wird, wie also die Aufgabenerfüllung im schutzpolizeilichen Feld aussieht. Denn ein weiteres Bild, welches Sie im Hintergrund auch immer mitzeichnen, ist ebenfalls sehr fragwürdig, nämlich dass die Bearbeitung von kriminellen Delikten durch die Kriminalkommissariate allein, umfassend und von Anfang an geschehe.

Das ist so das Bild aus Krimis oder aus dem "Tatort": Die Kriminalbeamten sind die cleveren Ermittler, die im Auto angerauscht kommen, ganz weit vorne parken dürfen, alles anpacken, natürlich die wichtigsten Spuren finden, und der Beamte von S steht so ein bisschen unnütz und dumm daneben und darf mal höchstens ein Absperrflatterband hochheben oder eine blöde Frage stellen

(Beifall von Gabriele Hammelrath [SPD] und Christian Dahm [SPD])

nach der Methode des dummen August, damit der Ermittler sein profundes Wissen darstellen kann.

Mit der Bearbeitung der meisten Delikte und Fälle hat das herzlich wenig zu tun, auch nicht mit dem Wert des ersten Zugriffs oder der umfassenden Aufnahme des kriminellen Delikts durch die Schutzpolizei. Genau das wird hauptsächlich durch die Beamtinnen und Beamten geleistet, die die ganz normalen alltäglich anfallenden Aufträge abarbeiten. Erst wenn eine gewisse Deliktshöhe eintritt, wird K hinzugezogen, oder wenn nach einer umfangreichen Erstbearbeitung die Fachstellen eingeschaltet werden. Die Delikte, die durch Schutzpolizei in dieser Form bearbeitet werden, sind die Massen der Delikte. Die Delikte, die alleine durch die Kriminalstellen bearbeitet werden, sind eben nicht die Massen der Delikte.

Aufklärung bzw. den vermeintlichen Täter ermitteln und benennen, macht in der Regel zuerst die Polizistin oder der Polizist aus dem schutzpolizeilichen Bereich. Oder andersherum: Das, was auch die Schutzpolizei tut, ist sehr häufig Kriminalitätsbekämpfung.

Beachten muss man natürlich spezifische Umstände. So sind bei der Bearbeitung einzelner Delikte natürlich weitergehende Fachqualifikationen dringend nötig, zum Beispiel – Sie sprachen es an – Todesfallermittlungen, rechte, linke, religiös begründete Gewalt und Terrorismus, Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, organisierte Kriminalität, Ermittlungsqualität auch im digitalen Zeitalter und

selbstverständlich auch die Arbeit in den Präventionsbereichen.

Hierfür stehen derzeit verschiedene Wege der Professionalisierung zur Verfügung. Das heißt, es gibt natürlich umfangreiche Spezialisierungsmöglichkeiten und Wege auch jenseits des Studiums und natürlich auch die wichtige Ausbildung am Arbeitsplatz.

Eines zur Ausbildung am Arbeitsplatz: Ausbildung am Arbeitsplatz, Einweisung und Anleitung durch die Profis der Praxis ist eine wesentliche Komponente des Erlangens von Kenntnis und Qualität. Ich halte eine Vorstellung für völlig absurd, wonach in einer verschulten Lernform ein abgeschlossener fertiger Sachbearbeiter entsteht. Die Ausbildung am Arbeitsplatz ist zwingend notwendige Ausbildungszeit und eben keine Zeit der Defizitkompensation, wie Sie es im Antrag benennen.

Hier zeigt sich noch einmal die Notwendigkeit des Verzichts auf eine zu frühe Spezialisierung sehr deutlich. Denn selbst im Bereich der Einzeldelikte ist eine spezielle Ausbildung vonnöten und kann nicht ohne Weiteres von einem Deliktstypus auf den anderen übertragen werden. Beispielsweise wird sich der Todesfallermittler im Bereich der Umweltkriminalität eher nicht auskennen und umgekehrt. Bei der Wirtschaftskriminalität braucht man Kenntnisse fast eines Wirtschaftsprüfers, sehr profunde, sehr tiefgründige, ebenso bei der Cyberkriminalität hervorragende Computerkenntnisse etc.

Wann soll eine derartige Spezialisierung und eine damit einhergehende Einengung stattfinden? Wir sind der Auffassung, nicht zu früh. Denn das würde zu einer völlig unnötigen und unvorteilhaften Einengung der gesamten Verwendungsbreite des Polizisten führen.

Wenn ich ein wenig Essenz aus Ihrem Antrag ziehen mag, dann die, dass Sie die aktuelle Entwicklung, eine ja immer dynamische und leider auch innovativ verlaufende Entwicklung, im Bereich der Kriminalität auch im Ausbildungsbereich noch umfangreicher und tagesaktuell zu erfassen trachten. Ich sage ausdrücklich: Das ist ein gutes Ansinnen. Sollte es hier einen Bedarf geben, müssen wir diesen darstellen und Lösungen finden.

Diesem Ansinnen geht aber bereits das Innenministerium ebenfalls umfangreich nach. Aber wenn mehr Leute darüber diskutieren, kann das schließlich nie schaden. Die von Ihnen angeregte Anhörung bzw. Fachgespräch oder Expertenrunde nehmen wir natürlich gerne auf. Hierüber lohnt sich allemal eine Diskussion, und dem verschließt sich von uns auch niemand.

Daher stimmen wir der Überweisung zu. Den Antrag in der jetzigen Form können wir aber nur ablehnen, denn viel Dampf, kein Saft und kein Geschmack. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Es gibt den Wunsch nach einer Kurzintervention, der selbstverständlich erfüllt wird. – Herr Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Bialas, Sie haben gerade die Zwischenfrage nicht zugelassen. Das ist Ihr gutes Recht. Daher jetzt die Kurzintervention, die auch ganz kurz sein wird

Ich stimme Ihnen zu, was den Einzelfall Hoeneß angeht. Ablehnen muss ich allerdings den Einsatz dieses Einzelfalls zur Relativierung der immer noch steigenden Einbruchzahlen in Nordrhein-Westfalen. Herr Bialas, Sie treten mit diesem Vergleich allen Einbruchsopfern so richtig in die Seele hinein.

(Beifall von der FDP)

Bei Einbrüchen geht es nämlich nicht nur um Geld – nur das scheinen Sie zu bewerten –, sondern jedes Einbrüchsopfer ist auch eine verletzte Seele. Das muss man auch einmal ganz klar sagen.

(Beifall von der FDP – Zuruf: Genau!)

Meine Frage – in einer Kurzintervention sollte man das vielleicht nicht machen; ich mache es trotzdem – ist: Ist Ihnen so etwas eigentlich bewusst, wenn Sie hier nur über Geld reden?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Andreas Bialas (SPD): Umgekehrt trifft es zu. Ich habe die entsprechende Anzahl der Einbrüche benannt. Sie kamen mit dem Argument der Finanzen, die man sich natürlich in den Bereichen, die Sie genannt haben, örtlich sehr genau anschauen muss.

Wir haben derzeit sinkende Zahlen der Wohnungseinbrüche. Aber ich sage Ihnen ganz offen: Die Zahlen sind immer noch zu hoch. Denn es geht in der Tat bei diesen Delikten noch nicht einmal um die finanzielle Schadenshöhe, sondern um den psychischen Schaden, weil Leute in einen Intimbereich eines Menschen eindringen, was nachhaltig das Sicherheitsempfinden dieser Person vehement beschädigt. Deswegen ist dieses Delikt derartig schlimm.

Darum ist es gut, dass über 40 % der Taten nur im Versuchsstadium bleiben, sodass die Leute in dieser Form gar nicht Opfer werden. Das hat auch viel damit zu tun, dass wir gerade in diesem Bereich nicht nur die Repression, sondern vor allem die Prävention hochhalten. Das ist einer unserer ganz wichtigen Wege, damit die Leute nicht in diese psychische Situation des Opferwerdens kommen.

Dass wir an diesen Zahlen, auch an den Schadenssummen, weiterhin konzentriert arbeiten müssen, ist uns allen klar, und das wird auch geschehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Kollegin Schäffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hat gerade bei Herrn Lohns Einführung des Antrags bei genau einem Punkt geklatscht, und zwar als er gesagt hat, die Einheitspolizei sei gescheitert. Es war ganz interessant, das zu beobachten. Frau Schulze Föcking hat mit dem Klatschen angefangen. Ich glaube jedoch, dass nicht alle richtig mitbekommen haben, was Sie da gesagt haben.

Zu sagen, die Einheitspolizei sei gescheitert, ist ehrlich gesagt nicht nur populistisch, sondern wird auch der Polizeiarbeit in diesem Land absolut nicht gerecht. Zumal wir keine Einheitspolizei in dem Sinne haben. Es gibt eine einheitliche Ausbildung, aber es gibt doch in den Polizeibehörden verschiedene Direktionen. Es findet trotzdem eine Spezialisierung statt. Hier zu sagen, die Einheitspolizei sei gescheitert, das ist – sorry! – wirklich platt und auch der Debatte hier nicht angemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will noch einen anderen Punkt nennen, den ich schwierig finde. Die CDU spricht hier nur von der Kriminalpolizei. Ihnen geht es nur um die Ausbildung der Kripobeamtinnen und -beamten. Polizei ist aber viel mehr. Es ist okay, wenn eine Gewerkschaft das tut, und zwar der BDK, der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Das ist auch seine Aufgabe, weil er die Interessenvertretung für die Kriminalbeamtinnen und -beamten ist.

Polizei ist aber mehr. Polizei hat auch noch andere Bereiche zu verantworten. Hier nur davon zu sprechen, wie Ausbildung für Kripobeamtinnen und beamte verbessert werden kann, finde ich schwierig. Denn ich meine, dass Politik an dieser Stelle die gesamte Polizei im Blick haben muss. Hier ist unsere Verantwortung einfach größer, und der werden Sie aus meiner Sicht mit diesem Antrag nicht gerecht. Wenn wir über Ausbildung von Beamtinnen und Beamten bei der Polizei sprechen, dann müssen wir über alle sprechen und nicht nur über einen Bereich. Ich finde, das muss dann auch dazugehören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bevor ich auf die einzelnen Inhalte eingehe, will ich noch einmal herausarbeiten, warum wir eigentlich dieses Thema diskutieren. Wir diskutieren es nicht einfach so, weil sich die CDU mal mit dem Thema "Ausbildung" auseinandersetzt, sondern es hat eine Vorgeschichte. Die Vorgeschichte ist: Wir hatten die menschenverachtenden Anschläge in Paris zu Beginn des Jahres, die uns alle schockiert haben, und haben die aktuelle Bedrohungslage deutschlandweit, aber auch in Nordrhein-Westfalen.

Daraufhin haben die Fraktionen von SPD und Grünen gesagt: Wir stellen mehr Polizei ein. Wir stellen zusätzliche Polizeistellen zur Verfügung, 360 Stellen für die nächsten drei Jahre. Das wiederum hat zu einer neuen Debatte über die Ausbildung geführt, weil die Frage im Raum steht: Wie schaffen wir es, dass junge Polizeibeamtinnen und -beamte möglichst schnell zur Kripo kommen? Das ist die Geschichte, auch wenn Sie in Ihrem Antrag völlig anders argumentieren.

Dass Sie einen solchen Antrag stellen, finde ich völlig legitim. Auch dass diese Frage im Raum steht, finde ich wichtig.

Was ich jedoch falsch finde, ist, gerade in diesem Bereich der Ausbildung hier mit Ad-hoc-Lösungen und mit kurzfristigen Lösungsvorschlägen zu kommen. Denn ich finde, gerade der Bereich Ausbildung, auch bei der Polizei, muss doch darauf ausgelegt sein, dass Verbesserungen immer nachhaltig, immer langfristig gemacht werden. Da finde ich es schwierig, wie Sie Ihren Antrag stellen. Ich finde, dass der an vielen Stellen auch zu kurz gesprungen ist. Darauf werde ich aber gleich noch eingehen.

Zum Thema "Kriminalitätsbekämpfung": Das ist ja die Begründung in Ihrem Antrag. Sie sagen, Kriminalitätsbekämpfung liegt in Nordrhein-Westfalen angeblich am Boden. Es gibt aber in einigen Bereichen positive Entwicklungen. Das zeigt die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik, über die man immer vortrefflich streiten kann – das ist ja hier gerade auch schon passiert –, weil man natürlich Statistiken und Zahlen immer unterschiedlich interpretieren kann, gerade so wie man es braucht. Das ist ja vielleicht auch typisch für Politik. Das zeigt auch die Debatte gerade.

Abenteuerlich finde ich aber, dass Sie sagen, dass an der mangelhaften Kriminalitätsbekämpfung die Ausbildung schuld sei. Sie sagen ja im Prinzip, die Kriminalitätsbekämpfung sei schlecht und schuld daran sei die Ausbildung. Im nächsten Satz sagen Sie aber, viele Polizeibeamtinnen und -beamten bei der Kripo gingen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Diese, die jetzt in den Ruhestand gehen, sind doch aber gar nicht in den Genuss der einheitlichen Ausbildung gekommen. Die sind doch schon vorher ausgebildet worden. Hier widersprechen Sie sich sehr eindeutig.

Das finde ich auch ein bisschen zu monokausal, dass man Kriminalitätsentwicklungen, die ja nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bundesweit und europaweit vonstattengehen, allein mit der Ausbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten

begründet. An dieser Stelle finde ich Ihren Antrag völlig unterkomplex. Damit hätten Sie sich schon ein bisschen mehr Mühe geben müssen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, Herr Kollege Lohn möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Die lasse ich natürlich sehr gerne zu.

Werner Lohn (CDU): Vielen Dank, Frau Schäffer. – Ich finde es ja wirklich interessant, dass Sie jetzt erklären wollen, warum das Ausscheiden von an die 4.000 Kriminalbeamten keinen Erfahrungsverlust darstelle. Ich kann Ihnen sagen: Diejenigen, die jetzt ausscheiden, sind zwischen 60 und 62 Jahre alt, weil die eben pensioniert werden. Als die ihre Ausbildung gemacht haben, gab es noch eine sehr spezialisierte Ausbildung zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei unterschiedlich. Wenn die weg sind, dann muss diese Erfahrung ersetzt werden. Wie stellen Sie sich das vor bei Ihrer Fehlbeurteilung der Lage? Wenn Sie sagen, das spielt doch alles gar keine Rolle, dann zeigen Sie nur, dass Sie keine Ahnung haben.

(Beifall von der CDU)

Verena Schäffer (GRÜNE): Das ist immer so einfach, anderen Leuten zu sagen, dass sie keine Ahnung haben. Aber ich will gerne darauf eingehen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage gar nicht, dass Herr Lohn keine Ahnung hat. Er war ja selber Polizeibeamter. Insofern können wir uns sehr gerne darüber unterhalten und darüber streiten.

Ich teile nur Ihre Interpretation einfach nicht, Herr Lohn. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der CDU)

Herr Lohn, Sie haben jetzt wieder angeführt, dass viele in den Ruhestand gehen. Aber die sind nicht in dieser aktuellen Ausbildung gewesen. Das ist mein Punkt.

Ich teile Ihre Einschätzung total, dass es mit den ausscheidenden Beamtinnen und Beamten natürlich auch einen Erfahrungsverlust in der Polizei gibt. Das ist ein Problem, auf das wir eingehen müssen.

Das haben wir übrigens ja nicht nur in der Kriminalpolizei, sondern auch in den anderen Bereichen. Durch die hohen Pensionierungszahlen, die wir in den kommenden Jahren in allen Bereichen haben, verlieren wir natürlich auch einen breiten Erfahrungsschatz. Das ist ein Problem für die Polizei. Das müssen wir auch auffangen. Darüber müssen wir auch diskutieren. Nur Ihre Behauptung, dass die einheitliche Ausbildung, die es für alle Bereiche der Polizei gibt, dazu führe, dass es diese Kriminalitätsentwicklung gibt, stelle ich infrage. Das ist mir zur monokausal und, wie gesagt, auch zu unterkomplex. Das teile ich einfach nach wie vor nicht. Ich glaube, damit machen Sie es sich auch ein Stück weit zu einfach, Herr Lohn.

30.04.2015

Plenarprotokoll 16/84

Ich finde es schade, dass Sie es sich so einfach damit machen, weil ich das Thema "Ausbildung bei der Polizei" hochspannend und gerade vor dem Hintergrund, dass in Zukunft so viele ausscheiden werden, auch wichtig finde.

Ich finde, dass wir aber an einer einheitlichen Ausbildung festhalten müssen, auch um eine Spaltung innerhalb der Polizei nicht voranzutreiben. Im Gegenteil: Ich halte es für relevant und notwendig, dass es breit in der Polizei dasselbe Fachwissen gibt.

Ich will auch den Beamtinnen und Beamten – diese Frage ist ungeklärt, auch in Ihrem Antrag – nach wie vor die Möglichkeit lassen, zwischen den Bereichen zu wechseln. Es entspricht doch heute nicht mehr der Lebensrealität, dass man in die Ausbildung geht und dann einen Beruf sein ganzes Leben lang ausübt. Das machen die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen ohnehin, weil sie sich für die Polizei entscheiden. Aber dass diese Beamtinnen und Beamten ihr Leben lang in der Kripo sind – Entschuldigung! –, das halte ich für völlig anachronistisch. Es ist doch nicht mehr die Lebensrealität, zumindest nicht die meiner Generation, dass wir unser ganzes Leben lang im selben Job, im selben Beruf sind.

Das kann man auch diesen Beamtinnen und Beamten nicht zumuten, dass sie sich mit 20 oder 21 Jahren dafür entscheiden, zur Kripo, zur Schutzpolizei, zum Beispiel in den Verkehrsbereich, zu gehen, und dann ihr Leben lang dort bleiben. Das finde ich unrealistisch. Denen muss man auch in Zukunft den Wechsel ermöglichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Noch eine organisatorische Sache, die damit ja auch zusammenhängt: Wenn Sie die Ausbildung trennen, dann müssen Sie im Prinzip festlegen, wie viele Kripobeamte wir in Zukunft haben wollen und wie viele wir im Schutzbereich haben wollen. Das heißt, Sie müssen Quoten festlegen. Sie müssen sagen, 25 % oder 30 % oder wie viele auch immer gehen in die eine Richtung und die anderen in die andere.

Das heißt aber im Umkehrschluss auch, Sie können auf aktuelle Situationen, wie wir sie momentan haben – Stichwort: aktuelle Bedrohungslage Salafismus –, gar nicht mehr reagieren, weil Sie nämlich ganz gezielt nur noch in Sparten ausbilden. Auch das halte ich für falsch, dass wir Polizei sozusagen nur in eine Richtung schicken. Wir müssen doch flexibel bleiben, auch als Politik, um auf aktuelle Lagen

eingehen zu können. Auch das würden Sie mit diesem Antrag so verhindern. Das halte ich für falsch für die Polizei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diskussionswürdig finde ich aber – darüber sollten wir im Ausschuss diskutieren –, ob eine stärkere Modularisierung des Studiengangs möglich ist. Ich habe selber auf Bachelor studiert und bin vor fünf Jahren fertig geworden. Ich weiß, wie das mit Schwerpunktsetzungen im Bachelorstudiengang funktioniert. Darüber kann man durchaus diskutieren.

Der Innenminister hat auf einer Veranstaltung des BDK, des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, angekündigt, dass das Innenministerium die derzeitigen Inhalte des Studiengangs noch einmal überprüft hinsichtlich der Qualität und Quantität der kriminalpolizeilichen Inhalte. Das finde ich gut. Ich finde, dass wir diese Ergebnisse abwarten und dann noch einmal gemeinsam darüber diskutieren sollten: Wo kann man die Ausbildung verbessern? Wo gibt es Möglichkeiten? Das gilt dann aber auch für beide Seiten, nicht nur für die Kripo, sondern auch für die Schutzpolizei. Das wäre mir persönlich sehr wichtig.

Ich hoffe, dass wir dann hier ein Stück weit die Oppositionsrhetorik verlassen können und wirklich in die vertiefte sachliche Auseinandersetzung gehen können, um das Beste herauszuholen für die Ausbildung unserer Polizei in NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lohn, Ihr Antrag geht aus der Sicht eines einzigen Teilbereichs, nämlich der Kripo, richtigerweise eine grundsätzliche Problematik der Polizei in Nordrhein-Westfalen an: nämlich eine sehr hohe Belastungssituation bei zunehmenden Aufgaben, Eigengefahren durch zunehmende Gewalt und Personalengpässe aufgrund von hohen Kranken- und Ausfallzahlen, hohem Durchschnittsalter und eklatanten Überstundenkontingenten, und das bei perspektivisch nicht nur keinem zusätzlichen Personal, sondern einem von Rot-Grün eingeleiteten massiven Stellenabbau, meine Damen und Herren.

(Minister Ralf Jäger: Ach, Herr Lürbke!)

– Das ist die Ausgangslage, Herr Minister. – Insofern kommt der Frage, ob das vorhandene Personal ausreichend qualifiziert ist und effizient eingesetzt ist, naturgemäß eine immer stärkere Bedeutung zu. Folglich legt Ihr Antrag, Herr Lohn, den Finger da schon in die richtige Wunde. So ist gerade die Überalterung bei den Ermittlungsdiensten, die noch

höher ist als in anderen Bereichen, in der Tat keineswegs zufriedenstellend. Da bin ich also durchaus bei Ihnen.

In Ihrem Antrag aber ernsthaft zu schreiben, die gegenwärtige Ausbildung habe "die Polizei zunehmend entprofessionalisiert und zu einem dramatischen Absinken der Ermittlungsqualität geführt", ist schon harter Tobak und ein sehr harter Vorwurf an alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Da bin ich dann gar nicht mehr bei Ihnen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen täglich eine gute und absolut professionelle Arbeit machen. Dafür sollten wir ihnen danken und hier nicht solche Unterstellungen ausbreiten.

(Beifall von der FDP, der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Frau Schäffer, damit bin ich auch bei Ihnen. Sie haben zu Recht gesagt, dass das Problem nicht zwingend in der Ausbildung liegt, sondern es andere Gründe geben mag. Allerdings war Ihre Darstellung vielleicht auch ein wenig zu unterkomplex; denn das Problem ist ein anderes. Das Problem ist doch, dass diese Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht ausreichend macht und dass der Innenminister bei einer zu kurzen Personaldecke der Polizei nicht ausreichend nachsteuert, sondern stattdessen die Löcher auch noch durch Mehrarbeitsstunden stopfen will,

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben so viele Leute eingestellt! Unfassbar!)

sodass im Ergebnis die Beamtinnen und Beamten bei der Bekämpfung von Straftaten bei steigenden Fallzahlen, bei steigenden Aufgaben in einem Berg von Arbeit, in einem Berg von fast 4 Millionen Überstunden fast zu ersticken drohen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: 600 Einstellungen mehr als unter Schwarz-Gelb! 600! – Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Das ist doch die Wahrheit und das eigentliche Problem bei dieser Debatte.

(Beifall von der FDP)

Aber natürlich gibt es immer Verbesserungspotenzial – auch bei der Ausbildung. Das ist klar. Dem wollen wir uns als Freie Demokraten auch gar nicht verschließen. Wir haben aber schon begründete fachliche Zweifel, Herr Lohn, ob Sie die Idee der Y-Ausbildung wirklich bis zu Ende gedacht haben. So wird in Ihrem Antrag beispielsweise gar nicht deutlich, ob Ihr Konzept nach der Ausbildung die direkte Verwendung in der Kripo vorsieht oder erst nach einer Praxis im Wachdienst oder bei der Hundert-

schaft. Das Ganze wirkt also noch ziemlich unausgegoren.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Unser Ziel als Politik muss doch die Gewährleistung einer guten Arbeitsfähigkeit der Polizei in allen Aufgabenbereichen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und der Beschäftigten sein; denn Einsatzbewältigung, Gefahrenabwehr, Kriminalitätskontrolle und Verkehrsunfallbekämpfung sind für die Bevölkerung gleichermaßen bedeutend.

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir, ehe hier Ideen aufkommen, die mit bewährter Praxis brechen wollen, in einem ersten Schritt hinterfragen, ob es nicht grundsätzlich gute Gründe für eine Generalistenausbildung mit breiter Verwendungsbreite gibt, die jungen und alten Beamten und den Behörden alle Optionen lässt, Wechsel ermöglicht, Zusammenarbeit erleichtert und breites Können vermittelt. Denn warum macht das die deutliche Mehrzahl der Länder so? Und warum werden zum Beispiel Staatsanwälte während des Rechtsreferendariats zu Volljuristen, zu Generalisten ausgebildet und nicht speziell als Staatsanwälte,

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

warum Amtsanwälte zunächst als Rechtspfleger? Dafür gibt es gute Gründe, glaube ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem zweiten Schritt müssen wir auch genau schauen, ob durch die vorgeschlagenen Änderungen das Ziel, nämlich ein schnellerer Eintritt in die Kripo oder eine Verjüngung der Kripo, überhaupt erreicht würde und ob das dann auch sachgerecht wäre oder ob nicht durch die Y-Ausbildung sogar andere wichtige Ziele oder polizeilichen Bereiche wie Wachdienst und Bereitschaftspolizei tangiert, verändert, gefährdet oder im Zweifel sogar verschlechtert würden, Herr Lohn. Das müssen wir ebenfalls berücksichtigen. Klar ist, dass auch diese Bereiche ausreichend guten jungen Nachwuchs und Anerkennung für ihre wichtige und anspruchsvolle Arbeit brauchen.

Die Projektgruppe zur Altersstruktur hat vorgerechnet, dass mindestens 540 Anwärter pro Jahr für den Nachersatz in den 18 Bereitschaftshundertschaften benötigt werden. Nun stellen wir derzeit mehr als 540 Anwärter ein. Bei Einstellungszahlen von über 1.500 Anwärtern

(Minister Ralf Jäger: 1.642!)

kann man in meinen Augen auch durchaus über entsprechende Modelle diskutieren, soweit sie fachlich sinnvoll sind und auch gesamtpolizeilich ausgewogen sind, etwa darüber, ob zeitweilig die Verweildauer in den Hundertschaften verkürzt wird und Beamte schneller zur Kripo kommen. Das müssen wir dann im Ausschuss beraten.

Herr Lohn, in Ihrem Antrag heißt es:

"Auf diese Weise werden die Studierenden frühzeitig entsprechend den Anforderungen der Praxis ausgebildet und können dort nach dem Ende ihrer Ausbildung sofort Fuß fassen."

Fakt ist doch, dass ihnen dann Wissen aus dem jeweils anderen Bereich fehlen wird, das man in der inhaltsgleichen Ausbildung für Schutz- und Kriminalpolizei heute lernt.

Hindert das bei einem späteren Wechsel von der Kripo zur Schutzpolizei oder umgekehrt? Einige Anwärter mögen ja von vornherein wissen, wo sie später lebenslang tätig sein wollen und wo sie landen. Viele wissen das aber auch nicht. Und soll es die Anpassungsfortbildung für die Schutzpolizei dann auch andersherum geben? Da sind noch Fragen über Fragen offen. Klar ist doch, dass entsprechend den Anforderungen der Praxis ausgebildet werden muss.

Aus dem Blickwinkel der Kripo oder des BDK ist eine Y-Ausbildung natürlich erstrebenswert; das verstehe ich.

(Minister Ralf Jäger: Nein, selbst die nicht!)

Andere Polizeigewerkschaften bzw. andere Polizeibereiche lehnen diese Forderung aber ab und fordern große Verwendungsbreite oder gar noch mehr Durchlässigkeit als heute.

Herr Lohn, Sie haben die Anhörung angesprochen. Da werden wir das dann genau beleuchten.

Zum Schluss: Wie ist es in den anderen Bundesländern? In Ihrem Antrag heißt es, vier Bundesländer "bieten im Rahmen ihrer Polizeiausbildung inzwischen Schwerpunktstudiengänge an". Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass die große Mehrzahl der Bundesländer, darunter alle Flächenländer, diesem Konzept nicht folgt. Dafür muss es doch auch Gründe geben.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir beispielsweise einmal die Ausschreibungen der Berliner Polizei anschaue, graut es mir wirklich; denn dort muss ich im Bewerbungsbogen ankreuzen: Will ich, wenn ich die Punktzahl für die Kripo nicht erreiche, für die Schutzpolizei berücksichtigt werden, und wenn das nicht für den gehobenen Dienst klappt, dann wenigstens für die Schutzpolizei im mittleren Dienst? Ansonsten steht mir dann vielleicht noch der Objektschutz als Angestellter offen.

Das ist doch kein Weg für Nordrhein-Westfalen! Dann spricht doch viel mehr für eine inhaltsgleiche Ausbildung und eine gleichwertige Polizei, und zwar bei bestmöglicher Ausbildung, bedarfsgerechter Personalplanung, sinnvoller Verteilung und sinnvollem Einsatz der Kräfte.

Ich freue mich schon sehr auf die intensiven Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Piraten spricht jetzt Kollege Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen lieben Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich, als ich Ihren Antrag gelesen und dann auf die Tagesordnung geschaut habe, zuerst gefragt: Warum Block II bei diesem Antrag? – Da besteht ja kein großer Unterschied zu vielen anderen Anträgen, die auch schon gekommen sind. Dann war es mir aber relativ schnell klar: Block II, 60 Minuten Redezeit für die CDU, TOP 1, allerbeste Sendezeit – da können Sie wieder alle Phrasen rausholen, die Sie immer bei solchen Sachen dreschen.

(Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie können die Zahlen der PKS wahllos in den Raum werfen und in einen völlig falschen Kontext setzen.

Ich finde das gerade bei diesem Thema ehrlich gesagt schade, weil das an sich ein Thema ist, über das man durchaus diskutieren kann. Dieses Thema kann man – das ist jetzt nur ein Beispiel – vor dem Hintergrund der aus meiner Sicht sehr niedrigen Bewerberzahlen bei der Polizei diskutieren.

Es gibt bestimmt immer viele junge Menschen, die sich sagen: Polizei – ja gerne, aber zur Hundertschaft möchte ich nicht. Dass die Arbeit eines Kriminalbeamten in der Wirklichkeit wahrscheinlich doch etwas anders ist als im Fernsehen dargestellt, das wissen sie vermutlich nicht. Das erfahren sie erst später, aber dann haben sie die Ausbildung schon hinter sich.

Vor diesem Hintergrund könnte man zum Beispiel über das Thema diskutieren, aber nicht vor dem Hintergrund, den Sie in Ihrem Antragstext darlegen. Es wurde jetzt schon mehrfach gesagt, aber ich muss es noch einmal betonen: Ist Ihnen eigentlich bewusst, was Sie mit diesem Antrag sagen? Das ist schon eine gewagte These, die ich gerade von der CDU so nicht erwartet hätte. Implizit sagen Sie ja, dass alle Kriminalbeamten, die seit 1995 ausgebildet wurden, aufgrund ihrer schlechten Ausbildung durchweg schlechte Arbeit leisten und dass diese Beamten daher für die niedrige Aufklärungsquote verantwortlich sind.

(Zustimmung von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wow!

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Ich meine, Kritik an der Polizei von der CDU – das ist an sich schon mehr als beachtlich. Aber dann gleich so undifferenziert? Da haben Sie sich wohl gedacht: Wenn schon, dann lassen wir es mal richtig krachen! – Nicht falsch verstehen: Sie haben schon recht dahin gehend, dass hier über Jahre

hinweg etwas falsch läuft. Da gebe ich Ihnen völlig recht.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Und dass insbesondere diese Landesregierung, vor allem dieser Innenminister mit seinen tollen Ideen und Maßnahmen, immer häufiger so richtig tief ins Klo greift, ...

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

 Selbstverständlich, Herr Minister, ich lasse Sie doch nicht aus. Alle kriegen ihr Lob. – Es ist, wie gesagt, so, dass dieser Minister immer wieder so richtig tief ins Klo greift, oft schon wirklich Anschlag Oberarm, mit den Ideen, die er manchmal hat.

Allerdings sehe ich das Ganze trotzdem ein bisschen differenzierter als Sie, liebe CDU. Ich denke nicht, dass die niedrige Aufklärungsquote an einer schlechten Arbeit von schlecht ausgebildeten Kriminalbeamten liegt und dass sich die Kriminalpolizei – wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben – zunehmend entprofessionalisiert.

Ich glaube vielmehr, dass die Polizei als Ganzes, und damit natürlich auch die Kriminalpolizei, unter der zunehmenden Last der Aufgaben immer mehr zusammenbricht, dass immer mehr Arbeit bei immer weniger Personal geleistet werden muss, dass immer mehr Aufgaben hinzukommen und dass die Beamten unter dieser Last immer häufiger krank werden. Kumulativ kommt hinzu, dass wegen der immer größeren Zahl von Langzeiterkrankten letztlich noch weniger Beamte tatsächlich für den Dienst zur Verfügung stehen. Das ist ein Teufelskreis.

Es ist offensichtlich, dass dieser Innenminister für die vielen Personalprobleme bei der Polizei keinerlei Lösungen zu bieten hat.

(Beifall von den PIRATEN)

Er bekommt es einfach nicht auf die Kette, mehr junge Menschen für den Polizeiberuf zu interessieren, damit man bei der Personalauswahl endlich mal wieder von einer Bestenauslese reden kann.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Er schafft es nicht, die Krankenstände in den Griff zu bekommen, und er hat Angst, vielleicht auch einmal mutige Maßnahmen zu ergreifen, um die Polizei endlich zu entlasten und ihr auch einmal Aufgaben abzunehmen.

Dabei liegen doch bereits viele gute Vorschläge auf dem Tisch. Die Gewerkschaften machen Vorschläge, die – und das muss ich betonen – für Polizeigewerkschaften fast schon revolutionär sind. Auch wir haben schon mehrfach Vorschläge gemacht. Aber stattdessen setzt Herr Jäger immer wieder lieber darauf, seine eigene PR nach vorne zu stellen, und missbraucht dafür die ohnehin schon knappen Ressourcen unserer Polizei.

Aber, liebe CDU, das hat nichts damit zu tun, dass die Kriminalbeamten, die seit 1995 ausgebildet wurden, grundsätzlich schlecht arbeiten würden. Ich möchte nicht falsch verstanden werden – verbessern kann man ein System sicherlich immer. Auch das System, das wir hier in NRW haben, ist bestimmt nicht die Patentlösung. Da kann man darüber nachdenken, welche Stellschrauben man da drehen kann, keine Frage. Aber es ist doch eben nicht einfach nur schlecht, so wie Sie es hier darstellen. Es hat auch viele positive Seiten.

Ich persönlich, als Betroffener dieser Ausbildung – das möchte ich hier einmal herausstellen –, empfinde es beispielsweise als positiv, den Gesamtüberblick über die Polizeiarbeit zu haben: wenn man als Beamter des Wach- und Wechseldienstes auch über Wissen der Arbeit der Kriminalpolizei verfügt, wenn man nicht – und das überspitze ich jetzt ganz bewusst – wie ein Elefant im Porzellanladen durch den Tatort stapft, wenn man weiß, worauf man achten muss, wenn man weiß, wie man den Kollegen der Kriminalpolizei schon im ersten Eingriff einen Großteil ihrer Arbeit abnehmen oder zumindest erleichtern kann.

Die Beamten des Wach- und Wechseldienstes sind in aller Regel immer die Ersten, die an einem Tatort ankommen. In den allermeisten Fällen sind es auch die Einzigen, die den Tatort jemals zu Gesicht bekommen. Denn bei den meisten Straftaten des täglichen Dienstes kommt doch kein Kriminalbeamter zum Tatort; das ist doch nicht die Realität.

Dann ist es doch gut, wenn ich weiß, worauf ich zum Beispiel bei der ersten Befragung vor Ort achten muss, welche Fragen ich stelle und welche besser nicht. Meine gute Arbeit vor Ort kann dem Kollegen bei der Kripo unter Umständen ganze Vernehmungen und damit verdammt viel Zeit ersparen.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Aber das geht eben nur, wenn ich weiß, was er braucht. Umgekehrt ist das nicht viel anders.

Am Ende ist die Entscheidung für das System, nach welchem man ausbildet, vermutlich eine Glaubensfrage. Die Länder, die Sie in Ihrem Antrag aufgezählt haben, haben sich für einen anderen Weg entschieden. Wir haben uns in NRW für diesen Weg entschieden.

Wenn ich einfach einmal all die Vor- und Nachteile, die die unterschiedlichen Systeme letztlich haben, gegeneinander abwäge, komme ich – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – zu dem Schluss, dass unser System sicherlich nicht perfekt ist und dass es an der einen oder anderen Stelle auch verbesserungswürdig ist – keine Frage –, dass es letztlich aber vom Grundsatz her nicht geändert werden sollte. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Lohn, das ist ein gewisses politisches Ritual, eine Tradition, man kann auch fast schon "Brauchtum" dazu sagen, dass Sie jedes Jahr die Kriminalstatistik zitieren, auf Ihre eigene Art und Weise analysieren, immer mit dem Ziel, die Arbeit der Polizei in NRW zu kritisieren

Ich habe zunehmend den Eindruck, Herr Lohn: Dabei geht es nicht um die Sache,

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

sondern um das Ziel, möglichst politische Geländegewinne erzielen zu wollen. Ob das gelingt, lasse ich dahingestellt.

Ich habe dieses Jahr lange auf die Generalkritik von Ihnen warten müssen. Heute ist es endlich so weit, wobei ich feststellen muss: sehr dezent, sehr leise, nur zwischen den Zeilen. Man kann darüber spekulieren, welche Gründe das hat.

Ein Grund kann sein, dass beispielsweise die Jugendkriminalität in Nordrhein-Westfalen auf einem historischen Tiefstand ist, dass die Gewaltkriminalität auf den Stand von 2001 zurückgegangen ist und dass die Tageswohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen um 12 % zurückgegangen sind.

(Zuruf von der CDU: Und nachts?)

Aber es kann auch sein, dass diese Kritik nur so dezent ausfällt, weil Ihnen immer klarer wird, dass die Beamtinnen und Beamten in unseren Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen, die jeden Tag verdammt gute Arbeit leisten,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das unterscheidet sie vom Minister!)

es satt haben, von Ihnen ständig mit einem solchen Zerrbild konfrontiert zu werden. Das kann auch ein Grund für die dezente Kritik sein.

(Beifall von der SPD)

Sie machen darüber hinaus bezogen auf die Ausbildung eine Rechnung auf, die, wie ich glaube, nicht funktionieren kann. Diese Logik kann nicht funktionieren. Sie widerspricht dem gesellschaftlichen Ansatz von lebenslangem Lernen, von Learning by Doing. Wenn man Ihre Logik, dass man am Anfang des Berufslebens eine Spezialausbildung braucht, die 40 Jahre lang tragen soll, beispielsweise auf dieses Hohe Haus überträgt, müsste jeder Abgeordnete eigentlich ein Studium der Politikwissenschaften haben, um Politiker werden zu können.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lohn zulassen?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gleich, in einer Minute. Ich möchte diesen Gedanken noch zu Ende führen, weil er mir wichtig ist.

Wenn man also dieses Modell bzw. diese Logik weiterführt, müsste jeder Abgeordnete das Studium der Politikwissenschaften absolviert haben.

Die Realität sieht ein bisschen anders aus. Eine Physikerin ist sogar Kanzlerin geworden. Der eine oder andere Kaufmann ist Minister geworden. Polizeibeamte werden sogar innenpolitische Sprecher. Sie sehen also: In allen gesellschaftlichen Bereichen haben wir den Anspruch, dass sich die Menschen lebenslang weiterentwickeln, fortbilden, zusätzlich lernen und auf neue berufliche Herausforderungen mit dann neu gewonnenem Wissen reagieren können.

Jetzt kann Herr Lohn gerne seine Frage stellen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Lohn.

Werner Lohn (CDU): Herr Minister, vielen Dank für die Gelegenheit zur Zwischenfrage. - Habe ich Sie richtig verstanden, dass all diejenigen, die Kritik an Ihrer Amtsführung und an den schlechten Kriminalitätsstatistikzahlen Nordrhein-Westfalens üben, aus Ihrer Sicht ein Zerrbild der Realität zeichnen? Dann müssen Sie sagen: Das machen die Gewerkschaft der Polizei - die habe ich nämlich zu 80 % zitiert -, der Bund der Kriminalbeamten - die habe ich ebenfalls zitiert -, und selbst die Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert die derzeitige Situation der Kriminalitätsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen massiv. Wenn das alles diejenigen sind, die die Polizisten beleidigen, die die Arbeit herabwürdigen und ein Zerrbild der Realität erzeugen wollen, sind Sie auf dem Irrweg.

(Beifall von der CDU)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Lohn, da haben Sie die Gewerkschaften völlig falsch verstanden. Im Gegensatz zu Ihnen respektieren und wertschätzen die drei Polizeigewerkschaften in Nordrhein-Westfalen die Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen. Das tun Sie mit Ihrer ständig vorgetragenen Generalkritik gegenüber der Polizei eben nicht. Das unterscheidet Sie von ausgewogenen Hinweisen und Diskussionsbeiträgen der drei Gewerkschaften.

(Zuruf von Werner Lohn [CDU])

Wir in Nordrhein-Westfalen haben eine gemeinsame Ausbildung und eine gemeinsame Polizei. Wir

haben keine Beamtinnen und Beamten der ersten und zweiten Klasse. Die wird es auch in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

(Zustimmung von Thomas Stotko [SPD])

Wir werden auch Vorschläge, wie von Ihnen in der Vergangenheit vorgetragen, nach Hilfspolizisten, nach Verwaltungsassistenten, nach Polizei light oder nach Privatisierung von polizeilichen Aufgaben nicht folgen.

(Beifall von der SPD – Minister Guntram Schneider: Sehr richtig! – Zuruf von der SPD: Die Geister, die ich rief!)

Wir haben Kolleginnen und Kollegen, die auf Augenhöhe miteinander arbeiten. Dieser ganzheitliche Ansatz, Herr Lohn, innerhalb der Polizei ist deshalb wichtig, weil die Kolleginnen und Kollegen dann Verständnis für die Arbeit in anderen Bereichen der Kolleginnen und Kollegen der Polizei in Nordrhein-Westfalen zeigen. Es geht darum, dass man sich innerhalb der Polizei in andere Bereiche weiterentwickeln, weiter fortbilden und dort wichtige Aufgaben wahrnehmen kann, um eine Verwendungsbreite – ich bleibe im Beamtendeutsch – über 40 Dienstjahre vollziehen zu können.

Zum Zweiten finde ich – das habe ich schon angedeutet –, dass die Kritik an der Arbeit der Kriminalpolizei letztendlich die Arbeit aller Kriminalkommissariate und des Landeskriminalamtes diskreditiert. Herr Schatz hat es zu Recht dargestellt: Es ist auch ein Misskredit gegenüber dem Wachdienst, der einen unglaublich wichtigen Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung darstellt.

Zum Dritten möchte ich gern Folgendes ansprechen: Herr Lürbke, gestern in der Fragestunde zur Frage der Personalentwicklung bei der Polizei habe ich alle, zugegebenermaßen wahrscheinlich sehr übersichtlichen, pädagogischen Fähigkeiten an den Tag gelegt, um Ihnen die Realität zu vermitteln. Wir betreiben keinen Personalabbau bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Im Gegenteil: Wir betreiben einen Personalaufbau. 602 Stellen mehr seit 2010, 1.642 Einstellungsermächtigungen durch den Haushaltsgesetzgeber – so viele wie noch nie seit der Existenz der zweigeteilten Laufbahn.

Das sind die Tatsachen. Damit versuchen wir, Fehler der Vergangenheit zu kompensieren, als wider besseres Wissen viel zu wenige Polizeibeamtinnen und -beamte eingestellt wurden.

Ich will auf die Frage der Y-Ausbildung zurückkommen. Herr Lohn, die will niemand. Selbst der Bund der Kriminalbeamten will sie nicht. Sie sagten, wir hätten schon die Sparten- bzw. die Y-Ausbildung in diesem Land gehabt. Ja, aber sie ist abgeschafft worden, weil sie gescheitert ist. Die Kriminalität verändert sich mit dem Tempo, das der Rasanz bei der Veränderung unserer Gesellschaft entspricht. Mit

demselben Tempo muss polizeiliche Arbeit Schritt halten und sich verändern. Das setzt Menschen innerhalb der Polizei voraus, die eine gute Ausbildung haben, aber fähig sind, sich im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit über 40 Jahre hinweg diesen Veränderungen durch Fort- und Weiterbildung anpassen zu können.

Das tun zwölf Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland so. Wir sind sozusagen ein Vorbild dafür gewesen, dass die Ausbildung auch in anderen Ländern auf diese Basis gestellt worden ist.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Wichtig ist mir, dass wir die Ausbildungsinhalte permanent evaluieren. Wir müssen immer wieder schauen: Ist das, was den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern sowohl in der Theorie als auch in der Praxis vermittelt wird, State of the Art, oder gibt es Veränderungsbedarf?

Das tun wir übrigens permanent. Wir haben aktuell eine Projektgruppe dazu eingerichtet. Sie weiß, dass ich im Sommer von ihr Hinweise erwarte, ob Module dieser Ausbildung verändert oder ersetzt werden sollen. Ich finde, wir sollten uns die Zeit nehmen, genau das abzuwarten, um abzuschätzen, ob ein weiterer Schritt zur Modernisierung der Polizei in Nordrhein-Westfalen erforderlich ist. Das werden wir dann auch tun – übrigens gemeinsam mit den Gewerkschaften und mit dem Bund der Kriminalbeamten, den Sie als Kronzeugen heranzuziehen versuchen und der unsere Auffassung dazu im Übrigen teilt.

Nordrhein-Westfalen hat eine gute Polizeiausbildung. Dabei werden wir auch bleiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bleiben Sie bitte einen Moment hier. Es liegt die Wortmeldung zu einer Kurzintervention vom Abgeordneten Lürbke vor, dem ich nun das Wort erteile.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Minister. Jetzt muss ich in der Kurzintervention auf Ihre Ausführungen Stellung nehmen.

Sie haben Ihre pädagogischen Fähigkeiten von gestern angesprochen. Wenn man sich aber die Realität anschaut, waren das pädagogische Fähigkeiten, die Sie zum Märchenerzählen eingesetzt haben. Das muss man so deutlich sagen. Denn natürlich ist diese Landesregierung dafür verantwortlich, dass ein massiver Stellenabbau in Nordrhein-Westfalen nicht nur eingeleitet wurde, sondern auch umgesetzt wird.

(Beifall von der FDP)

Bis 2025 werden wir in Nordrhein-Westfalen über 4.000.Beamte und Beamtinnen verlieren. Das muss man ganz konkret auf die einzelnen Behörden runterrechnen. Das ist längst schon rum. In den Behörden plant man auch schon mit diesem Stellenabbau. In Wuppertal werden 200 Beamte fehlen, in Düsseldorf über 300. Deshalb muss man sich den Realitäten stellen.

Sie sagen immer, dass seien Fehler der Vergangenheit, Fehler, die vielleicht zwischen 2006 und 2008 gemacht worden sind. Ursache dafür sei, dass damals nur 500 Einstellungsermächtigungen ausgesprochen worden seien. Das ist doch nicht wahr! Die Wahrheit ist doch, dass Rot-Grün bereits im Doppelhaushalt 2004/2005 1.429 kw-Vermerke ausgebracht hat.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Diese Stellen sollten wegfallen. 2003 wurde bereits die Zahl von 1.070 Einstellungsermächtigungen auf 500 reduziert. Wir haben die Zahl unter Schwarz-Gelb wieder erhöht. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Stellen Sie sich also bitte der Verantwortung, leugnen Sie nicht den Stellenabbau und schieben Sie ihn nicht anderen in die Schuhe! Das haben Sie selbst zu verantworten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Mostofizadeh hat den richtigen Zwischenruf getätigt: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Das ist fast schon kabarettreif. – Ich habe 90 Sekunden Zeit, in denen ich gerne erwidern möchte. Ich verweise auf das Protokoll über die gestrige Fragestunde.

Tatsache ist: 2004 ist ein Altersbericht für die Polizei in Nordrhein-Westfalen von dem damaligen Minister Fritz Behrens in Auftrag gegeben worden. Der lag im Jahr 2006 vor. Aus dem ist ableitbar, wie groß der Personalbedarf von 2006 an für die zukünftigen Jahre gewesen wäre.

Dieser Altersbericht ist vier Jahre von der schwarzgelben Landesregierung unter Verschluss gehalten worden. Herr Lürbke, aus welchem Grund ist der unter Verschluss gehalten worden? Weil die Einstellungszahlen, die Sie getätigt haben, so gut zu dem passten, was im Altersbericht gestanden hat? Nein, umgekehrt war es.

Mit dem Altersbericht, der unter Verschluss gehalten wurde, hätte deutlich dargelegt werden können, dass Sie mangelhaft eingestellt haben.

(Beifall von der SPD)

Was wir in Zukunft an demografischer Lücke haben, ist die schwarz-gelbe Lücke, von der damaligen Landesregierung zu verantworten. Wir dagegen stellen bis zum Anschlag ein. Über mehr Ausbildungskapazitäten verfügen wir gar nicht. Allein in den nächsten drei Jahren sind es 1.642. Ich bin insbesondere den regierungstragenden Fraktionen sehr dankbar dafür, dass sie die im Rahmen des Haushaltes zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Herr Kollege Lohn hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Werner Lohn (CDU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat einen Sachantrag vorgelegt, der sich isoliert mit der Frage beschäftigt: Wie sieht die Polizeimisere bei der Kriminalpolizei aus?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Lohn, Sie haben gerade vergessen, den Präsidenten zu begrüßen.

Werner Lohn (CDU): Bitte?

(Heiterkeit - Beifall von CDU und FDP)

Dann sage ich jetzt: Frau Präsidentin, Sie haben einen sehr guten Stellvertreter. Ich begrüße auch den stellvertretenden Präsidenten sehr herzlich.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Lohn, ich darf Sie noch einmal unterbrechen. Auch ein Vizepräsident ist dann amtierender Präsident, wenn er hier sitzt. Hier geht es jetzt nicht um den Präsidenten oder den Stellvertreter, sondern unabhängig von Parteizugehörigkeit und Funktion, ob Präsidentin oder Präsident, ist immer derjenige der amtierende Präsident, der gerade die Sitzung leitet. Deswegen bitte ich Sie sehr herzlich, den amtierenden Präsidenten auch nicht mit "Vizepräsident" anzusprechen, sondern es ist dann der amtierende Präsident. Bitte schön.

(Heiterkeit - Beifall von der CDU)

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident, ich begrüße Sie mit der angemessenen Hochachtung und Freundlichkeit und hoffe, jetzt mit meinen Ausführungen beginnen zu dürfen.

Wir haben einen Sachantrag vorgelegt, der sich isoliert mit den Problemen der Kriminalpolizei wegen Mangels an Spezialisten beschäftigt. Wir sind gerne bereit, das auch in einem größeren Kontext zu diskutieren. Nicht bereit sind wir zu diesem alten Klassenkampfdenken, Neid zwischen Schutzpolizei und

Kriminalpolizei zu schüren oder diesen wieder aufkommen zu lassen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer macht das denn?)

– Sie sollten lesen und zuhören. Wir haben gesagt, wir fordern eine Schwerpunktausbildung für die Kriminalpolizei und für die Schutzpolizei. Das heißt, beide sind gleichwertig und auch gleich hoch zu schätzen. Wir haben heute eben nicht die generalistische Ausbildung. Wir haben heute eine Ausbildung, die nur für den Wachdienst befähigt. Das steht in der Ausbildungsverordnung. Sie kommt von Ihnen allen: die haben wir beschlossen.

Wir haben eben keine Ausbildung, die zur Kriminalitätsbekämpfung befähigt. Genau das wollen wir ändern. Es fehlen in sieben Jahren 4.000 Stellen. Es scheiden erfahrene Leute aus. Frau Schäffer, Sie erzählen, es seien nicht alles Leute, die eine generalistische Ausbildung hätten. Das sind Leute, die eine sehr spezielle Ausbildung gemacht haben. Sie haben eine super Arbeit geleistet. Nur in den vergangenen 20 Jahren sind viele Kolleginnen und Kollegen in den Kriminaldienst gekommen, die keinerlei Ausbildung oder nur eine unzureichende Ausbildung hatten. Genau da müssen wir ansetzen. Wir können die 4.000, die weggehen, nicht ersetzen mit Kolleginnen und Kollegen, die jetzt die Ausbildung machen. Mit 30 % Kriminal-Anteilen ist nur rudimentäres Grundwissen vorhanden. Dann gehen sie drei bis vier Jahre in die Hundertschaft bzw. in die Kreispolizeibehörden.

Der Minister spricht an, der Wechsel bei den Herausforderungen der Kriminalitätslage und der polizeilichen Aufgabenbewältigung sei so groß, dass man da keine langen Verzögerungen in Kauf nehmen kann. Herr Minister, unter Ihrer Ägide ist das so, dass die Nachwuchskräfte bei der Kriminalpolizei erst schlecht ausgebildet sind und dann vier Jahre warten müssen, bis sie mit der schlechten Ausbildung in die Kommissariate kommen können. So kann man Kriminalität nicht bekämpfen.

Die Kolleginnen und Kollegen, die dort sind, machen mit den schlechten Voraussetzungen, die sie vorfinden, beste Arbeit. Die strengen sich an, denn ansonsten sähe es noch viel schlimmer aus. Deswegen meine ich: Nehmen Sie den Schaum vor dem Mund weg. Herr Bialas, Ihre Vergleiche möchte ich nicht zitieren, weil die wirklich völlig neben der Sache waren. Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen.

Lassen Sie uns im Ausschuss den Schaum vor dem Mund wegputzen, sachlich diskutieren und Expertenmeinungen anhören. Dann, so denke ich, werden Sie einiges an Ihrer Meinung revidieren müssen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lohn. – Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht zustimmen? Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

2 Gründer verstehen, Gründer unterstützen, falsche Signale vermeiden – Neue Gründerkultur gerade im digitalen Zeitalter von besonderer Bedeutung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8119

In Verbindung mit:

Gründungskultur in Nordrhein-Westfalen stärken – Unternehmensgründer besser unterstützen und Wachstumskräfte revitalisieren

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8133

Ich eröffne die Aussprache und erteile nun für die CDU-Fraktion dem Herrn Kollegen Stein das Wort.

Robert Stein (CDU): Herr amtierender Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit großem Wirtschaftspotenzial. Doch dieses Potenzial wird derzeit beileibe nicht ausgeschöpft. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst seit 1991 im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern unterdurchschnittlich. Der Wachstumsrückstand hat sich seitdem auf mittlerweile gut neun Prozentpunkte summiert.

Sie könnten darauf wieder mit der alten Leier antworten, wir würden dieses Land schlechtreden. Fakt hingegen ist – und diese Zahlen lügen nicht, nein, sie bestätigen es sogar –: Sie regieren dieses Land schlecht und darüber hinaus auch noch unter Wert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Fakt ist auch: Ohne Wachstumslücke hätte Nordrhein-Westfalen heute einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können, und Sie hätten sich dadurch Peinlichkeiten wie das Effizienzteam erspart.

(Beifall von der CDU)

Hätte, hätte, Fahrradkette. – Sie haben das alles leider nicht erreicht. Umso wichtiger ist es, dass jetzt endlich Wachstumsimpulse einsetzen. Ein Wachstumstreiber ist dabei die zunehmende Digitalisierung unserer Wirtschaft. Der Branchenverband BITKOM und das Fraunhofer Institut schätzen das zusätzliche Wachstumspotenzial durch die Digitalisierung unserer Wirtschaft auf jährlich bis zu 1,7 Prozentpunkte.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Um die wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung zu nutzen, muss NRW drei Dinge tun. Erstens: Nordrhein-Westfalen braucht flächendeckend schnelles Internet. Ohne digitale Infrastruktur wird es keine digitale Wirtschaft geben. Zweitens: Nordrhein-Westfalen muss seinen Mittelstand bei der digitalen Transformation unterstützen. Und drittens: Nordrhein-Westfalen muss Start-up-Land Nummer eins werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Davon sind wir aber noch meilenwert entfernt, denn 40 % aller Start-up-Unternehmen werden in Berlin gegründet. In NRW ist es noch nicht einmal jedes zehnte. Und in München werden so viele Start-ups gegründet wie in ganz Nordrhein-Westfalen zusammen.

Deshalb ist es heute umso wichtiger, den Menschen in unserem starken Land gerade im Angesicht des digitalen Strukturwandels Mut zu einer Unternehmensgründung zuzusprechen. Natürlich sind dafür die eben erwähnten Rahmenbedingungen wichtige Komponenten. Doch diese Rahmenbedingungen alleine nehmen potenziellen Existenzgründern nicht die Angst vor einem Scheitern und einer damit bedingten Stigmatisierung innerhalb der Gesellschaft.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir die Chancen des digitalen Wandels nutzen wollen, dann braucht Nordrhein-Westfalen eine neue Gründerkultur. Jeff Bezos, der Gründer von Amazon, hat einmal sinngemäß gesagt: Das erste Unternehmen, das ich gegründet habe, ist krachend gescheitert. Das zweite ist weniger krachend gescheitert. Mit dem dritten habe ich etwas Geld verdient, und das vierte war Amazon. – Die Botschaft ist klar: Scheitern ist kein Makel, und Scheitern gehört zum Gründen dazu.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

- Darauf komme ich noch zu sprechen.

Wie mit so einem Scheitern in der Politik von den regierungstragenden Fraktionen umgegangen wird, haben wir hier schon mindestens zwei Mal, jetzt drei Mal im Parlament erleben dürfen. Sowohl der SPD-Abgeordnete Hahnen als auch der SPD-Abgeordnete Münchow haben das hier im Parlament beispielslos und würdelos zugleich bewiesen. Sie wissen, welchen Fall ich anspreche.

Die SPD-Abgeordnete Gebhard ging sogar so weit, die Digitalisierung der Wirtschaft, vom eigenen Wirtschaftsminister vorangetrieben, in einem Zwischenruf als "Disneyland" zu bezeichnen. Welch fatales Signal hat das für gründungswillige Menschen im digitalen Zeitalter? – Anstatt Gründer, die scheitern, zu stigmatisieren, müssen die Menschen von uns ermutigt werden, um im Rahmen ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit ihr wirtschaftliches Wohlergeben selbst zu gestalten, um zum Gemeinwohl beizutragen.

(Beifall von der CDU)

Wir von der CDU glauben an die Damen und Herren, die hier im Publikum sitzen, wir glauben auch an die Menschen in NRW, an ihre Fähigkeiten und an ihre kreativen Ideen. Wir sollten den Menschen sagen: Traut euch gerade jetzt im digitalen Zeitalter zu, Unternehmen zu gründen. Informiert euch bei der Wirtschaftsförderung vor Ort, bei den Industrieund Handelskammern, bei der NRW.BANK oder Wagniskapitalgebern, und habt keine Angst zu scheitern!

Wenn hier auch oft mit Häme auf das Scheitern von Unternehmern reagiert wird, wir von der CDU – und ich bin mir da sicher, dass die FDP-Kollegen das ähnlich bewerten – schätzen den Mut der Gründer in diesem Land. Ihnen gebührt unser Respekt und unsere Anerkennung für die Strapazen und die Entbehrungen, die eine Unternehmensgründung gerade in den ersten Jahren mit sich bringt: Kein Mindestlohn wird garantiert, Überstunden sind Pflicht und an der Tagesordnung, Krankschreibungen sind nicht möglich.

Die Menschen, die bereit sind, dass alles zu leisten, brauchen die volle Unterstützung aus der Politik. Wir brauchen jetzt die Pioniere des digitalen Zeitalters, wenn wir hier den digitalen Strukturwandel stemmen wollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir dieses Zeichen in die Gesellschaft hinein senden, dass wir die Probleme moderner Gründer verstehen, ernst nehmen, ihnen Mut zusprechen und Anerkennung zukommen lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte Ihnen, liebe Gründer, liebe Start-uper in Nordrhein-Westfalen im Namen der CDU herzlich für Ihr Engagement danken. Wir gestalten die Zukunft und sichern den Wohlstand dieses Landes. Lassen Sie sich nicht schlechtreden von niemandem und niemals. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Stein, können Sie bitte noch einen Moment hier bleiben? Es liegt zwar keine Kurzintervention vor, aber Sie haben mich eben als "amtierender Präsident" angesprochen. Das ist unüblich. Sagen Sie einfach "Frau Präsidentin", wenn die Präsidentin

hier sitzt, oder "Herr Präsident", wenn er hier die Sitzung leitet. Der Ausdruck "amtierender Präsident" ist unüblich.

Robert Stein (CDU): Einverstanden.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die erste Hürde habe ich genommen. – Es gibt diesen schönen Ausdruck: "mit meiner Hände Arbeit". Er steht für das erfüllende Erlebnis, etwas zu schaffen, zu sehen, zu was man selbst fähig ist. Und das ist nur scheinbar aus der Mode gekommen. Niemand wird behaupten, dass diese Neugier, dass dieser Antrieb bei den Menschen jetzt schwächer ausgeprägt ist als in einem nebulösen "Früher".

Es gibt heute vielleicht weniger schwielige Hände, dafür haben wir aber den Mausarm hervorgebracht. Wir haben auch nicht zu wenige ehrgeizige, fleißige und neugierige Menschen in Nordrhein-Westfalen, ganz im Gegenteil. Was wir in Nordrhein-Westfalen zu wenig haben, ist eine Kultur, die diesen Impuls in der Regierungspolitik aufgreift.

Dafür haben wir in Nordrhein-Westfalen ein Viel-zu-Viel an Hemmnissen und Bürokratie. Diese Landesregierung redet immer sehr viel von Chancen und Dynamik, und dann versagen Sie gerade in dem Bereich, in dem beides mit großer Wachstumsperspektive zusammenfallen kann, nämlich der Gründerkultur.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie nehmen damit gerade den jungen Leuten eine ganz zentrale Perspektive; denn der Traum, sein eigener Chef zu sein, produktiv etwas zu schaffen, ist doch wohl einer, aus dem ganz viel Kraft für den eigenen Lebensweg entwickelt werden kann.

Es soll auch unter Rot-Grünen Leute geben, bei denen mitunter die Haltung durchschimmert, Selbstständigkeit und Unternehmertum wären irgendwie etwas Unanständiges. Wenn ich mir so die Plenarbänke anschaue, kann sich dieser Eindruck eigentlich nur verfestigen. Tatsächlich ist es so, dass der Mensch von Natur aus ein Freigeist ist, ein Gründer und einer Schaffer. Vielleicht muss er einfach nur von den Ketten dieser rot-grünen Landesregierung befreit werden.

(Beifall von der FDP)

Man kann natürlich fragen: Woher sollen unsere jungen Menschen denn eigentlich die Chance zu schätzen wissen? Bei allen abgefragten Faktoren im GE-Monitor erhält die gründungsbezogene Aus-

bildung in der Schule die schlechteste Bewertung. Das wundert uns nicht, weil faktisch ein solcher Unterricht gar nicht stattfindet. Wo nichts gesät wird, wird auch nichts wachsen.

Dann geht es weiter im Bereich Bildung, und dazu nur eine Zahl – die Ministerin ist ja anwesend –: Wenn Sie allein nur das Niveau von heute halten wollen, müssten Sie bis 2018 1 Milliarde € zusätzlich an die Hochschulen geben. Wenn sich dann ein junger motivierter Mensch trotz dieser miesen Umstände, obwohl ihm in der Schule nichts Gutes über den Unternehmer an sich erzählt, geschweige denn ein ökonomisches Grundrüstzeug mit auf den Weg gegeben wurde, wenn sich ein junger Mensch nach dem Studium oder der Ausbildung dann trotzdem für eine Gründung entschieden hat, dann geht es los in Nordrhein-Westfalen mit Hemmnissen und Bürokratie.

(Beifall von der FDP)

Dann zeigt unser Staat einmal, was er von Vorschriften, von Berichtspflichten und Abgaben versteht. Und das ist eine verdammt große Menge. In keinem anderen Land gibt es eine solch große Bürokratie wie in Nordrhein-Westfalen.

Der Gründer muss erst einmal schauen, dass er beim Verständnis dieser Bürokratie annähernd gleichziehen kann. Er verbringt eine Menge Zeit mit Besuchen bei Ämtern und dem Ausfüllen diverser Formulare und im Austausch mit dem Finanzamt.

Dabei bräuchte er gerade am Anfang Raum für Kreativität, um sein Unternehmen aufzubauen.

Jungen Unternehmen könnten wir zum Beispiel beim Kapitalzugang helfen, vor allem aber könnten wir mit einem One-Stop-Shop-Konzept – ein zentraler Ansprechpartner beim Behördenkontakt – sehr viel an Belastungen von den Start-ups nehmen. Das Letzte könnten Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen; für das andere könnten Sie sich einsetzen. Aber das machen Sie auch nicht. Wenn Sie Gründern schon nicht helfen wollen, durchzustarten, könnten Sie wenigstens darauf verzichten, ihnen noch größere Hürden in den Weg zu stellen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit einem mutigen Abbau von Bürokratie könnten wir die Entscheidung für eine Gründung sehr viel einfacher machen. Deshalb sagen wir als Freie Demokraten: Wir brauchen ein bürokratiefreies Jahr für Unternehmensgründer.

(Beifall von der FDP)

Jetzt ist Ihnen von Rot-Grün natürlich der Blick auf das Individuum, also auf den erfolgreichen Gründer, völlig fremd. Sie denken in Kollektiven, wobei Ihnen – anders als uns Freien Demokraten – das Glück des Einzelnen völlig egal ist. In unserer modernen Gesellschaft kann nur von Innovationen

Wachstum ausgehen. Start-ups stehen für die Zukunft, für neue Ideen, von denen unsere Gesellschaft profitiert, für neue Arbeitsplätze, nicht zuletzt für Einnahmen des Staates – und das sollte gerade dieser Landesregierung eigentlich entgegenkommen, denn dann haben Sie auch mehr Steuergelder zum Ausgeben.

Es fehlt aber völlig an einer engagierten und fokussierten Unterstützung seitens der Landespolitik. Und das schlägt sich auch nieder. Die Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen ist unterdurchschnittlich. Das Gründungsklima in Nordrhein-Westfalen ist noch schlechter als im schlechten Bundesdurchschnitt. Nach dem GEM liegen wir geradezu verheerend im Vergleich von 26 innovationsbasierten Ländern abgeschlagen auf dem 22. Platz. Wir können jetzt entweder weiter selbst zuschauen, wie wir den Anschluss verlieren, oder uns überlegen, was wir tun können, und es dann auch tun.

Wir brauchen also eine Gründungsinitiative, ja, sogar eine -offensive. Wir brauchen echte Impulse, damit Nordrhein-Westfalen zum Gründerland wird. Das ist unsere Vision. Ich hoffe, Sie haben auch eine, sonst werden die letzten zwei Jahre bis 2017 in Nordrhein-Westfalen für Sie ganz schön lang. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, wenn man diese Wahrnehmung der Wirklichkeit hier hört. Aber nun zu den beiden Anträgen!

Die vorliegenden Anträge von FDP und CDU unterscheiden sich zwar deutlich im Umfang, aber ihnen ist gemein, dass Sie bereits in anderen Anträgen vorgebrachte Feststellungen und Forderungen wiederholen, also widerkäuen.

Während der CDU-Antrag zunächst mit der zurzeit von der CDU-Fraktion favorisierten Einleitung für Anträge im Wirtschaftsausschuss nach dem bewährten Muster Copy-and-paste beginnt und dann mit zwei bereits bekannten Appellen endet, versucht der FDP-Antrag zumindest ansatzweise, sich etwas intensiver mit dem Thema Gründer und Start-ups zu beschäftigen. Insofern will ich im Weiteren vornehmlich auf diesen eingehen.

Zur Ausgangslage: NRW ist mit 22 % des deutschen Inlandsproduktes das wirtschaftsstärkste Bundesland, und dies, obwohl es aus eigener Kraft den größten Strukturwandel innerhalb der Bundesrepublik bislang zu bewältigen hatte und stemmen musste. Inzwischen liegt sogar das Wachstum im Ruhrgebiet wieder über dem Bundesdurchschnitt.

(Thomas Kufen [CDU]: Was? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Die von Ihnen geforderten Impulse für eine Gründerkultur setzt die rot-grüne Landesregierung kontinuierlich, und sie stehen weiterhin im Fokus nordrhein-westfälischer Wirtschaftspolitik.

Dies drückt sich auch im Ranking der Bundesländer nach Gründungsquoten aus. So hat NRW laut KfW-Gründungsmonitor 2014 inzwischen Bayern und Baden-Württemberg überholt. Auch das Institut für Mittelstandsforschung weist nach, dass die Zahl der wirtschaftlich bedeutenden Gründungen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 um 2,1 % gestiegen ist, während bundesweit ein Rückgang von 2,3 % zu verzeichnen ist. Die erfolgreiche Politik der rotgrünen Landesregierung zeigt also Wirkung.

Mit zahlreichen Maßnahmen wie Ausgründungen von Hochschulen, Gründungskrediten der NRW.BANK oder Motivationsverstärker wie dem Gründergipfel NRW ist Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg. Dies wird auch durch die letzte Befragung von Experten im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitor, den Sie auch schon erwähnt haben – Länderbericht Deutschland; und das betrifft ganz Deutschland –, festgestellt.

Mehr als 40 % der Experten sind der Meinung, dass die Ausgestaltung der öffentlichen Förderstruktur in Deutschland Unternehmensgründungen besonders begünstigt. So stellt die NRW.BANK hier in Nordrhein-Westfalen allein 432 Millionen € zur Verfügung. Das Land und seine Institute sind aktiv.

Nun zu Ihren Handlungsaufforderungen:

Neben einigen Forderungen, die Sie bereits in der jüngsten Vergangenheit gestellt haben – diese möchte ich nur kurz aufzählen: Schulfach Wirtschaft, Änderung oder Abschaffung des Hochschulzukunftsgesetzes, Breitbandausbau –, legen Sie einen Schwerpunkt auf den sogenannten Bürokratieabbau und das Steuerrecht.

Gerade beim Bürokratieabbau aber hat Nordrhein-Westfalen eine bemerkenswerte Initiative ergriffen. Im Zusammenhang mit der Clearingstelle ist ein Projekt zur Folgekostenabschätzung von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht worden. Das von Ihnen erwähnte Prinzip der One-Stop-Shops wird bereits durch die STARTERCENTER NRW schwerpunktmäßig umgesetzt. Sie fordern also Dinge, die schon längst umgesetzt sind.

Die von Ihnen geforderten steuerpolitischen Änderungen bergen unter anderem – wie schon bei ähnlichen Anträgen diskutiert – die große Gefahr von Trittbrettfahrern. Gesetzesänderungen für Venturecapital hat die zuständige Bundesregierung längst auf ihrer Agenda.

Der Länderbericht Deutschland – das ist dann ganz Deutschland – zeigt ohne Zweifel, dass wir uns mit einer schwachen Gründerkultur in der Bundesrepublik beschäftigen müssen. Dafür sind aber die vorliegenden Anträge von CDU und FDP keine adäquate Grundlage. Es gilt, langfristig einen Mentalitätswandel zu bewirken, und zwar bundesweit. Ich sehe der Debatte im Ausschuss mit Interesse entgegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hafke, ich weiß, dass Sie aus einem Haushalt von Selbstständigen kommen, aber nach Ihren Ausführungen muss ich sagen: Sie haben über Gründungen gesprochen wie der Blinde von der Farbe. Das tut mir wirklich leid.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Oh! Oh!)

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass die FDP vor einiger Zeit eine Große Anfrage mit insgesamt 286 Fragen gestellt hat, um sich ein Bild über die wirtschaftliche Lage des Landes Nordrhein-Westfalen zu machen. Alle 286 Fragen sind von der Landesregierung detailliert und präzise beantwortet worden. Man sollte zumindest davon ausgehen können und der Würde dieser Arbeit dadurch gerecht werden, dass man sich auch einmal mit diesen Antworten beschäftigt.

Die vorliegenden Anträge von FDP und CDU legen aber den Eindruck nahe, dass sich keine Fraktion und somit keiner von Ihnen wirklich die Mühe gemacht hat, sich mit diesen Antworten auseinanderzusetzen.

Sie zeichnen in Ihren Anträgen ein Bild unseres Landes, was sich mit der Realität überhaupt nicht deckt.

Ich möchte damit anfangen, dass in Nordrhein-Westfalen Gründung nicht nur im Wirtschaftsministerium gefördert wird, sondern wir in Nordrhein-Westfalen mittlerweile schon sehr früh damit anfangen, nämlich bereits in der Schule.

Ich möchte Sie ganz stark an das Netzwerk für Wirtschaft und Schule erinnern, aber auch daran, dass wir mittlerweile den Genossenschaftsgedanken in die Schulen hineintragen und über Schülergenossenschaften diese andere Welt der solidarischen Ökonomie als Teil der Bildungsarbeit haben wahr werden lassen.

So schreibt die FDP in ihrem Antrag, dass in NRW endlich Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden müssten und es nicht zu erkennen sei, dass das Land in puncto Gründung gegenüber anderen Ländern wie Hessen oder Rheinland-Pfalz aufholen würde.

(Beifall von der FDP)

– Es sei nicht zu erkennen, dass wir aufholen. Ich möchte Sie nur daran erinnern – wenn man lesen kann und die Presse von gestern und vorgestern verfolgt, dann können Sie aus der Antwort der Landesregierung von damals entnehmen –, dass sich die Gründerquote seit Mitte der neunziger Jahre um insgesamt 10,3 Punkte bis heute erhöht hat. Somit ist der Abstand verkleinert worden. Nach jüngsten Mitteilungen ist dieser nicht nur verkleinert worden, sondern wir sind ziemlich weit an die Spitze gekommen. Die Zahl der Unternehmensgründungen bleibt auch auf diesem Kurs.

(Marcel Hafke [FDP]: Warum sind wir dann so schlecht?)

Ich glaube, dass Ihre Wahrnehmung darauf beruht, dass Sie keine Fakten brauchen, um sich eine Meinung zu bilden. Ansonsten kann ich mir nicht erklären, warum Sie so einen Redebeitrag leisten.

Natürlich müssen wir immer schauen, wo es noch Verbesserungs- oder Änderungsbedarfe gibt. Das ist keine Frage, und das tun wir aktuell auch sehr gezielt, zum Beispiel bei der Gründungsförderung im Handwerk. Hier kann ich Sie auf unseren Antrag aufmerksam machen. Der Eindruck, den CDU und FDP hier zu vermitteln versuchen, wir hätten keine Gründungskultur und würden die Gründer im Stich lassen, ist schlichtweg realitätsfern.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke zulassen?

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Ja, sehr gerne.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben jetzt relativ lange ausgeführt, dass wir davon angeblich gar keine Ahnung hätten. Das nehme ich jetzt einmal so zur Kenntnis.

Es würde mich interessieren, wie Sie sich die Fakten, die es ja nun einmal gibt, erklären. Insbesondere beim GE-Monitor werden 26 innovationsbasierte Länder gemessen. Hier liegen Deutschland und somit auch Nordrhein-Westfalen auf dem 22. Platz. Die Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen ist unterdurchschnittlich im Bundesländervergleich, und das Gründungsklima in Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern ebenfalls unterdurchschnittlich. Wie erklären Sie sich das, wenn

alles so rosarot ist, wie Sie das gerade ausgeführt haben?

(Beifall von der FDP)

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Die neuesten Zahlen zeigen, dass das Gründungsgeschehen hier nicht unterdurchschnittlich ist. Man muss sich aber differenziert anschauen, welches Gründungs...

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wo sind denn die Zahlen?)

Was wir in Nordrhein-Westfalen brauchen, ist letzten Endes eine Gründung, die darauf beruht, dass wir solide sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Da haben wir in weiten Teilen des Landes ein Manko.

Wenn Sie hier immer auf diese hipp-hippe Start-up-Szene abheben, dann kann ich nur sagen, dass sich wirkliche Gründungsförderung auf ein großes breites Gründungsgeschehen bezieht, nämlich von der von außen manchmal hipp-hipp anmutenden Start-up-Szene bis hin zum einfachen Handwerk. Deshalb brauchen wir einen breiten Instrumentenkoffer. Diesen breiten Instrumentenkoffer, den liefern wir auch.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wie denn?)

Ich gebe Ihnen aber recht, dass wir letztendlich den Zugang von Gründern zum Kapital verbessern müssen. Dabei gibt es im Endeffekt folgende Problematiken: Es existieren Zugangshemmnisse, zum Teil aufgrund von Informationsdefiziten – darauf haben Sie auch hingewiesen –, teilweise aber auch auf beiden Seiten der Kapitalgeber. Das heißt, wenn Sie zu einer Bank gehen, haben Sie auch dort manchmal Berater sitzen, die nicht den gesamten Instrumentenkoffer beherrschen.

Natürlich ist es auch wichtig, dem Gründer vernünftige Informationen an die Hand zu geben. Denn eines ist klar: Gründung ist letzten Endes immer mit einem Risiko behaftet. Um dieses Risiko zu minimieren, muss jeder Gründer bereit sein, sich Hilfestellung zu holen.

(Marcel Hafke [FDP]: Keine Ahnung!)

Die bestehenden Angebote sind aus meiner Sicht gut, wenn auch verbesserungsbedürftig. Lassen Sie uns die Zeit im Ausschuss nutzen, um darüber zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Dr. Beisheim. – Für die Piratenfraktion spricht Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Uns liegen heute zwei Anträge mit dem Ziel vor, Unternehmensgründungen zu unterstützen.

Bevor ich auf Details eingehe, will ich zunächst deutlich machen, warum dieses Thema mehr als eine bloße Modeerscheinung in der wirtschaftlichen Debatte ist. Die deutsche Wirtschaft steht zurzeit im europäischen Vergleich sehr gut da. Grund dafür ist unter anderem der weltweite Erfolg der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer, aber auch die mittelständisch strukturierte Wirtschaft in Familienbesitz.

Wie die Geschichte zeigt, sind die Erfolgsgaranten von heute jedoch nicht automatisch die Wohlstandsfaktoren von morgen. Ob die Automobilindustrie, ob der Maschinenbau, ob die Mittelständler in Familienbesitz auch in zehn oder 15 Jahren maßgeblich zum Wohlstand der Deutschen beitragen, hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich auf die schnellen Innovationszyklen des digitalen Zeitalters einzustellen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn derzeit sieht es so aus, dass eher Google die Autobranche revolutionieren wird als dass ein deutscher Autokonzern zum führenden Suchmaschinenbetreiber aufsteigt.

Im Februar warnte zum Beispiel die KfW-Bank vor der zunehmenden Vergreisung der Inhaber von Mittelstandsunternehmen. Sie zeigte auf, dass mit dem fortschreitenden Alter der Unternehmer eine zunehmende Zurückhaltung verbunden ist, in Innovationen, also gerade in die Zukunft, zu investieren. Denn bei 78 % aller Mittelständler mit älteren Inhabern überstieg der Wertverlust ihres Kapitalstocks zwischen 2004 und 2013 die Neuinvestitionen. Das heißt, acht von zehn Senioren fuhren auf Verschleiß. Das wird gravierende Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in NRW haben.

Deswegen plädiere ich dafür, sich nicht auf alten Strukturen auszuruhen, sondern neue Unternehmen mit Innovationen und Ideen zu unterstützen, wo immer es möglich ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Frischer Wind ist bekanntlich nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik nützlich. Wir Piraten unterstützen jedes politische Vorhaben, das dem Wirtschaftsminister bei der Start-up-Förderung mehr Dampf macht. Das Wort "Gründungskultur" zeigt dabei, dass es um ein Bündel von Maßnahmen gehen muss. Denn klar ist, dass die niedrige Gründungsquote in NRW nicht allein auf fehlende monetäre Ansätze zurückzuführen ist.

Der vorliegende Antrag der FDP beinhaltet einige interessante Forderungen, die ich gerne von der Landesregierung umgesetzt sehen würde.

Ich möchte allerdings auch deutlich machen, dass wir Piraten einem Schulfach Wirtschaft eher skeptisch gegenüberstehen.

Auch die in den Punkten 8 und 9 des Antrags geforderten Steuererleichterungen für Unternehmer

sind kritisch zu prüfen; denn Mitnahmeeffekte müssen vermieden werden.

Ich freue mich auf die Debatten im Wirtschaftsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle kennen die geflügelten Worte "Eulen nach Athen tragen" oder "Wasser in den Rhein gießen". Genau das tun die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP mit ihren Anträgen. Sie enthalten nichts grundlegend Falsches, wenn auch die Annahmen nicht stimmen. Aber wir werden den Anträgen sicherlich nicht zustimmen können, weil vieles schon auf dem Weg ist.

Klar ist, wir wollen das bislang Erreichte noch weiter ausbauen und insbesondere die Chancen der Digitalisierung nutzen, und wir brauchen innovationsfreudige Unternehmen, kreative Start-ups, um als Träger von Innovationen Garant für Wohlstand in Deutschland zu bleiben.

In der vorherigen Debatte kam wohl aus den Reihen der FDP ein Zwischenruf: Zahlen lügen nicht! Das muss man doch noch mal richtigstellen – in einigen Beiträgen, insbesondere bei Frau Dr. Beisheim, ist das schon zum Ausdruck gekommen –: Wir nehmen mit rund 70.000 Existenzgründungen im Jahr 2014 die Spitzenposition ein.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Gucken Sie sich ganz ruhig und sachlich die einzelnen Zahlen an!
 Klar ist, dass unsere Selbstständigenquote unter dem Bundesdurchschnitt liegt.
 Klar ist auch – das macht möglicherweise schon eine der Ursachen deutlich – die Selbstständigenquote im Ruhrgebiet ist niedriger als im Landesschnitt.
 Das hat etwas mit den wirtschaftlichen Strukturen der Vergangenheit zu tun.

(Lachen von der FDP)

Nehmen Sie im Folgenden bitte einfach einmal etwas Positives zur Kenntnis! – Das Institut für Mittelstand hat erst gestern Zahlen veröffentlicht, die sich auf wirtschaftlich bedeutende Gründungen beziehen. Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass es um die wirtschaftlich bedeutsamen Gründungen geht.

(Zuruf von der CDU)

Die Definition ist relativ einfach. Das sind all die, die mindestens einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz geschaffen haben. Das sind all die, die nicht solo selbstständig sind, weil das heute kommen und morgen gehen kann. Es geht darum, dass beispielsweise diejenigen, die sich in die Handwerksrolle, geführt bei der Handwerkskammer, haben eintragen lassen und mindestens einen Arbeitsplatz geschaffen haben, gemessen werden.

Dann kommen wir zu dem Ergebnis – das bitte ich einfach mal zur Kenntnis zu nehmen; da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln –: Im bundesweiten Durchschnitt haben wir einen Rückgang von 2,3 %. In Bayern haben wir einen Rückgang von 5,6 %, und zwar zum fünften Mal in Serie. In Baden-Württemberg gibt es einen Rückgang von 2,6 %. Bei den wirtschaftlich bedeutenden Gründungen sind wir mit einem Plus von 2,1 % das Flächenland an der Spitze.

(Beifall von der SPD)

Und dann erzählen Sie hier irgendetwas von Versäumnissen. Wir sind auf dem richtigen Weg – auch bei der Dynamik. In anderen Debatten sagen Sie immer: Schauen Sie nicht auf die absoluten Zahlen, sondern auf die Dynamik!

Das sind die Zahlen, die die Dynamik zum Ausdruck bringen. Wir haben eine enorme Dynamik und werden sie hier in Nordrhein-Westfalen weiter unterstützen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es liegt eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke vor. Würden Sie diese zulassen?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gerne.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Minister, vielen Dank dafür, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe das mit den wirtschaftlich bedeutenden Gründungen zur Kenntnis genommen, finde es aber ein bisschen gefährlich, nur darauf zu schielen. Denn aus einem Unternehmen, welches noch keinen Mitarbeiter eingestellt hat, kann durchaus irgendwann ein Unternehmen mit sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern werden.

Mich würde interessieren, ob Sie damit zufrieden sind, wenn die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen bei den gewerblichen Existenzgründungen um 6 % rückläufig ist. Sie haben das in Ihrer Pressemeldung selber veröffentlicht. Es ist mir da eigentlich relativ egal, wie der Bundesdurchschnitt aussieht. Die Frage ist, ob Sie persönlich damit zufrieden sind und ob das die Marschrichtung ist, die Nordrhein-Westfalen gehen sollte.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter

Herr Abgeordneter, ich habe schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass ich weder mit der Selbstständigenquote noch mit dem Gründungsgeschehen in Nordrhein-Westfalen ausreichend zufrieden bin. Ich sehe nur anhand dieser Zahlen, dass wir auf einem guten Weg sind, den Schalter umgedreht haben und mit unseren Instrumenten dafür sorgen, dass wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern jetzt an die Spitze beim Gründungsgeschehen kommen. Deswegen lassen wir uns das auch nicht kleinreden, sehr geehrter Herr Abgeordneter.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es liegt eine weitere Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Stein, vor. Lassen Sie diese zu?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gerne.

Robert Stein (CDU): Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade dieses Beispiel aus der heute Morgen versandten Pressemitteilung mit den – wie haben Sie es genannt? – wirtschaftlich relevanten Gründungen gebracht.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Bedeutend. Es heißt: wirtschaftlich bedeutende Gründungen.

Robert Stein (CDU): Wirtschaftlich bedeutende Gründungen. Danke sehr. – Wir müssen aber doch sehen, dass wir jetzt gerade vor dem digitalen Strukturwandel stehen und die digitalen Gründungen viel stärker in den Fokus rücken müssen. Die schaffen die Innovationen für morgen. Da hinkt Nordrhein-Westfalen einfach hinterher. 40 % aller Start-up-Unternehmen werden in Berlin gegründet. Ich habe das eben schon in meiner Rede gesagt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Frage! Wo ist die Frage? – Weitere Zurufe)

Die kommt gleich.

In NRW ist es nur jedes zehnte. In München werden so viele Start-ups digital gegründet wie in NRW. Sind Sie sicher, dass Sie diesen Vergleich so aufrechterhalten möchten?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Erstens kann ich diesen Vergleich natürlich so aufrechterhalten.

Zweitens will ich Ihnen und dem Kollegen, der vorher gesprochen hat, noch einmal etwas Grundsätzliches sagen. Meine Vorstellung von Digitalisierung ist nicht, dass wir es nur auf Soloselbstständige ankommen lassen, die für sich selbst kämpfen.

Landtag 30.04.2015 Nordrhein-Westfalen 8572 Plenarprotokoll 16/84

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sehe in der Digitalisierung sehr wohl auch eine Chance. Natürlich gibt es da Dynamiken. Wenn einer alleine beginnt, dauert es eine Zeit, bis er vielleicht Arbeitsplätze schafft. Das ist doch völlig normal. Man muss einmal auswerten, ob diejenigen, die so erfolgreich sind, dass sie Arbeitsplätze schaffen, bei uns zu Hause sind. Dass die Entwicklung bei uns nach oben geht, während sie in anderen Bundesländern rückläufig ist, das ist doch ein positives Ergebnis. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man das kleinreden muss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Konzentration auf Soloselbstständige allein macht das Thema Digitalisierung viel zu klein.

Ich will in der verbleibenden Zeit nur einige Punkte herausstellen. Wir unternehmen verschiedene Aktivitäten.

Was wir mit Prof. Kollmann als meinem Beauftragten für die digitale Wirtschaft erarbeitet haben und in 14 Tagen als digitale Strategie vorstellen werden, ist einer dieser Bausteine.

Ein zweiter Baustein ist das, was Ministerin Schulze und ich im Januar gestartet haben. Wir haben deutlich gemacht, wir nehmen als Land 70 Millionen € in die Hand, damit aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus mehr Gründungen gelingen und vor allen Dingen auch die Kooperation mit der Wirtschaft intensiviert wird. Dafür gibt es ein ganzes Bündel an Maßnahmen, welches sich hinter dieser Zahl von 70 Millionen € verbirgt.

Darüber hinaus haben wir bei der NRW.BANK etwas gezielt für Gründerinnen und Gründer auf den Weg gebracht. Finanzierungsfragen, Beratung, Venturecapital: All das wird dort gebündelt.

(Zuruf von Robert Stein [CDU])

Nehmen Sie auch auf diesem Gebiet bitte eine Dynamik zur Kenntnis. Allein das Volumen des NRW.BANK-Gründungskredites ist im letzten Jahr um 30 Millionen € auf 432 Millionen € gestiegen. Das ist ein Plus von 8 %. Wenn stimmen würde, was Sie sagen, dass wir nämlich gar keine Gründerinnen und Gründer hätten, dann wäre dieser Volumenanstieg wohl nicht vonnöten gewesen. Auch das ist ein Beleg für den richtigen Weg.

(Beifall von der SPD)

Ergänzt wird das durch unsere 78 STARTERCEN-TER als One-Stop-Shops, die den Menschen in diesem Land an verschiedenen Orten die notwendige Beratung geben, um erfolgreich selbstständig zu sein

Sprechen wir über Bürokratie. Auch das ist in dieser Debatte angemahnt worden. Man merkt, dass die FDP nicht mehr im Bundestag ist. Sie fordert ein Jahr Entlastung für Gründerinnen und Gründer. Wir haben in der Großen Koalition in Berlin vereinbart, dass wir zum Beispiel die Befreiung von statistischen Meldepflichten für drei Jahre wollen. Wir sind also schon wesentlich weiter als das, was Sie einfordern.

Last but noch least ist das Thema "Schule" angesprochen worden. Die Landesregierung hat bereits dafür gesorgt, dass in den Schulen Gründerkompetenzen im Rahmen von ökonomischer Bildung und von Verbraucherbildung in allen Jahrgangsstufen verbindlich vermittelt werden. Das Netzwerk arbeitet sehr erfolgreich. Das ergänzen wir durch private Initiativen wie zum Beispiel das Juniorprojekt des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln. Schülerinnen und Schüler erfahren dort sehr frühzeitig und hautnah, wie Wirtschaft funktioniert.

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen, wenn Sie erlauben. Die "Rheinische Post" schreibt heute an die Opposition adressiert und auf die Wirtschaftspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung bezogen: Kritik reicht nicht mehr. Sie braucht jetzt Gegenkonzepte.

Diese Anträge werden dieser Aufforderung aus der heutigen Tagespresse nicht gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 55 Sekunden überzogen. Möchte noch jemand aus dem Kreis der Fraktionen das Wort haben? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über die Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU Drucksache 16/8119 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Antrags der Fraktion der FDP Drucksache 16/8133. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk – federführend – sowie an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

3 Nach dem schlimmsten Flüchtlingsunglück im Mittelmeer: Die Europäische Union muss Abschottungspolitik mit "Triton" durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge ersetzen

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8449

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8548

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8549

Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8567

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der Piraten dem Kollegen Kern das Wort.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Tausende Flüchtlinge tot im Mittelmeer! Sie sterben, weil sich die EU abriegelt. Sie sterben, weil Retungsprogramme durch Kanonenboote ersetzt werden. Sie sterben, weil wir hier im Landtag, aber auch die Vertreter der Parteien im Bundestag, in der Regierung und in Europa die Hände in den Schoß legen und das Meer den Job erledigen lassen. Die Landwege nach Europa werden unter größtem Aufwand abgeriegelt, sodass Schutzsuchende gezwungen werden, den lebensgefährlichen Seeweg zu nehmen. Das ist die bittere Wahrheit!

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen ja, was hier gleich passieren wird: Die nachfolgenden Rednerinnen und Redner werden ihr tiefstes Bedauern ausdrücken, von menschlichen Tragödien reden und ein irgendwie geartetes Umdenken in der EU-Flüchtlingspolitik fordern. – Das ist mir aber zu wenig.

Lassen Sie mich die Problematik mal aus einem anderen Blickwinkel mit Ihnen beleuchten. Lassen Sie mich mit Ihnen einen Blick zurück in der Vergangenheit werfen. In Zeiten der ideologischen Mauer im geteilten Deutschland waren Flüchtlinge bei uns stets willkommen. Fluchthelfer waren Helden

Heute kommen die Flüchtlinge von der anderen Seite der Wohlstandsmauer im Süden zu uns – und

plötzlich werden aus Fluchthelfern kriminelle Schlepper, die militärisch bekämpft werden müssen.

Bei Ihnen fallen Schutzsuchende scheinbar nur unter die UN-Flüchtlingskonvention, wenn sie aus der richtigen Himmelsrichtung kommen. Das ist schade!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich sage es mal so: Die DDR wäre froh über ein Mittelmeer an ihren Grenzen gewesen.

Wir kennen die ganze Heuchelei schon seit Lampedusa. Heute, eineinhalb Jahre und Zigtausende tote Flüchtlinge später, wiederholt sich die zynische Politinszenierung. Der Zehnpunkteplan des EU-Sondergipfels wird als Rettungsreif für Flüchtlinge verkauft und ist doch nur ein rot-weiß lackierter Metallring. Denn auch ausgeweitete Frontex- und Poseidon-Operationen werden zukünftig keine Schiffsbrüchigen retten, sondern nur Grenzsicherung betreiben – egal mit wie viel Geld.

Schlepperboote sollen nun weggebombt werden. Bei Militäroperationen in Afrika sollen Flüchtlinge mit vorgehaltener Waffe davon abgehalten werden, in Transitländer zu reisen. Ergebnis: Die Schutzbedürftigen werden gezwungen, eine noch gefährlichere Route zu benutzen. Echte Lösungen, die das Sterben verhindern, werden nicht angegangen.

Was passieren <u>muss:</u> eine Öffnung der Landesgrenzen, umfassende Visaerteilung und humanitäre Aufnahmeprogramme. Darum geht es in unserem Antrag.

(Beifall von den PIRATEN)

Die gestrige Resolution des Europaparlaments zeigt in die gleiche, richtige Richtung. Dann braucht man auch keine Feigenblätter wie Triton, das die menschenverachtende Politik nur kaschieren soll.

Ich will noch kurz etwas zu den vorliegenden Entschließungsanträgen sagen. Rot-Grün bringt da nette Prosa aufs Papier. Aber die rot-grüne Landesregierung kommt ihrer eigenen flüchtlingspolitischen Verantwortung nicht im Ansatz nach. Ich sage nur: Burbach, Aufnahmestopps, rechtswidrige Abschiebungshaft.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie, liebe CDU, sprechen die Missstände hier in NRW in Ihrem Antrag zwar an, verharren aber in der alten Abschottungs- und Abschreckungspolitik, die diesen tausendfachen Tod erst verursacht.

Ich komme zum Schluss: Helfen Sie dabei, endlich eine humanitäre Flüchtlingspolitik zu etablieren, die Europas moralischer Verantwortung auch gerecht wird! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kern. – Für die SPD spricht nun Kollege Yüksel.

Serdar Yüksel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kern, Sie sind ja Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Eine Welt. Ich fand Ihre Rede weder der Situation der Flüchtlinge noch der Tragödie angemessen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die DDR hochstilisiert und gesagt, die wäre froh gewesen, wenn das Mittelmeer an ihrer Grenze gewesen wäre. Das war, um einmal meinen Kollegen Sören Link zu zitieren, ganz kleines Karo.

Ich will mit einem Zitat anfangen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Papst Franziskus hat am 19. April auf dem Petersplatz in Rom gesagt – ich darf zitieren –:

"Ich appelliere sorgenvoll, dass die internationale Gemeinschaft mit Entschlossenheit und Schnelligkeit handelt, um zu verhindern, dass sich ähnliche Tragödien wiederholen. Es sind Männer und Frauen wie wir, unsere Brüder, die ein besseres Leben suchen, hungrig, verfolgt, verletzt, erschöpft, Opfer von Kriegen."

Nicht umsonst war Papst Franziskus auf einer seiner ersten Reisen in Lampedusa. Er hat damit das Schicksal der Flüchtlinge sozusagen in den Fokus seiner Handlungen gebracht.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir geht es so: Das, was dann im Mittelmeer passiert ist, kam für mich eben nicht überraschend. Denn wir haben in den letzten zehn Jahren – Sie kennen die Zahlen – allein über 20.000 Tote im Mittelmeer gehabt. Jeden Tag werden an den Küsten, den Stränden des Mittelmeeres Tote angeschwemmt. In die Nachrichten hat es einer dieser Vorfälle vielleicht deshalb geschafft, weil es dieses Mal 900 Menschen waren, die auf bestialische Art und Weise im Mittelmeer ertrunken sind, und nicht 20, 30 oder 300 wie im letzten Jahr.

Schon 1997 hat sich die Europäische Union in Art. 78 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union verpflichtet – darin geht es um die Flüchtlingspolitik –, eine gemeinsame Politik im Bereich Asyl zu entwickeln. Geschehen ist seit 1997 in dem Bereich – das muss man ehrlicherweise zugeben – aber so gut wie nichts.

Der Verweis auf die Europäische Union ist mir dann doch ein bisschen zu wenig. Wer ist denn die Europäische Union? Die Europäische Union: Das sind die 28 Mitgliedsstaaten. Das sind die 28 Staats- und Regierungschefs. Das sind die 28 Außenminister und die 28 Innenminister, die sich einer gemeinsamen Politik bisher verwehren und weiter – da gebe ich Ihnen recht – eine aktive Abschottungspolitik betreiben.

Es ist traurig, dass mit der Einstellung des Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum, mit dem immerhin über 100.000 Menschen gerettet werden konnten – und das war allen klar, die dieses Seenotrettungsprogramm eingestellt haben –, Tote wissentlich in Kauf genommen worden sind. Da teile ich die Auffassung von Heribert Prantl, der dazu einen interessanten Kommentar in der "Süddeutschen Zeitung" geschrieben hat.

Ich will noch mal auch unsere Verantwortung benennen, damit es nicht heißt: Europa – weit weg, anonym, irgendwo in Brüssel oder irgendwelche Tagungen. – Das auch wir klar versagt haben, das verdeutlicht die Stellungnahme unseres Bundesinnenministers, der das Seenotrettungsprogramm fälschlicherweise so charakterisierte – ich zitiere –: "Mare Nostrum war als Nothilfe gedacht und hat sich als Brücke nach Europa erwiesen." Die aktuelle Strategie der EU sei "eine Art Beihilfe für das Vermögen von Menschenhändlern", so de Maizière am 9. Oktober 2014.

Im Interview mit der "Süddeutschen" antwortet de Maizière Anfang 2015 – also vor dieser großen Katastrophe mit 900 Toten – auf die Nachfrage, ob er die Einstellung von Mare Nostrum bereue: Nein. Das sei richtig gewesen. – Wie falsch diese Entscheidung und diese Einstellung waren, zeigen uns die Entwicklungen, die wir tagtäglich im Mittelmeer erleben.

Verehrte Anwesende, ich habe es heute Morgen im Radio gehört: Heute vor 40 Jahren endete der Vietnamkrieg.

(Minister Guntram Schneider: So ist es!)

Rupert Neudeck an der Spitze mit Cap Anamur, Heinrich Böll, Alfred Biolek und viele andere haben sich Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre dafür eingesetzt, Flüchtlinge aus diesen Nussschalen im südchinesischen Meer mit der Cap Anamur nach Europa, nach Deutschland zu holen. Wir haben diese Menschen damals als Helden gefeiert, weil sie Menschen geholfen haben, weil sie sie vor dem sicheren Tod, vor dem Ertrinken bewahrt haben.

Wenn es uns nicht gelingt, einen legalen Weg nach Europa zu schaffen, wenn es uns nicht gelingt, ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, das den Menschen außerhalb Europas ermöglicht, auf legalem Wege hierhin zu kommen, werden die Überfahrten im Mittelmeer andauern. Und wenn wir den Stöpsel aus dem Mittelmeer herausziehen, dann werden die Menschen auf einem anderen Weg in die Europäische Union kommen. Deshalb gilt es, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Auf der anderen Seite, wenn Europa nicht nur eine Freihandelszone sein soll, sondern wenn Europa tatsächlich eine Wertegemeinschaft sein soll, die auf Menschlichkeit und Humanität fußt, müssen wir in Europa mehr machen, damit wir nicht wieder in ein paar Monaten hier im Landtag darüber debattieren müssen, dass diesmal vielleicht sogar mehr als 900 Menschen ertrunken sind.

Das sollte eine Aufgabe, eine Verpflichtung für uns alle hier im Landtag sein. Deshalb sollten wir nicht kleines Karo spielen, sondern sehen, wo die Gemeinsamkeiten sind. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Freifrau von Boeselager.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ja, es ist eine menschliche Tragödie, die sich im Mittelmeer tagtäglich abspielt. Wir haben das hier ja bereits 2013 intensiv diskutiert und versucht, unsere Erfahrungen auszuwerten.

Auf europäischer Ebene habe ich allerdings das Gefühl, dass das, was in den letzten Wochen passiert ist, jetzt doch zu einem Umdenkungsprozess führt; denn man will jetzt doch verstärkt auf die Seenotrettungsaktion Mare Nostrum zurückkommen. Man will mehr Schiffe einsetzen. Auch die Bundesregierung hat angekündigt, dass sie zwei Seenotrettungskreuzer ins Mittelmeer vor die Küsten Libyens schicken wird.

Es ist natürlich sehr schwer, weil 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind – sicherlich in katastrophalen Zuständen. Es wird nötig sein, dass wir ein europäisches Einwanderungsszenario bekommen. Es wird auch nötig sein, dass wir für die Zukunft ein humanitäres Visum innerhalb Europas ausstellen, um zumindest jetzt diesen vielen Kriegsflüchtlingen, die es in Syrien, in Nordafrika, in Libyen gibt, Hilfestellung zu geben.

Machen wir uns aber nichts vor: Wir müssen auch – das hat Rupert Neudeck bis zum heutigen Tag immer wieder deutlich gemacht – die Zustände vor Ort verbessern; denn wir können ja nicht alle aufnehmen. Das würde uns auch überfordern.

Die EU muss deutlich machen, dass sich nicht nur ein, zwei oder drei Länder für die vielen Flüchtlinge verantwortlich fühlen dürfen, sondern dass in 28 Ländern etwas getan werden muss, dass man die Aufnahme verteilt. Das ist auch ganz wichtig.

Aber wir sind hier in Nordrhein-Westfalen. Wir werden in diesem Jahr zwischen 60.000 und 100.000 Menschen als Flüchtlinge aufnehmen. Das ist für unser Land eine große Herausforderung, vor allen Dingen für die Städte und Gemeinden, die damit manchmal doch ziemlich einsam dastehen. Bei uns im Land Nordrhein-Westfalen ist es derzeit so, dass für die Aufnahme von Asylsuchenden ein Zuschuss von 47 % geleistet wird, während die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit 100 % unterstützt werden. Insofern, denke ich, ist da auch

noch mehr zu tun. Ich hoffe, dass die Gelder, die demnächst noch vom Bund kommen, vonseiten des Landes auch tatsächlich an die Städte und Gemeinden weitergeleitet werden.

(Beifall von der CDU)

Ich kann nur sagen, dass – soweit mir das bekannt ist – viele Gruppen, ob Kirchen, Verbände, private Leute, unheimlich engagiert sind, die Flüchtlinge gut aufzunehmen. Viele stellen auch ihr Zuhause zur Verfügung. Die Gemeinden versuchen, alles dezentral zu organisieren. Hier gibt es viel Einsatz, viel Engagement.

Also: Die Hilfe, die wir in Nordrhein-Westfalen leisten können, ist überschaubar. Da müssen wir ansetzen. Ich hoffe, dass wir auf europäischer Ebene zukünftig zu besseren Lösungen finden, damit wir den Menschen, die momentan aus Kriegssituationen heraus um ihr Leben fürchten, eine Bleibe – wenn vielleicht auch nur begrenzt – garantieren können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Stunde sind weltweit 50 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, vor Verfolgung, vor Elend. Eines ist ihnen aber gemein: Keiner von ihnen steigt freiwillig in die Boote, Niemand verlässt seine Heimat ohne Not.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es sind Flüchtlinge, die versuchen, aus den Kriegsund Krisengebieten, aus Syrien, dem Irak, aus Eritrea, Afghanistan und vielen weiteren Staaten, nach Europa zu kommen. Allein im weiteren Umfeld Syriens und Iraks sind heute 11 Millionen Menschen auf der Flucht.

Zehntausende von ihnen wagen sich jedes Jahr in der Hoffnung auf ein besseres und ein sichereres Leben auf die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer nach Europa, oftmals bezahlt vom letzten Hab und Gut.

Tausende Flüchtlinge haben bei diesem verzweifelten Versuch, bei uns in Europa Schutz zu finden, ihr Recht auf internationalen Schutz in Anspruch zu nehmen, ihr Recht darauf, um Asyl zu ersuchen, ihr Leben verloren.

Herr Kern, ich sage Ihnen auch: Wir trauern mit den Angehörigen der vielen Opfer, mit ihren Familien, mit ihren Freunden, mit ihren Freundinnen und mit allen anderen, die ihnen nahestanden. Wir trauern um die, die noch nicht mal einen Ort der Trauer haben, und um die, die irgendwo im Mittelmeer ertrunken sind und deren Namen wir oftmals gar nicht kennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist leider wahr: Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden. Europa hat getrauert – meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es gesagt –, als vor anderthalb Jahren vor der Insel Lampedusa Hunderte Flüchtlinge ertrunken sind. Vor anderthalb Jahren hat Europa vor den Särgen der Toten in Lampedusa geschworen, dass sich so etwas nie wieder wiederholen darf. Heute, anderthalb Jahre später, stehen wir hier und debattieren anlässlich der großen Tragödie, die sich im Mittelmeer in der Nacht zum 18. April dieses Jahres ereignet hat – mit noch mehr Toten.

Frau von Boeselager, auch an Sie: Die Wahrheit ist, es ist beschämend, dass die europäischen Staatsund Regierungschefs letzte Woche auf dem EU-Sondergipfel die Chance vertan haben, die bestehende menschenunwürdige Flüchtlingspolitik Europas zu beenden.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Es ist ihnen leider nicht gelungen, den dringend erforderlichen politischen Richtungswechsel einzuleiten. Es ist ihnen nicht gelungen, den Werteverlust, den Europa mittlerweile fast täglich durch die Toten im Mittelmeer erleidet, zu stoppen. Angesichts des großen Leids, das sich im Mittelmeer ereignet, sind wir in Politik und Gesellschaft mehr denn je aufgefordert, alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit dieses tragische Leiden ein Ende hat.

Deswegen appellieren wir, nein: deswegen fordern wir heute aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen heraus die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf: Kein "Weiter so" in der Flüchtlingspolitik!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen endlich damit aufhören, Europa muss endlich damit aufhören, den Schutz <u>vor</u> Flüchtlingen wichtiger zu nehmen als den Schutz <u>von</u> Flüchtlingen. Darum geht es.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ja, Herr Yüksel, wir brauchen einen Richtungswechsel hin zu mehr legalen Einreisemöglichkeiten in die Europäische Union. – Ja, Herr Kern, natürlich, wir brauchen Aufnahmeprogramme, wir brauchen humanitäre Visa, und wir brauchen mehr Familienzusammenführung. – Wir brauchen dringend ein ziviles Seenotrettungsprogramm für die Flüchtlinge im Mittelmeer, das aber mindestens auf dem Niveau des ehemaligen italienischen Programms Mare Nostrum steht.

Meine Damen und Herren, an nationalen Egoismen scheitert derzeit – leider! – auch die notwendige Verabredung innerhalb Europas über einen europäischen Verteidigungsschlüssel, mit dem sich alle EU-Staaten an einer fairen und solidarischen Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen. Es kann einfach nicht sein, dass fünf EU-Staaten 80 % der Flüchtlinge aufnehmen. Das muss sich ändern.

(Beifall von den GRÜNEN und Minister Ralf Jäger)

Meine Damen und Herren, Humanität und Solidarität zählen zu den Grundpfeilern des europäischen Projekts. Wenn wir uns selbst und unsere Werte nicht verraten wollen, dann müssen wir jetzt Handlungsfähigkeit und Verantwortung zeigen – das, weswegen wir in Europa ein einzigartiger Kontinent sind

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Minister Guntram Schneider)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Freien Demokraten haben bereits im letzten Jahr ausdrücklich davor gewarnt, Mare Nostrum zu beenden und durch Triton zu ersetzen. Ich habe damals gemeinsam mit Christian Lindner Herrn de Maizière öffentlich kritisiert – Herr Yüksel hat es ja gerade auch noch mal herausgearbeitet – für die unverantwortlichen Äußerungen zum Thema "Abwehr und Brücke".

Leider hat sich unsere Befürchtung ja bewahrheitet. Es sind jetzt wieder Hunderte von Menschen ertrunken. Das ist eine humanitäre Katastrophe, die unserer humanistischen Tradition in Europa zutiefst unwürdig ist. Alle finden das furchtbar.

Es gibt jetzt auch hier im Hause Anträge dazu: einen Antrag von den Piraten sowie Entschließungsanträge von Rot-Grün, von der CDU und von den Piraten. Es gibt einiges in diesen Anträgen, was wir teilen: legale Zuwanderungschancen zu verbessern, Entwicklungshilfe zu verbessern, Fluchtursachen zu bekämpfen – im Antrag der CDU. Schlepper bekämpfen – da sage ich ganz ehrlich, Herr Kern: Das, was Sie zum Thema "Schlepper" eben ausgeführt haben, war schlichtweg unterirdisch.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Eine Analogie herzustellen zwischen Cap Anamur und Leuten, die Menschen für viel Geld auf überfrachtete Fischkutter schicken, ist völlig daneben. Ich bitte auch darum, dass Sie sich bei Rupert Neudeck und den anderen Menschen von Cap Anamur dafür entschuldigen. Das war völlig unangemessen.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, von den Vorschlägen, die auch in den Entschließungsanträgen genannt worden sind – ich habe das gesagt –, teilen wir einige. Aber wir sagen auch: Manches wirkt für uns ein bisschen unausgegoren, ein bisschen wie ein Schnellschuss. Vor allem sind auch viele Punkte dabei, zu denen Nordrhein-Westfalen wenig beitragen kann.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kern?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Danke schön, Herr Dr. Stamp, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich möchte mich darauf beschränken, Sie zu fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen wollen, dass ich niemals intendiert habe und auch mich auch niemals entsprechend geäußert habe, die Aktionen von Cap Anamur in diesen Zusammenhang zu bringen und zu diskreditieren. Das ist einfach nicht der Fall, das ist einfach falsch.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Kern, das nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, die das genauso verstanden hatten wie ich, tun das auch. Sie haben auch die Fluchthelfer in der DDR angesprochen, was genauso unangemessen gewesen ist.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Die haben das uneigennützig getan und nicht aus kommerziellen Gründen. Sie haben das jetzt für sich klargestellt. Das wollen wir Ihnen dann auch zugestehen.

Meine Damen und Herren, wir haben als Freie Demokraten ebenfalls erwogen – das sage ich offen –, hier einen Entschließungsantrag zu stellen. Wir sind aber zu dem Ergebnis gekommen: Nein, wir wollen lieber noch eine ernsthafte Fachdebatte führen und nicht einfach nur eine oberflächliche Reaktion liefern.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen: Ich bin der Evangelischen Landeskirche sehr dankbar für ein Seminar, das sie im Juni durchführt. Wir werden gemeinsam mit Teilnehmern aus anderen Ländern eine Exkursion nach Lampedusa machen und genau überlegen: Was gibt es für Möglichkeiten, hier vorzugehen? Ich denke, gerade mit den Erkenntnissen, die wir dort gewinnen werden, können wir uns dann hier mit der nötigen Fachlichkeit – vielleicht auch fraktionsübergreifend – konzeptionell verständigen.

Aber, meine Damen und Herren, dazu wird auch die ehrliche Debatte gehören: Was kann denn tatsächlich Nordrhein-Westfalen leisten? Da sind wir natürlich bei der Frage: Welche Flüchtlinge kommen über das Meer? Wo haben wir tatsächlich Einflussmöglichkeiten? Dann müssen wir uns vielleicht darüber unterhalten: Wie ist das mit den aufgelaufenen Kontingentflüchtlingen aus Syrien, für die die Verwandten die Verpflichtungserklärung nicht leisten können, weil das schlichtweg ihre ökonomischen Kapazitäten übersteigt? Es gibt Ehrenamtler, die gerne viel mehr helfen würden, aber sich in dieser Dimension nicht einbringen können. Was gibt es da vielleicht noch für Möglichkeiten?

Darüber müssen wir uns dann ehrlich und vernünftig an dieser Stelle unterhalten. Dazu sind wir als Freie Demokraten gerne bereit.

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

Wir wollen eine Fachdebatte mit der notwendigen Tiefe und Fachlichkeit.

Deswegen sagen wir zu dem überzogenen Antrag der Piraten hier und heute Nein und werden uns bei der Abstimmung über die Entschließungsanträge enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass Hunderte von Menschen im Mittelmeer sterben, dass Frauen und Kinder, die auf der Flucht sind, ertrinken, das ist eine unbeschreibliche, eine kaum vorstellbare Tragödie.

Aber – ich finde, das ist in dieser Debatte deutlich geworden – das war kein Einzelereignis. Das war auch keine Entwicklung, die uns alle überrascht hätte. Spätestens seit der Katastrophe von Lampedusa im Herbst 2013 war ganz offensichtlich, dass die Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene gescheitert ist.

Das schreckliche Unglück Mitte April 2015 hat gezeigt, dass weitere Anstrengungen der Staatengemeinschaft der Europäischen Union unverzichtbar sind. Die Europäische Union und die Bundesregierung sind gefordert, sich noch stärker als in der

Vergangenheit für eine humane Flüchtlingspolitik in Europa einzusetzen.

Dazu gehört nach meiner Ansicht auch ganz besonders ein schneller, ein wirksamer Ausbau der Seenotrettung. Auch wenn Frontex vorrangig die Aufgabe hat, die Grenzen des Schengenraums zu sichern: Die Rettung von Menschenleben muss absolute Priorität haben.

Es kann nur ein erster Schritt sein, dass sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigt haben, die Triton-Mittel aufzustocken. Das war wichtig. Aber, meine Damen und Herren, das war auch längst überfällig.

Es muss auch klar sein: Wir brauchen weitere Schritte. Die Seenotrettung muss durch die EU finanziell weiter aufgestockt werden. Verlegenheitslösungen reichen da nicht aus.

Meine Damen und Herren, Deutschland und Europa müssen daneben auch auf anderen Gebieten ansetzen, um auf lange Sicht Fluchtgründe zu minimieren und damit auch das Massensterben im Mittelmeer zu beenden.

Dazu gehört als Allererstes eine auf Frieden ausgerichtete Außenpolitik. Dazu gehört genauso, die Bedingungen in den Herkunftsstaaten so zu verbessern, dass die Menschen keine Fluchtgründe mehr haben, dass demokratische Strukturen aufgebaut werden.

Aber, meine Damen und Herren, dazu gehört auch, massiv gegen Schleuserbanden vorzugehen. Die Kanzlerin hat vor der Presse diese Form der Kriminalität als ein zynisches Geschäftsmodell bezeichnet. Ich würde noch weiter gehen: Wer sein Geschäft auf dem Leid von Familien aufbaut, die sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen, handelt menschenverachtend und grausam. Solchen Personen muss das Handwerk gelegt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Deshalb, glaube ich, müssen wir uns in der Europäischen Union dazu durchringen, legale Wege für Flüchtlinge nach Europa zu installieren. Da darf es keine Denkverbote geben –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sei es, dass es humanitäre Visa gibt, oder sei es, dass für diese Menschen auch die Möglichkeit besteht, ihren Asylantrag außerhalb von Deutschland stellen zu können. Diese Diskussion müssen wir in der Europäischen Union führen. Ansonsten werden wir es nicht schaffen, den Schlepperbanden das Wasser abzugraben.

Ein wichtiger Bestandteil einer gesamteuropäischen Flüchtlingspolitik muss es auch sein, die Verteilung dieser Menschen innerhalb der europäischen Mitgliedsstaaten so zu organisieren, dass mehr Staaten als bisher ihrer Verantwortung auch tatsächlich nachkommen. Herr Engstfeld hat es angesprochen: 80 % der Flüchtlinge in der Europäischen Union werden von nur fünf Staaten der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgenommen. Es kann nicht sein, dass wir im Jahre 2015 weiterhin Staaten in einer Wertegemeinschaft Europa haben, die sich abschotten, die sich dieser Verantwortung entziehen.

Meine Damen und Herren, die aktuellen, wieder einmal nur von den Eindrücken einer Katastrophe geprägten Beschlüsse auf europäischer Ebene sind ein Schritt, aber ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen dafür sorgen, dass weitere Schritte folgen und dass die Schritte, die beschlossen sind, auch tatsächlich gegangen werden.

Ich werde mich gemeinsam mit meinen Kollegen Innenministern und -senatoren weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung gerecht wird. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung eines verbindlichen Verteilungsschlüssels mit festen Kriterien, die alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einbezieht. Wir werden bei der nächsten Innenministerkonferenz, so wie auch zuletzt bei der Sondersitzung in Brüssel Ende März dieses Jahres, klare Forderungen in Richtung Europa formulieren und gegebene Versprechungen einfordern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Wir kommen nun zur Abstimmung über vier Anträge.

Erstens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/8449 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sind nicht erkennbar. Damit ist der Antrag mit breiter Mehrheit im Hohen Haus abgelehnt.

Zweitens stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8548 ab. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die FDP-Fraktion und Kollege Schulz von den Piraten. Damit ist der Entschließungsantrag mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Drittens stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8549 ab. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die FDP sowie der Kollege Schulz und die Kollegin Brand von den Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die CDU und die restliche Fraktion der Piraten. Damit lautet

das klare Ergebnis: Der Entschließungsantrag ist mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Viertens stimmen wir über den Entschließungsantrag der Piraten Drucksache 16/8567 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten in Gänze. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8443

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Machen wir uns eines klar: Das, worum es heute eigentlich geht, ist nicht die Modernisierung des Teilhaberechts um der Modernisierung willen, ist nicht die verbesserte Teilhabeplanung um der Teilhabeplanung willen, sind nicht veränderte Leistungsstrukturen um der Leistungsstrukturen willen und ist nicht die Orientierung an der ICF um der ICF willen.

Nein, das, worum es heute geht, ist die Durchsetzung von Menschenwürde und Menschenrechten, die für Menschen ohne und mit Behinderung selbstverständlich in gleicher Weise gelten. Es geht um selbstbestimmtes Leben, um gleichberechtigte Teilhabe und um Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land.

Dabei sind die UN-Behindertenrechtskonvention unser aller Richtlinie und das SGB IX von 2001 eine überaus bedeutsame Vorarbeit mit einer Fülle von verborgenen Potenzialen und Regelbefugnissen.

Unser Maßstab indes, welcher die Referenzebene jeglicher Konvention, jeglicher Gesetzgebung in diesem Zusammenhang sein sollte, ist die Lebenswirklichkeit von Menschen vor Ort, ihr Wunsch auf Teilhabe und ihre Erfahrung, dass diese ebenso wie die Praxis gleichwertiger Lebensverhältnisse häufig nicht bzw. noch nicht gelebte Wirklichkeit ist.

Genau dort kommt es zum Ernstfall, nämlich zur Probe aufs Exempel: Teilhabe und Barrierefreiheit oder Behinderung und Behinderungen? Im unmittelbaren Lebensumfeld werden so aus Menschen mit individuellen Einschränkungen Betroffene und Behinderte gemacht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Ansatz, also das Denken in Fragen der Umsetzung und des Ernstmachens mit den Menschenrechten im Lebensalltag, veranschaulicht im Übrigen, warum es gerade sinnvoll ist, die von uns geforderte Modernisierung des Teilhaberechts und die Herauslösung der Leistungen für Menschen mit Behinderung aus dem Fürsorgesystem ganzheitlich mit einer nachhaltigen Entlastung der Kommunen zusammen zu denken. Die finanzielle Gesundung der Städte und Gemeinden und damit die Herstellung von Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit in der kommunalen Familie ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, in den Quartieren attraktive inklusive, an den Bedürfnissen und dem Beteiligungswillen der Menschen orientierte Bedingungen entwickeln zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nur entlastete Kommunen sind imstande, konsequent Gemeinwesen mit vitaler Infrastruktur und kommunaler Daseinsvorsorge – deren Ermöglichung eine tragende Säule auch dieses Antrags ist – auf den Weg zu bringen.

Formulieren wir das Ganze positiv und vorwärts gewandt, im Sinne der Menschen mit Behinderung. Nur eine nachhaltige, verlässliche Finanzpolitik, die kommunale Entlastung und nicht nur der reine Demografiefaktor sind Grundlage der Komplizenschaft zwischen der Teilhabe und der Finanzierbarkeit, die in diesem Sinne notwendig ist, damit wir ein vernünftiges Bundesteilhabegesetz bekommen.

Ein sehr wichtiger Faktor zugunsten von Teilhaberechten und Entlastungen der Kommunen ist dabei
die Prävention als Grundsatz. Wenn Sie sich im Antrag den Anforderungskatalog im Hinblick auf künftige Koordination der Rehabilitationsträger oder auf
bedarfsgerechte Beratung inklusive der Möglichkeit
adäquater Assistenz anschauen, wird deutlich, dass
diese Maßnahmen jeweils unter strenger Berücksichtigung des Präventionsgrundsatzes begriffen
sind. Das Prinzip vorbeugender Sozialpolitik seitens
der rot-grünen Landesregierung und der Prävention
gemäß SGB IX gehen hier Hand in Hand.

Teilhabe statt Fürsorge ist Ausdruck von Selbstbestimmung und unmittelbar mit dem Wunsch auf ein Wahlrecht der Menschen mit Behinderung verknüpft. Teilhabe statt Fürsorge ist zugleich Zielpunkt einer modernen, effizienten und effektiven Sozialgesetzgebung, die personenzentriert die Verbesserung der alltäglichen Praxis der und des Einzelnen anstrebt. Teilhabe statt Fürsorge ist nicht zuletzt Ausdruck finanz- und kommunalpolitischer Vernunft.

Unsere Forderung ist eindeutig. Dieses umfassende Modernisieren im Rahmen eines Bundesteilhabegesetzes hat so substanziell zu erfolgen, dass die Entlastung sich nicht nur in der Kompensation des demografischen Faktors in Gestalt des Anstiegs der Zahl leistungsberechtigter Menschen und damit einhergehender Mehrkosten erschöpft. Wir erwarten

die Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes noch in dieser Legislaturperiode, und wir erwarten ebenso die Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden €.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir umfassende, echte Teilhabe wollen, die Menschen mit Behinderung auf dem Weg dorthin fortwährend als Fachleute in eigener Sache einbezieht, dann müssen wir einen Blick auf die organisatorischen Voraussetzungen und die gegenwärtige Gewährung der Leistung der Teilhabe in der Bundesrepublik werfen.

Sobald wir genau hinschauen und den Betroffenen zuhören, ergeben sich viele Fragen: Wieso gibt es eigentlich in der Realität keine Kooperation und Koordination bei den Rehabilitationsträgern? Wie sieht es mit der Bedarfsgerechtigkeit aus? Ist das schon Standard oder noch Mangelware? Wie ist es um die Effizienz der Leistungsgewährung bestellt? Gibt es de facto eine systematische Teilhabeplanung? Sind Zuständigkeiten geklärt – und wenn ja, inwiefern? Sind die Verfahren gut abgestimmt? Erleben Betroffene einheitliche Verfahren der Teilhabebedarfsfeststellung, die ihnen helfen, tatsächlich zu Beteiligten zu werden? – Das sind Fragen über Fragen, und man könnte noch viele hinzufügen.

Soeben sprach ich davon, dass unser Maßstab die Lebenswelt der einzelnen Personen und die Heimat oder Heimatlosigkeit von Menschenwürde in dieser Lebenswelt sein müsse. Dazu will ich Ihnen drei Beispiele nennen.

Was mag eine junge Frau mit Behinderung, wie mag eine Familie mit einem Kind mit Behinderung empfinden, die mit einer zweistelligen Zahl an Trägern und für ihre Leistungen Zuständigen verhandeln müssen?

Oder blicken wir auf die Einkommens- und Vermögensvorbehalte, deren Abschaffung wohlgemerkt in Bezug auf die Fachleistungen geboten ist. Versetzen Sie sich in die Situation eines Menschen, der durch die gegenwärtigen Umstände zum Betroffenen gemacht wird. Der Mensch mit Behinderung kommt sich heutzutage angesichts des Einkommens- und Vermögensvorbehalts für Fachleistungen so vor, als sei er ein Patient, der vor der Untersuchung in einem Krankenhaus erst einmal mit der Frage konfrontiert wird: Wie hoch ist denn dein Einkommen? Leg doch mal deine Gehaltsrechnung vor.

Beispiel Nummer drei: Pflegeversicherung. Ungleichbehandlung kennzeichnet den Istzustand. Menschen mit Behinderung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe entrichten Beiträge in die Pflegeversicherung, aber sie erhalten daraus keinerlei Leistungen. Ungleichbehandlung schafft gegenwärtig mehrere Klassen von Pflegebedürftigen, von denen eine in dem bestehenden System als Empfänger ausgeschlossen ist.

Diese drei Beispiele, diese drei Fälle, die die konkrete Benachteiligung konkreter Menschen mit Behinderung in tagtäglicher Erfahrung umschreiben, illustrieren den Handlungsbedarf und die Möglichkeit, strukturell bedingte Nichtteilhabe durch politische Weichenstellungen in Strukturen der Teilhabe zu verwandeln.

Die Chance besteht nicht zuletzt darin, eben nicht nur punktuell nachzubessern, sondern die Perspektive auf das gesamte Teilhaberecht zu wählen. Man beachte dabei: Die zentrale Frage einer solchen Reform, deren Leitlinien wir heute diskutieren, ist eine Veränderung der Leistungsstrukturen. Nicht das Leistungsangebot steht im Fokus.

Systematisch haben wir dabei genau diese Strukturen mit unserem Anforderungskatalog in den Blick genommen, verfahrensrechtlich wie individualrechtlich. Verfahrensrechtlich geht es um einen einheitlichen Behinderungsbegriff, orientiert am ICF. Es geht um bundeseinheitliche Standards. Es geht darum, dass die Menschen aus den defizitären Verfahren des Rechtskreises der Sozialhilfe herauskommen. Es geht um eine Stärkung der vorgelagerten und der vorrangigen Systeme, eine neuartige Kooperation und Koordination der Rehabilitationsträger.

Dies umfasst die Einrichtung und regionalspezifische Ausrichtungen von Arbeitsgemeinschaften im Sinne des jetzt schon geltenden SGB IX. Dazu muss das Bundesteilhabegesetz entsprechende Ermächtigungen erlassen und die passenden Ausführungsbestimmungen landesgesetzlich ermöglichen.

Es geht um die Organisation und die Durchführung der einheitlichen Bedarfsermittlung. Es geht um die Konkretisierung der Standards für die regionalen Leistungsangebote mit dem Ziel bedarfsgerechter Leistungsausführung, die einheitliche Klärung von Abgrenzungs- und Zuständigkeitsfragen zwischen den einzelnen Rehaträgern, die Feststellung von Leitlinien für eine umfassende Beratung.

Eine solche dezentrale unabhängige Beratungsstruktur bietet ein enormes Potenzial und ist wichtig für die Antragstellerinnen und Antragsteller, die Leistungen beziehen müssen. Sie ist eine grundsätzliche Voraussetzung für die Frage, ob ein persönliches Budget funktioniert oder nicht.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist wichtig, dass die Menschen mit Behinderung gemäß dem Leitsatz "Nicht ohne uns über uns", der auch unseren Aktionsplan "Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv" prägt, stets dazu mitgenommen und an diesem Prozess beteiligt werden. Im Rahmen der anzustrebenden individualrechtlichen Anpassungen ist insbesondere die Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechtes auszuführen. Es geht um den Punkt, dass nicht das Angebot bestimmt, was mit Menschen

passiert, sondern dass die Wünsche der Menschen im Vordergrund stehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um die eben erwähnte Einkommens- und Vermögensvorbehaltsfrage für Fachleistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Alles, was für Nichtbehinderte gilt, muss da auch gelten. Aber wo Fachleistungen fehlen, darf das Einkommen nicht die Grundlage dafür bieten.

Es geht um einen inklusiven Arbeitsmarkt, der durchlässiger ist. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, dass das Prinzip in Nordrhein-Westfalen, dass Schwerstmehrfachbehinderte ein Anrecht auf Teilhabe am Arbeitsleben in einer Werkstatt für behinderte Menschen haben, für uns ein wichtiger Maßstab ist. Auch diese Menschen haben einen Anspruch auf einen inklusiven Arbeitsmarkt.

> (Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Guntram Schneider)

Erinnern Sie sich an die These vom Anfang und an das Stichwort der Komplizenschaft? Politik der Teilhabe, Finanzpolitik und kommunale Entlastung können sehr wohl menschenfreundliche Komplizen sein, wenn es darum geht, die Bedarfe der Menschen mit Behinderung einerseits und die kommunale Finanzierungsfrage andererseits im Auge zu behalten.

Kolleginnen und Kollegen, die Geltung von Menschenrechten darf keine Glückssache sein. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist kein beliebiger Wunschtraum wirklichkeitsfremder Idealisten; sie ist verfassungsmäßiges Gebot. Nordrhein-Westfalen hat sich auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft gemacht. Dieser Weg ist unumkehrbar.

Wir müssen dafür sorgen, dass die 2,8 Millionen Menschen in diesem Land ein Bundesteilhabegesetz erhalten, das diesen Namen nicht nur trägt, sondern auch mit Inhalten ausgefüllt ist. - Vielen Dank.

> (Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Guntram Schneider)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. - Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe, persönliche Entfaltung und vieles andere sind Ansprüche, die das Grundgesetz den Menschen in Deutschland zusichert.

Indes: Die Lebensrealität sieht natürlich anders aus; wir wissen es alle. Es gibt verschiedene Gründe, die dazu führen, warum Menschen am Rande der Gesellschaft stehen. Ein Grund kann sogar die bestehende Gesetzgebung sein. Damit bin ich eigentlich schon beim Thema, nämlich bei der jetzigen gesetzlichen Regelung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

30.04.2015

Ich möchte dies anhand einiger Beispiele erläutern. Dabei möchte ich mit einem Zitat vom Aktivisten für Inklusion und Barrierefreiheit Raul Krauthausen beginnen – ich zitiere –:

"Ich bin machtlos. Ich werde mein Leben lang diese Behinderung haben. Sie ist kein vorübergehender Zustand wie manche Arbeitslosigkeit. Meine Altersarmut ist vorprogrammiert, wenn sich an der Gesetzeslage in den nächsten Jahren nichts ändert."

Der das sagt, ist ein Mensch, der berufstätig ist und sein Einkommen verdient. Zur Bewältigung seines Alltags ist er auf persönliche Assistenz angewiesen. Damit fällt er unter die Regelungen des SGB IX. Dort ist geregelt, dass Menschen wie er nicht mehr als den doppelten Hartz-IV-Satz verdienen dürfen. Dort ist auch geregelt, dass er nicht mehr als 2.600 € ansparen darf - kein Bausparvertrag, keine Lebensversicherung, keine Erbschaft. Sogar seine Beziehungspartnerin oder sein Beziehungspartner, sollte er einmal heiraten, würde mit ihrem oder seinem Einkommen herangezogen werden.

Das ist falsch! Diese Diskriminierung muss aufhören! Das Heranziehen von Einkommen und Vermögen zur Deckung behinderungsbedingter Unterstützungsleistungen muss abgeschafft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn alle Menschen sollten von ihrem Einkommen leben können. Der behinderungsbedingte Nachteilsausgleich ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Es kann doch nicht sein, dass diese gesellschaftliche Aufgabe vom Betroffenen selbst zu bezahlen ist und er dabei unter Umständen ver-

Ein anderes Beispiel: Für Menschen, die in einem Pflegeheim leben, zahlt die Pflegeversicherung je nach Pflegestufe 1.064 € bis 1.995 € pro Monat. Für Menschen mit Behinderung, die in einer stationären Einrichtung leben und pflegebedürftig werden, zahlt die Pflegekasse maximal 266 € im Monat. Das ist falsch! Diese Ungleichbehandlung von Menschen in der Pflegeversicherung muss abgeschafft werden; hierbei soll das Prinzip vorrangiger Leistungsträger greifen.

Nächstes Beispiel: Die Eltern eines Kindes mit Autismus beantragen bei der Stadt, dem zuständigen Träger, die Kostenübernahme für eine Integrationshelferin als Begleitung in der Schule. Die Stadt lehnt den Antrag ab. Bei den nun folgenden Gerichtsverfahren wird die Stadt auf die eindeutige Gesetzeslage und ihre Verpflichtung verwiesen. Anstatt aber

nun zügig für die Unterstützung des Kindes zu sorgen, geht die Stadt in Revision. Die Familie und vor allem auch das betroffene Kind bleiben damit auf der Strecke.

Diese Situation des täglichen Kampfes um die eigenen Rechte ist vielen Betroffenen bekannt. Ob es die Wahl des Wohnortes ist, die Bewilligung von Rehamaßnahmen oder die Unterstützung bei der Berufsausbildung – oftmals werden die Ratsuchenden von einem Leistungsträger zum anderen geschickt, anders als es das Gesetz vorsieht. Das ist falsch!

Deshalb befürworten wir zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in unserem Land die Orientierung am ICF-Standard, verbindliche einheitliche Verfahren zur personenzentrierten Teilhabeplanung und Leistungserbringung. Der Kostenvorbehalt im SGB XII muss weg. Menschen mit Behinderung sollen Zugang zu unabhängiger Beratung möglichst im Peer Counseling, also Betroffene beraten Betroffene, erhalten.

Die Länder brauchen die Möglichkeit, die Einrichtung und Ausgestaltung von Arbeitsgemeinschaften, die das SGB IX bereits vorsieht, verbindlicher zu gestalten.

Mit strukturellen Veränderungen bei der Eingliederungshilfe können wir die Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderung verbessern, aber auch - das ist nicht ganz unwesentlich - der sich aufwärts drehenden Kostenspirale begegnen. Als Beleg hierfür möchte ich Ihr Augenmerk, liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz auf die Situation bei den Wohnangeboten von Menschen mit Behinderung lenken. Denn mit dem konsequenten Ausbau ambulanter Wohnsettings sind die Fallkosten deutlich geringer als bei geringerer Ambulantisierungsquote. Dies macht das Benchmark der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe für das Jahr 2012 sehr deutlich. So liegen die Fallkosten in NRW im Vergleich zu Bayern zum Beispiel um bis zu 8.000 € pro Fall niedriger.

Unser Ziel ist also die Umsetzung der Grundrechte und natürlich der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die ja bereits vor sechs Jahren von Deutschland ratifiziert wurde. Hierzu braucht es die strukturelle Veränderung der geltenden Gesetzgebung. Dafür braucht es aber auch die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Die Umwandlung unserer Gesellschaft in eine inklusive Gesellschaft und die Gestaltung des Bundesteilhabegesetzes sind Teile dieses Prozesses, sind Querschnittsaufgaben, die von allen Ebenen getragen werden müssen. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass der Bund den Kommunen und den Ländern die Finanzierung alleine überlässt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Ich begrüße durchaus die neueste finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund bei den infrastrukturellen Maßnahmen wie zum Beispiel Straßenbau oder Breitbandausbau. Wir Grüne erwarten jedoch, dass die Bundesregierung diese Unterstützung oder Förderung nicht zum Anlass nimmt, sich nun aus der Notwendigkeit der Beteiligung an den Kosten zur Eingliederungshilfe zu verabschieden. Im Moment sieht es leider ganz danach aus, dass sich die Bundesregierung nicht an die gegebenen Versprechen halten will.

Wir in der rot-grünen Koalition in NRW sind uns einig: Wir brauchen ein Bundesteilhabegesetz, das die Strukturen der Eingliederungshilfe im Sinne der betroffenen Menschen regelt und in dem sich der Bund zur finanziellen Beteiligung an den Kosten verpflichtet. Diese beiden Prozesse gehören zusammen und dürfen nicht entkoppelt werden.

Unser Antrag beschreibt die notwendigen Maßnahmen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich mit den verschiedenen zuständigen Gremien auf Bundesebene mit allem Nachdruck für ein entsprechendes Bundesteilhabegesetz einzusetzen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen bezieht klar Stellung für die Belange von Menschen mit Behinderung. Es wäre gut, wenn wir das mit breiter Mehrheit täten. In diesem Sinne bitte ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, unseren Antrag mit Wohlwollen zu begleiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei Herrn Kollegen Neumann für seine bemerkenswerten Ausführungen zur Problemstellung bedanken. Das kann ich alles unterstreichen. Auch das, was meine Vorrednerin, Frau Grochowiak-Schmieding, gesagt hat, ist in vielen Punkten richtig.

Aber Sie müssen sich sicherlich auch ein Stück weit Kritik gefallen lassen, die ich hier vermisste, nämlich was die Situation in Nordrhein-Westfalen angeht, für die Sie durchaus selbst politische Verantwortung tragen.

Deshalb möchte ich zunächst einmal ausdrücklich sagen, dass wir für ein modernes Bundesteilhabegesetz sind. Wir sehen auch die Notwendigkeit, den Menschen mit Einschränkungen durch die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und ein modernes Teilhabegesetz das Leben deutlich zu erleichtern. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse

erreichen. Aber auch die betroffenen Menschen wollen nicht stets abhängig sein durch ihre Bedürftigkeit. Sie wollen die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt sehen. Sie wollen eine echte Teilhabe.

Meine Damen und Herren, wir werden – das kann ich vorab ankündigen – uns zu diesem Antrag daher enthalten.

Es geht um die Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz. Damit sollen wir uns heute in die Rolle des Bundesgesetzgebers versetzen. Ich muss dazu sagen: Sie sprechen der Bundesministerin Nahles die Kompetenz ab, offenbar weil Sie ihr nicht zutrauen, den großen Entwurf eines modernen und guten Bundesteilhabegesetzes zu entwickeln und zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Ich habe mich gefragt, was dieser Antrag jetzt hier im Plenum soll. Man kann sicherlich über viele einzelne Punkte diskutieren. Das ist aber eigentlich gar nicht gewünscht, denn über den Antrag soll ja direkt abgestimmt werden. Es findet gar keine Diskussion im Ausschuss über die einzelnen Punkte statt. Ich habe mich gefragt, warum das gemacht wird. Ich vermute, dass man gegenüber den Verbänden argumentieren möchte: Seht her, wir haben unsere Vorstellungen formuliert. Aber eine wirkliche Lösung oder Ergebnisse können wir nicht vorweisen. Der Bund ist dafür zuständig.

Wir müssen uns aber vielmehr fragen, ob es nicht auch in Nordrhein-Westfalen genügend Baustellen zu diesem Thema gibt. Insbesondere Sie müssen sich fragen, was die eigenen Unzulänglichkeiten beim Regierungshandeln sind und wo wir die Verantwortung haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört nämlich, dass die Landesregierung einen umfassenden Aktionsplan NRW vorgelegt hat, der aber, seit er in Druck gegangen ist, selig ruht. Nichts, aber auch gar nichts tut sich bei der Umsetzung der Inklusion.

Wo schöpft nun das Land die Möglichkeiten aus, und wo ist die Umsetzung der Grundsätze und Forderungen, die es nun von der Bundesebene fordert?

Gehen wir noch einmal in die einzelnen Themen. Sie fordern zum Beispiel die Stärkung der unabhängigen Beratung von Betroffenen durch Betroffene. Aber wie unterstützt die Landesregierung diese Beratungsstellen bisher? – Sie haben die Ausbildung derer finanziert, die dann, dezentral im Land verteilt, niederschwellig Beratung anbieten. Allerdings leisten sie diese Arbeit nicht nur unentgeltlich, sondern sie müssen auch noch selbst für Sachkosten und je nach Unterstützungsbedarf für die eigene Assistenz aufkommen. Das muss in der Tat geändert werden.

Sie fordern ein Budget für Arbeit, ein sicher wichtiger Schritt hin zur wirklichen Teilhabe und einem inklusiven Arbeitsmarkt. Ich frage Sie allerdings: Warum gibt es nicht schon längst ein Budget für Arbeit in Nordrhein-Westfalen? In anderen Ländern, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, in Hamburg und in Niedersachsen, wo entsprechende Projekte bestehen bzw. eingeführt sind, ist das bereits der Fall. Diese Länder haben nicht nach dem Bund gerufen, sondern im Sinne der Menschen auch unmittelbar gehandelt.

Sie fordern – das ist eben auch mehrfach angesprochen worden – vom Bund die Aufhebung des Kostenvorbehalts mit dem Argument, es dürfe keine behinderungsbedingten Nachteile für die Betroffenen und ihre Familien geben. Ich darf aber daran erinnern, wie es das Land Nordrhein-Westfalen mit den Kosten für die Schülertransporte schwerbehinderter Kinder in Regelschulen hält, die nicht in der Lage sind, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Den Transport zahlen nämlich viele Eltern aus eigener Tasche; sie müssen ihn auch selbst organisieren. Die Landesregierung zeigt trotz entsprechender Eingaben von Eltern und Verbänden keine Bereitschaft, die Fahrtkostenverordnung zugunsten der Eltern zu verändern.

(Beifall von der CDU)

Hintergrund dieser Politik ist, dass Sie befürchten, die Kommunen als Schulträger könnten über die Konnexitätsregelung Geld vom Land fordern. Vom Bund dagegen verlangen Sie aber, den Kostenvorbehalt in der Eingliederungshilfe aufzuheben. Das ist ein Widerspruch und nicht im Sinne der Menschen. Sie beschwören das Einsparpotenzial personenzentrierter Leistungen. Das persönliche Budget ist das Instrument, um selbstbestimmt Teilhabe zu leben.

Es ist lange bekannt, dass die Umsetzung hier in Nordrhein-Westfalen als gescheitert betrachtet werden muss. Obwohl das seit Jahren im SGB geregelt ist, haben Betroffene bei uns nach wie vor große Schwierigkeiten, an gute Beratung zu gelangen und ihre Ansprüche zu realisieren. Was ist bisher hier getan worden, um das zu ändern? Wie unterstützt die Landesregierung die wenigen Beratungsstellen und privatwirtschaftlichen Unternehmen und Initiativen, die nennenswerte Fallzahlen vorweisen können? – Auch ihnen werden Steine in den Weg gelegt, deren sich niemand annimmt. Hier liegt seit Jahren ein Einsparpotenzial brach, ohne dass nennenswerte Anstrengungen spürbar wären, dies zu verändern.

Sie beklagen die steigenden Kosten der Eingliederungshilfe. Allein 60 Millionen € mehr wurden für den Ausbau der Werkstätten für behinderte Menschen im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen gefordert. Insbesondere die Klientel der psychisch kranken Menschen steigt dramatisch an. Die Übergangsquoten in den ersten Arbeitsmarkt sind statis-

Landtag
Nordrhein-Westfalen

8

tisch kaum relevant. Auch das neue Übergangsmanagement für Schüler erfasst letztlich nur wenige. Die wenigen engagierten Initiativen, die etwas schaffen wollen, scheitern häufig an bürokratischen Hürden, für die sich niemand zuständig erklärt.

Sie fordern eine Ermächtigung, um regionale Arbeitsgemeinschaften einrichten und steuern zu können. Die gemeinsamen Servicestellen, die für die Beratung und Realisierung des persönlichen Budgets eingerichtet worden sind, sind das beste Beispiel, dass es nicht damit getan ist, regionale Vernetzung zu betreiben und Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Es gibt sie seit nunmehr 13 Jahren. Seit 2007 liegt der Abschlussbericht zum Modellprojekt vor, an dem auch Regionen in Nordrhein-Westfalen beteiligt waren.

Auf eine Verbesserung der Qualität warten Betroffene allerdings bis heute. Eine nennenswerte Erhöhung der Fallzahlen hat es in all den Jahren nicht gegeben.

Wie im Zusammenhang mit dem persönlichen Budget bereits erwähnt, hätte das Land auch ohne Ermächtigung die wenigen Baustellen, die Erfolge verzeichnen, unterstützen und die Beispiele Schule machen lassen können.

Noch einmal zurück zur Streichung des Kostenvorbehalts. Sie fordern dies vom Bund mit dem Wissen, dass es hier durchaus um einen Milliardenbetrag gehen kann. Eine konkrete Kostenabschätzung liegt bisher nicht vor. Als es auf Initiative des Bundes darum ging, die Einrichtung eines Fonds zur Entschädigung misshandelter und missbrauchter behinderter Heimkinder mitzutragen, hat sich die Landesregierung – ich muss hinzufügen: wie andere auch – zunächst verweigert.

Erst nach massivem öffentlichem Druck, unter anderem der Lebenshilfe, kommt nun langsam Bewegung in die Sache. Es gibt da gemeinsame Anstrengungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Nun soll allerdings noch eine Bedarfseinschätzung abgewartet werden. Man wolle kein Fass ohne Boden aufmachen, so war es laut Presseberichten aus dem NRW-Sozialministerium zu hören. Wo blieb also, so muss man die Frage stellen, die Gleichbehandlung, nachdem doch für Kinder ohne Behinderung eine Entschädigung beschlossen worden war? Wieso wurde hier nicht sofort reagiert?

Ich möchte damit überhaupt keinen Vorwurf verbinden, sondern nur klarmachen, dass noch eine ganze Menge zu tun ist, um eine echte Teilhabe zu organisieren. Interessanterweise geht es ja meistens ums Geld, und zwar um die Frage: Wer bezahlt das? Da ist das übliche Spiel: Macht der Bund das? – Der Bund sagt: Nein, die Länder sollen es übernehmen. Die Länder sagen: Der Bund soll es machen. – Das ist natürlich nicht im Sinne der betroffenen Menschen.

In all diesen Themenfeldern hätten die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen längst tätig werden können, wenn sie nur gewollt hätten. Mein Appell hier ist, die eigene politische Verantwortung zu sehen und nicht alles auf den Bund zu schieben und in Richtung Berlin zu schauen.

Wir wollen die Menschen bei der Erlangung ihrer Rechte unterstützen, aber wir wollen das hier tun, wo wir zuständig und verantwortlich sind. Wir fordern die Landesregierung auf, zu handeln. Wir werden sie nicht darin unterstützen, von den eigenen Mängeln abzulenken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne! Herr Neumann, Frau Grochowiak-Schmieding, Kollege Peter Preuß, ich kann mich den Vorreden grundsätzlich anschießen, insbesondere auch an der Kritik, die Kollege Preuß vorgetragen hat.

Wir Freien Demokraten stehen dafür, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben führen können und dass gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen möglich wird. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden, und das nicht nur wegen der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist eine Sache, die aus dem Herzen und der Überzeugung der Leute kommen muss und nicht irgendwo aus papiernen Urkunden, die immer wieder zitiert werden.

Der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile ist deshalb wesentliche Aufgabe der Politik für Menschen mit Behinderung. Dieser Ausgleich wird zu einem erheblichen Anteil in Form von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung erbracht. Eingliederungshilfe ist aber auch erheblicher Kostenfaktor für die Träger der Sozialhilfe. Sie macht mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben für die Sozialhilfeleistungen aus.

Im Jahre 2013 wurden beispielhaft 15,6 Milliarden € brutto für Eingliederungshilfe ausgegeben. Mit knapp 4 Milliarden € entfällt damit ungefähr ein Viertel auf unser Bundesland. In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir eine kontinuierliche Kostendynamik zu verzeichnen. Wesentliche Ursache dafür ist die steigende Zahl der Leistungsberechtigten, davon sehr viele, wie erwähnt, in NRW.

Der Anstieg der Empfängerzahlen – Kollege Preuß hat es gerade auch zitiert – hat aber auch einen erfreulichen Aspekt. Der medizinische Fortschritt führt

nämlich dazu, dass auch Kinder mit schwersten Behinderungen überleben können und dass Menschen mit Behinderungen häufiger ein hohes Lebensalter erreichen werden. So wird sich zum Beispiel die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung über 60 Jahre bis 2030 voraussichtlich vervierfachen. Diese Fortschritte sind eindeutig zu begrüßen. Sie ermöglichen den Menschen ein längeres Leben mit mehr Selbstbestimmung und Lebensqualität

Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Dimensionen der Leistungen und die Kostenbelastungen, insbesondere für die kommunale Ebene, die ich hier noch einmal extra erwähnen möchte. Länder und Kommunen bzw. in NRW die Landschaftsverbände als ihre Zusammenschlüsse sind mit diesen erheblichen finanziellen Aufwendungen belastet und bedürfen daher der finanziellen Unterstützung des Bundes, um die Herausforderungen zu meistern.

Die Große Koalition in Berlin hat hier eine finanzielle Entlastung bei der Eingliederungshilfe versprochen, zunächst 1 Milliarde € im Jahr als Übergangslösung ab 2015 bis zu einer Entlastung in Höhe von 5 Milliarden €. Das ging ja auch schon durch die Medien.

In den letzten Wochen hat das Bundesfinanzministerium deutlich gemacht, dass es diese Entlastungen nun nicht mehr im Rahmen der Eingliederungshilfe darstellen will, sondern dazu andere Instrumente nutzen möchte. Vorgeblich wird dies mit unterschiedlichen Trägerstrukturen in den Bundesländern begründet. Ich sprach gerade schon von den Landschaftsverbänden, die es in anderen Bundesländern ja nicht gibt.

Das mag man zwar als aufzuwerfende Frage nach-vollziehen können – der Hintergrund von Schäubles Mogelpackung ist dennoch leicht zu erkennen. Er möchte vor allem verhindern, dass die Kostendynamik der Eingliederungshilfe vom Bund mitgetragen wird. Die Dynamik von Fallzahlen und Ausgaben – sie ist von allen Vorrednern auch erwähnt worden – wird sich absehbar kaum abschwächen, und sie würde so die Entlastungen durch den Bund in wenigen Jahren wieder aufzehren, wenn hier keine Verknüpfung eingeführt, sondern nur der gesetzte Fixbetrag von 5 Milliarden € endgültig festgeschrieben wird. Der Bund darf sich hier nicht aus der Verantwortung davonschleichen.

Die FDP tritt auch für ein Bundesteilhabegesetz ein. Die versprochene nachhaltige finanzielle Beteiligung des Bundes muss dabei stringent umgesetzt werden. Wir würden dabei grundsätzlich befürworten, dass die Menschen selber über die Verwendung der ihnen zustehenden Mittel zur Teilhabe entscheiden. Dies würde einerseits eine zumindest teilweise pauschalierte Gestaltung eines Teilhabegeldes bedeuten.

Andererseits geht es um eine weitere Verbreitung des Instruments eines persönlichen Budgets. Wir brauchen eine Ausgestaltung, die interessierte Menschen nicht mit komplizierten Verfahren entmutigt, sondern vielmehr ermutigt und ihnen in einem unterstützenden Umfeld das Gelingen auch zutraut. Dies gilt auch für das Interesse, die Teilhabe am Arbeitsleben außerhalb der Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu wagen und dafür Mittel in Form eines Budgets für Arbeit zu verwenden, um den zusätzlichen Aufwand der Arbeitgeber dabei auszugleichen, also außerhalb der geschützten Werkstätten.

In vielen Punkten besteht hier ein Konsens in der Fachpolitik. Dennoch möchte ich einige kritische Punkte ansprechen, die uns letztlich den Antrag der Koalitionsfraktionen nicht zustimmen, sondern enthalten lassen. Wir werden also nicht dagegen stimmen, sondern uns enthalten.

Sie erwecken bei der interessierten Öffentlichkeit und den beteiligten Verbänden den Anschein, dass ein höheres Leistungsniveau zu geringeren Kosten für die Kommunen möglich wäre. Das sind allerdings äußerst unrealistische Erwartungen, die letztlich nicht zu erfüllen sind. Ein einheitlicher Behinderungsbegriff und bundeseinheitliche Standards der Bedarfsermittlung werden vermutlich eher dazu führen, dass hier zusätzliche Wünsche aufgenommen werden und eine Angleichung nach oben stattfindet.

Auch eine von Ihnen geforderte trägerunabhängige Beratung wird zunächst einmal selber Geld kosten. Ich erwarte nicht so eindeutig wie Sie von den Regierungsfraktionen, dass diese Beratungen durch eine verstärkte Nutzung ambulanter Leistungen zur Kostensenkung führen. Insofern ist Ihre Forderung nach Aufhebung des Kostenvorbehalts das falsche Signal. Sie beseitigen damit die letzte Bremse für unverhältnismäßig teure Versorgungsformen.

Wir stehen zum Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen und zu einer angemessenen Prüfung der Verhältnismäßigkeit, um mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Eine Sozialleistung des Staates allerdings mit einem vom Prinzip her unbegrenzten Anspruch kann nicht der richtige Weg sein. Wir können aber auf eine Steuerungsverantwortung der Sozialhilfeträger nicht verzichten.

Jetzt muss ich mich dem Kollegen Preuß anschließen. Wir hätten uns von Ihnen klarere Worte gewünscht, um diese nämlich im Ausschuss zu diskutieren. Aber das scheint nicht gewünscht zu sein, und man will ja heute die Abstimmung erzwingen. Ich vermute, es sind die gleichen Gründe, und da müsste man ja Farbe bekennen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Fricke das Wort.

Stefan Fricke (PIRATEN): Werter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Liebe Zuschauer am Stream! Ich sitze hier und muss zu Ihnen sprechen, und ich schäme mich. Genauer genommen ist dies ein Fremdschämfaktor.

Mit dem uns hier vorliegenden Antrag möchte die regierungstragende rot-grüne Landtagskoalition einen Beschluss des Landesparlaments erreichen, der die rot-grüne Landesregierung auffordert, sich bei der Bundesregierung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung einzusetzen.

Das ist ungefähr so, als wenn ein Mensch ohne Behinderung in einem Zimmer mit anderen Menschen zusammen auf einem Stuhl sitzt und diese auffordert, einem Antrag zuzustimmen, der ihn wiederum auffordert, sich vom Stuhl zu erheben. Da stellt sich doch jedem normal intelligenten Menschen die Frage: Warum veranstaltet der so einen Mumpitz? Der kriegt den Hintern doch nicht alleine hoch.

Genau das ist die Frage, die ich der regierenden Koalition aus Rot-Grün stellen muss. Oder gibt es vielleicht auf einmal zwei verschiedene SPD- und Grünen-Splittergruppen – die einen bilden die Regierungskoalition und die anderen die Landtagsfraktionen –, die nicht mehr miteinander reden?

Werte Frau Kraft, wenn Sie und Ihre Regierung denn tatsächlich etwas für die Menschen mit Behinderung in diesem Bundesland tun möchten, warum machen Sie dann nicht einfach einen Termin bei Ihrer Parteigenossin Frau Nahles und reden Tacheles mit ihr? Würden Sie dann mit erkennbaren Ergebnissen zurückkommen, bekämen Sie garantiert auch die Tacheles-Einheiten, die Sie so vorab mit diesem Antrag unbegründet einfordern.

Wenn Kollege Neumann und Kollegin Grochowiak-Schmieding hier Dutzende Fragen und Probleme aufwerfen, muss ich Ihnen und der Regierung entgegenhalten: Wer etwas tun will, findet Wege. Wer etwas nicht tun will. findet Gründe.

Ich bin mir meiner Rolle als sogenannter privilegierter Behinderter sehr bewusst – auch darüber, dass es nur ganz wenig anderen ebenfalls Behinderten ähnlich geht. Ich weiß genau, dass ich – trotz meines Zorns über dieses unwürdige Schauspiel, welches Rot-Grün hier abzieht – nicht gegen diesen Antrag stimmen kann und werde. Meine Fraktion und ich möchten an dieser Bürgerveräppelung und Steuergeldverschwendung nicht teilnehmen und werden uns bei der anstehenden Abstimmung der Stimme enthalten.

Inhaltlich möchte ich noch hinzufügen: Ich würde mir wünschen, dass in dieses Bundesteilhabegesetz noch aufgenommen wird, dass der Leistungsbezug nach diesem Gesetz kein Hinderungsgrund etwa für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder für die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an ausländische Mitbürger mit Behinderung ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich dankbar dafür, dass diese Diskussion doch in Übereinstimmung über die entscheidenden Punkte, die auch im vorliegenden Antrag angesprochen worden sind, stattfindet.

Allerdings muss ich manche Angriffe des Kollegen Preuß sehr deutlich zurückweisen. Wenn er sagt, dass wir zwar ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Thema "NRW inklusiv" auf den Weg gebracht hätten, aber in der Umsetzung bisher nichts geschehen sei, dann ist dies genau das Gegenteil der Realität. Informieren Sie sich doch bei den Verbänden für die Menschen mit Behinderungen! Unser Maßnahmenkatalog umfasst über 100 konkrete Projekte. Zwischenzeitlich sind über 20 umgesetzt.

Wenn behauptet wird, wir würden zu wenig für die Beratung tun, dann verweise ich darauf, dass wir in absehbarer Zeit in allen Regierungsbezirken sogenannte Kompetenzzentren realisiert haben werden, die schon jetzt dort, wo sie vorhanden sind, in den Regierungsbezirken Köln und Arnsberg, sehr gute Arbeit leisten. Zu den fünf Kompetenzzentren kommt noch ein separates Kompetenzzentrum für sinnesgeschädigte Menschen hinzu.

Auch beim Arbeitsmarkt tut sich einiges. Wir haben zwischenzeitlich 72.000 Menschen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Die eigentliche Erfolgsstory beim Thema Arbeit sind unsere Integrationsunternehmen, die sich bekanntermaßen am ersten Arbeitsmarkt bewähren müssen. Hier sind derzeit über 3.000 Menschen mit Behinderungen beschäftigt. Dieses Programm ist so gut, dass die Mittel im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ausgeschöpft sind und im Moment keine neuen Integrationsunternehmen finanziert werden können.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie mit den zuständigen Landesministern sprechen, dann werden Sie sehr schnell merken, dass NRW in allen Fragen der Politik für Menschen mit Behinderungen an der Spitze des Konzerts aller Bundesländer ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mich über den Antrag der Regierungsfraktionen sehr gefreut. Hier haben wir eigentlich ein geschlossenes Konzept für ein Bundesteilhabegesetz vorliegen. Dieser Antrag – ich zweifle nicht daran, dass er gleich beschlossen wird – ist auch eine sehr wichtige Handreichung für die Landesregierung. Wir werden damit in Berlin offensiv umgehen. Ich denke, dies ist auch im Interesse der Menschen, die hier zu vertreten sind, sehr notwendig. Wir brauchen ein Bundesteilhabegesetz, weil auch die Betroffenen ein solches Gesetz erwarten.

Ich will nicht nochmals auf alle fachlichen Punkte eingehen – die wichtigsten sind benannt –, sondern nur vertiefend darstellen, dass zum Beispiel die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe heraus muss. Sie muss in ein modernes Teilhaberecht hinein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dies ist ein Kernpunkt dessen, was wir fordern. Die Rechte der Betroffenen müssen gestärkt werden. Die Menschen mit Behinderungen müssen besser am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Dazu brauchen wir ein gutes Bundesteilhabegesetz.

Sie wissen – darauf ist schon hingewiesen worden –, die Bundesregierung hat kürzlich entschieden, die inhaltliche Reform der Eingliederungshilfe von der finanziellen Entlastung der Kommunen abzutrennen. Klar ist für mich: Es ist gut und wichtig für unsere Kommunen, dass der Bund sie finanziell entlastet.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich sage aber auch: Ich wünsche mir ein Bundesteilhabegesetz, das den fiskalischen Interessen der Kommunen entspricht, aber gleichermaßen die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen mit Behinderungen in vollem Umfang wahrt. Der Bund muss die Maßnahmen der Politik für Menschen mit Behinderungen finanzieren, weil es sich hier um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das hat nichts damit zu tun, Schwarze Peter nach Berlin oder irgendwo anders hinzuschieben. Dies hat vielmehr etwas mit unserem Staatsaufbau und der daraus resultierenden politischen Verantwortlichkeit für einzelne Sektoren zu tun.

Meine Damen und Herren, eben ist gesagt worden, wir sollten Frau Nahles Nachhilfeunterricht geben. Wissen Sie, Frau Nahles hat angekündigt, dass trotz der schwierigen Bedingungen in diesem Jahr erste Eckpunkte und Entwürfe für ein entsprechendes Bundesteilhabegesetz aus ihrem Haus kommen werden. Frau Nahles braucht keinen Nachhilfeunterricht, Herr Schäuble muss Nachhilfeunterricht bekommen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In seinem Haus sitzen diejenigen, die Hemmnisse sind, wenn es um die Finanzierung eines Bundesteilhabegesetzes – so, wie wir es wollen – geht.

(Zuruf von der FDP)

 Nein, Frau Nahles wird das tun, was sie tun muss.
 Ich denke, dass die Interessen der Menschen mit Behinderungen bei ihr in guten Händen sind.

Ich kann mich nur noch einmal für den Entwurf bedanken. Ich hoffe, dass wir die zukünftige Politik für Menschen mit Behinderungen in diesem Hause im Prinzip weiterhin mit einer großen Mehrheit formulieren können. Das hat die Behindertenpolitik in NRW immer stark gemacht, und dabei soll es auch bleiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/8443 beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich darf feststellen, dass der Antrag Drucksache 16/8443 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piratenfraktion angenommen worden ist.

Ich rufe auf:

5 Pflegekammern in Nordrhein-Westfalen als eine Möglichkeit, die Pflegeberufe aufzuwerten. Welche Perspektiven und Lösungen bieten sie?

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8453

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8550

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle im Pflegebereich tätigen Organisationen verkünden immer wieder, eine Pflegekammer zu benötigen, damit auch ihr Berufsstand auf Augenhöhe mit anderen Berufen im medizinischen Bereich ist. Die Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen soll auf den Weg gebracht werden. Die

Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben bereits die Beschlüsse gefasst, dieses umzusetzen. Niedersachsen wird es in absehbarer Zeit tun.

Die Enquetekommission Pflege – das ist auf Seite 26 des Berichts aus dem Jahre 2005 nachzulesen – empfiehlt – Zitat –, eine Kammer für Pflegeberufe weiterzuentwickeln sowie Zweck und Aufgabe dieses Organs deutlicher als bisher zu beschreiben.

Dieses ist vor zehn Jahren geschehen. Der Pflegerat NRW weist darauf hin, dass Nordrhein-Westfalen im Bereich der Pflegekammer nicht an letzter Stelle sein soll. Zurzeit sind wir allerdings an der letzten Stelle, weil es überhaupt keine Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen gibt.

Ich zitiere den Deutschen Verband für Pflegeberufe – DBfK –:

"Die Pflegekammer reguliert den Pflegeberuf im Sinne einer Selbstverwaltung. Es ist Aufgabe einer Kammer, berufliche Richtlinien und Vorschriften zu erlassen, die für die beruflich Pflegenden verbindlich sind. Kammern überwachen also den Berufsstand, schaffen durch die Verbindlichkeit zudem auch Sicherheit, auf die sich Pflegende anschließend berufen können.

Eine weitere Aufgabe der Pflegekammer ist die Anerkennung der Ausbildungseinrichtungen und die Abnahme des Staatsexamens. Dadurch hält die Kammer zudem die Möglichkeit in der Hand, die Berufsangehörigen zu regulieren und zu registrieren, die aufgrund ihrer Ausbildung professionelle Pflege ausüben."

So der DBfK.

Ich will ein weiteres Zitat einwerfen, das Herr Andreas Westerfellhaus im Zusammenhang mit dem Pflegekongress in Berlin im März gebracht hat. Der Präsident des Pflegerates sagte:

"In den meisten internationalen Staaten ist die Selbstverwaltung der Pflege eine Selbstverständlichkeit. Wir beschäftigen uns in Deutschland mit der Selbstverwaltung der Pflege seit mittlerweile 23 Jahren – bisher mit mangelndem Erfolg."

Darum ist er sehr erfreut darüber, dass es Länder gibt, die ihre Wahlversprechen wahrgemacht haben und jetzt auch in der Regierungsverantwortung umsetzen: so wie Rheinland-Pfalz, so wie Schleswig-Holstein und sicherlich in der nächsten Zukunft auch Niedersachsen.

Ich bringe ein weiteres Zitat vom 2. September 2009 aus dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

"Die einst in Gang gesetzten Gespräche der Ausschussobleute mit Pflegekammerbefürwortern seien eingestellt worden, als die Betroffenen gefragt hätten, wie die bestehenden Qualitätsprobleme gelöst werden sollten. Zwar werde in dem einstimmig gefassten Enquetebericht Handlungsbedarf angemeldet, jedoch nicht beschrieben, wie dieser gedeckt werden könne. Daher sei der Landtag nach wie vor in der Pflicht und müsse handeln.

Eine solche Anhörung sei allerdings unbequem für die Koalition, da sie den vielen Menschen im Land, die auf eine Lösung warteten, nach einer Anhörung, in der Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt würden, wieder einmal erklären müsse, warum eine Umsetzung dennoch unterbleibe."

Zitatende Frau Barbara Steffens.

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist ja wohl Quatsch! Das ist eine Unverschämtheit!)

- Das steht im Protokoll, Frau Steffens.

(Ministerin Barbara Steffens: Nein! Das ist aber nur ein Teil davon, was ich gesagt habe! Das wissen Sie genau!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, Sie werden gleich Gelegenheit haben, Ihren Standpunkt hier darzulegen.

Oskar Burkert (CDU): Aus der Drucksache 14/8874 vom 24. März 2009 zitiere ich dazu:

"Der Landtag fordert die Landesregierung auf darzulegen, inwieweit die Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen oder eine Berufsordnung für Pflegeberufe dieser Aufgabe am besten Rechnung trägt."

Das war Punkt 6 aus dem Antrag der Grünen zum Thema "Pflegekammern".

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich darf Sie auf Ihre Redezeit hinweisen. – Bevor diese zu Ende geht, hat Frau Kollegin Howe den Wunsch geäußert, Ihnen eine Frage zu stellen. Lassen Sie diese zu?

Oskar Burkert (CDU): Ja.

Inge Howe (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Sie waren zu dem Zeitpunkt der Anhörung und der Diskussion über die Pflegekammern mit dabei, soweit ich mich erinnere.

Ich frage Sie: Ist Ihnen vielleicht in Vergessenheit geraten, dass Ihr damaliger Sozial- und Gesundheitsminister Herr Laumann am 3. März 2010 gesagt hat, dass in Nordrhein-Westfalen zunächst überhaupt keine Notwendigkeit zur Gründung einer Pflegekammer bestehe?

(Minister Guntram Schneider: Da hat er völlig recht! - Ministerin Barbara Steffens: Sie waren doch dagegen!)

Oskar Burkert (CDU): Frau Howe, ich kann das nur unterstreichen. Das ist so gesagt worden. Aber Sie müssen uns auch zugestehen: Das ist jetzt fünf Jahre her. Man kann in diesen fünf Jahren doch schlauer werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern mit diesem von uns heute eingebrachten Antrag nur die Landesregierung auf, umzusetzen, was Frau Steffens damals schon als Abgeordnete gefordert hat. -Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Lück. Bitte schön.

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion möchte mit ihrem heutigen Antrag die Landesregierung auffordern, alle Beteiligten in der Pflege zu den Vor- und Nachteilen einer Pflegekammer zu befragen.

Herr Burkert hat schon darauf hingewiesen: Das Thema "Pflegekammer" ist in diesem Hause kein neues. Herr Burkert, somit stehen wir nicht an letzter Stelle im Bundesvergleich. Wir haben uns schon sehr früh im Landtag mit der Pflegekammer beschäftigt. Dies geschah sowohl durch die Enguetekommission als auch in der 14. Wahlperiode ausführlich im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales durch einen Antrag der Grünen zur Berufsordnung oder Pflegekammer.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, der damalige Minister Laumann hat in der abschließenden Beratung im Ausschuss die Eckpunkte des Kammersystems vorgetragen. Er hat im Ausschuss dargelegt, dass mehr gegen eine Verkammerung der Pflegeberufe spricht als dafür.

Nun hat er in seiner neuen Funktion auf Bundesebene eine andere Meinung angenommen. Das entspricht dem Trend in manch anderen Bundesländern. Es gibt Bewegung in der Szene. Wir wollen uns dieser nicht verschließen.

In mehreren Bundesländern ist die Einführung einer Kammer für Pflegeberufe in der Diskussion oder bereits in konkreter Vorbereitung und Umsetzung. Einige Bundesländer haben sich dazu entschlossen, eine Pflegekammer einzurichten. Andere befinden sich in der politischen Diskussion darüber. Es gibt aber auch Länder, die dies konsequent ablehnen.

Sie sind vorhin auf das Land Niedersachsen eingegangen, das eine Pflegekammer einrichten will. Herr Burkert, dazu gibt es neue Entwicklungen. Niedersachsen wird sich wohl noch einmal neu entscheiden.

30.04.2015

Manche Bundesländer haben bereits eine Befraauna durchaeführt und sind zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Bevor wir in Nordrhein-Westfalen eine aufwendige Befragung durchführen, wollen wir zunächst einen erneuten Diskussionsprozess unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten, Interessenvertretungen der Pflegenden und den Pflegenden selbst über die Einführung einer Pflegekammer in Gang setzen.

Eine Reihe von rechtlichen Fragen - insbesondere in Bezug auf die Kosten, die einzubeziehenden Berufsgruppen und die finanzielle Beteiligung und Belastung der Mitglieder – sollte zunächst geklärt werden. Erst dann kann darüber entschieden werden, ob und in welcher Form eine breit angelegte Befragung der in der Pflege Tätigen zur möglichen Einrichtung einer Kammer für Pflegeberufe vorgenommen werden sollte.

Hierbei sollten auch die Erfahrungen der Bundesländer mit einbezogen werden, die eine Pflegekammer eingerichtet haben. Deshalb wollen wir vor einer Befragung wichtige offene Fragen klären.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie die Unterbrechung, Frau Kollegin. Ich muss jetzt aber wirklich den Hinweis geben, dass solche Fotoaufnahmen in der laufenden Plenarsitzung, liebe Frau Kollegin, nicht zulässig sind. Bei allem Verständnis für das Bedürfnis, Momente der Erinnerung aufzunehmen: Das müssen wir dann von oben machen. - Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Bitte, Frau Kollegin.

Angela Lück (SPD): Welches Aufgabenprofil, welche Struktur und welche Kosten sind mit der Einrichtung einer Pflegekammer verbunden? Wie soll eine Zwangsmitgliedschaft aller Pflegenden in der Kammer erreicht werden, wenn schon heute viele Betroffene gegen eine Kammer sind? Pflegekräfte sind zudem abhängig Beschäftigte und in der Regel nicht - wie Architekten, Ärzte oder Rechtsanwälte selbstständig tätig. Kammern vertreten auch eher Unternehmerinteressen als Arbeitnehmerinteressen.

Die Aufgaben, die den Pflegenden zugedacht sind, können bereits heute durch entsprechende Organisationen wie Gewerkschaften, staatliche Behörden oder Berufsverbände erfüllt werden. Das Ansehen eines Berufsstandes ist auch eng mit den Vergütungsmöglichkeiten und den Arbeitsbedingungen verknüpft. Eine Pflegekammer könnte das nicht beeinflussen. Da sind zum einen die Gewerkschaften gefragt. Bessere Arbeitsbedingungen sind durch ein verbindliches Personalbemessungsverfahren zu erreichen. Für diese Finanzierung ist natürlich der Gesetzgeber in der Verantwortung. Auch hier hat die Kammer keinen Einfluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wir wollen auf der Grundlage unseres Entschließungsantrages im zuständigen Ausschuss eine ausführliche Diskussion über eine Pflegekammer führen. Sie wollen zu Ihrem Antrag heute eine direkte Abstimmung. Allein aus diesem Grunde werden wir Ihrem Antrag nicht folgen und ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Stärkung der Attraktivität der Pflegeberufe ist seit geraumer Zeit nicht nur ein politisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem und ein Thema auch in diesem Landtag. Die Frage, wie wir heute und in Zukunft eine gute Pflege sichern wollen, berührt letztendlich alle. Sie berührt, was den Bedarf in den Bereichen Altenpflege und Krankenpflege, aber auch den in der umfassenden Versorgung im Alter und in anderen Lebensphasen angeht, alle.

Dieser wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Pflege stehen ein großer Bedarf an Pflegefach-kräften und bei einigen Einrichtungen ein massiver Personalnotstand gegenüber, die auch auf fehlende Wertschätzung, unzureichende Entlohnung, hohe Arbeitsbelastung und mangelnde Zeit für Pflege zurückzuführen sind.

Rot-Grün hat in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht, die Pflege aufzuwerten und ihre Rahmenbedingungen zu verbessern. Rot-Grün hat das gemacht, was die CDU/FDP-Regierung während ihrer Regierungszeit versäumt hat.

So konnten wir mit der Einführung der Umlagefinanzierung die Zahl der Ausbildungsplätze kontinuierlich erhöhen. Allein in diesem Jahr haben wir 64 Millionen € in die Ausbildung der Pflegefachkräfte investiert. Damit haben wir einen großen Beitrag geleistet, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Auch mit dem neuen Pflegegesetz, das wir verabschiedet haben, haben wir Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Ausrichtung und Stärkung der Pflege auf den Weg gebracht. Richtig ist aber auch, dass auf Bundesebene gerade auch die finanziellen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Pflege verbessert werden müssen, um die berufliche Situation in der Pflege – und damit auch die Attraktivität des Berufs für die Pflegefachkräfte – zu ver-

bessern. Pflegeverbände haben darüber hinaus zur Stärkung der Pflege auch die Stärkung der Interessenvertretung der Pflegeberufe eingefordert. Hierzu gehört auch die Forderung nach der Einrichtung einer Kammer für die Pflegeberufe.

Die Vorrednerinnen und Vorredner haben erwähnt, dass hier im Landtag seit zehn Jahren über die Einrichtung einer Pflegekammer diskutiert wird. Sie können, glaube ich, auch zugeben, dass es dafür nicht nur Befürworter, sondern auch sehr viele Gegenstimmen gibt. Meine Damen und Herren, die Stärkung der Interessenvertretung beruflich Pflegender sowie die Verbesserung der finanziellen und organisatorischen Pflegerahmenbedingungen sind in diesem Landtag weiterhin wichtige Ziele. Das müssen wir, glaube ich, für alle Fraktionen gelten lassen. Das soll aber mit den geeigneten Instrumenten erreicht werden.

In unserem rot-grünen Entschließungsantrag haben wir vorgeschlagen, das Thema "Pflegekammer" wieder aufzugreifen, im Fachausschuss eine Anhörung zu machen und alle Argumente dafür und dagegen noch einmal zu diskutieren. Es gibt sehr viele Widerstände sogar beim pflegenden Personal. Bei den Umfragen zum Beispiel ist das Verhältnis fast 50:50. So gesehen müssen wir uns, glaube ich, im Ausschuss fachlich damit auseinandersetzen, alle Argumente austauschen, um danach eine politische Entscheidung zu treffen. Das ist nicht allein die Aufgabe der Landespolitik insgesamt, hier eine Entscheidung zu treffen.

Wir halten es für notwendig, hierbei auch Entwicklungen und Erfahrungen aus anderen Bundesländern, die weiter als wir sind, in NRW mit einzubeziehen, um daraus richtige Schlüsse ziehen zu können.

Ich bitte Sie daher, unseren Entschließungsantrag zu unterstützen und den Antrag der CDU abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Ünal. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Gespräch mit Vertretern der Pflegeberufe im Rahmen meiner Besuche in NRW-Kliniken sowie in einer Vielzahl von Schreiben, die mich erreicht haben, wurde ich immer wieder auf die Einführung von Pflegekammern angesprochen bzw. um Einschätzung und Positionierung gebeten. Mein Eindruck dabei ist klar: Für und Wider werden engagiert vertreten. Die Zahlen der Befürworter und der Ablehnenden halten sich die Waage.

Wie eingangs schon angedeutet: Die Herausforderungen in der Pflege sind enorm. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird Jahr für Jahr steigen. Ich bin aber sehr skeptisch, ob die eingeforderten Pflegekammern diese vielfältigen Probleme im Pflegebereich lösen können.

Eine Aufwertung der Pflegeberufe ist wichtig und notwendig. Dazu bedarf es aber mit Sicherheit keiner Pflegekammern. Auch hinsichtlich einer fairen, auskömmlichen Bezahlung gibt es sicherlich Anpassungsbedarfe. Aber auch hier sind in meinen Augen keine Kammern vonnöten.

Pflegekammern werden kein Verhandlungsmandat in Tariffragen haben. Das liegt in den Händen der Sozialpartner, also Gewerkschaften und Arbeitgeber, und würde durch die Einführung einer Pflegekammer nicht berührt.

Wenig verwunderlich ist daher, dass auch vonseiten der Gewerkschaften bisher keine Anstrengungen unternommen werden, flächendeckend neue Kammern einzuführen. Man würde sich damit nämlich eher selbst das Wasser abgraben.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um höhere Vergütungen und Verbesserungen im Gesundheitsschutz zu erreichen, sind ein breites Engagement, gesellschaftliches Umdenken und die Unterstützung der Pflegekräfte notwendig. Eine Pflegekammer könnte nichts an den bestehenden Arbeits- und Einkommensbedingungen verändern, aber sie kostet die Beschäftigten und das Land Geld – Geld, das sinnvoller eingesetzt werden könnte. In Zeiten von Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnungen brauchen wir kein Mehr an Bürokratie.

Nicht komplett von der Hand zu weisen ist für mich auch die These, dass eine Pflegekammer den aktuellen Fachkräftemangel in der Pflege sogar verstärken, statt abmildern könnte. Der Pflegekräftenachwuchs könnte durch hohe Kammerbeiträge, Zwangsmitgliedschaft, Pflichtfortbildungen und zusätzliche Berufspflichten vom Beruf abgeschreckt werden und in andere Berufe flüchten.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, dass die antragstellende Fraktion nicht die direkte Einführung einer Pflegekammer fordert, sondern anregt, die in der Pflege Tätigen über die Notwendigkeit einer Einführung zu befragen. Nach Ansicht der Freien Demokraten verbietet es sich, eine Kammer, die regelmäßig mit einer Zwangsmitgliedschaft einhergeht, einfach so, quasi beiläufig, einzuführen, wenn sie von einer Vielzahl der Betroffenen nicht mitgetragen würde.

Etwas irritierend finde ich gleichwohl die Aussagen der nordrhein-westfälischen CDU-Fraktion, wenn man sie mit anderen christdemokratischen Aussagen aus dem übrigen Bundesgebiet vergleicht. Unlängst wurde beispielsweise bei der CDU Niedersachsen über die Gesundheits- und Pflegepolitik

2030 diskutiert. Bezug nehmend auf ein dort erarbeitetes Thesenpapier "Gesundheit und Pflege" lässt sich der CDU-Generalsekretär, Ulf Thiele, wie folgt zitieren:

"Insbesondere mit dem Vorstoß zur Einführung einer Pflegekammer hat die Sozialministerin Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg betrieben. Eine Pflegekammer mit Zwangsbeiträgen ist der falsche Weg, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen."

Zitat Ende.

Es wirkt auf mich schon etwas befremdlich, dass die CDU hier in NRW nun der Einrichtung einer Pflege-kammer den Weg ebnen möchte, wo doch ebenso aus der Oppositionsrolle heraus in Niedersachsen entsprechende Beschlüsse kritisiert und hinterfragt werden.

(Inge Howe [SPD]: Genau!)

Dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen können wir nichts Substanzielles abgewinnen. Auf über drei Seiten werden der aktuelle Stand der Debatte zusammengefasst und die Argumente für und gegen die Einführung einer Kammer ausführlich dargelegt. Welche konkreten politischen Ziele verfolgt werden, bleibt allerdings schleierhaft. Mir scheint, dass sich die SPD, Grüne und ihre Landesregierung ebenfalls nicht einig sind, welche Position zur Pflegekammer eingenommen werden soll. Eine Positionierung hätten die Pflegenden in unserem Land aber schon verdient. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Pflegekammern – zunächst die Position der Piraten in Nordrhein-Westfalen –: Es gibt keine direkte Position zu Pflegekammern an sich; es gibt aber eine Position zu Kammern im Allgemeinen. Da sprechen wir uns im Grunde gegen Kammern mit Zwangsmitgliedschaften aus.

Frau Kollegin Schneider hat gerade ein bisschen geschildert – deswegen will ich nicht weiter darauf eingehen –, welche Probleme Zwangsmitgliedschaften für die betroffenen Personen mit sich bringen, was nicht unbedingt dazu führt, dass eine Verbesserung der Situation der Pflegekräfte im Allgemeinen zu erreichen ist.

Ich will auf die beiden vorliegenden Anträge eingehen.

Jetzt haben wir – auch der Laie in dem Bereich – festgestellt, dass diese Pflegekammern offenbar ein umstrittenes Thema sind. Und wir haben festgestellt, dass die Diskussion hier im Landtag Nordrein-Westfalen seit ungefähr zehn Jahren geführt wird. Wir haben auch festgestellt, dass es in anderen Bundesländern auch völlig differente Auffassungen und Umsetzungsvorhaben des Themas "Pflegekammern" gibt.

Nun kommt die CDU-Fraktion daher, legt uns einen Antrag vor und sagt: Dieser Antrag soll direkt abgestimmt werden. – Das finde ich ein bisschen schade, und das ist, ehrlich gesagt, Herr Kollege Burkert, dem Thema nicht wirklich angemessen.

Gleichwohl stehen wir inhaltlich zumindest hinter dem Beschlusstext in Ihrem Antrag. Wir finden die Idee einer Befragung gut. Diese gab es – das haben wir auch schon gehört – bereits in verschiedenen Bundesländern. Und in den verschiedenen Bundesländern sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich beziehungsweise teilweise auch sehr knapp, sodass ich eine Umfrage auch in unserem Bundesland für erforderlich halte. Der Schritt an sich ist richtig. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir das Thema noch einmal im Ausschuss aufgreifen und dann auch – da komme ich auf den Entschließungsantrag von SPD und Grünen – zum Beispiel eine große, sinnvoll geführte Anhörung mit den entsprechenden Experten durchführen würden.

Meine Meinung ist allerdings: Das schließt sich nicht gegenseitig aus. Wir können beides machen. Mir ist es, ehrlich gesagt, auch wumpe, ob jetzt die Landesregierung in der Verantwortung ist, eine Befragung auf den Weg zu bringen, oder ob wir das als Ausschuss machen. Mir wäre wichtig, dass wir am Ende eine solche Umfrage tatsächlich starten. Ich möchte gerne, dass wir im Ausschuss über die Ausgestaltung der Umfrage reden. An der Stelle ist die direkte Abstimmung nicht so ganz hilfreich.

Sie sehen: Aus Piratensicht ist der Originalantrag der CDU zustimmungsfähig, weil die Position dahinter richtig ist, obgleich er schon ein wenig tendenziös in Richtung Einführung von Pflegekammern geht; aber okay. Aber auch der rot-grüne Entschließungsantrag ist für uns zustimmungsfähig. Gewünscht hätten wir uns eine Vermischung von beiden. Noch größer wäre mein Wunsch gewesen, das im Ausschuss gemeinschaftlich zu beraten.

Mein Appell wäre, vielleicht noch einmal ganz kurz in sich zu gehen, dass wir beide Anträge mit in den Ausschuss nehmen, da wirklich nur eine sachlich fundierte Debatte führen und danach Beschlüsse über Parteigrenzen hinweg fassen. Parteispielchen eigenen sich nicht bei diesem Thema. Danach sollten wir einen Beschluss fassen, wie wir mit diesem Thema hier in Nordrhein-Westfalen umgehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie vielleicht ein paar Minuten der Rede der Ministerin dazu nutzen, einen kleinen Schwenk in diese Richtung zu gehen und

die Anträge in den Ausschuss hineinnehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Düngel. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Düngel, ich kann mich Ihnen nur anschließen. Ich war auch sehr erstaunt darüber, dass die CDU einen solchen Antrag stellt, und zwar aus zwei Gründen.

Wir haben in der Enquetekommission "Situation und Zukunft der Pflege in Nordrhein-Westfalen" fraktionsübergreifend lange und intensiv über das Thema diskutiert. Wir haben dann im Ausschuss lange und intensiv über den Antrag der Grünen, den ich damals gestellt habe, beraten und sind damals – es stimmt, es ist einige Jahre her – konsensual zu dem Ergebnis gekommen, dass wir unseren Antrag für erledigt erklären, also nicht weiter über die Kammer diskutieren.

Seitdem sind ein paar Jahre vergangen, aber ich glaube, wenn man sich intensiv damit beschäftigt, was wir nun auf Landesebene tun, sieht man, dass die Situation im Land sehr gespalten ist. Sie haben die Verbände zitiert, die alle eine solche Kammer wollen. Aber wenn man eine Umfrage macht, kommt es sehr genau darauf an, wonach man fragt. Fragt man danach, ob man eine Kammer mit Pflichtbeiträgen will - Pflichtbeiträge muss eine Kammer im Übrigen immer erheben, denn eine Kammer ohne Pflichtbeiträge kann überhaupt nicht funktionieren -, und beschreibt man sehr viele Aufgaben, dann ist man bei einem relativ hohen Pflichtbeitrag, beschreibt man sehr wenige Aufgaben, dann ist man bei einem sehr niedrigen Pflichtbeitrag.

Wenn man über den Kammerbeitrag redet, geht die Haltung der Befragten eher deutlich in Richtung "Ablehnung". In den Umfragen aus Niedersachsen sprechen sich zwar 67 % für eine Kammer aus, aber bei der Frage: "Mit Pflichtbeitrag?" sind dann nur noch 42 % dafür.

Ich glaube, wenn wir mit einer solchen Befragung jetzt in unsere Pflegelandschaft gehen, dann werden wir mit einem sehr knappen, sehr gespaltenen Ergebnis herauskommen, ohne genau zu wissen, ob die Menschen <u>das</u> mit einer Kammer verbinden, was Sie jetzt am Redepult mit einer Kammer verbunden haben. Deswegen sind wir noch viele Schritte davor.

Ich hätte mir von einer CDU, die damals alle diese Schritte im Konsens mit allen Fraktionen gegangen ist, auch gewünscht, dass sie diese Diskussion wieder in den Ausschuss holt.

Denn genau diese Diskussion wie im Antrag der Koalitionsfraktionen beschrieben – eine Anhörung, in der man sämtliche Verbände und Vertreter fragt und die Bundesländer in die Diskussion einbezieht, die entweder schon eine Umfrage gemacht haben oder die wie zum Beispiel Bayern einen ganz anderen Weg gegangen sind, nämlich keine Kammer, sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu schaffen, in der Pflegekräfte und Pflegeverbände Mitglied werden, also eine freiwillige Lösung initiiert haben –, sollte man gemeinsam führen. Man sollte alle diese Akteure einladen und fragen: Was ist der Weg und das Instrument, womit wir die Pflege wirklich stärken?

Ich glaube, da gibt es einen breiten Konsens. Das sieht man auch an Ihrer Zustimmung in der Vergangenheit zu unserem Landespflegegesetz und zu anderen Dingen, mit denen wir versucht haben, konsequent die Pflege in Nordrhein-Westfalen zu stärken, und versucht haben, die Pflege konsequent in die Verfahren und in die partizipativen Prozesse, Gesetze zu entwickeln, einzubeziehen.

Deswegen mein Wunsch: Ich möchte, dass wir gemeinsam diesen Diskurs führen, wie wir Pflege stärken können. Denn wir stärken Pflege nicht mit der x-ten Umfrage, die am Ende ein gespaltenes Ergebnis zutage bringt, sondern wir müssen überlegen, wie wir Pflege wirklich stärken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem müssen wir die reale Situation derjenigen, die letztendlich in diesem Diskurs aktiv sind, berücksichtigen. Wir haben gerade auf Bundesebene eine Reihe von Prozessen und Reformen, die diskutiert werden müssen, und zwar gerade von denjenigen, die wieder eine Umfrage machen müssten, nämlich den Aktiven in dem Bereich. Wir diskutieren die Pflegereform auf Bundesebene, die gemeinsame generalistische Pflegeausbildung, die Neuordnung der Pflegequalitätsprüfung, die Etablierung einer akademischen Pflegeausbildung. Es sind ganz viele Punkte, wofür die Ressourcen derjenigen, die den Diskurs führen müssen, derzeit gebraucht werden.

Deswegen mein Appell an die CDU-Fraktion: Erklären Sie sich bereit, Ihren Antrag auch in den Ausschuss zu überweisen, damit wir diesen Diskurs im Interesse der Pflegekräfte in Nordrhein-Westfalen und damit im Interesse der Qualität der Pflege gemeinsam führen können? Ich wünsche mir, dass wir in diesen Diskurs wirklich alle Beteiligten einbeziehen. Von daher würde ich mir eine Verfahrensänderung wünschen. Denn eine Abstimmung, die zeigt, dass ein Teil des Parlaments gegen eine solche Stärkung der Pflege ist, ist – glaube ich – das falsche Signal nach draußen. Denn wir haben in allen Redebeiträgen gehört, dass alle Fraktionen in die-

sem Landtag die Pflege stärken wollen. Und deswegen sollten wir diesen Weg auch gemeinsam gehen. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/8453. Die antragstellende CDU-Fraktion hat direkte Abstimmung über ihren Antrag beantragt.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen? –

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wenige!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann darf ich feststellen, dass der **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/8453** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP **abgelehnt** ist.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8550. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der Entschließungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen ist.

Ich schließe die Beratung zu Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe auf:

6 Korrekturen bei der Umsetzung des Mindestlohns umgehend auf den Weg bringen: Bürokratie abbauen – flexible Arbeitszeitmodelle erhalten – Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen sichern

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8457

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Alda als erstem Redner das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Ulrich Alda (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Raum! Eines vorweg – das will ich noch mal extra betonen, auch aufgrund von Nachfragen der CDU –: Es geht hier nicht um den Mindestlohn. Da-

zu hat Kollege Römer ja schon etliche Klimmzüge unternommen, um das nach 100 Tagen mit Wahnsinnserfolg bei der Presse unterzubringen. Das war ja leider nichts. Selbst die der SPD in Treue fest zugeneigten Zeitungen haben ja gesagt: Lieber vorsichtig! Warten wir mal ab! Bei so einem komplexen Wirtschaftsthema sind noch andere Entwicklungen zu erwarten.

Ich bin gerade noch von einer freundlichen Kollegin von den Grünen angesprochen und gefragt worden, ob ich denn <u>das</u> Bürokratiemonster jetzt gefunden hätte.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Die sind alle freundlich bei uns! Wer soll das sein?)

Liebe Martina, ich muss dir sagen: Es gibt nicht <u>das</u> Monster. Das würden wir schon erlegen. Nein, es gibt 1.000 kleine Monster. Hinter jedem Busch lauert eines.

(Beifall von der FDP)

Man sieht täglich neue. Sie vermehren sich rasant. Das ist der Kampf, den wir hier führen. Wie gesagt, eines hätten wir schon geschafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung. Das ist ein Wort von sehr hohem Wert, aber leider nur beim Scrabble. Ansonsten ist es völlig wertlos, da es Unternehmen, besonders kleine und mittlere, in eine kostenintensive Bürokratie treibt, die dann noch bewaffnet kontrolliert werden soll.

Dies unterstreicht wieder einmal das Bild, das insbesondere Sie von der SPD von der Unternehmerschaft in diesem Land haben. Ich muss leider sagen: Auch im Ausschuss habe ich von den Grünen da schon die eine oder andere abwertende Bemerkung gehört. Die muss ich da leider miteinbeziehen. Allerdings passt das ja so in Ihrem Sinne.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, haben Sie eigentlich mal darüber nachgedacht, dass auch die Mitarbeiter mit der Bürokratie belastet werden?

Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen. Selbst in tarifgebundenen Unternehmen müssen diese Zettel ausgefüllt werden – ich mache das ja regelmäßig mit –, bis zu Monatslöhnen von 2.952 €. Das ist völlig unverständlich für die Leute. Ich als Chef erlebe das in der Praxis an jedem Arbeitstag, den der Herrgott geschaffen hat. Und ich werde von den Mitarbeitern gefragt: Was soll der Quatsch? – Das habe ich jetzt sehr milde ausgedrückt, damit die Präsidentin mir keinen Verweis erteilt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Alda, der Kollege Ganzke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ulrich Alda (FDP): Bitte sehr.

Gordan Dudas (SPD): Der Kollege Ganzke ist der Kollege Dudas. Aber die Frage möchte er trotzdem stellen, wenn er das darf.

(Ulrich Alda [FDP]: Ja!)

Herr Kollege Alda, ich habe hier ein Handy. Auf diesem Handy ist eine App installiert. Diese App heißt "Zeiterfassungs-App". Die funktioniert ganz einfach. Morgens, wenn ich irgendwo hinkomme, logge ich mich ein; die Uhrzeit wird erfasst. Abends, wenn ich nach Hause gehe, logge ich mich über diese App aus. Am Ende des Monats schicke ich das Ergebnis per Mail an mich selber oder an meinen Arbeitgeber. Dann wird das ausgedruckt, und die Dokumentation ist fertig. Können Sie mir mal bitte erläutern, was daran so schwierig sein soll, wo da die Bürokratie liegen soll, dass man das nicht hinkriegt? Das ist mir wirklich schleierhaft.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dudas. Entschuldigung, dass ich nicht sofort gesehen habe, dass nicht Kollege Ganzke an dem Platz sitzt. Darf ich Sie umgekehrt darauf hinweisen, dass das eher in Richtung Kurzintervention ging denn in Richtung Zwischenfrage. – Aber Herr Alda entscheidet, wie er damit umgehen möchte.

(Zuruf von der FDP)

Ulrich Alda (FDP): Danke für die Anregung. – Gehen Sie mal davon aus, dass sowohl ich als auch meine Mitarbeiter so eine App bedienen können. Trotzdem: Wir müssen sie bedienen. Und da haben meine Leute einfach keinen Bock drauf. Ich weiß nicht, ob Sie die Sprache verstehen.

(Beifall von der FDP – Lachen von der SPD)

Damit aber nicht genug! Die Unternehmen sind dabei nicht nur für sich alleine verantwortlich. Nein, sie haften sogar für die richtige Arbeitszeiterfassung bei ihren Subunternehmern, bei Werkverträgen und damit auch für die Zulieferer sowie die Zulieferer der Zulieferer.

Das Regelwerk legt Unternehmen so viele Knüppel in den Weg, dass sie kaum noch frei agieren können. Sie bleiben im Gestrüpp der Bürokratie hängen. Die Betriebe kommen kaum noch zum Kerngeschäft, weil sie mit den Formularen und Dokumentationen unnötig Zeit verschwenden. Die Sorgen gerade der kleinen Unternehmen wachsen täglich.

Doch das Mindestlohngesetz ist nicht nur Bürokratiewahnsinn. Es kostet auch Geld. Es belastet Wirtschaft und Verwaltung nach Einschätzung des von der Bundesregierung selbst eingesetzten Normenkontrollrates mit 9,6 Milliarden € im Jahr. Das ist das teuerste Gesetz seit Einsetzung des Normenkontrollrates im Jahr 2006.

Dazu kommen 80 Millionen € zusätzliche Lohnkosten für die Kontrolle des Mindestlohns. Der Zoll wird zum obersten Wachhund. 1.600 neue Zöllner sollen eingestellt werden und die absurden Regelungen des Mindestlohngesetzes überwachen.

Ich habe ja vorhin schon erwähnt, dass die auch noch bewaffnet sein sollen. Stellen Sie sich mal eine Kommunionfeier, eine Konfirmationsfeier oder eine Hochzeitsfeier irgendwo in einem Restaurant vor. Plötzlich kommen die da rein. Sie haben das Jagdgesetz geändert. Aber da wollen Sie jetzt die Truppen reinjagen. Dann wird das Personal eingesperrt und von Bewaffneten befragt. Jetzt fragen Sie mal den Normalbürger: Wenn der vor einem Bewaffneten steht, der eine Frage stellt, wird der alles gestehen, nur damit er den Bewaffneten wieder los ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist doch alles Blödsinn.

Dazu drohen hohe Strafen von bis zu 500.000 € für Unternehmer und – man spitze die Ohren – auch für Privathaushalte, sollten die unklaren und umstrittenen Regelungen nicht konkret eingehalten werden.

Es werden flexible Arbeitszeitmodelle gefährdet, die in vielen Branchen – ich rede von den Schaustellern, sehr fleißigen Leuten, und von den Gastronomen – für die Existenz notwendig sind.

Mein Appell an Sie ist – richten Sie den vielleicht auch mal an Frau "Infernahles" in Berlin –: Schaffen Sie das Wort mit dem hohen Scrabble-Wert, aber sonstiger Wertlosigkeit ab!

(Beifall von der FDP)

Oder senken Sie zumindest die Grenze auf 1.900 €! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Ich mag Sie ja gut leiden, aber die Verballhornung von Namen sollten wir hier doch unterlassen, auch wenn es sich um Namen von Bundesministerinnen handelt.

(Ulrich Alda [FDP]: Frau Präsidentin, ich nehme die Belehrung an!)

- Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Redner ist Herr Kollege Bischoff von der SPD-Fraktion.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Alda, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen.

Erstens. Sie haben keinen Bock darauf, eine ganz leichte Tätigkeit zu machen, um den Mindestlohn zu

kontrollieren. Das war ein wörtliches Zitat. Sie haben keinen Bock darauf. Insofern fand ich Ihre Antwort auf die Zwischenfrage wirklich sehr entlarvend.

Zweitens. Wir sind uns eben kurz im Flur begegnet. Da haben Sie mir auch gesagt, Sie würden nicht über den Mindestlohn reden. Das stimmt nicht. Sie reden über den Mindestlohn; denn Ihr Antrag ist ein Teil einer Kampagne, die schon ein halbes Jahr vor dem 1. Januar 2015 angefangen hat. Dieser Teil der Kampagne verändert sich jetzt, weil der erste Teil dieser Kampagne, die Sie oder die Ihnen Nahestehenden gefahren haben, in sich zusammengebrochen ist.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich sage es mal mit einfachen Worten, Herr Rasche: Wenn Sie vor die Tür gehen, sehen Sie, dass die Taxifahrer Taxi fahren. Wenn Sie hier ins Erdgeschoss gehen, sehen Sie, dass die Friseurinnen frisieren, wenn Sie in die Kantine gehen, dass es heute Spargel gibt ... Die Spargelbauern sollen nach Ihren Prognosen alle zugrunde gegangen sein. Die Branche der Taxifahrer soll zugrunde gegangen sein. Die Kellner kellnern aber noch. Alles ist weitergegangen. Insofern sind Sie mit Ihrer Kampagne gescheitert.

(Beifall von der SPD)

Da die Wahrheit aber nicht sein kann, weil sie nicht sein darf, haben Sie jetzt eine neue Kampagne gestartet. Nun behaupten Sie, es sei alles so kompliziert mit dem Mindestlohn.

Sie sind auch nicht aufseiten der Menschen. Ich werde das gleich an Ihrem Antrag noch mal nachweisen. Sie interpretieren Dinge auch für uns komplett unverständlich. Das will ich Ihnen mal sagen.

(Christof Rasche [FDP]: Vertreten Sie alle Menschen?)

- Gerade hat Herr Alda geredet. Jetzt gucke ich Sie aber auch gerne an, Herr Rasche. Wir kennen uns ja auch schon ein paar Jahre. - Ein Beispiel: Sie sagen, dass 9 % der Beschäftigten ...

Halt! Ich habe noch etwas vergessen. Heute Morgen um 10:03 Uhr erschien die Pressemitteilung "NRW-Arbeitsmarkt im April weiter im Aufwind" – nicht etwa der SPD, sondern der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit. Das haben Sie bestimmt gesehen, Herr Alda. Es passt Ihnen natürlich auch nicht, weil wir jetzt vier Monate Mindestlohn haben. Sie haben ja den Niedergang des Arbeitsmarktes prognostiziert und prophezeit, dass die Beschäftigtenzahlen sinken würden.

Das ist alles nicht eingetroffen. Nichts von dem, was Sie vorhergesagt haben, ist eingetroffen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Abwarten!)

In Ihrem Antrag schreiben Sie, "dass rund neun Prozent der Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen vom Mindestlohn betroffen sind". Das klingt in Ihrem Antrag so, als wäre es fürchterlich. Ich finde das richtig toll. Wenn wir für 9 % der insgesamt 6 Millionen Beschäftigten in NRW jetzt einen Mindestlohn haben, dann ist es uns mit dem gesetzlichen Mindestlohn gelungen, allein in Nordrhein-Westfalen für fast 600.000 Menschen eine Lohnerhöhung gesetzlich durchzusetzen. Dass die jetzt von ihrer Hände Arbeit auch leben können, das ist doch wunderbar, das ist ein Riesenerfolg!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darauf trinken wir morgen, am 1. Mai, ein Glas Bier mehr. So große Erfolge für eine solche Anzahl von Menschen haben auch wir in der kurzen Zeit nicht immer erreicht.

Nach dem, was ich in Ihrem Antrag lese, finden Sie das ganz schrecklich. Das bedauern Sie.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bischoff ... Jetzt gibt es doch keine Zwischenfrage mehr. Dann entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterrochen habe.

Rainer Bischoff (SPD): Gerne. – Ein weiterer Aspekt in Ihrem Antrag ist die Fragestellung, dass die Anzahl der 450-€-Jobs sinkt und "nur ein kleinerer Teil in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt wird". Ein "kleinerer Teil" ist relativ. Wie viel das denn genau sein soll, schreiben Sie auch nicht. Dass die Gesamtzahl sinken muss, ist aber auch ganz klar; denn wenn ich aus vier 450-€-Jobs eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mache, dann sind statistisch drei Jobs weniger da. Der Job, den wir dann haben, ist aber der Job, den wir haben wollen; denn das ist der qualitative Job.

(Beifall von der SPD)

Was Sie hier machen, können Sie vielleicht mit kleinen Kindern machen, aber nicht mit uns. Wenn Sie denen drei 10-€-Scheine hinlegen, glauben sie, die wären mehr wert als ein 50-€-Schein. Genau das wollen Sie uns hier erzählen. Sie behaupten, es sei ein Gewinn, wenn wir drei 10-€-Scheine kriegen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen den großen Schein, nämlich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Dann gibt es noch die qualitativen Dinge. Sie haben in Ihrer Rede eben sogar noch mal das Schaustellergewerbe erwähnt, Herr Alda. Für das Schaustellergewerbe ist diese Frage längst geklärt.

Im Sportbereich hatten wir auch Diskussionen. Herr Rasche, Sie waren früher ja im Sportausschuss und kennen die Frage des Ehrenamts im Sport und der Halbprofis im Sport. Ein Gespräch mit Frau Nahles, und das Thema war geklärt! Ihre Kollegen der CDU haben diesen Punkt im Sportausschuss auf die Tagesordnung gebracht und wollten einen Popanz aufbauen. Zu Beginn der Sitzung haben sie ihren Antrag zurückgezogen. Das würde ich Ihnen übrigens auch empfehlen.

Letzter Aspekt: Herr Alda, auch wenn ich jetzt ein wenig mit Ihnen schimpfe, empfehle ich Ihnen: Wir haben morgen den 1. Mai. Kommen Sie einfach mal mit – lassen Sie Ihren Antrag aber zu Hause –, und reden Sie mal mit den Menschen, die da sein werden

(Ulrich Alda [FDP]: Das mache ich jeden Tag!)

Zu uns nach Duisburg kommt übrigens auch Frau Nahles, die Sie eben noch ein bisschen verunglimpft haben. Da können Sie auch noch mal zuhören. Wahrscheinlich würden Sie am 2. Mai Ihren Antrag zurückziehen, wenn Sie mit den Menschen mal gesprochen hätten. Das empfehle ich Ihnen sehr.

Natürlich werden wir der Überweisung zustimmen. In der Sache werden wir uns aber ganz sicher nicht einig werden, Herr Alda. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Preuß.

(Gordan Dudas [SPD]: Dann trinken Sie ein Bier, Herr Alda, wenn Sie wollen! – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Peter Preuß*) (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht sollte jetzt mal ein bisschen Ruhe in die Debatte einkehren. Der Mindestlohn ist doch beschlossene Sache. Seit dem 1. Januar 2015 gilt per Gesetz ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde. Es gibt gewisse Ausnahmeregelungen, sicherlich mit guten Gründen. Das Gesetz muss aber selbstverständlich eingehalten werden.

Dieses Gesetz steht übrigens am Ende eines wirklich langen Diskussionsprozesses.

(Minister Guntram Schneider: Zwölf Jahre!)

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin kommt zum Ausdruck, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar zum Mindestlohn bekennt. Im Übrigen hat die CDU ihn bereits 2011 auf ihrem Parteitag in Leipzig beschlossen.

(Beifall von der CDU)

Selbstverständlich muss der Mindestlohn robust sein. Jetzt entzündet sich eine Debatte, möglicherweise eine Scheindebatte, über Aufzeichnungspflichten. Dazu kann man nur Folgendes sagen: Erstens. Wir wollen nicht zulassen, dass unter Verweis auf eine angeblich überbordende Bürokratie und Aufzeichnungspflichten oder Dokumentationspflichten der Mindestlohn ausgehebelt wird.

Zweitens. Wir sind für ein sinnvolles Nachjustieren, wenn sich herausstellt, dass das notwendig sein sollte. Da sind wir völlig offen. Aber ist es denn nicht noch viel zu früh, um über solche Änderungen zu reden? Muss man das Gesetz nicht erst mal wirken lassen, um festzustellen, welche Wirkung es überhaupt hat?

Drittens. Wir akzeptieren allerdings auch nicht – das sage ich rückblickend auf die Diskussionen, die wir im Ausschuss hatten –, dass das Arbeitsministerium hier in Nordrhein-Westfalen schon direkt nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Vorlage über flankierende Maßnahmen zur Durchsetzung des Mindestlohns vorlegt, also über zusätzliche Maßnahmen, die über das Gesetz und die Durchführungsverordnung hinausgehen. Das können wir nicht akzeptieren; denn das Ministerium bzw. Minister Schneider geht offenbar davon aus, dass es sich bei den vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen um nicht rechtstreue Unternehmen handelt.

Für überzogene und über das Gesetz hinausgehende Mechanismen sehen wir keinen Anlass. Wir lehnen es ab, gegenüber den Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen eine Art Misstrauenskultur zu pflegen oder aufzubauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sinn und Zweck des Mindestlohngesetzes – insbesondere im Hinblick auf Minijobs – ist es doch gerade, Umgehungsstrategien zu verhindern und den Wettbewerb nicht zulasten von Unternehmen, die ihre Beschäftigten korrekt bezahlen, zu verzerren. Die Einhaltung des Mindestlohns kann nur mithilfe einer ordentlichen Dokumentation kontrolliert werden, was gut organisierte Unternehmen bereits heute leisten, schon alleine, um die Einhaltung der Sozialversicherungsgrenze zu beachten und einzuhalten.

Meine Damen und Herren, die Erfassung und Festlegung der Arbeitszeit ist durchaus die Voraussetzung für eine gerechte Entlohnung und am Ende eine Kontrolle der Einhaltung der Mindestlohnvorschriften. Da reicht es nicht – wenn ich mir diese Bemerkung abschließend noch erlauben darf –, dass man Arbeitsverträge vorlegt, aus denen bestimmte Arbeitszeiten ersichtlich sind. Es ist ein alter Rechtsgrundsatz, dass es nicht darauf ankommt, was irgendwo geschrieben steht, sondern darauf, wie man es tatsächlich handhabt. Deshalb ist die Erfassung von Arbeitszeiten durchaus das richtige Instrument.

Die CDU stimmt der Überweisung des Antrags in den Ausschuss selbstverständlich zu. Ich freue mich auf die Diskussion.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mindestlohn ist nun 120 Tage alt. Er bedeutet einen echten Fortschritt für Deutschland im Kampf gegen Lohndumping und Altersarmut.

In Nordrhein-Westfalen profitieren rund 750.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Mindestlohn – 750.000 arbeitende Menschen, die nun besser in der Lage sind, aus eigener Kraft für sich und ihre Familien zu sorgen, ihr Leben unabhängig von Transferleistungen selbst zu finanzieren.

Wermutstropfen für uns Grüne sind jedoch die Ausnahmen: Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 18 Jahren, Saisonarbeiter und Zeitungsausträger erhalten den Mindestlohn nicht – noch nicht.

Die von Kritikern vorhergesagten Arbeitsplatzverluste und massiven Preiserhöhungen sind nicht eingetreten.

Was eingetreten ist – und das ist aus meiner Sicht sehr unredlich –, ist eine Diffamierungskampagne, um den Mindestlohn als Bürokratiemonster darzustellen. Meine Suche nach dem großen Bürokratiemonster, Herr Alda, und nach vielen kleinen Monstern war erfolglos. Monster verbreiten in der Regel Angst und Schrecken, schlagen in Sekunden alles kurz und klein. Lieber Kollege Alda von der FDP, ich kann Ihnen versichern: Deutsche Unternehmen stehen noch. Sie leben. Und sie können auch gut mit dem Mindestlohn leben.

Seit Januar dieses Jahres gibt es sogar mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die Zahl der Minijobs ist um rund 250.000 zurückgegangen. Das ist eine durchaus positive Entwicklung und entzieht der Diffamierungskampagne ihre Grundlage.

Ich möchte mich hier auf ein Kernstück der Kritik konzentrieren, die hier auch schon massiv angesprochen worden ist: die Dokumentationspflicht. Die Dokumentation der Arbeitszeiten ist ein ganz normaler Vorgang innerhalb der Arbeitsorganisation und Personalverwaltung und sollte schon im Eigeninteresse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern selbstverständlich sein. Ich denke, Herr Alda, hier sollte man durchaus "Bock drauf haben".

Der Mindestlohn berechnet sich nach den Arbeitsstunden. Daher muss die Arbeitszeit dokumentiert werden. Die Dokumentationspflicht ist Voraussetzung dafür, dass man kontrollieren kann, ob die 8,50 € wirklich gezahlt werden.

Ist es nicht eher so, dass nun Sorge besteht, dass Verstöße bekannt und besser geahndet werden können?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein Mindestlohn ohne Kontrollen ist nicht viel wert, Lohnbetrug ist weiter möglich. Zudem werden die Arbeitgeber benachteiligt, die faire Löhne zahlen.

Was wir nun brauchen, ist Rechtssicherheit – Rechtssicherheit für die Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Zöllnerinnen und Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Was wir hier nicht brauchen können, ist eine Dämonisierung. Für die Forderungen nach Aufweichung der Aufzeichnungspflichten und Aussetzen der Kontrollen gibt es aus unserer Sicht keine seriöse Grundlage.

Wir Grünen werden diesem Antrag auch im Ausschuss nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Minister Guntram Schneider)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich möchte in meiner Rede noch mal die in dem Antrag angesprochenen Themenkomplexe den Abschnitten nach durchgehen und da ein bisschen aufräumen.

Da ist zunächst die Rede von einem gravierenden Eingriff in das bisher gültige System der Lohnfindung. Ja, das ist richtig. Aber das ist auch gut so. Warum hat es diesen Eingriff gegeben? Warum war es notwendig, ihn durchzuführen? Und warum kommt das erst ziemlich spät? Diesen notwendigen Schritt hat es gegeben, weil viele Menschen mit einem Lohn auskommen müssen, mit dem man nicht auskommen kann.

Im zweiten Absatz wird angesprochen, dass die Arbeitsgrenze für den 450-€-Job bereits ab 53 Stunden erreicht wird. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Da kann ich nur sagen: leider erst bei 53 Stunden. Es müssten viel weniger sein, am besten fangen wir bei unter 40 Stunden an.

Dann wird ausgeführt, dass die Anzahl der Minijobber gesunken ist; darauf wurde gerade schon hingewiesen. Da kann man nur sagen: Das ist richtig so. Weiter so! Das geht in die richtige Richtung. Es müsste viel weniger Minijobber geben. Diese Kultur des Klein-Klein-Arbeitens, wo jemand drei oder vier Jobs hat – so wie bei der Arbeitskultur in Amerika –, kann nicht unser Ziel sein. Die Jobs, die oft nichts miteinander zu tun haben, bei denen keine Hoffnung auf eine Festanstellung besteht – das kann wohl niemand bestreiten, dass das falsch ist, auch nicht die Antragsteller.

Was die Minijobber angeht, kann deshalb schon jetzt festgestellt werden, dass sich die Einführung des Mindestlohns gelohnt hat.

(Beifall von den PIRATEN)

Dann sprechen Sie von den Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten, die angeblich so schwierig und quasi nicht beherrschbar seien. An dieser Stelle sollten Sie sich noch mal Ihre eigene Aufzählung der entsprechenden Branchen anschauen und dann die Frage stellen, warum es gerade diese Branchen trifft. Sie werden zu der Erkenntnis gelangen, dass es gerade in diesen Branchen immer mehr zu den Problemen mit den Arbeitnehmerrechten gekommen ist. Da haben die Arbeitgeber zum Teil einen Ruf wie die apokalyptischen Reiter.

(Heiterkeit von Marc Olejak [PIRATEN])

Das sind meistens Tätigkeiten, die man einfacher durch Schwarzarbeit erledigt bekommt oder die einen niedrigeren Organisationsgrad haben wie in der Metallindustrie.

Dies hat man erst nach der Einführung des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes im Jahre 2004 erkannt. Dann hat man 2009 einen neuen § 2a eingeführt, sodass nunmehr bei Tätigkeiten, die auf die Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen in solchen Wirtschaftsbranchen gerichtet sind, in denen ein erhöhtes Risiko für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung besteht, Aufzeichnungsund Dokumentationspflichten bestehen.

Wer sich in diesem Zusammenhang ein wenig schlauer machen möchte, dem empfehle ich den Begründungstext des Bundestages für das Zweite Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch Bundestagsdrucksache 16/10488.

Im letzten Abschnitt sprechen Sie über die Notwendigkeit einer Flexibilisierung unserer arbeitsteiligen Wirtschaft. Deshalb bedürfe es Werkverträge und Zeitarbeit. Das ist erst mal richtig.

Aber diese Instrumente sind geschaffen worden, damit Arbeitsspitzen abgedeckt werden können, damit man auch dann weiterarbeiten kann, wenn es zu viele Aufträge gibt, und so schlechte Zeiten überbrücken kann, genau wie es auf der anderen Seite Kurzarbeit geben muss – aus Sicht der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht.

Die Instrumentarien Werkverträge und Zeitarbeit dürfen jedoch nicht dauerhaft angelegt sein. Noch schlimmer ist es, wenn ordentliche Jobs angeblich wegen des Abbaus von Arbeitsspitzen abgebaut und in der nächsten Sekunde neue Jobs durch Werkverträge oder durch Zeitverträge geschaffen werden.

Wir reden hier im Übrigen nicht nur über Arbeitsverhältnisse um die 8,50 €, sondern auch über hochqualifizierte Kräfte, die wesentlich weniger verdienen sollen, so zum Beispiel bei Audi geschehen. Das ist letztlich Nötigung: Entweder du unterschreibst, oder jemand anderer macht deinen Job. – Was will derjenige machen? Er weiß: Unterschreibt er nicht, gibt es genug andere, die für diese Arbeitsbedingungen arbeiten würden, weil sie sich einen Aufstieg erhoffen, den es dann nicht gibt. – Aber das wissen diese Leute nicht – besser gesagt: noch nicht; denn sie werden herausfinden, dass ihr Arbeitsvertrag gar nicht so vorübergehend ist, wie es die Firma einem schönmalen möchte.

Es soll Menschen geben, denen das egal ist – aus welchen Gründen auch immer. Aber auch diese Menschen müssen geschützt werden – zum Teil vor sich selbst, weil ansonsten die Gesellschaft im Ganzen so aussieht: fragmentiert. Das wollen wir Piraten nicht.

Natürlich werden wir der Überweisung trotzdem, wie es guter Brauch hier im Hause ist, zustimmen. Ich glaube, bei der wahrscheinlichen Anhörung und ihrer Auswertung im AGS werden wir dann meine Bedenken bestätigt bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Alda, Sie führen hier die letzten Nachhutgefechte, weil Ihnen von Anfang an die Richtung nicht gepasst hat. Wir haben in diesem Land zwölf Jahre lang über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn diskutiert. Die FDP war immer dagegen. In diesem Punkt ist sie sich treu geblieben.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Jetzt ist das Gesetz da; es ist seit dem 1. Januar 2015 in Kraft. Gerade heute hat das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, nochmals festgestellt, dass bisher negative Auswirkungen des Mindestlohnes nicht erkennbar sind. Selbst in den Branchen und Bereichen, in denen man mit einem Anziehen der Verbraucherpreise gerechnet hat, zum Beispiel im Taxigewerbe, im Einzelhandel oder in der Gastronomie, gibt es ein Plus an Stellen, und dies – Frau Maaßen hat darauf hingewiesen –, obwohl viele Minijobs zu festen, regulären Arbeitsverhältnissen zusammengefasst worden sind.

Unabhängig davon, dass wir in Nordrhein-Westfalen 750.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Geld beschert haben, ist der Mindestlohn also offensichtlich auch arbeitsmarktpolitisch sehr erfolgreich

Natürlich muss ein Mindestlohn, der sich auf den Stundenlohn bezieht, auch kontrolliert werden. Dies geht nur durch die Aufzeichnung der geleisteten Arbeitsstunden. Ich sage Ihnen: Ein Unternehmen, in dem die Arbeitsstunden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht aufgeführt werden, ist ein schlecht geführtes Unternehmen.

(Beifall von der SPD, Martina Maaßen [GRÜNE] und Simone Brand [PIRATEN])

Wo kommen wir denn da hin?

Es gibt die eben aufgezeigte digitale Form des Stundennachweises. Man kann das auch konservativ mit einem Stück Papier und einem Kugelschreiber machen. Auch das ist möglich. Wie man vor diesem Hintergrund in irgendeiner Weise von einer überbordenden Bürokratie sprechen kann, bleibt mir schleierhaft.

Sie wollen etwas anderes. Sie wollen – das entspricht ja auch Ihrem Freiheitsbegriff – frei sein von Aufzeichnungen. Das ist Ihr Ziel. Das ist das Gegenteil von Sozialstaatlichkeit. Und das wollen wir nicht. Deshalb werden wir die Aufzeichnungen sachgerecht beibehalten.

Wir sind hier ja gegenüber bestimmten Branchen nicht blind. Ich war der erste Arbeitsminister, der sich dafür eingesetzt hat, dass das Schaustellergewerbe durch eine einfache Rechtsverordnung des Landes mehr Luft zum Atmen bekommt. Andere Länder können das auch, sie haben es bis jetzt nur nicht getan. Wenn sich herausstellen sollte, dass auch andere Branchen mehr Luft zum Atmen haben müssen, dann werden wir natürlich sehr genau überlegen, was hier zu tun ist.

Wir gehen davon aus – noch einmal –, dass der überwiegende Teil der Unternehmen gesetzestreu ist. Selbstverständlich ist das so. Aber es gibt eben auch andere. Und die müssen kontrolliert werden. Wir streben eine Zusammenarbeit zwischen unserem Arbeitsschutz – der kontrolliert die Arbeitszeiten – und den entsprechenden Stellen des Zolls an. Ich denke, dass diese Zusammenarbeit positive Wirkungen zeigen wird.

Es wird auch immer behauptet, die Verbraucherpreise würden durch den Mindestlohn ansteigen. Im Moment – vielleicht ist dies auch jahreszeitlich bedingt – steht der Spargelpreis im Mittelpunkt. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das Kilo Spargel 40 Cent teurer wird und dies mit dem Mindestlohn zusammenhängt, dann wird er eben teurer. Dafür werden die Verbraucher großes Verständnis entwickeln, weil es vielen Menschen über diesen Weg besser geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Argumentation gegen den Mindestlohn und gegen die Kontrollen, die damit verbunden sind, ist hohl. Diese Argumente werden auch nicht eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen. Da bin ich mir ganz sicher.

Zum Abschluss noch eine Schmunzette: Der Erfolg hat ja immer viele Väter und Mütter. Die CDU hat am letzten Wochenende in Wesel eine Tagung durchgeführt, wo sich Staatssekretär Brauksiepe, der derzeit im Verteidigungsministerium tätig ist, auch zum Mindestlohn geäußert hat. Ich darf aus der "Rheinischen Post" zitieren:

(Minister Johannes Remmel: Hört, hört!)

Als ein großes Ereignis im ersten Jahr der Großen Koalition bezeichnete Brauksiepe die Einführung des Mindestlohns. Für anständige Arbeit wird anständig bezahlt. Das haben wir erreicht. Außerdem erwähnte er die Mütterrente und die Möglichkeit, mit 63 abschlagsfrei in Rente zu gehen.

(Minister Johannes Remmel: Das wird immer besser!)

Dass all dies mit den Sozialdemokraten erreicht werden konnte, wundert Brauksiepe nicht. Wenn die SPD ordentlich an die Hand genommen wird, kann man mit ihr gut regieren.

(Lachen bei Ministerin Svenja Schulze – Allgemeine Heiterkeit)

Ich kann dazu nur sagen, meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Stück Sozialgeschichte, kurze Zeit nach Inkrafttreten des Mindestlohnes. Der Mann ist ja im Verteidigungsministerium tätig. Deshalb kann ich nur sagen: Zu kurz gesprungen, zurück in die Waffenkammer, Flintenläufe begradigen. Das wäre die richtige Aufgabe für diesen Mann. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. Ihre vorgetragene "Schmunzette", wie Sie das genannt haben, hat dazu geführt, dass Sie die Redezeit um eine Minute und 57 Sekunden überzogen haben. Wenn die Fraktionen darauf noch einmal reagieren möchten, steht ihnen diese Zeit dafür zur Verfügung. – Herr Kollege Alda möchte das gerne. Bitte schön.

Ulrich Alda (FDP): Danke. – Frau Präsidentin, behalten Sie das im Auge, aber so lange werde ich gar nicht benötigen.

Dass wir bei diesem Thema auseinander liegen, das war von vornherein klar, auch wenn jetzt alles mit Gedanken vermischt wird, die gar nicht darin standen.

Herr Minister, mit Ihren Verordnungen sind wir aber schon auf dem richtigen Weg. Das ist okay, wenn Sie sagen, da brauchen wir etwas für diese Branche, weil es dort Probleme gibt. Lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden, wie man so etwas entflechten kann.

Nur zur Korrektur: Ich habe nicht gesagt, ich habe keinen Bock darauf, sondern meine Mitarbeiter.

Ansonsten ist es aber das Gleiche wie mit dem Blitzmarathon. Weil wir 5 % Raser in der Bevölkerung haben, werden alle drangsaliert.

Es gibt Firmen, die schwarze Schafe sind. Die soll es auch im Kloster geben. Aber deswegen drangsalieren Sie alle. Gehen wir lieber den Weg, den Sie vorgeschlagen haben. Ich freue mich darauf, wenn wir es so hinkriegen, Herr Minister. – Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Gibt es weitere Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 16/8457 an den Ausschuss für Arbeit, Gesund und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Die abschließende Abstimmung und Beratung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Abschlussbericht der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren (Enquetekommission II)

Abschlussbericht der Enquetekommission II gemäß § 61 Absatz 3 der Geschäftsordnung Drucksache 16/8500

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2012 Drucksache 16/1630 – Neudruck

Ich erteile zunächst dem Vorsitzenden Markert zu einem zusätzlichen mündlichen Bericht das Wort. Ich will noch darauf hinweisen, dass Herr Markert und sein Stellvertreter, Herr Dr. Hachen, sich darauf verständigt haben, sich die Redezeit zu teilen. Beide werden reden. – Bitte schön, Herr Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal vergeht eine Zeit relativ schnell. Zwei Jahre sind vergeht eine Zeit relativ schnell.

hältnismäßig schnell um. So werden wir Ihnen nach diesen zwei Jahren heute die Ergebnisse der Enquetekommission "Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren" sehr gerne vorstellen.

Eine Enquetekommission beschäftigt sich regelmäßig mit komplexen, gesellschaftspolitisch relevanten Fragen und macht wissenschaftlich-sachverständig begleitet Handlungsvorschläge. Mit unterschiedlichen Denkansätzen und von unterschiedlichen Denkschulen kommend haben wir uns dem komplexen naturwissenschaftlich-technischen Thema genähert, gemeinsam daran gearbeitet, leidenschaftlich gerungen. Wir haben am Anfang auch vereinbart, weil das ein komplexes Thema ist, uns im Wesentlichen auf drei Fragestellungen zu konzentrieren.

Wir wollten über die Rohstoffbasen am Beispiel von Rohstoffen und Werkstoffen sprechen. Wir wollten die gerade auch zukünftig wichtiger werdende Rolle der Elektrochemie beleuchten. Und wir wollten uns auch moderne chemisch-technische Verfahren näher vornehmen. Es war also eine Zuspitzung des Aufgabenfeldes angesichts der begrenzten Zeit und der Komplexität des Themas.

Wir waren insofern auch eine Enquetekommission, die sich mit der Zukunft der chemischen Industrie beschäftigt hat, und keine, die sich mit der Verkehrsinfrastruktur beschäftigt hat. Fragen des Brückenzustands oder von Pipelines haben wir daher von vornherein ausgeklammert.

Wir waren auch keine Energieenquete. Gleichwohl haben wir uns in der Diskussion mit bestimmten Fragen, die wir im Zusammenhang mit den globalen Energiepreisentwicklungen beleuchtet haben, beschäftigt, aber beispielsweise auch festgehalten, dass Fracking wegen der damit verbundenen, nicht ausgeräumten hohen ökologischen Risiken für uns in Nordrhein-Westfalen derzeit und auch zukünftig wohl politisch nicht verantwortbar ist. Das hat ja auch unter anderem unsere Ministerpräsidentin mehrfach festgestellt.

Weil wir uns mit heimischen Rohstoffbasen beschäftigt haben, haben wir uns dazu bekannt, dass es hier im Parlament im letzten Jahr ein Bekenntnis zu einer Leitentscheidung mit Blick auf den Einsatz des heimischen Rohstoffs Braunkohle gegeben hat. Das mitzuteilen, ist mir wichtig, damit man die Handlungsempfehlungen entsprechend einordnen kann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen nachhaltigen Weg zum Erhalt, zur Weiterentwicklung und zum Umbau unserer Industriegesellschaft. Dieser kann aber nur im Konsens aller relevanten Akteure gelingen. Daher wurde unsere Enquetekommission damit beauftragt, Handlungsoptionen zu erarbeiten, um den Chemie-

standort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen. Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Verbänden, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften einigten sich auf einen solchen Konsens und bekannten sich dabei zu den Zielen der Ressourceneffizienz der Energie, des Ressourcenwandels und der Kreislaufwirtschaft.

Damit ist es unserer Enquetekommission gelungen, und zwar im Konsens aller fünf Fraktionen, eine belastbare Brücke in eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft für eine unserer Schlüsselindustrien und damit für Nordrhein-Westfalen insgesamt zu bauen.

Die Weichen auf diesem nachhaltigen Weg zum Umbau werden dabei heute schon so gestellt, dass vermehrt erneuerbare Energien in chemische Synthesen eingespeist und die Rohstoffbasis diversifiziert, also auf breitere Füße gestellt werden kann. Dass es unserer Kommission dabei gelungen ist, sehr konkret und greifbar insgesamt 58 Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, ist auch ein Zeichen ihrer erfolgreichen Zusammenarbeit.

Jetzt kann und will der Vorsitzende der Kommission nicht zu allen 58 Handlungsempfehlungen im Einzelnen Stellung nehmen; dazu werden auch die Obleute der Fraktionen gleich noch Gelegenheit haben und ihre Highlights sicherlich noch vorstellen. Wir haben uns darüber verständigt, dass die Reihenfolge der Präsentation der 58 Handlungsempfehlungen nichts mit einer Gewichtung zu tun hat, sondern sie alle gleichermaßen von Bedeutung und wichtig für unseren Standort sind.

Meine Damen und Herren, für das Gelingen des nachhaltigen Umbaus ist nicht nur der Gleichklang aus Sozialem, aus Ökonomischem und Ökologischem zwingend, sondern gleichermaßen kommt es auf die Effizienz, auf die Konsistenz und auf die Suffizienz dieses Vorgehens, dieses Umbauens an.

Mit der Effizienz setzen wir auf eine ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, also auf eine höhere Ressourcen- und Energieproduktivität.

Dazu braucht es etwa unsere Unterstützung bei der Entwicklung volatiler Fahrweisen von Chlor-Alkalie-Elektrolysen, die - je nach Stromangebot mit und ohne Sauerstoffverzehrkathode - Wasserstoff erzeugen können. Das sind natürlich schwierige Begriffe. Um es anschaulich zu machen: Nordrhein-Westfalen ist da schon auf einem guten Weg. Die Sauerstoffverzehrkathode, die in Leverkusen in den letzten 15 Jahren entwickelt wurde, hat das Potenzial, ein Drittel des Stroms, die wir bei der Chlorchemie einsetzen, einzusparen. Und wenn man weiß, dass allein für die Chlorchemie 3 % des deutschen Stromverbrauchs verwendet werden, reden wir hier über 1 % Einsparung im gesamten Stromverbrauch der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine Menge. Das ist mehr als der Stromverbrauch beispielsweise der Großstadt Köln. Deswegen ist es

gut, auf diesem Weg weiterzugehen, effizient die Chemie weiter nach vorne zu entwickeln.

Ebenso empfehlen wir die Verstärkung der wissenschaftlichen Ressourcen zur Erforschung chemischer Energiespeicher und zur Weiterentwicklung der Power-to-Gas-Technologien im Hinblick auf notwendige Effizienzsteigerungen und eine verbesserte Wirtschaftlichkeit.

Meine Damen und Herren, mit der Konsistenz fördern wir naturverträgliche Technologien, die die Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören, Stichwort Kreislaufwirtschaft. Unsere Kommission empfiehlt daher eine Verbesserung der Verfügbarkeit kommunaler Abfallströme als Rohstoffbasis für die chemische Industrie im Sinne einer Kaskadennutzung. Ebenso gilt dies für die von uns empfohlene Förderung von Pilotanlagen für das Verfahren der hydrothermalen Karbonisierung, also des Aufkochens unter Druckverhältnissen von Bioabfällen zu einer Hydrokohle. Im Schnellkochtopf wird sozusagen der Bioabfall schneller zu einem Produkt entwickelt, wofür die Natur Hunderttausende von Jahren braucht.

Und diese stoffliche Umwandlung von organischen Reststoffen wird dann für neue Plattformchemikalien genutzt. Das ist also ein Rohstoff der Zukunft. Dadurch, dass wir seit diesem Jahr die Bioabfälle getrennt erfassen, wird einem sicherlich noch einmal das Potenzial, das darin steckt, diese Abfälle zu nutzen, um daraus wieder Chemikalien zu erzeugen, klar. Das ist gelebte Kreislaufwirtschaft.

Schließlich zielen wir mit der Suffizienz, der Vermeidung, auf einen geringeren Verbrauch von Ressourcen ab. So empfehlen wir die Förderung von Forschung und Entwicklung verbesserter petrochemischer und biobasierter Werkstoffkonzepte. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf das Produktdesign zu legen, das die Nutzungsphase zum Beispiel für Light-Weight-Anwendungen oder andere Beiträge zur besseren Ressourcennutzung im Blick hat.

Zuletzt – erlauben Sie mir das bitte auch noch anzumerken – geht es um die Schaffung eines Lehrstuhls für biomimetische Chemie. Mit Biomimetik, der Nachahmung natürlicher Prozesse, kann eine Annäherung an die Normaltemperatur, Niederdruck oder sonnengetriebene Prozesse der Natur untersucht und können so auch Umwelteinwirkungen der chemischen Industrie von vornherein vermieden werden. Das ist sicherlich der letzte Schritt der Zukunftsmusik. Da sind wir vielleicht in 30 Jahren. Aber wir haben auch einen Innovationszeitraum von 15, 20, 30 Jahren untersucht. Das ist ja die Aufgabe einer solchen Enquetekommission.

Meine Damen und Herren, das große Portfolio, das wir hier gemeinsam entwickelt haben, die 58 Handlungsempfehlungen, ist natürlich nur möglich gewesen, weil sehr viele Menschen daran weit über das übliche Maß an Arbeit und Leidenschaft hinaus mit-

gearbeitet haben. Deswegen möchte ich als Vorsitzender dieser Enquetekommission ausdrücklich auch denen danken, die zum Gelingen dieser Enquetekommission beigetragen haben.

30.04.2015

Plenarprotokoll 16/84

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt den Referentinnen und Referenten der Fraktionen: Daniel Marker, Evelyn Hepp, Dr. Sebastian Ritter, Dr. Hugo Obermann und Dr. Andrea Holtkamp sowie Svenja Sudeikat.

(Allgemeiner Beifall)

Unser Dank gilt unseren Sachverständigen: Thomas de Win, Prof. Dr. Michael Dröscher, Dr. Walter Leidinger, Hans-Jürgen Mittelstaedt und Prof. Dr. Volker Hessel.

(Allgemeiner Beifall)

Stellvertretend für die politischen Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission – also die Fraktionen, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen – möchte ich den Obleuten in der Kommission danken. Herzlichen Dank an Guido van den Berg, Matthias Kerkhoff, Dr. Birgit Beisheim, Dietmar Brockes sowie Kai Schmalenbach und Hanns-Jörg Rohwedder.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Arbeit als Vorsitzende dieser Kommission wurde begleitet und leidenschaftlich unterstützt vom Kommissionssekretariat. Deswegen auch ein herzlicher Dank im Namen der Kommission an das Kommissionssekretariat unter der Regie von Johanna Högner. Dank an Sascha Symalla, Markus Preuß, Mirjam Hufschmidt und Gisela Lange.

(Allgemeiner Beifall)

Erlauben Sie mir bitte, dass ich der geschätzten Kollegin Gisela Lange auf diesem Weg – sie beendet jetzt ihre berufliche Laufbahn und geht in den wohlverdienten Unruhestand – alles Gute für ihre weitere Zukunft wünsche.

(Allgemeiner Beifall)

Last, but not least gilt mein besonderer Dank meinem lieben Stellvertreter Gerd Hachen, auf den ich mich, lieber Gerd, die ganze Zeit immer verlassen konnte. Das war ein großes freundschaftliches Verhältnis, das sich dort entwickelt hat, geprägt von großer Loyalität. Deswegen wirst du gleich auch hier vorne den zweiten Teil unserer gemeinsamen Rede vortragen, um auch die große Gemeinsamkeit in der Kommission hier zum Ausdruck zu bringen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie dem Vorsitzenden abschließend ein Fazit in die Zukunft zu richten. Eine Chemie aus Sonne, Wasser, Abfall und Luft ist kein Luftschloss mehr. Überlegungen zur Implementierung erneuerbarer Energien in chemische Synthesen, zur Nutzung von CO₂ als

Kohlenstoffquelle und zur lichtgetriebenen Wasserspaltung werden in industrieller und öffentlich finanzierter Forschung stark vorangetrieben und weisen den Weg in eine andere, eine moderne Chemie, eine nachhaltige Chemie der Zukunft.

Schließen möchte ich in diesem Zusammenhang mit einem chinesischen Sprichwort, das lautet: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. – Lassen Sie uns Windmühlen bauen! – Herzlichen Dank, hat Spaß gemacht.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Wie Herr Kollege Markert schon gesagt hat, kommt nun Herr Dr. Hachen, sein Stellvertreter. Herr Dr. Hachen, Herr Markert hat Ihnen sechs Minuten übrig gelassen. Wenn Sie damit nicht auskommen, werde ich ein bisschen großzügig sein.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst sehr herzlich für die Gelegenheit danken, als stellvertretender Vorsitzender hier einige Worte über zwei Jahre erfolgreicher Arbeit in der Enquetekommission an Sie richten zu dürfen. Auch wenn die jetzt etwas kürzer ausfallen, als von meiner Seite erhofft, bin ich doch sehr froh darüber.

Ich glaube, es zeigt, dass wir im Laufe dieser zwei Jahre zu einer sehr guten vertrauensvollen Zusammenarbeit gefunden haben und dass diese insbesondere im Zusammenhang mit einer Enquetekommission dazu beiträgt, einmal über die Fraktionsgrenzen hinaus gute Kontakte und gute Zusammenarbeit zu pflegen. Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Lassen Sie mich zunächst mit einigen persönlichen Worten beginnen. Ich bin sicherlich wie einige andere Kollegen auch mit sehr gemischten Gefühlen in diese Arbeit der Enquetekommission hineingegangen, die für mich die erste Enquetekommission war. Alles war neu und die Richtung noch nicht einzuschätzen. Recht schnell wurde dann aber klar, dass wir ausgehend von der Istanalyse der chemischen Industrie zunächst Optionen für die weitere Entwicklung der chemischen Industrie zu identifizieren hatten, die sich an den sogenannten Megatrends orientierten, Megatrends, die die Erfolgsaussichten auf zukünftigen Märkten ganz wesentlich beschreiben.

Die erste Herausforderung für diese Arbeit in der Kommission war dann die Bewertung dieser identifizierten Optionen unter dem Gesichtspunkt ihrer Nachhaltigkeit.

Durch die konsequente und gleichwertige Ausrichtung dieser Nachhaltigkeitsbewertung an allen drei Kriterien, nämlich an der Ökologie ebenso wie an

der Ökonomie und ihren sozialen Auswirkungen, haben wir letztendlich ein für alle akzeptables Raster gefunden, das dazu beigetragen hat, einseitige Bewertungen zu vermeiden und Konsens zu erleichtern.

Letztlich hat das auch dazu geführt, dass der VCI Nordrhein-Westfalen in seiner Bewertung unserer Arbeit und unserer 58 Handlungsempfehlungen von einer ausgewogenen Analyse bedeutender Themenfelder für die Entwicklung der Branche spricht, die klare Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft beinhaltet.

Besonders die Einstimmigkeit dieses Votums über alle Fraktionsgrenzen hinweg macht das vorgelegte Ergebnis zu einem starken Signal an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das gegenseitige Vertrauen in eine sachorientierte, gute und verlässliche Zusammenarbeit ist unter den Kollegen im Laufe dieser zwei Jahre kontinuierlich gewachsen.

Auch für mich persönlich war es eine völlig neue und positive Erfahrung jenseits der Zwänge der normalen parlamentarischen Arbeit. Ich darf deshalb sagen: Es hat mir nicht nur als Chemiker sachlich-inhaltlich Spaß gemacht, mitarbeiten zu dürfen, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Kollegen habe ich als sehr freundschaftlich und kollegial empfunden.

Ich danke deshalb ausdrücklich auch von dieser Stelle noch einmal allen Kollegen für diese konstruktive Atmosphäre, in der auch eine durchaus sachlich orientierte Auseinandersetzung in verschiedenen Bereichen möglich war. Den Dank verbinde ich von dieser Stelle aus mit den besten Genesungswünschen an den leider schon länger erkrankten Kollegen Schmalenbach.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Meinen Dank an den Vorsitzenden Hans Christian Markert habe ich bereits an den Anfang der Rede gestellt und will es auch wegen der Kürze der Zeit nicht noch einmal wiederholen, aber die Zusammenarbeit war eine außerordentlich gute. Ich hoffe, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben.

Liebe Kollegen, der Dank wäre sicherlich nicht vollständig, wenn ich hier nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Referentinnen und Referenten der Fraktionen miteinbeziehen würde, von denen viele hier auch im Raum anwesend sind. Ich möchte sie nicht noch einmal benennen, denn das hat der Vorsitzende eben bereits getan, aber alle haben ganz wesentlich dazu beizutragen, dass wir heute eine gute Arbeit vorlegen können. Wir bedanken uns für die engagierte und die mit einer hohen Frustrationstoleranz ausgestattete Arbeit, die sie geleistet haben. Ich gehe davon aus, alle Insider wissen, wovon ich rede.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ein besonderer Dank gilt den Sachverständigen der Fraktionen. Sie sind mit ihrem Expertenwissen für den Erfolg zentral verantwortlich und nach meinem Eindruck im Verlauf der Arbeit zu einem guten Team zusammengewachsen.

Herrn Prof. Michael Dröscher möchte ich hier besonders erwähnen – ohne jemanden von den hier Anwesenden zurückstellen zu wollen. Ich erwähne ihn nicht in erster Linie, weil er als Sachverständiger meiner Fraktion unsere Arbeit wesentlich fundiert und kanalisiert hat, sondern weil er mit seiner sachorientierten und stets kompromissbereiten, freundlich-positiven und offenen Art so manchen Konflikt in der Kommission beizulegen half.

Das bei den Mitgliedern der Kommission zum geflügelten Wort avancierte "wegdröschern" beschreibt dieses stete Bemühen ganz gut. Die Insider wissen, wovon ich rede.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auf Detailaspekte unserer Arbeit – zum Beispiel im Bereich der Überlegungen für eine zunehmend diversifizierte Rohstoffversorgung oder für einen sinnvollen und notwendigen Ausbau der seit Jahren in der Bedeutung unterschätzten Elektrochemie oder der notwendigen Kompetenzerweiterung im zentralen Bereich der Katalyse oder der in den letzten zehn Jahren leider fast abgewickelten Kohlechemie in Nordrhein-Westfalen – will ich an dieser Stelle nicht mehr im Detail eingehen. Das werden die Kollegen tun.

Deswegen lassen Sie mich zum Ende kommen mit dem Hinweis: Wir brauchen – das ist eine ganz zentrale Erkenntnis – auch in der Zukunft den Dialog. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, in der ein oder anderen Form diesen Dialog nicht nur unter uns Parlamentariern, sondern auch mit den beteiligten Gruppen fortzuführen und somit letztendlich dann auch etwas mehr und kontinuierlich verbesserte Akzeptanz für industrielle Prozesse und Notwendigkeiten in unserer Gesellschaft zu schaffen. Also: Lassen Sie uns im Gespräch bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Hachen. – Nachdem der Vorsitzende und sein Stellvertreter, Herr Markert und Herr Dr. Hachen, den Bericht für die Enquetekommission II vorgestellt haben, kommen wir jetzt zur Aussprache über diesen Bericht. Ich erteile zunächst Herrn Guido van den Berg von der SPD-Fraktion das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Arbeit in dieser Kommission hat sich gelohnt. Wir haben uns mit einer der wirklich tragenden Säulen des Wohlstandes in unserem Bundesland beschäftigt. Über 400 Unternehmen, etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Umsatz von etwa 50 Milliarden € – darunter ein Auslandsanteil von 54 % –, ein Verbundstandort, bei dem der Abfall des einen gleichzeitig der Rohstoff des anderen ist – das zeichnet chemische Industrie aus. Chemische Industrie ist eine Industrie, die auch im Bereich Klimaschutz schon sehr weit ist. Von 1990 bis 2008 konnte die Produktion in der chemischen Industrie um 40 % gesteigert werden, die Treibhausgase und der Energieverbrauch hingegen gingen um 20 % bzw. 12 % zurück.

Das zeigt: Hier ist es schon gelungen, Produktion und Ressourcenverbrauch ein Stück zu entkoppeln. Chemie ist Ermöglichungsindustrie. Sie liefert die Werkstoffe, die Materialien – all das, was Branchen brauchen und in die Lage versetzt, erfolgreiche Produkte zu entwerfen.

Wir alle haben auf der gemeinsamen Pressekonferenz betont: Chemie ist Teil der Lösung, sie ist nicht Teil des Problems.

Wir haben uns in dieser Kommission natürlich auch mit den Herausforderungen beschäftigt. Wir haben gesehen, dass die Emerging Markets in China, in Brasilien oder in Indien auch unsere Chemie in Nordrhein-Westfalen verändern wird. Andere haben auch Standortvorteile. Andere bauen auch Verbundstrukturen auf. Sie haben geringere Löhne.

Wir wissen, dass Produktion immer nahe am Abnehmermarkt sein muss. Das bedeutet, wir müssen uns auch hier verändern und gucken: Wie können in diesem Land Wertschöpfungsketten erhalten werden?

Die VCI-Prognos-Studie 2030 war für viele in der Kommission ein erstes Wachrütteln, weil wir gesehen haben, auch die chemische Industrie nimmt das an und erkennt, dass sie bestimmte Marktanteile verlieren wird, aber Kerne erhalten will. Dabei sind wir nicht dem Fehlschluss erlegen, nur auf Dienstleistungen, auf Finanzdienstleistungen, vielleicht auch nur auf Internet und Telekommunikation zu setzen. Wichtig ist vielmehr, den industriellen Kern zu pflegen und die Vernetzung der alten und neuen Bereiche hinzukriegen, also nicht nur Old Economy und nicht nur New Economy, sondern etwas Neues daraus zu machen.

Wir haben uns aufgemacht und als Erstes festgestellt: Wenn wir das hinkriegen wollen, müssen wir zur Produktion stehen. Nur so werden wir Forschung und Entwicklung in unserem Land halten und sie nicht verlieren.

Es ist ein Bericht von 450 Seiten zustande gekommen; das ist schon erwähnt worden. Wissenschaftler werden in diesem Werk nicht den neuen Chemienobelpreis ausmachen. Die, die gerne schmökern, werden wahrscheinlich sagen: Es ist kein Literaturleckerbissen entstanden. Aber der Bericht ist trotzdem interessant und erkenntnisreich, weil er

eines geschafft hat: Er hat den Auftrag zur Konsenssuche, den uns dieses Parlament aufgetragen hat, erfolgreich ausgeführt.

Es war interessant, dass Teile der Presse als Erstes mühsam den Dissens ausmachen wollten und den gesucht haben. Ich sage sehr deutlich: Es gibt manchmal in diesem Hause mehr faule Kompromisslosigkeit als wirklich faule Kompromisse. Wir haben uns an dieser Stelle auf den Weg gemacht. Das kommt auch an. Der VCI hat in einer ersten Bewertung gesagt – ich zitiere –:

"Es ermutigt uns, dass der Bericht die wichtige Bedeutung der chemischen Industrie für die positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hervorhebt und von allen fünf Fraktionen einvernehmlich ohne Sondervotum beschlossen wurde "

Herr Hilken, der Vorsitzende, spricht von einem – Zitat – "starken Signal für die chemische Industrie in NRW."

Meine Damen und Herren, von diesem Bericht kann wirklich eine Botschaft ausgehen: Die Industrie in Nordrhein-Westfalen muss die Politik nicht fürchten. Hier gibt es ein Grundverständnis über Zusammenhänge, ein Bekenntnis zur Wertschöpfungskette und zur Produktion. Damit können wir auch mit diesem Enquetebericht nach außen werben. Darauf können wir als Landtag stolz sein. Das haben bei Weitem nicht alle Bundesländer. Da haben wir ein Alleinstellungsmerkmal.

Wie kam es dazu? In allererster Linie lag es an den Menschen, die vorhin aufgezählt worden sind. Besonderer Dank geht an die Sachverständigen, nicht nur an den der SPD-Fraktion, an Thomas de Win, sondern an alle, die ich dort oben sehe. Ich will das ausdrücklich betonen. Sie haben Fach- und Sachwissen eingebracht, manchmal unsere Grabenkämpfe ertragen, aber uns auch gezeigt, dass sie selber auch überzeugt werden wollen. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von allen Fraktionen)

Der Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen – auch bei mir ohne jede Ausnahme – für gute Positionierungen, für Kollegialität und dafür, dass wir immer wieder aus allen Schützengräben herausgefunden haben. Mein herzliches Dankeschön.

(Beifall von allen Fraktionen)

Auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur den Dank an Daniel Marker, den Referenten unserer Fraktion, sondern ausdrücklich an alle Kolleginnen und Kollegen, die dort für die Fraktionen, aber auch für den Landtag Nordrhein-Westfalen mitgewirkt haben. Sie haben uns geholfen.

Ich danke auch den Vortragenden, den Gutachtern und ganz ausdrücklich dem Vorsitzenden. Er hat uns irgendwann mal in einer Obleuterunde gesagt, dass diese Enquetekommission auch etwas mit ihm gemacht habe. Ich sage: Er hat zusammengeführt und ist manchmal auch über den eigenen Schatten gesprungen. Aber das muss ein Vorsitzender, er muss Zusammenhänge erkennen, und er muss auch mal das Große und Ganze im Auge haben. Dafür, dass das gelungen ist, sage ich: Chapeau! Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Es ist vorhin betont worden, wie wir mit den Megatrends und mit den Nachhaltigkeitskriterien gearbeitet haben. Ich will das nicht wiederholen. Dabei ist eine Systematik entstanden, innerhalb der wir uns vielen Themen gewidmet und auf diesen 450 Seiten 58 Handlungsempfehlungen formuliert haben. Man kann sie nicht alle aufzählen. Es wäre lohnend, über die Katalyse, über die Flow Chemistry zu sprechen, über Mikroreaktionstechnik, über die Industriepartnerschaften der Zukunft zwischen Energie und Chemie, die wir brauchen, aber auch zwischen Stahl und Chemie, mal ganz ausdrücklich betont.

Ich will zwei Dinge deutlich hervorheben. Wir haben uns der Frage gewidmet, wie man Stoffkreisläufe schließen kann und wie man die Instrumente findet, die zu den richtigen Bewertungen führen.

Wir haben deutlich gemacht: Man darf Verfahren und Prozesse in der chemischen Industrie nicht nur nach einem einmaligen Energieeinsatz und Ähnlichem bewerten, sondern man muss Life-Cycle-Analysen betrachten. Ein Stoff, der vielleicht nach erstem Anschein hochenergetisch gewonnen wird, aber nachher einen wertvollen Beitrag liefert, indem er zum Beispiel in der Gebäudedämmung eingesetzt wird, kann hochsinnvoll und sehr nachhaltig produziert sein. Es ist also wichtig, den gesamten Lebenszyklus eines Produktes im Auge zu haben und auf diese Weise eine Bewertung vorzunehmen.

Wir haben zudem gesagt: Man kann auch unter dem Stichwort "Cradle to Cradle" - von der Wiege zur Wiege - einen Schritt weitergehen und haben betont: Wenn es uns gelingt, Produktionsdesign so zu entwerfen, dass die Produkte am Ende wiederverwertbar sind und in Stoffkreisläufe zurückgeführt werden, ist ein Stück Verschwendung erlaubt. Wenn Produkte so intelligent produziert werden, dass wir zum Beispiel aus einem Handy etwa die seltenen Erden wieder herausholen, ist das gerade in einer Welt mit erneuerbaren Energien eine Riesenchance für unseren Industriestandort, weil ganz viele Produkte wieder neu erfunden werden müssten - ein Riesenauftrag für die chemische Industrie, aber auch für Produktion in unserem Bereich. Chemikalienleasing und vieles andere kann an dieser Stelle wertvolle Beiträge liefern, um den Ansatz letztendlich voranzubringen und ihn zu bestärken.

Mein Vorredner hat auch betont, wir haben uns in der Tat auch mit der Rohstoffversorgung beschäftigt

und haben gesagt: Lasst uns mal anschauen, inwieweit wir uns an dieser Stelle breiter aufstellen können, auch in einer Welt, die unüberschaubarer wird und in der mit Rohstoffen erkennbar Politik gemacht und der Gashahn mal auf- und mal zugedreht wird.

Wir sind an dieser Stelle auch auf die Frage gekommen, ob man mit dem Bodenschatz Braunkohle, dem Kohlenstoffträger, den wir in unserem Bundesland haben, noch etwas Intelligenteres machen kann als nur Wasser zu erwärmen und eine Turbine anzutreiben. Wir haben das in dieser Kommission einvernehmlich mit Ja beantwortet. Wir haben gesagt, man kann diese Braunkohle für eine stoffliche Verwendung nutzen, in der der Kohlenstoff nicht in CO_2 umgesetzt wird, sondern in den Produkten gebunden wird.

Wir haben uns die Verfahren und die Bilanzen dazu sehr sorgfältig angeschaut. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass man ganz viele Stoffströme erreichen kann. Man kann über Methanol und Olyfine zu Propylen und Ethylen, zur ganzen Kunststofffraktion kommen. Man kann Farbstoffe, Medikamente und Pflanzenschutzmittel daraus machen. Man kann aber auch zu Urea, Harnstoff, zu Stickstoffdünger und selbst zu Kosmetika kommen. Man hat eine ganz große Produktpalette.

Was man nicht machen darf, ist rückverstromen. Dadurch würde ein schrecklicher Effizienzverlust eintreten. Was früher einmal unter IGCC-Kraftwerken und Ähnlichem gedacht wurde, führt in die Irre. Man darf daraus auch keinen Treibstoff herstellen. Das haben wir in der Kommission deutlich betont. Mühsam aus Braunkohle ein Synthesegas herzustellen, um dieses zu verflüssigen und letztlich nur in einen Tank zu schütten und zu verbrennen, ist ökologischer Wahnsinn. Das haben wir in der Kommission deutlich gemacht.

Spannend wird es nur, wenn der Kohlenstoff wirklich in den Produkten gebunden wird. Dann ist es eine Alternative zu der jetzigen Verwendung und bringt einen nachhaltigen ökologischen Beitrag.

Ich weiß, viele haben sich darüber gewundert, warum auch die Kollegen der Piraten und der Grünen einen solchen Weg mit positiv bewertet haben. Ich will begründen, warum. Wir haben das nicht nur genau auseinanderdividiert und geschaut, wie es wirklich ist. Wir haben auch gesagt: Dieser technologische Pfad ist eine Chance für den zukünftigen Einsatz von anderen biogenen Stoffen.

Man kann solche Vergasungsprozesse eben nicht nur mit Braunkohle fahren, sondern irgendwann in einer Bioökonomie auch mit nachwachsenden Rohstoffen der dritten Generation und Ähnlichem. Lasst uns das machen; man kann es sogar beimischen. Wir haben uns durch Gutachten genau erkundigt. Wir sind auf Beimischungsgrade von bis zu 30 %

gekommen. Das sind Zukunftspfade, die man nutzen kann.

Für diejenigen, die ihren Chemieunterricht noch einmal auffrischen wollen: Es ist letztendlich eine Shift-Reaktion. – Kollege Hachen lächelt schon. Wenn wir irgendwann wirklich erneuerbare Energien im Überfluss haben, dann können wir diesen Umwandlungsprozess von Braunkohle in Synthesegas auch bestärken, indem wir überschüssigen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien nutzen, um schneller zu einem günstigeren Kohlenstoff-Wasserstoff-Verhältnis zu kommen. Auf diese Weise erreichen wir hochwertige Produkte der chemischen Industrie. Ich glaube, diese Anstrengungen lohnen.

Meine Damen und Herren, wir haben klargemacht, es ist letztendlich gerade für unsere Region – wir haben gestern diskutiert, dass die Verstromung von Braunkohle immer weiter abnimmt – die Chance, eine Alternative aufzutun und in Kohlenstoffprodukten eine alternative Nutzung von Braunkohle aus diesen Tagebauen zu finden.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir haben uns natürlich angeschaut, ob es passt und ob es von den Mengen her passt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, selbst mit 10 % der Förderleistung im Rheinischen Revier können wir Produkte erreichen, die bedeutende Weltmarktanteile erzielen. Ich denke, das ist eine lohnende Geschichte, die man sich näher anschauen muss.

Die letztendlich entscheidende Frage wird sein, wie sich das in Geld darstellt, ob man so etwas bezahlen kann. Diese Frage stellt sich jeder auch hier im Kopf. In China hat man gesagt: Wir wollen uns in der Versorgung der chemischen Industrie vom Rohöl unabhängig machen. Dort wird Steinkohle verwendet, die zum Teil unter sehr fragwürdigen Bedingungen gewonnen wird. Sie machen das dort zu einem Steinkohlepreis von 50 € pro Tonne und sind damit wettbewerbsfähig.

Wenn man es mit Braunkohle machen möchte, muss man bedenken: Braunkohle wird im Rheinischen Revier für 10 bis 20 € je Tonne gefördert. Braunkohle ist keine Steinkohle. Man muss es umrechnen, um auf Steinkohleeinheiten zu kommen. Das Wasser muss herausgeholt und der Kohlenstoffgehalt muss beachtet werden. Aber ist der Faktor zwei. Wir würden also bei 20 bis 40 € je Tonne landen und damit mit dem chinesischen Wettbewerber auf Augenhöhe sein. Deswegen haben wir gesagt: Lasst es uns untersuchen und in die Diskussion einbringen.

Meine Damen und Herren, gerade in einer Zeit, in der neben ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit auch die gesellschaftliche Akzeptanz zum Schlüssel von Industrieentwicklungen wird, wird deutlich, dass es ohne Politik nicht geht. Gerade die chemische Industrie hat uns mehrfach mit auf den Weg gege-

ben, dass sich die Politik nicht heraushalten, sondern sich einmischen soll. Nur so können wir die Grundlagen dafür schaffen, dass es weiterhin Produktionsstandorte gibt.

Auch die Mitbestimmung spielt eine entscheidende Rolle. Sie ist kein Nachteil, sondern ein Garant für erfolgreiche Industriepolitik. Wir haben mehrfach erfahren, wie die Menschen aus den Betrieben manchmal noch besser Bescheid wussten als die Standortleiter. Sie wussten nicht nur, wie der Wettbewerb aussieht. Sie wussten auch im eigenen Konzern, wie sie diesen Standort weiterentwickeln mussten, damit sich der Konzern intern gut aufstellen konnte.

Es war richtig, dass wir uns mit dieser Enquetekommission eingemischt haben und diesen Weg gegangen sind. Gute Industriepolitik benötigt Verlässlichkeit. Dieser Enquetebericht kann eine Basis sein. Ich hoffe, diejenigen, die daran mitgewirkt haben, sind alle weiterhin Botschafter in diesem Sinne.

Herr Präsident, für die SPD-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, es hat sich gelohnt. Wir hoffen sehr, dass viele dieser 58 Handlungsempfehlungen zur Umsetzung kommen. Wir wollen kräftig daran arbeiten. Ich hoffe, Sie finden im Parlament alle die Muße, sich damit auseinanderzusetzen und mit uns gemeinsam weiter daran zu arbeiten. – Ich bedanke mich ganz herzlich mit einem: Glück auf!

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg, für diesen Beitrag. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Matthias Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den Beteiligten sind schon viele positive Worte gefallen. Noch schöner ist es natürlich, wenn man auch von außerhalb dieses Landtags eine solche Reaktion bekommt, nämlich vom Leiter eines großen Chemparks, der sagt: Wir haben die Arbeit der Enquetekommission Chemie als sehr vertrauensbildend wahrgenommen.

Was zeigt das? Es zeigt, dass die Arbeit unserer Kommission von der Branche mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde und ihre Ergebnisse auf Interesse stoßen. Ich sage, wenn dies das einzige Ergebnis gewesen wäre, hätte es sich schon fast gelohnt; denn es zeigt: Die Chemie in Nordrhein-Westfalen ist nicht Teil eines Problems, sondern Teil vieler Lösungen für regionale und globale Herausforderungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben aber weit mehr erreicht. Deshalb möchte ich für meine Fraktion, die CDU, feststellen, dass wir zufrieden sind, einen solchen gemeinsamen Abschlussbericht vorgelegt zu haben. Damit hatten ich

und viele andere zu Beginn unserer Arbeit auch nicht unbedingt gerechnet.

Lassen Sie mich kurz einen Blick auf die Bedeutung der Chemie für NRW werfen. Weltweit befinden wir uns auf Platz 12 der Chemieländer. Über 100.000 Beschäftigte finden in der Chemie eine gut bezahlte und sichere Beschäftigung. Wir haben es mit einem wahren Kernbereich der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu tun. Deshalb hat unsere Fraktion von Anfang an gesagt: Wir wollen – gemeinsam mit der Branche, also den Vertretern der Unternehmen, der Beschäftigten und der Verbände – einen realistischen Blick auf die chemische Industrie werfen.

Weiter haben wir gesagt: Es kann nur um Verfahren und Produkte gehen, die wettbewerbsfähig sind und dazu beitragen, die einzigartige Verbundstruktur zu stärken. Es darf zu keinem politisch motivierten Umkrempeln einer Branche kommen. Es geht um Weiterentwicklung, Potenziale und Chancen. Es geht um die richtige Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten. Außerdem geht es darum, die Chemie als Basis vieler Wertschöpfungsketten zu sichern und zu stärken.

An dieser Stelle – dieser Punkt wird ja normalerweise am Ende einer solchen Debatte erwähnt; das ist aber auch schon eben angeklungen – geht mein Dank an die Sachverständigen aller Fraktionen. Sie haben in dieser Enquetekommission eine besondere und besonders gute Rolle gespielt. Es ist gelungen, vieles sachlich und fachlich auszudiskutieren. Das tat, glaube ich, allen sehr gut. Alle Sachverständigen besitzen tiefe Kenntnisse der Chemie und der chemischen Industrie in NRW. Deshalb war es gut, an manchen Stellen gemeinsam festzustellen, dass sich die Gesetze der Chemie bzw. der Naturwissenschaften auch nicht durch den Landesgesetzgeber ändern lassen.

Im Ergebnis legen wir nun – auch das ist heute schon häufig gesagt worden – diese rund 450 Seiten Abschlussbericht mit 58 Handlungsempfehlungen vor. Ich gehe davon aus, dass natürlich alle Kolleginnen und Kollegen – nicht nur diejenigen, die dieser Debatte folgen, sondern alle, die diesem Haus angehören – das Ganze auch noch lesen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Anmerkungen zu einzelnen Kapiteln machen. Auch in Zukunft wird die Rohstoffbasis der Chemie erdöldominiert sein, aber alternative Rohstoffe werden an Bedeutung zunehmen. Das gilt für Erdgas, Kohle, nachwachsende Rohstoffe und Agrarbiomasse, aber auch für ${\rm CO_2}$ – auch wenn Forschung und Anwendung hier noch am Anfang stehen. Es ist aber eben auch Aufgabe von Enquetekommissionen, Dinge mitzudenken, die morgen noch nicht marktreif sind. Eine stärkere Diversifizierung der Rohstoffbasis benötigt dann auch Vorarbeiten im Bereich von Forschung und Entwicklung.

Die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen bietet ihren Kunden ein breites Angebot an verschiedenen Werkstoffen. Die Anwendungsanforderungen bestimmen die Werkstoffauswahl. Es ist aber richtig, schon beim Design daran zu denken, was nach dem Ende der Nutzung mit dem Werkstoff geschieht und ob ein Recycling möglich ist – Ressourcenschonung, das Schließen von Stoffkreisläufen und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem gesamten Lebenszyklus eines Produktes.

Als heimische Kohlenstoffquelle kann die Braunkohle bei der stofflichen Nutzung eine wichtige Rolle spielen, wenn die Verfahren, die es gibt, weiterentwickelt werden. Dazu soll nach unserer Vorstellung für dieses Themengebiet ein Lehrstuhl für Verfahrenstechnik eingerichtet werden. Es wird dann um die Nutzung von Synthesegasen aus Braunkohle, Biomasse oder Abfällen gehen. Insgesamt kann man feststellen, dass den Verfahren eine zentrale Bedeutung hinsichtlich des effizienten Umgangs mit Ressourcen, aber auch hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie zukommt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nummer eins. Deshalb sind wir bei Veränderungen in der Energiepolitik immer auch Hauptbetroffener. Wir erleben dies gerade in den Diskussionen über die Vorschläge von Wirtschaftsminister Gabriel, die ja gestern hier auch eine Rolle gespielt haben. Gerade Nordrhein-Westfalen steht hier aufgrund des Kohleabbaus im Rheinischen Revier – das betrifft viele Kohlekraftwerke – im Fokus. Ich meine aber auch, dass unser Land einen weiteren Beitrag zum Gelingen der Energiewende und unserer internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz leisten kann und sollte. Als technikaffines Land und forschungsstarker Standort müssen wir weiterdenken.

Elektrochemische Prozesse können zur direkten Umwandlung von elektrischer Energie in chemische Produkte genutzt werden. Durch elektrochemische Verfahren lassen sich vielfältige Produkte insbesondere der Feinchemie erschließen. Aktuell sind hohe Energiekosten eine Hürde für den Einsatz dieser Technologie. Die Chloralkalie-Elektrolyse ist das bedeutendste elektrochemische Verfahren und könnte einen Beitrag zum Demand-Side-Management leisten, wenn die regulatorischen Voraussetzungen stimmen.

Der Bedarf an Energiespeichern – seien es Batterien, Wärmespeicher oder chemische Energieträger – wird mit Umsetzung der Energiewende zunehmen. Dies gilt in besonderem Maße für effiziente Langzeitspeicher zum Ausgleich des volatilen Stroms aus erneuerbaren Energien. Für Wärmeund Batteriespeicher bietet die chemische Industrie Potenzial.

Die Power-to-Gas- bzw. Power-to-Chemicals-Konzepte sind essenziell für die Bereitstellung von

Langzeitspeichern vorgesehen, die wir im Zuge des vermehrten Umstiegs auf erneuerbare Energien brauchen. Durch den flexiblen Einsatz dieser Produkte zur Strom- und Wärmeerzeugung, zur Herstellung von Chemikalien und Kraftstoffen sowie für deren direkten Einsatz zu Mobilitätszwecken ist eine Kopplung der unterschiedlichen Energiesektoren möglich. Voraussetzung ist allerdings, dass die Wettbewerbsfähigkeit durch kostengünstigen Strom aus erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung anderer Teiltechnologien sowie deren Systemintegration sichergestellt ist. Dies kommt auch in einem Gutachten für diese Enquetekommission zum Ausdruck.

Deshalb gehört zu unseren Handlungsempfehlungen in diesem Bereich die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise bei der Umsetzung der Energiewende. Es ist ein Auftrag an alle Akteure der Landespolitik, dazu beizutragen, weil die Frage der Energiekosten gerade in der chemischen Industrie von großer Bedeutung ist. Die chemische Industrie schultert fast ein Fünftel der Energiekosten des verarbeitenden Gewerbes. Weiterhin gehört aber auch die Abschätzung der Mengen an Überschussstrom und deren Anfallprofil als Grundlage für die Entwicklung künftiger chemierelevanter Potenziale dazu.

Wir möchten den Einsatz der Landespolitik für ein Strommarktdesign als ordnungspolitischen Rahmen, damit die vorhandenen industriellen Flexibilisierungsmöglichkeiten diskriminierungsfrei genutzt werden können.

Dazu muss das vorhandene DSM-Potenzial erfasst werden. Unternehmen müssen hinsichtlich der Nutzung dieses Potenzials beraten werden.

Auch die Weiterentwicklung von Energie und Speichertechnologien wird in unseren Handlungsempfehlungen gefordert ebenso die Verstärkung der wissenschaftlichen Ressourcen zur Erforschung chemischer Energiespeicher und zur Weiterentwicklung der eben angesprochenen Power-to-Gas-Technologien, die Ermittlung geeigneter Abwärmepotenziale in räumlicher Nähe zur chemischen Industrie und die Entwicklung von Geschäftsmodellen zu deren Nutzung ebenso die Erprobung von Nutzungsphasen verschiedener Energiespeicher und der flexiblen Fahrweise elektrochemischer Prozesse

Meine Damen und Herren, Produkte der chemischen Industrie kann man fast überall auf der Welt herstellen, in vielen Ländern mit geringeren Energie- und Arbeitskosten, mit einfacher zu beziehenden Rohstoffen und mit weniger Regulierungen in vielen anderen Bereichen. Unseren Standort zeichnet seine Fähigkeit zu Innovationen aus. Das Zusammenspiel aus Forschung und Entwicklung sowie Produktionen bedingen einander.

Aus dieser Verzahnung resultiert die Innovationsfähigkeit. Demonstrationsanlagen ermöglichen den

Nachweis einer technologischen und wirtschaftlichen Machbarkeit und tragen zu einem erfolgreichen Transfer von Ideen zur Marktreife bei und sorgen bei Erfolg für einen Technologievorsprung.

Neben universitären und institutionellen Forschungseinrichtungen bietet eine Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette und den Netzwerken über Sektoren hinaus große Potenziale. Künftig wird der Bedarf an einer stärkeren Vernetzung auch mit anderen Industriezweigen – Stahl ist eben genannt worden – tendenziell zunehmen. Die Komplexität erhöht sich, die Entwicklungszeit von Produkten bis Markteintritt kann 20 bis 30 Jahre betragen. Und zukunftsweisende Technologien müssen in den Fokus aller Anstrengungen.

Daher haben wir uns auf Handlungsempfehlungen verständigt, die diese Herausforderungen abbilden: die Fortsetzung des Dialogs unter dem Dach des NRW-Clusters Chemie zwischen Politik, Industrie und Wissenschaft, die Stärkung der Landescluster und der Zusammenarbeit branchenübergreifend, die Identifikation von Entwicklungsfeldern mit besonderer Bedeutung für NRW, das Erreichen von Exzellenz durch Fokussierung auf eine übersichtliche Zahl an Technologien, die Ausrichtung und Entbürokratisierung der Förderwettbewerbe und den Dauerbrenner, die steuerliche Forschungsförderung.

Neben der Innovationsfähigkeit zählt auch das Thema der Industrieakzeptanz zu den Querschnittsthemen. Nordrhein-Westfalen braucht eine starke Industrie, und die Industrie braucht Akzeptanz und Unterstützer. Deshalb sind Information und der Dialog wichtige Elemente. Ein Baustein soll hier die Errichtung einer Parlamentariergruppe sein, die dieses Thema aufgreifen soll. Aber auch in die Gesellschaft hinein muss sachlich und verständlich um Akzeptanz für Industrie geworben werden.

Auch den gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels muss sich die chemische Industrie in diesem Lande stellen. Der Fachkräftebedarf bleibt hoch, und die Themen Qualifizierung und Nachwuchswerbung gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Fragen, wie man mit einer älter werdenden Belegschaft innovativ bleiben kann und wie es gelingt, gerade junge Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium im Bereich de MINT-Fächer zu begeistern, können von dieser Enquetekommission nicht abschließend beantwortet werden. Wir weisen aber auf die Bedeutung hin und geben hier Anregungen.

Meine Damen und Herren; ein gemeinsamer Abschlussbericht ist kein Ende der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über Wirtschaftspolitik, über Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Der Regierungsalltag dieser Landesregierung wird zeigen, inwieweit sie sich tatsächlich den gemeinsamen Ergebnissen dieser Enquetekommission verpflichtet fühlt.

Kernproblem bleibt die Wachstumsschwäche dieses Landes im Vergleich mit anderen Bundesländern. Dennoch ist ein gemeinsamer Abschlussbericht ein gutes Signal für die Chemie in Nordrhein-Westfalen und für den Wirtschaftsstandort.

Ich danke für die CDU-Landtagsfraktion allen, die an diesem Prozess beteiligt waren, den Sachverständigen und Referenten der Fraktionen. Ich nenne exemplarisch für unsere Fraktion Prof. Dröscher und Evelyn Hepp, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Gutachtern und Experten aus den Hearings, aber auch dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter für die eben schon erwähnten Moderationskünste.

Die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren hat mir große Freude gemacht. Und wenn es einen kleinen Beitrag für mehr Akzeptanz von Industrie und Chemie hier in diesem Land gebracht hat, dann, glaube ich, hat sich die Arbeit gelohnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich in die Enquetekommission zur Zukunft der Chemie in Nordrhein-Westfalen gegangen bin, war ich von etwas Sorge getrieben, der Sorge, dass die Politik jetzt sozusagen hingehen möchte und der Chemieindustrie in unserem Land vorschreibt, was sie zu tun oder zu lassen hat, was gute Chemie oder gar schlechte Chemie ist. Das, meine Damen und Herren, ist Gott sei Dank so nicht eingetreten.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ja!)

Das ist deshalb auch Gott sei Dank so nicht eingetreten, weil ich glaube, dass alle in der Enquete-kommission so wie ich praktisch von einem doppelten positiven Weltbild getrieben waren. Als Liberaler und Rheinländer geht man eben sehr positiv an die Sachen heran

(Beifall von der FDP)

und sieht eben nicht die Risiken im Vordergrund, sondern gerade die Chancen. Deshalb möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken, denn ich glaube, dass in dieser Enquetekommission zur Zukunft der Chemie gerade auch die Möglichmacher aus den Fraktionen an einem Tisch gesessen haben und eben nicht die Verweigerer.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es auch zu dem Ergebnis gekommen, dass wir heute hier einen gemeinsamen Bericht haben. Denn das ist nun wahrlich nicht immer so der Fall. Kollege Priggen sitzt drüben bei den Grünen in den Reihen. Wir haben schon einmal gemeinsam in einer Enquete-

kommission gearbeitet. Da ist es eben leider nicht zu einem gemeinsamen Votum am Ende gekommen.

Meine Damen und Herren, auch deshalb möchte ich mich in der Kürze auch recht herzlich beim Vorsitzenden bedanken, der eine sehr wichtige Rolle in der Enquete innehatte, diese auch wahrgenommen hat und dafür gesorgt hat, dass wir zu diesem Ergebnis gekommen sind.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ich möchte mich recht herzlich bei den Referentinnen und Referenten bedanken, die viele der Probleme, die es natürlich bei einer solchen Arbeit gibt, bei der unterschiedliche Interessen zusammenkommen, schon im Vorfeld haben ausräumen können, ja, die teilweise sehr hart haben streiten müssen. Ich glaube, der Streit hat sich gelohnt.

Auch bei den Sachverständigen möchte mich ganz herzlich bedanken. Wir hatten eine sehr schöne Mischung von Vertretern aus dem Verband, von den Unternehmen, von den Gewerkschaften, aus der Wissenschaft. Letzten Endes haben diese Sachverständigen ihren Sachverstand dort eingebracht und auch dafür gesorgt, dass wir eine fachlich fundierte Diskussionsgrundlage hatten, bei der das Fachliche und weniger das politisch Wünschenswerte im Vordergrund stand. Deshalb war dies die Grundlage für diesen gemeinsamen Bericht.

Ebenso herzlich möchte ich mich natürlich auch bei allen Angehörigen der Verwaltung bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir unsere Arbeit vernünftig durchführen konnten.

Meine Damen und Herren, der Satz ist schon mehrfach gefallen, aber sehen Sie es mir bitte nach: Als fünfter Redner wiederholt man das eine oder andere. – Ich glaube, einer der Grundpfeiler in dieser Enquetekommission ist gewesen, dass wir gemeinsam erkannt haben, dass die Chemieindustrie nicht als Problem zu sehen ist, sondern die Chemie Problemlöser für viele gesellschaftliche Probleme ist.

Einer der wichtigsten Ansätze war: Wir alle hatten Akzeptanz für die Chemie, für den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen. Wir müssen nun meines Erachtens über den Bericht hinaus diese Akzeptanz in unsere Gesellschaft hineintragen.

(Beifall von der FDP und Guido van den Berg [SPD])

Deshalb ist für mich einer der wesentlichen Sätze in diesem Bericht aus den Handlungsempfehlungen folgender – ich zitiere –:

"Die Umsetzung neuer Technologien in innovative Prozesse und Produkte sowie der Erhalt des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen hängen letztlich von deren Akzeptanz in der Gesellschaft ab. Chancen und Risiken müssen daher ergeb-

nisoffen und wissenschaftsbasiert anhand von Nachhaltigkeitskriterien abgewogen werden."

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dies entsprechend in unsere Gesellschaft, in das Land hineinzutragen.

(Beifall von der FDP und Guido van den Berg [SPD])

Meine Damen und Herren, der Enquetebericht ist natürlich, wenn man versucht, ihn gemeinsam zu beschließen, von sehr viel Diplomatie und von diplomatischen Formulierungen geprägt, damit man letzten Endes alle unter einem Dach finden kann. Deshalb gestatten Sie es mir, dass ich aus Sicht der FDP-Fraktion einige der Punkte, die in dem Bericht stehen, aufführe und so auslege, wie wir sie verstehen

Für uns war es zum Beispiel wichtig, deutlich zu machen, dass wir einen freien Zugang zu den Rohstoffen weltweit wollen und dies enorm wichtig für uns ist. Das bedeutet: Exportbeschränkungen, Zölle etc. schaden dem Industrie-, schaden dem Chemiestandort Nordrhein-Westfalen. Daraus kann man sehr klar ableiten, dass wir Handelsvereinbarungen wie TTIP, Ceta und TiSA etc. benötigen. Diese sind wichtig für unseren Standort.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Ebenso haben wir deutlich gemacht, dass wir eine nachhaltige Nutzung aller heimischen Rohstoffquellen wollen. Das steht in der ersten Handlungsempfehlung. Auch wenn die Nutzung einiger Rohstoffquellen vielleicht im Moment noch kritisch ist, so haben wir in den Bericht doch als Handlungsempfehlung hineingeschrieben, dass wir zumindest wollen, dass jetzt schon einmal die Potenziale, die – gerade bei den Gasreserven – vorhanden sind, abgeschätzt werden.

Wir haben auch gesagt, dass wir CO₂ als Rohstoff einstufen. Wenn man dies tut, dann muss man sich natürlich überlegen, wie man ihn nutzbar macht oder ihn, bis man ihn nutzen kann, speichert. Auch hier müssen wir schauen, welche Möglichkeiten es gibt.

Wir haben klar Ja zur Biotechnologie gesagt. Der Umweltminister ist jetzt leider nicht mehr hier. Ich hätte es ihm gern noch einmal mitgeteilt, wenngleich sein Ministerium in der Enquetekommission meistens präsent war. Von daher hoffe ich, dass auch die Handlungsempfehlung 20 vom Ministerium möglichst bald so gesehen wird.

Zur stofflichen Nutzung der Braunkohle hat Herr Kollege van den Berg schon einiges vorgetragen. – Wir müssen aber auch festhalten, dass die Leitentscheidung zu Garzweiler oder gar die neue Klimaabgabe von Herrn Gabriel, wenn beides eins zu eins umgesetzt wird, dazu führen werden, dass wir keine Braunkohle mehr für energetische Nutzung gewinnen werden und – das ist im Enquetebe-

richt auch deutlich geworden – dass niemand rein für die stoffliche Nutzung eine entsprechende Gewinnung in Erwägung ziehen wird, denn das ist nicht wirtschaftlich; die stoffliche Nutzung funktioniert wirtschaftlich nur als Add-on. Deshalb müssen wir an dieser Stelle sehr vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, die Energiewende gelingt nur mit wettbewerblichen Energiepreisen. Auch das haben wir festgehalten. Deshalb sind zusätzliche Belastungen, wie wir sie derzeit durch EEG, Strompreis etc. haben, schädlich für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine funktionierende Infrastruktur ist ebenso enorm wichtig für den Chemiestandort. Darunter verstehen wir nicht nur, aber auch, dass die Verkehrswege funktionieren und eine desolate Rheinbrücke natürlich eine Katastrophe für den Chemiestandort ist. Doch auch andere Punkte wie zum Beispiel der Pipelinebau und anderes müssen in unserem Land vorangebracht werden; sie sind wichtig für den Standort.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ein Letztes, das besonders wichtig ist: Wir brauchen eine bessere Vernetzung der Akteure in Forschung und Wirtschaft. Wir brauchen eine viel stärkere Zusammenarbeit. Denn daraus entstehen die Innovationen in unserem Land. Gerade die durch das neue Hochschulzukunftsgesetz hineingebrachten Formulierungen, die für neue Bürokratie sorgen, sind sehr schädlich für diese Zusammenarbeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer zulassen?

Dietmar Brockes*) (FDP): Ja, sehr gern.

Rainer Schmeltzer*) (SPD): Es hätte mich auch gewundert, Herr Brockes, wenn Sie die Frage von mir nicht zugelassen hätten. – Ich habe Ihren Ausführungen sehr angestrengt gelauscht und auch Ihren Bezügen auf die Inhalte des Enqueteberichts. Könnten Sie mir bitte einmal die Frage beantworten, wo in dem Enquetebericht Bezug genommen wird auf die Energiewende und gesagt wird, dass diese nur mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen funktioniert?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dietmar Brockes*) (FDP): Das ist in der Handlungsempfehlung 27 enthalten, Herr Kollege Schmeltzer. Dort haben wir explizit aufgeführt, dass

wir wettbewerbsfähige Energiepreise benötigen. Deshalb ist das so wichtig.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für die Chemie, Herr Kollege Brockes! Nicht in Bezug auf die Energiewirtschaft!)

– Ja, das ist für die Chemie. Das steht in dem Bericht. Lesen Sie ihn! Sie waren ja leider nicht mit in der Enquete. Aber das hätte vermutlich auch das Ergebnis etwas negativ beeinflusst.

(Beifall von der FDP)

Gerade der Punkt, Herr Kollege Schmeltzer, ist besonders wichtig. Denn das EEG belastet nicht nur den Strom, sondern es verhindert im Moment auch, dass wir neue innovative Lösungen gerade für die Nutzung des volatilen Stroms aus den Erneuerbaren finden. Deshalb: Hier brauchen wir andere Handlungsvorgaben, damit gerade auch hier Lösungen attraktiv werden und im Wettbewerb entstehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. Ich meine, wir haben eine sehr gute Grundlage geschaffen, um die Diskussion über unseren Industrieund Chemiestandort weiter voranzubringen – im Interesse aller: der Unternehmen, der Beschäftigten und unseres Landes. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Kollegen Schmeltzer für die Fragestellung.

Ich möchte noch auf eines hinweisen – der Herr Vorsitzende hat das ja auch in seinem Vortrag zuvor erwähnt –: Wir waren weder eine Energieenquete noch eine Enquete, die sich speziell mit Freihandelsabkommen beschäftigt hat. Darauf möchte ich meine Antwort auf das, was Kollege Brockes vorhin vorgetragen hat, beschränken.

Wichtig für mich ist, darauf hinzuweisen, dass die chemische Industrie sich schon immer durch eine große Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen ausgezeichnet hat. Dazu gehört auch, dass Fehlentwicklungen in der Vergangenheit – wenn auch nicht immer ganz freiwillig – korrigiert worden sind.

Doch jede industrielle Aktivität beeinflusst die Umwelt und führt zu ökologischen Belastungen. Deswegen haben wir in diesem Bericht auch darauf hingewiesen, dass es politische Aufgabe bleibt, Umweltbelastungen und soziale Verwerfungen, die durch industrielle Produktion entstehen, abzufedern und entsprechende Rahmensetzungen zu gestalten

Wir waren das Land von Kohle und Stahl. Ja. Und wir wissen: 2018 wird Steinkohle Geschichte sein. Erlauben Sie mir den kleinen Ausflug. Deshalb muss es unsere Aufgabe sein, uns für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Stahl- und Metallindustrie einzusetzen.

Aber eines ist auch klar – das ist auch ein wichtiges Ergebnis dieses vorliegenden Berichts –: Die Bedeutung der chemischen Industrie für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wird weiter zunehmen. Deshalb gilt es, die Schlüsselrolle der chemischen Industrie, die sie als Ermöglichungsindustrie in fast allen Wertschöpfungsketten einnimmt, durch eine nachhaltige Entwicklung abzusichern. Dazu müssen die Herausforderungen, die aus dem Klimawandel, der Endlichkeit der Ressourcen und der Notwendigkeit einer Energiewende hin zu erneuerbaren Energien resultieren, gemeistert werden.

Wir haben letzten Endes herausgefunden, dass im Untersuchungszeitraum, der sich auf 15 bis 30 Jahre erstreckte – es gibt auch keine anderen Hinweise aus Studien –, Öl der wichtigste Rohstoff bleiben wird. Diese Entwicklung ist eng verzahnt mit den Veränderungen im Mobilitätssektor, da als Einsatzstoff nicht Rohöl eingesetzt wird, sondern ein Reststoff aus der Herstellung von mineralölhaltigen Kraftstoffen, das sogenannte Naphta.

Auch schon jetzt sehen wir eine Diversifizierung der Rohstoffbasis hin zu alternativen Rohstoffquellen. Wir haben es ja bereits gehört. Ja, auch alternative fossile Rohstoffe wie Braunkohle wurden als theoretische Möglichkeit diskutiert. Aber mit einem Anteil von kleiner 2 % an der Rohstoffversorgung der chemischen Industrie hat Braunkohle eine untergeordnete Bedeutung für die Rohstoffversorgung.

Der Bericht benennt klar die hohen ökologischen und ökonomischen Hürden der stofflichen Braunkohlenutzung. Diese passen nicht in die Investitions- und Nachhaltigkeitsprogramme moderner Industrieunternehmen. Ich sehe da keine Lösung. Die Braunkohle bleibt – ob zur Stromgewinnung oder zur stofflichen Nutzung – klimaschädlich.

Deshalb: Die Bedeutung der Braunkohle für die Stromerzeugung muss und wird mit dem Ausbau der Erneuerbaren-Energie-Quellen zunehmend geringer werden.

Auch aus diesem Grund haben SPD und Grüne bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass es in Nordrhein-Westfalen keine weitere Erschließung neuer Tagebaue geben wird.

Zusätzlich wird eine Leitentscheidung – daran möchte ich auch an dieser Stelle erinnern – der

Landesregierung eine Verkleinerung der bereits genehmigten Abbaufelder nach sich ziehen.

Als weitere fossile Quelle wurde Erdgas diskutiert. Sicherlich: Es ist zu beachten, dass die USA mit ihrer Strategie zur Nutzung von Schiefergas zu einem weltweiten Verfall der Preise für Öl und Gas beigetragen haben. Doch wir wissen, dass die Schäden an Natur und Umwelt, insbesondere die Verschmutzung von Wasser und Boden, nicht eingepreist sind. Insgesamt sind die Gefahren für diese Naturgüter durch die Förderung von Schiefergas mittels Fracking nicht kalkulierbar. Die Landesregierung und die Regierungsfraktionen lehnen deshalb Fracking ab.

Ich darf noch einmal hinweisen auch auf die Umweltministerkonferenz der Länder, die sich ebenfalls bereits mit großer Mehrheit gegen Fracking ausgesprochen hat.

Demgegenüber haben wir in dem Bericht auch festgestellt: Es gibt einen Trend zur stärkeren Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der chemischen Industrie. Dieser Rohstoffwandel hin zu erneuerbaren Kohlenstoffquellen, insbesondere Biomasse, erfordert eine Anpassung der Verfahren, der Methoden und wird die Entwicklung neuer Produkte zur Folge haben.

Daher wird es für uns, den sich in einem zunehmenden internationalen Wettbewerb befindenden Chemiestandort Nordrhein-Westfalen, von großer Bedeutung sein, wirtschaftliche Produktionsverfahren zu entwickeln und im Wettbewerb um neueste Technologien die Technologieführerschaft zu verteidigen bzw. auszubauen.

Die fraglichen Technologien müssen in der Lage sein, mit neuen Rohstoffkombinationen umzugehen, und gleichzeitig der Ressourcenverknappung durch eine zunehmende Effizienzsteigerung entgegenwirken.

Der vorliegende Bericht zeigt auch Möglichkeiten auf, wie die chemische Industrie verstärkt Teil der Energiewende werden kann. Darauf haben einige Kollegen bereits detailliert hingewiesen.

Wir werden also zukünftig insgesamt anders wirtschaften. "Anders" bezieht sich dabei auf alle Bereiche – vom Rohstoff über die Verfahren bis hin zu Werkstoffen, deren Zusammensetzung schon beim Design die Rückführung der Produkte in einer an Bedeutung zunehmenden Kreislaufwirtschaft berücksichtigt.

Letztlich ist klar geworden, dass vieles zwar technisch bereits möglich ist, aber für eine wirklich nachhaltige Klima- und Ressourcenwende wichtige Bausteine fehlen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, dass zuvor, als wir uns auf den Weg gemacht haben, gerade diese Lösung als eine Art Science-Fiction oder als zu sehr zukunftsorientierte Lösung angesehen worden ist.

Aufgrund der Erarbeitung dieser Fragen und der Diskussion mit den Sachverständigen sowie des Gutachtens, das es dazu gab, kann man aber sagen, dass sich Möglichkeiten mit Blick auf alternative Rohstoffquellen wie CO₂ und andere Gase eröffnen; denn wir werden es schaffen, den wichtigsten Baustein, nämlich Wasserstoff, sonnenlichtgetrieben herzustellen.

In diesem Zusammenhang bin ich auch sehr stolz auf das Land Nordrhein-Westfalen; denn wir haben mit dem Max-Planck-Institut in Mülheim – das wissen sicherlich auch einige von Ihnen, die nicht Teil der Kommission waren – ein Institut, das sich aufgemacht hat, um diese Herausforderung zu meistern. Damit kann Nordrhein-Westfalen langfristig zum Zentrum einer Chemie werden, die nach dem Prinzip "von der Natur Iernen" arbeitet.

Auch ich möchte mich zum Schluss bei allen bedanken, die sich auf den Weg gemacht haben, die komplexen Fragestellungen zu lösen, vor allem bei den Sachverständigen; denn sie haben durch Engagement, unermüdlichen Einsatz und ihre Freude, uns Dinge beizubringen, die für uns, auch für mich als Chemikerin, neu waren, dazu beigetragen, dass die Enquetekommission mit einem so guten, erfolgreichen Bericht zu Ende gegangen ist. Wir haben in diesem Bericht wichtige Themenfelder initiiert und Lösungsansätze skizziert, wie wir eine tatsächliche Wende schaffen können, nämlich eine nachhaltige Klima- und Ressourcenwende mit der Chemie als Teil der Lösung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herzlichen Dank, Frau Dr. Beisheim. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich möchte mit einigen persönlichen Bemerkungen beginnen. Für mich ist das die erste Enquetekommission, und ich kam erst auf den letzten Metern dazu. Mir war aber bekannt, dass diese Enquetekommission von Anfang an ungewöhnlich konzipiert war - mit dem Anspruch, konsensual-wissenschaftlich und nicht streitlustigparteipolitisch zu arbeiten. Ein gemeinsames Votum ohne Minderheits- und Mehrheitsvoten war das Ziel. Es ist gelungen, dies von Anfang bis Ende durchzuhalten, was auf Bundes- wie Länderebene ganz ungewöhnlich ist. Ich finde das beachtlich und möchte mich ausdrücklich bei allen Beteiligten dafür bedan-

Ich selbst bin dankbar dafür, dass ich, wenn auch nur für kurze Zeit, ein kleines bisschen dazu beitragen durfte. Den Hauptteil für unsere Fraktion leistete Kai Schmalenbach, der dann erkrankte und dem ich auch von hier aus im Namen aller die besten Genesungswünsche übermitteln möchte.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich fahre nun mit einem Zitat fort:

"Nachhaltigkeit muß zur Chefsache werden und im Mittelpunkt der Bemühungen des Staates stehen. Eine ökologische Finanzreform muß ebenso angegangen werden wie die Förderung sozialverträglicher Innovationen. Neben der Nabelschau ist aber auch der Blick auf das globale Geschehen wichtig. Von einer Weltumweltorganisation, ausgestattet mit der notwendigen Kompetenz, könnten hier entscheidende Impulse erwartet werden.

Letztlich muß das Thema Nachhaltigkeit in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft weit oben auf die Agenda gesetzt werden, damit der Prozeß der Globalisierung mehr Chancen als Risiken bietet. Auch wenn wir nur eine ungenaue Vorstellung davon haben, wie das Ziel "nachhaltige Gesellschaft" aussieht, können wir doch Schritt für Schritt einen Richtungswechsel vollziehen und die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit stellen."

Diese Worte schrieb das Bundestagsmitglied Marion Caspers-Merk von der SPD als Vorsitzende an das Ende ihres Vorwortes zum Bericht der Enquetekommission "Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung". Dieser Bericht erschien am 26. Juni 1998 – vor 17 Jahren. Helmut Kohl war noch Bundeskanzler.

Es war ein guter Bericht mit klaren Empfehlungen, wie Nachhaltigkeit zu erreichen ist. Wir sehen also: Wenn man Enquetekommissionen mit klugen Menschen besetzt, ergeben sich gute Berichte mit wertvollen und brauchbaren Empfehlungen.

Was dann aus den Empfehlungen gemacht wird, bestimmen aber andere, nicht unbedingt ebenso kluge Menschen. Am 27. Oktober 1998 wurde Gerhard Schröder Bundeskanzler. Er stellte die Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Politik und war den nicht nachhaltigen Ideologien des Neokonservatismus und Sozialdarwinismus verpflichtet.

(Hendrik Wüst [CDU]: Himmel, Himmel!)

Das einzig Nachhaltige dieser Politik war ein nachhaltiges Ignorieren der Nachhaltigkeitsempfehlungen.

Dennoch: Das Wort "Nachhaltigkeit" ist angekommen. Auch in dem von uns heute vorgestellten Abschlussbericht unserer Enquetekommission findet es sich ausreichend häufig. Wir können also zufrieden sein. Enquetekommissionen wirken nachhaltig – auch unsere.

(Beifall von den PIRATEN und Hans Christian Markert [GRÜNE])

Im Sinne der Nachhaltigkeitsenquete des Deutschen Bundestages haben wir gearbeitet und Ergebnisse vorgelegt. Das ist gut so; denn auch für den vorliegenden Bericht haben die Fraktionen kluge Menschen bestellt, Experten hinzugezogen und Gutachten beauftragt.

Landtag

Außerdem stecken nicht unerhebliche finanzielle Mittel darin. Der Steuerzahler hat also ein Recht darauf, dass nun auch weiterhin klug mit den Ergebnissen verfahren wird. Die Bürger dürfen eine bessere und schnellere Umsetzung erwarten, als es bei den Empfehlungen der Bundestagsenquete zur Nachhaltigkeit der Fall war.

Die Handlungsempfehlungen beschreiben also wissenschaftlich und konsensual, was technisch möglich ist. Durch die sachlichen, fast lakonischen und wertungsfreien Formulierungen ließ sich Einigkeit erreichen.

Der Streit beginnt jetzt auf anderen Ebenen, außerhalb der rein technisch-wissenschaftlichen fachlichen Diskussion unter bisher ausgeklammerten Aspekten, die nun relevant werden: betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, ökologische, politische, gesamtgesellschaftliche.

Nicht alles, was wertungsfrei als technisch machbare Handlungsempfehlung beschrieben ist, ist auch sinnvoll oder erwünscht, egal ob unter einem der jetzt hinzukommenden Aspekte oder unter allen. Es geht um Ressourcennutzung, Effizienz, Suffizienz und Kreislaufwirtschaft - der Weg hin zu einer Kreislaufwirtschaft, wie der Kommissionsvorsitzende Herr Markert das vorhin schon in seiner Einleitungsrede so zutreffend beschrieb.

Wir haben schon letzte Woche die ersten medialen Fehlinterpretationen erleben müssen, noch vor der Vorstellung unserer Ergebnisse an diesem Montag. In dieser Woche folgten dann weitere von landespolitischer Seite. Es wird so weitergehen mit gezielten Fehlinterpretationen wider besseres Wissen durch Menschen, die eine bestimmte Agenda verfolgen.

Werden auch jetzt wieder andere Menschen - nicht unbedingt ebenso klug wie die Kommissionsexperten - bestimmen, was aus den Empfehlungen gemacht wird? - Nein! Das hat die Kommission, das haben ihre Ergebnisse nicht verdient. Es lohnt sich, da gegenzusteuern.

Für die Piraten stelle ich eindeutig fest, dass wir weiter an unserer Forderung nach einem Komplettverbot für Fracking nach fossilen Brennstoffen festhalten. Der Versuch, aus den Ergebnissen der Kommission abzuleiten, Fracking sei jetzt eine Option, ist eine gezielte Fehlinterpretation wider besseres Wissen durch Menschen, die platt und stumpf ihre kurzsichtige Agenda verfolgen.

> (Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRUNEN)

Die Kommission hatte Fracking ausdrücklich ausgeklammert. Darauf hat der Kommissionsvorsitzende Markert eben nochmals hingewiesen.

Die lakonisch beschriebene Tatsache, dass Braunkohleveredelung technisch machbar ist, bedeutet ebenfalls nicht, dass sie unter all den anderen Aspekten sinnvoll oder erwünscht wäre. Hier muss die gesamtgesellschaftliche Abwägung vorgenommen werden, auch unter Aspekten der Nachhaltigkeit, des Umweltschutzes, des Flächenverbrauchs, der Volkswirtschaft, der gesellschaftlichen Akzeptanz.

Betriebswirtschaftlich rechnet sich das schon gar nicht. Und solange das so bleibt, müsste man entsprechend Geld nachschießen, damit sich überhaupt jemand findet, der das betreibt.

Aber Forschung und Entwicklung schreiten voran, und niemand weiß, was in 20 Jahren möglich und sinnvoll ist, ökologisch und nachhaltig betrachtet. Es ist schade, dass bei der Interpretation der Handlungsempfehlungen all dies bereits jetzt ausdrücklich betont werden muss.

Wie gesagt, die Bürger erwarten zu Recht eine gute und schnelle Umsetzung unter ihrer politischen Beteiligung, durch eine vorausschauende Wirtschaft, eine weitsichtige Industrie und durch eine kluge und nachhaltige Landes- und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Möge uns das gelingen! - Vielen Dank.

> (Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin*), Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Enquetekommission, sehr geehrter Herr Markert! Alle anderen, die hier schon gesprochen haben, seien ebenfalls mit einbezogen.

Ganz herzlichen Dank für die nicht nur sehr spannende Beratung am heutigen Nachmittag, sondern vor allen Dingen herzlichen Dank für die von Ihnen geleistete Arbeit. Nicht nur die Seitenzahl ist sehr beeindruckend, sondern auch das, was auf den Seiten steht. Das ist ein tolles Beispiel für gelungene parlamentarische Arbeit.

Kollege van den Berg hatte ja gesagt, einen Chemienobelpreis würde man für das, was darin steht, nicht bekommen; aber ich hatte manchmal während der Debatte den Eindruck, der Friedensnobelpreis wäre eine Option,

(Heiterkeit und Beifall von allen Fraktionen)

angesichts der Einigkeit, die wir gerade vernommen haben.

Sie haben alle nur denkbaren Optionen, die die chemische Industrie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hat, beleuchtet, von der Rohstoffseite über die Werkstoffe und Verfahren bis hin zu den möglichen Beiträgen der Chemie zum Gelingen der Energiewende. Das ist eine – so mein Eindruck – in Teilen auch über den Einsetzungsbeschluss hinausgehende wirklich umfassende Analyse, die allen Akteuren, die an diesem Thema arbeiten, eine ganz wesentliche Hilfe sein wird.

Sie haben diese Optionen rational und analytisch bewertet – darauf haben der Vorsitzende und andere Redner und Rednerinnen auch hingewiesen –, nach ökologischen, nach ökonomischen, aber eben auch nach sozialen Kriterien. Ich glaube, das ist die Basis dafür, dass seriöse und ideologiefreie Empfehlungen gegeben worden sind, die dann eben auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Sie haben – das ist noch einmal deutlich geworden – diesen überparteilichen Konsens herbeigeführt. Es gibt keine Minderheitsvoten, keine weißen Flecken in dem Bericht. Es gibt auch nicht irgendwelche Themen, an die Sie sich nicht herangewagt hätten, weil das zu Streit hätte führen können. Sie haben alles behandelt. Deswegen kann man davor wirklich nur den Hut ziehen.

Ich weiß aber auch, dass Ihnen ein solches Lob als Stellungnahme zu einem solch umfassenden Bericht der Enquetekommission nicht ausreichen würde. Es geht vielmehr um die 58 Handlungsempfehlungen, die zu einem nicht kleinen Anteil auch ganz konkret uns als Landesregierung zum Adressaten haben. Manches geht darüber hinaus, aber nicht selten sind auch wir herausgefordert.

Seien Sie gewiss, dass nicht nur mein Haus, sondern die gesamte Landesregierung, insbesondere das Ressort Wissenschaft der Kollegin Schulze, aber auch die Ressorts Umwelt, Schule und Arbeit mit einbezogen werden in die Bewertung und in die Analyse Ihrer Handlungsempfehlungen. Wir werden unverzüglich daran gehen, diese Gespräche aufzunehmen. Der von der Enquetekommission betrachtete Untersuchungszeitraum umfasst ja zwei Investitionszyklen. Ganz so lange werden wir uns als Landesregierung nicht Zeit nehmen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sondern wir werden sehr viel schneller die ersten Einschätzungen vornehmen.

Es ist ja auch nicht so, dass wir in der Landespolitik – das darf ich insbesondere für die Wirtschaftspolitik sagen – jetzt bei null anfangen müssten. Die Stärkung von Netzwerken, ob Cluster oder Produktionsverbünde, steht seit Jahren auf der Agenda. Die Bedeutung von Innovation für unser Industrie-

land muss ich auch nicht betonen; da haben wir sehr übereinstimmende Wahrnehmungen.

Mit Blick auf die Empfehlungen zur Industrie- und Technologieakzeptanz darf ich auf das verweisen, was wir beim "Dialog schafft Zukunft – Fortschritt durch Akzeptanz" schon geschafft haben. Was in der Dialoggeschäftsstelle mit den neu zu beauftragenden handelnden Personen weiterentwickelt wird, wird dazu beitragen, die Arbeiten noch besser zu verzahnen.

Ähnliches gilt für das Thema "Förderpolitik" oder auch das Thema "Bürokratie". In der laufenden EFRE-Förderperiode ist vieles einfacher als vorher dank Pauschalen, vereinfachter Verfahren und deutlicher Verringerung der bewilligenden Stellen.

Auch haben wir mit dem EFRE unsere Innovationsförderung ganz bewusst auf die Leitmärkte ausgerichtet. Damit sind wir ziemlich nahe bei dem auch von Ihnen Gewünschten. Basis der Förderung ist die Innovationsstrategie des Landes, die auf den Aspekten Fortschritt und Nachhaltigkeit fußt. Wir werden uns in der Landesregierung sehr zügig und intensiv damit auseinandersetzen. Hier und heute ist nicht der Ort, zu den Vorschlägen im Einzelnen Stellung zu nehmen; das habe ich gerade versucht, deutlich zu machen. Ich will aber einige Stichworte aus der Debatte aufgreifen, um deutlich zu machen, dass wir auf dem Weg sind.

Zum Thema "Abfallströme als Rohstoff" gibt es eine Debatte, die wir, weil es dazu ja auch mal Vorschläge in einer öffentlichen Studie gegeben hat, sehr früh aufgegriffen haben. Die Beteiligten wissen, dass wir das für ein Thema halten, das besonders intensiv bearbeitet werden soll.

Zu den vorgeschlagenen Pilotanlagen frage ich: Wie können wir es schaffen, dass Erkenntnisse, die auch außerhalb Nordrhein-Westfalens zugänglich sind, am Ende nicht irgendwo in der Republik, sondern tatsächlich hier in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden? Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Wir reden über die Energiewende. Ohne das Fass an dieser Stelle aufzumachen: Dass die Speicherung dabei in Zukunft eine ganz wesentliche Rolle spielen wird und dass deswegen auch eine Technologie, die heute wirtschaftlich nicht darstellbar ist, etwa Power-to-Gas, eine Rolle spielen kann, ist ebenfalls ein sehr wichtiger Hinweis.

Mich hat besonders gefreut, dass noch zwei weitere Themen einen wesentlichen Teil der Arbeit in der Enquetekommission bestimmt und auch in der heutigen Debatte eine Rolle gespielt haben, nämlich das Thema "Stoffliche Nutzung" und das Thema "Kohlechemie". Für die Zukunftsfähigkeit der Region sind diese Themen natürlich von besonderer Bedeutung. Wir reden ja auch an anderen Stellen, zum

Beispiel in der "Innovationsregion Rheinisches Revier" ganz intensiv darüber. Ich glaube, dass sich hier verschiedene Handlungsstränge optimal ergänzen, um daraus dann wirklich etwas Konkretes zu machen, was zusätzliche Wertschöpfung in die Region bringt. Die zeitlichen Perspektiven sind von Frau Dr. Beisheim und anderen bestätigt worden.

Was mich ebenfalls besonders gefreut hat und was ich noch einmal herausheben will, ist das Thema "Produktdesign".

Auch das Stichwort "Cradle to Cradle" ist hier schon gefallen. Ich habe vor wenigen Wochen eine Potenzialstudie für das Thema "Cradle to Cradle" in Auftrag gegeben, weil ich glaube, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen optimale Voraussetzungen haben, um das zu einem Markenzeichen des Strukturwandels und überhaupt des Wandels unserer Industriegesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu machen.

Das zu verknüpfen und nicht nur vom Ende her zu denken, wie so etwas aussieht, sondern schon zu Beginn möglichst viele Akteure von Produktdesignern bis zu Chemie- und Werkstoffexperten einzubeziehen und das Ganze wissenschaftlich begleiten zu lassen, das sehen wir als wichtige Aufgabe an. Deswegen wird es diese Potenzialstudie geben. Ich bin davon überzeugt, dass sich das wiederum mit den Ergebnissen der Enquetekommission hervorragend ergänzt.

Das sollen nur einige Beispiele sein, ohne eine abschließende Bewertung vorzunehmen. Ich erlaube mir an dieser Stelle aber das Fazit, dass der Abschlussbericht ein wirklich ausgewogenes, ein kluges Werk ist. Ihnen liegt ebenso wie mir und der Landesregierung der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Chemieindustrie am Herzen. Das ist deutlich zu spüren. Das war sicherlich, als die erste Idee zur Einsetzung einer solchen Enquetekommission diskutiert wurde, nicht allen so vor Augen. Dass Sie das unter Beweis gestellt haben, verdient aus meiner Sicht ein besonderes Lob.

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den wir – ich hatte Herrn Markert dazugebeten – auch bei den letzten beiden Chemiegipfeln diskutiert haben. Dabei saßen Vertreterinnen und Vertreter der chemischen Industrie sowie der Gewerkschaften an einem Tisch, um über diese Perspektiven zu sprechen.

Immer wieder wird deutlich – das müssen wir auch in die Öffentlichkeit tragen –, dass die Chemie ein Pfeiler unseres Wohlstands ist und ein Pfeiler der nordrhein-westfälischen Industrie. Gleichzeitig ist sie Treiber von Innovationen. Sie ist unerlässlich für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Egal ob wir über Klimawandel, Energiewende, Ernährung der Weltbevölkerung oder Mobilität reden: Ohne die Innovationen der Chemie ist die Bewältigung dieser Megathemen nicht denkbar.

Ich glaube, dass der Bericht der Enquetekommission und ihre Arbeit dazu beitragen können, das Verständnis für die Bedarfe der Branche, aber auch ihre Verdienste zu stärken. Dass das – ich wiederhole mich – in einem parteiübergreifenden Konsens gelungen ist, ist eine ganz besondere Leistung.

Gemeinsame Aufgabe von Parlament und Landesregierung ist es jetzt, den Rahmen für wirtschaftliche Betätigung und Investitionen so zu stecken, dass Innovationen im Sinne unseres Standorts erhalten und gestärkt werden können.

Deswegen: Ganz herzlichen Dank für diese gute und herausragende Arbeit! – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Enquetekommission, den Bericht 16/8500 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Bericht der Enquetekommission II Drucksache 16/8500 zur Kenntnis genommen worden. Das haben wir heute per Abstimmung festgestellt; das ist etwas ganz Besonderes.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf im Namen des Hohen Hauses allen Mitgliedern der Enquetekommission sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte und umfangreiche Arbeit danken. Ich bin sicher, Sie haben mit Ihrem Bericht einen bedeutenden Beitrag geleistet. Ich glaube, das ist heute durch diese Debatte, auch durch den Stil dieser Debatte, deutlich geworden. Sie haben für die zukünftigen Entscheidungen im Rahmen der Chemiepolitik einen großen Beitrag für unser Land Nordrhein-Westfalen geleistet. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

8 "Operation Last Chance" – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8445 Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Marion Warden das Wort. Bitte schön.

Marion Warden (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer auf der Besuchertribüne! Wir kennen sie, diese erschütternden Bilder. Immer wieder – gerade in den letzten Wochen – brennen sie sich in unsere Wahrnehmung: diese Bilder von Krieg, Verwundung, Gefangenschaft, Folter, Verelendung und Tod.

Es ist fast unerträglich, darüber nachzudenken, dass Menschen gewaltsam herausgerissen wurden aus ihrem normalen Leben, um sie grausam zu quälen und zu ermorden. Es ist nicht vorstellbar, dass es Menschen gab, die das alles bewusst und voller Grausamkeit geplant und umgesetzt haben.

In diesem Jahr erinnern wir uns schmerzlich an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai und besonders an die Befreiung von Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald und Dachau.

Wir verschließen heute nicht unsere Augen, unsere Ohren und unsere Sinne und sagen: "Der Krieg ist 70 Jahre her", sondern wir stellen uns als freiheitlich-demokratische Gesellschaft der Auseinandersetzung.

(Beifall von der CDU)

Wir fragen nach den Tätern, sprechen über die vielen Mitläufer, die Verfolger, die Profiteure dieser so schwer zu begreifenden Menschheitsverbrechen.

Wir, die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages, schließen uns zu diesem schrecklichen Kapitel unserer Vergangenheit zusammen. "Operation Last Chance" – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden" – so lautet der Titel unseres heutigen Antrages, der von allen Fraktionen gemeinsam getragen wird.

Hintergrund des Antrages ist die durch das Simon-Wiesenthal-Institut im Jahre 2013 gestartete Kampagne mit dem Titel "Spät, aber nicht zu spät. Operation Last Chance". Ziel der Kampagne war und ist es, noch lebende Nazikriegsverbrecher aufzuspüren und ihrer strafrechtlichen Verfolgung zuzuführen.

Mit unserem gemeinsamen Antrag verdeutlichen wir als Landtag NRW, dass die Verfolgung nationalsozialistischer Massenverbrechen unser gemeinsames, zentrales Anliegen ist. Wir fordern darin die staatlichen und die nicht staatlichen Stellen auf, ihre Erkenntnisse über nationalsozialistische Verbrechen in unserem Bundesland den Strafverfolgungsbehörden zu übermitteln. Diese müssen in die Lage versetzt werden, alle notwendigen Ermittlungen einzuleiten, um die letzten noch lebenden NS-Täter auch in NRW strafrechtlich zu verfolgen. Dafür ist es spät, aber nicht zu spät.

Denn: Unsere heutige Freiheit ist nicht selbstverständlich. Auch heute treffen rassistisches Gedankengut und Fremdenhass unschuldige Menschen in unserem Land. Erinnert sei an die NSU-Morde und das Versagen der Ermittlungsbehörden, an die unsäglichen von Fremdenhass und Intoleranz geprägten Aufzüge in vielen Städten. Erinnert sei an die Angriffe auf Flüchtlingswohnheime und an die Drohungen gegenüber Politikern, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen in ihren Kommunen stark machen.

70 Jahre nach der Befreiung leben noch immer Täter des verbrecherischen Regimes unerkannt unter uns. 70 Jahre nach Kriegsende sind wir es den Millionen von Ermordeten schuldig, ihre noch lebenden Mörder zur Verantwortung zu ziehen. 70 Jahre nach Ende der NS-Schreckensherrschaft wird deutlich, dass die Aufarbeitung unserer Geschichte noch nicht vollzogen ist.

Wir verabschieden heute den Antrag in dem Bewusstsein, es den Opfern und ihren Angehörigen bis heute schuldig zu sein, die noch lebenden Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den PIRATEN)

Wir verabschieden ihn aber auch in dem Bewusstsein der Verantwortung für uns und alle nach uns folgenden Generationen, dass diese Taten gesühnt werden müssen.

Und es ist nicht nur unsere letzte Chance, dem Gerechtigkeitsanspruch Genüge zu tun, sondern sicher auch die letzte Chance für die Täter, sich ihrer Schuld zu stellen und vor dem eigenen sicheren Tod die Opfer um Vergebung zu bitten. Es ist spät, aber nicht zu spät. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Warden. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hendriks.

Heiko Hendriks (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Rechtswesen des antiken Rom gab es verschiedene Leitsätze. Einer dieser Leitsätze lautet: Iniustitia tempus ignorat. Iniustitia tempus ignorat bedeutet frei übersetzt: Das Unrecht kennt keine Zeit.

Ich glaube, dass dieser Leitsatz sehr gut zu unserem heutigen gemeinsamen Antrag passt, weil wir darüber nachdenken müssen, ob Unrecht verjähren kann. Mir ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir im deutschen Strafrecht bei Mord, Anstiftung zum Mord oder Beihilfe zum Mord die Nichtverjährung bereits festgeschrieben haben. Bei unserem heutigen gemeinsamen Antrag muss man nicht nur die juristische Seite betrachten, sondern auch die moralische

Komponente benennen. Meines Erachtens, sehr geehrte Damen und Herren, spielt die moralische Komponente hier eine große Rolle.

Haben wir nicht gemeinsam vor dem Hintergrund unserer Geschichte die Pflicht, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die sich schuldig gemacht haben? Dabei spielt es doch gar keine Rolle, ob dies 50, 60 oder 70 Jahre her ist, wie in diesem Falle. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch 70 Jahre danach müssen diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die sich schuldig gemacht haben.

(Beifall von allen Fraktionen)

die nicht nur Teil eines barbarischen Systems waren, sondern aktiv mitgewirkt haben, dass dieses System auf der einen Seite aufrechterhalten wird und die auf der anderen Seite individuell Schuld auf sich geladen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Berücksichtigung dieser moralischen Komponente sind wir auch den Opfern schuldig.

Und ich finde, dieser Prozess in Lüneburg zeigt sehr deutlich, dass das 70 Jahre später durchaus noch möglich ist. Denn ich weiß sehr wohl und Sie auch, dass es hier und da Kritik gibt, dass man sagt: 70 Jahre später. Wie alt sind dann die Angeklagten? Macht das überhaupt noch Sinn? Können die dem Gerichtsverfahren folgen? Was passiert, wenn die verurteilt werden? Passt das, wenn die 90 Jahre, 95 Jahre alt sind?

Ich finde, dass gerade dieser Prozess in Lüneburg zeigt, dass es funktioniert. Wir haben hier einen Angeklagten, der nicht nur in der Lage ist, den Inhalten zu folgen. Mehr noch: Wir haben seit langer Zeit auch mal wieder einen Angeklagten, der sogar ein Stück Reue zeigt, der davon spricht, dass er moralische und wahrscheinlich auch strafrechtliche Schuld auf sich geladen hat.

Deswegen, meine Damen und Herren, glaube ich, dass dieser Prozess durchaus all diejenigen widerlegt, die sagen: Lasst alles hinter uns, lasst es uns vergessen, lasst uns strafrechtlich die Sache nicht mehr verfolgen.

"Operation Last Chance" bietet die Möglichkeit – und deswegen ist es klug, dass wir heute diesen gemeinsamen Antrag stellen –, noch einmal sozusagen die letzte Chance zu ergreifen, diejenigen dingfest zu machen, die Schuld, individuelle Schuld, im Rahmen eines verbrecherischen Regimes auf sich geladen haben.

Deswegen, meine Damen und Herren, unser Credo: Dieser gemeinsame Antrag ist gut, richtig und wichtig. Und das müssen wir an dieser Stelle auch sagen: Besser spät als nie. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hendriks. Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Einsatz und das Bestreben des Simon-Wiesenthal-Zentrums bei "Operation Last Chance" erhält heute breite Unterstützung des gesamten Parlaments. Denn dieses Zentrum setzt sich für die Strafverfolgung von Täterinnen und Tätern des Nationalsozialismus ein.

Dieser Antrag ist bitter nötig. Liebe Piraten, deshalb sind wir froh, dass alle Fraktionen im Landtag Ihre Initiative aufgegriffen haben und wir jetzt zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind. Vielen Dank dafür.

(Beifall von allen Fraktionen)

Er ist deshalb bitter nötig, weil es beschämend ist. Es ist beschämend, wie lange der dunkle Schatten des Nationalsozialismus auf der Justiz in Deutschland lag. Es ist beschämend, dass wir heute, 70 Jahre nach Kriegsende, über diese letzte Chance sprechen müssen, weil noch immer nicht alle Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen wurden. Viele Verbrechen der Nazizeit sind noch nicht aufgeklärt und die Schuldigen noch nicht verurteilt. Der Rechtsstaat der Bundesrepublik hat versagt, als es darum ging, die großen Verbrechen der Schoah beharrlich und ohne Verdrängung aufzuarbeiten. Die Justiz der Bundesrepublik Deutschland hat hier große Schuld auf sich geladen.

Die heutige Justiz in Deutschland ist eine andere, eine unabhängige Justiz auf der Grundlage des Grundgesetzes und des deutschen Richtergesetzes. Deshalb ist es heute umso mehr unsere Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass jeden Tag die Strafverfolgung der noch lebenden Täterinnen und Täter vorangebracht wird.

(Beifall von allen Fraktionen)

Denn für Gerechtigkeit darf es nie zu spät sein. Wir wissen: Mord verjährt nicht. Und für das Leid der Überlebenden gibt es auch keine Verjährung.

Mich persönlich bewegt es, wenn Überlebende in Anbetracht dieses unendlichen Leids verzeihen oder gar vergeben können, wenn Überlebende die menschliche Größe zeigen, auf Unmenschliches mit Verzeihung zu reagieren.

Aber bitte vergessen wir nicht: Es ist ihr Recht und das Recht ihrer Angehörigen und ihrer Nachkommen, selbst über den Umgang mit der Schoah zu entscheiden und zu bestimmen. Ob sie als Zeitzeugen wertvolle Jugendarbeit an Schulen und Gedenkstätten leisten wollen, ob sie ihren Peinigern jemals wieder gegenübertreten wollen, ob sie im Strafprozess selbst als Nebenklägerin oder Nebenkläger auftreten wollen oder welche Form des Umgangs sie auch wählen – all das ist ihr gutes Recht.

30.04.2015 Plenarprotokoll 16/84

(Beifall von allen Fraktionen)

Simon Wiesenthal sagte, er habe sich immer wieder gefragt, was er für die tun kann, die nicht überlebt haben. Herr Präsident, ich zitiere:

"Die Antwort, die ich für mich gefunden habe (und die keineswegs die Antwort jedes Überlebenden sein muss), lautet: Ich will ihr Sprachrohr sein, ich will die Erinnerung an sie wachhalten, damit die Toten in dieser Erinnerung weiterleben können."

Gerade wenn wir in der nächsten Woche den 70. Jahrestag der Befreiung vom Naziregime gedenken, ist es wichtig, dass nun die letzten möglichen Verurteilungen stattfinden. Jeder Strafprozess stellt die individuelle Schuld einer Person fest. Jeder Strafprozess benennt Unrecht beim Namen. Jeder Strafprozess macht Verbrechen sichtbar. Jeder heutige Strafprozess ist Teil der Versöhnung.

Die Sichtbarmachung des Unfassbaren ist nicht nur wichtig für die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch unsere Verantwortung für die Zukunft. Denn jedem Aufkeimen von neuen Rechten oder Neonazis werden wir entschlossen entgegentreten.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie werden wir mit demokratischen Mitteln bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit uns das glaubwürdig und aufrichtig gelingt, müssen wir die letzte Chance für die Strafverfolgung der alten Verbrechen nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Hanses. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der "Operation Last Chance" hat das Simon-Wiesenthal-Zentrum dazu aufgerufen, die letzten noch lebenden NS- und Kriegsverbrecher zu enttarnen und sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Der Direktor des Jerusalemer Büros, Efraim Zuroff, geht davon aus, dass noch zwischen 60 und 120 Personen in Deutschland leben könnten, vor allem Aufsichtspersonal von Konzentrationslagern und Mitglieder von Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD.

Meine Vorredner sind bereits auf einige Aspekte eingegangen. Es ist gut, dass heute der Landtag geschlossen den Willen zur Aufarbeitung der zwölf dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte bekräftigt. Beim 40-jährigen Jubiläum der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg hat der damalige baden-württembergische Justizminister Prof. Ulrich Goll zu Recht festgestellt, die strafrechtliche Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen in den ersten Nachkriegsjahren sei kein Ruhmesblatt der deutschen Justiz gewesen.

In der Tat verlief die Strafverfolgung oft nur schleppend. Viele heute unverständliche Gründe wurden zur Entschuldigung dessen vorgebracht. Die Justiz wie auch die Politik der jungen Bundesrepublik war häufig wenig willens, sich mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. Die Forderung eines Schlussstrichs wurde auf allen Ebenen erhoben. Für viele Deutsche hätte die Reflexion der NS-Zeit bedeutet, eigene Fehler einzugestehen. Nur der Hauptkriegsverbrecherprozess wurde beinahe kritiklos geführt.

Dies hat sich zum Glück geändert. Die Justiz geht kritisch mit der eigenen Vergangenheit um. Die Dokumentations- und Forschungsstelle in Recklinghausen mit ihrer Schriftenreihe und ihrer Ausstellung unterstreicht dies deutlich. NRW ist hier sicherlich ein Vorreiter.

Auch die strafrechtliche Aufarbeitung hat große Fortschritte gemacht. Bis zum Jahr 2000 wurden von der deutschen Justiz Ermittlungsverfahren gegenüber 100.000 Personen wegen NS-Verbrechen eingeleitet, knapp 6.500 Personen rechtskräftig verurteilt. Bereits zuvor mussten sich zahlreiche Täter alliierten oder ausländischen Gerichten stellen. Doch bis heute gibt es Verbrecher, die unbehelligt in Deutschland leben. Die meisten dürften das Alter von 90 bereits überschritten haben.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum sucht seit seinem Bestehen nach diesen Personen und kann in seinem bald 40-jährigen Bestehen etliche Erfolge nachweisen. Dass solche Hinweise und Erkenntnisse von NGOs und Privatpersonen nicht umsonst sind, wird dadurch bewiesen, dass die Zentrale Stelle noch im letzten Jahr zwölf Fälle an die zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben hat.

Der bereits erwähnte aktuelle Prozess gegen den früheren SS-Unterscharführer Oskar Gröning ist ein prominentes Beispiel, dass das Alter und das bereits weit zurückliegende Ende von Krieg und Nazidiktatur nicht von der Verantwortung befreien, für die Straftaten in der Vergangenheit geradezustehen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Wie zuvor auch der Prozess gegen John Demjanjuk bewiesen hat, können sich die Täter nicht dahinter verstecken oder damit entschuldigen, dass sie nur ein Rädchen im Getriebe der nationalsozialistischen Mordmaschinerie waren. Der Justizminister berichtete in der Sitzung des Rechtsausschusses vom 26. November 2014, dass bei der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Dortmund zum 31. August 2014 insgesamt gegen 37 Personen strafrechtlich ermittelt wurde. Der Leiter der Zentralen Stelle in Ludwigsburg teilte mit, dass dort rund ein Dutzend Vorermittlungsverfahren geführt werden, doch immer wieder, gerade aus Südamerika, neue Namen hinzukämen.

Die Zahlen erscheinen auf den ersten Blick gering, doch die Taten verjähren nicht.

Das große Interesse und die vielen Nebenkläger im Fall Gröning zeigen, dass es – neben jeder gerechtfertigten Strafverfolgung – für die Opfer um die Genugtuung geht, dass nationalsozialistische Verbrechen nicht ungesühnt bleiben und Täter vor einem deutschen Gericht stehen, um mit der eigenen schmerzhaften Vergangenheit ein Stück weit abschließen zu können.

Im letzten Jahresbericht des Simon-Wiesenthal-Zentrums wurde Deutschland bei der Strafverfolgung von NS- und Kriegsverbrechern die Note "sehr gut" bescheinigt. Das ist für uns zugleich Verpflichtung.

Unser Land hat eine historische Verantwortung. Die Opfer haben ein Recht auf Gerechtigkeit. Die Politik sollte daher heute den eigenen Willen, dazu beizutragen, erneut formulieren. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wedel. – Für die Fraktion der Piraten spricht nun Herr Schwerd.

Daniel Schwerd*) (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der deutschen Ostfront im Zweiten Weltkrieg folgte eine etwa 3.000 Mann starke Tötungsbrigade, die sogenannten Einsatzgruppen. Sie wurden aus Polizisten, SD, Gestapo und Waffen-SS zusammengesetzt. Aufgeteilt in vier Gruppen, bezeichnet mit A, B, C und D, waren sie seit Juni 1941 in Osteuropa im Einsatz. Sie sollten in den eroberten Gebieten Führungspersonal, Beamte, Intellektuelle, Kranke und Behinderte, mutmaßliche Partisanen, vor allen Dingen aber Juden töten.

Man umstellte die Opfer – Männer, Frauen und Kinder – und brachte sie außerhalb der Ortschaften. Dort wurden die Menschen erschossen und in Panzergräben, Steinbrüchen, Kiesgruben oder Schluchten verscharrt.

Mindestens eine Million Mal legten diese Einsatzgruppen das Gewehr an und erschossen einen Menschen. Das Unterkommando 4a der Gruppe C etwa, tötete allein am 29. Und 30. September 1941 in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der Polizei in Kiew 33.771 Juden und verscharrte sie in der Schlucht von Babyn Jar.

Später kamen mobile Gaswagen zum Einsatz, damit die Massentötungen die Einheiten nicht zu sehr seelisch belasteten. Darin wurden die Opfer mit den Motorabgasen ermordet.

In den NS-Archiven liegen insgesamt 195 sogenannte Ereignismeldungen vor, insgesamt mehr als 4.000 Seiten Papier. In ihnen ist mit Datum, Ort und konkreten Umständen der Mord an mindestens 535.000 Menschen dokumentiert.

Im sogenannten Einsatzgruppenprozess 1947 und 1948 sollten diese Taten verfolgt werden. Insgesamt 24 Kommandeure standen vor Gericht, weil der Gerichtssaal über 24 Sitze für Angeklagte verfügte. Die meisten anderen Mitglieder der Einsatzgruppen blieben trotz der klaren Quellenlage unbehelligt. Das Gleiche gilt übrigens für viele und zahlreiche Täter in Konzentrationslagern, die sich später auf Befehlsnotstand beriefen. Leider hat unser Land eine lange Tradition, solche Täter weder gerichtlich zu belangen, noch sie dorthin auszuliefern, wo ihnen der Prozess gemacht würde.

Auch innerhalb NRWs gibt es solche unrühmlichen Beispiele wie den SS-General Heinz Lammerding, der die 2. SS-Panzerdivision "Das Reich" – so hieß diese – gegen Partisanen kommandierte. Er wurde wegen des Massakers von Oradour in Frankreich zum Tode verurteilt. Unbesorgt vor einer möglichen Auslieferung oder Verurteilung im Inland war Lammerding nach dem Krieg als Bauunternehmer nur wenige Kilometer von hier im Norden Düsseldorfs tätig und genoss anschließend seinen Lebensabend am Tegernsee.

Ende 2013 startete das Simon Wiesenthal Center in Deutschland die Kampagne "Operation Last Chance". Es legte dem Bundesinnenministerium eine Liste mit Namen von 80 heute möglicherweise noch lebenden Mitgliedern der Einsatzgruppen vor. Es ist spät, aber noch nicht zu spät, die verantwortlichen Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen – nichts weniger fordern wir hier.

In einer aktuellen Umfrage der BertelsmannStiftung sagen 81 % der Deutschen, dass sie die Geschichte der Judenverfolgung gerne hinter sich lassen würden. 58 % der Befragten wollen einen regelrechten Schlussstrich unter dieses Kapitel der deutschen Geschichte ziehen. Doch einen Schlussstrich darf es unter diese Verbrechen niemals geben. Die Mahnung an diese Verbrechen ist wichtig und muss weiter gelten.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Wer Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. Ich freue mich, dass sich alle Fraktio-

nen unserem Antrag anschließen konnten und wir hier heute ein gemeinsames starkes Zeichen setzen können – gerade auch angesichts wieder aufflackernder antisemitischer Taten in Deutschland und Europa.

Im ursprünglichen Antrag haben wir eine Holschuld des Justizministeriums für diese Listen formuliert. Leider wurde in der späteren Beratung diese Forderung etwas abgeschwächt. Ich erwarte, dass das Justizministerium sich auch ohne expliziten Beschluss dafür verantwortlich fühlt, alle relevanten Informationen zu beschaffen: beim Bundesjustizministerium, beim Innenministerium und beim Simon Wiesenthal Center selbst. Der vereinbarten Berichtserstattung durch die Landesregierung bis zum Ende des Jahres sehen wir gespannt entgegen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung abseits meiner Notizen machen. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie bei diesem Antrag mitgegangen sind. Für mich ist das bislang der bewegendste Moment, den ich persönlich hier erlebe. Ich weiß nicht, ob Sie das nachvollziehen können. Ich habe jedenfalls jetzt das Gefühl – wenn 2017 dies alles einen anderen Weg nimmt –, dass ich das getan habe, was ich tun konnte. Danke schön.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schwerd. – Für die Landesregierung spricht nun der Justizminister, Herr Kutschaty.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeit des Simon Wiesenthal Centers verdient nicht nur unseren großen Respekt, sondern auch unseren Dank. Die Arbeit des Simon Wiesenthal Centers erlaubt es uns auch, hier im Parlament einmal eine halbe Stunde lang innezuhalten und nachzudenken – nachzudenken auch über die Frage: Wie ist diese angesprochene letzte Chance eigentlich gemeint?

Gemeint, meine Damen und Herren, ist sicherlich, dass die letzten noch lebenden NS-Täter ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden. Möglicherweise ist aber auch eine letzte Chance der Justiz gemeint, ihr oftmals beschämendes Versagen bei der Aufarbeitung von NS-Verbrechen ein Stück weit wiedergutzumachen. Gemeint ist vielleicht auch unser aller letzte Chance, der Gesellschaft durch rechtsstaatliche Aufarbeitung von NS-Unrecht zu zeigen, dass nationalsozialistisches Gedankengut leider noch nicht endgültig überwunden ist. So sind in Teilen unserer Gesellschaft auch heute noch nicht wenige auf der NS-Ideologie basierende, antidemokratische Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu finden.

Die aufgeworfenen Fragen sind sicherlich sehr vielschichtig und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht vollständig befriedigend zu beantworten. Deswegen möchte ich nur auf einige Gedanken eingehen, die mir in diesem Zusammenhang wichtig sind.

Es lässt in diesen Tagen aufhorchen, wenn ein inzwischen hochbetagter ehemaliger SS-Mann als Angeklagter vor dem Landgericht Lüneburg seine Mitwirkung bei den Massenverbrechen in Auschwitz benennt, moralische Schuld eingesteht und die Holocaustüberlebenden um Vergebung bittet. Nach vielen Jahrzehnten, in denen NS-Täter in der Nachkriegsgesellschaft insbesondere vor bundesdeutschen Gerichten Verantwortung und Schuld mit der Begründung von sich gewiesen haben, immer anständig geblieben zu sein, nur ihre Pflichten erfüllt oder nur Befehle befolgt zu haben, ist bereits ein solches Schuldbekenntnis eine späte Genugtuung für die Opfer und deren Hinterbliebene.

Ihnen geht es primär heute nicht mehr um Strafe, sondern um Gerechtigkeit. Der erst kürzlich im Alter von 91 Jahren verstorbene Ralph Giordano hat im vergangenen Jahr anlässlich des 25-jährigen Bestehens unserer Dokumentations- und Forschungsstelle "Justiz und Nationalsozialismus" ein aus Sicht der Opfer des Holocaust ernüchternde Lebensblanz gezogen: Die Nachkriegsgesellschaft und nicht zuletzt die Justiz habe viel zu lange weggeschaut, vertuscht und verharmlost.

Insbesondere die Planer und Köpfe der Massenverbrechen blieben nach dem Krieg weitgehend unbehelligt. Nicht wenige braune Seilschaften reichten bis tief in die bundesdeutschen Amtsstuben und prägten über Jahrzehnte unseren Staat und die Gesellschaft. Diejenigen, die unter den Nazis und ihren zahlreichen willigen Helfern so sehr gelitten hatten, fanden weit über die Wiederaufbaujahre und das Wirtschaftswunder hinaus nur wenig Gehör oder gar Anerkennung.

Für Giordano war es eine große Qual, nach so vielen Jahren des Mahnens und des Erinnerns auch noch die NSU und Zwickauer Zelle miterleben zu müssen. Es hätte ihm sicherlich, diesem unbequemen Streiter für die Anliegen der Opfer, gefallen, dass die Verfolgung von NS-Massenverbrechen mit dem vorliegenden Antrag heute fraktionsübergreifend gestützt wird.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Es ist die Pflicht der Justiz, dem Gerechtigkeitsanspruch der zahlreichen Opfer des Nationalsozialismus Geltung zu verschaffen und die noch lebenden NS-Täter wegen ihrer Beteiligung am industriellen Massen- und Völkermord im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Verantwortung zu ziehen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Die Justiz leistet dadurch ihren, wenn auch späten Beitrag zur notwendigen Aufarbeitung dieses UnNordrhein-Westfalen

Landtag

rechts, gewinnt nach den zahlreichen Versäumnissen der Vergangenheit selbst einen Teil ihrer Würde zurück und kann damit auch einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung leisten.

In der kommenden Woche, meine Damen und Herren, jährt sich das Ende der NS-Herrschaft zum 70. Mal. Die uns daraus erwachsende Verantwortung dauert an und muss uns immer wieder ein neuer Ansporn sein.

Mein persönlicher Ansporn sind zwei mir für immer im Gedächtnis bleibenden und zugleich erschütternden Berichte von zwei ehemaligen polnischen KZ-Häftlingen, die ich anlässlich eines Zeitzeugendokumentprojekts des Diözesanrats der Katholiken in der Justizvollzugsanstalt Siegburg kennengelernt habe und die mit sehr bewegenden Worten den jugendlichen Inhaftierten ihre Erlebnisse im Konzentrationslager geschildert haben, oder die von mir im Januar dieses Jahres besuchte Lesung von Salomon Perel – sie hat mich nachhaltig beeindruckt –, der Schülerinnen und Schülern des Leibniz-Gymnasiums in Essen seine in dem Buch "Ich war Hitlerjunge Salomon" niedergeschriebene Lebensgeschichte vorgetragen hat.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren: Sie alle werden von ähnlichen Erlebnissen und Begegnungen mit Zeitzeugen berichten können, die Eindruck und auch Ansporn hinterlassen haben, sich gegen rechtsradikale Tendenzen in unserem Lande zu engagieren.

Mit dem zunehmenden Ableben dieser Zeitzeugengeneration wird die Herausforderung der Zukunft darin bestehen, verstärkt den Holocaustleugnern sowie anderen insoweit interessierten Gruppen entgegenzutreten, die bereits seit Kriegsende wiederholt einen sogenannten Schlussstrich einfordern. Unser Ziel, meine Damen und Herren, muss genau das Gegenteil sein. Es muss das Ziel sein, des immer neuen Aufbruchs zu mahnen, zu erinnern und zu gedenken.

Die Befreiung vom NS-Gedankengut war nicht am Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 abgeschlossen, sondern hat an diesem Tage erst begonnen. Sie dauert an, und sie wird auch noch die nachfolgende Generation in die Pflicht nehmen, solange Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit auf den Straßen vieler deutscher Städte wieder propagiert und Flüchtlingsunterkünfte angesteckt werden.

Daher sind die wichtigen und notwendigen Verfahren gegen noch lebende NS-Täter zwar die letzte Chance, individuelle Schuld rechtsstaatlich aufzuarbeiten, aber nicht die letzte Chance, unsere Gesellschaft auf einem offensichtlich sehr langen Weg von Intoleranz, fremdenfeindlichem Gedankengut und antidemokratischen Tendenzen zu befreien. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag Drucksache 16/8445 einstimmig angenommen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

9 Der Mittelstand im ländlichen Raum braucht Zugang zur schnellen Datenautobahn – Die Landesregierung muss zügig die EFRE-Richtlinie zur Förderung von Breitbandanschlüssen für Gewerbebetriebe vorlegen

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8452

Ich eröffne die Aussprache, und für die CDU-Fraktion spricht als erster Redner Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst^{*)} (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! ! Wir diskutieren heute zum fünften Mal in Folge in einer Plenarrunde über den Breitbandausbau – leider. Denn noch immer gibt es in diesem Land kein tragfähiges Konzept für flächendeckenden Breitbandausbau –

(Unruhe - Glocke)

und das, obwohl in Ihrem Koalitionsvertrag steht, den flächendeckenden Ausbau bis 2018 zu gewährleisten. Es ist angekündigt, am 11. Mai die Digitalstrategie der Landesregierung vorzulegen. Ich bin sehr gespannt. Im Februar ist der runde Tisch mangels Themen noch ausgefallen. Stattdessen gibt es jetzt ein Breitbandkompetenzzentrum mit Beratung und Dialog. Beratung ist gut. Wer sollte etwas gegen Dialog haben? Aber Beratung und Dialog verlegen keine Kabel.

(Beifall von der CDU – Lachen von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Im ländlichen Raum sind 60 % der Anschlüsse technologisch veraltet. Der Ausbau kommt bloß schleppend voran. Seit 2012 werden jährlich weniger als 2 % der Anschlüsse zu Breitbandanschlüssen ausgebaut. Mit dem Ausbautempo reißen Sie Ihr eigenes Ziel. Sie werden kaum vor dem Jahr 2030 fertig sein.

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

 Warum tun Sie nichts, wenn Sie das alles schon von mir gehört haben? Aber Achtung, jetzt kommt etwas Neues.

Ich habe heute einen Brief vom Verband der Nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie bekommen. Ich darf daraus zitieren und fange mitten im Brief an:

Gerade aus Sicht der Textilindustrie in NRW wäre es wichtig, gerade auch die digitale Infrastruktur schneller auszubauen. Das gilt zum einen, weil die Unternehmer der Textilindustrie nicht in den Ballungszentren, sondern eher im ländlichen Raum, also eher im Münsterland als im Ruhrgebiet, angesiedelt sind, zum andern hat sich die Textilindustrie gerade in Nordrhein-Westfalen stark verändert.

Dann wird abgestellt auf die Rolle der Textilindustrie in Bezug auf Automobilindustrie, Flugzeugindustrie, Baugewerbe etc., unterschrieben von Dr. Walter Erasmy.

Genau um solche Firmen geht es. Wir haben in dieser Woche von drohenden Strukturbrüchen gesprochen. Wenn die Industrie in unserem Land von der gleichen Wucht der Digitalisierung erfasst wird wie beispielsweise die Contentindustrien, dann droht hier nicht weniger als ein Strukturbruch, wenn es uns nicht gelingt, die Hidden Champions in den ländlichen Regionen ans Breitband anzuschließen.

Herr Minister, Sie haben vor einem Jahr nach langen heftigen Debatten angekündigt, dann doch aus EFRE-Mitteln den Anschluss von Gewerbebetrieben fördern zu wollen. Das ist auch notwendig, und ich kann das nur unterstützen. Ich hätte mir gerne mehr gewünscht, aber immerhin. Denn heute verfügen nach eigenen Angaben erst 25 % der Gewerbebetriebe über schnelles Internet. Jedes dritte Unternehmen fühlt sich aufgrund der mangelnden digitalen Infrastruktur in seiner Entwicklung behindert. Wenn wir diesen Strukturbruch, den ich eben genannt habe, verhindern wollen, können wir den Ausbau der Breitbandinfrastruktur nicht unverändert weiterlaufen lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie kündigen 10 Millionen € für die ganze EFRE-Förderperiode an. Wir bräuchten jährlich mindestens 10 Millionen € und die Kofinanzierung; denn mit der Kofinanzierung lassen die Kommunen die Unternehmen auch noch alleine.

Es war interessant, eine kleine Bemerkung von Frau Kollegin Blask im Wirtschaftsausschuss zu hören. Sie sagte sinngemäß: Ich weiß gar nicht, was Sie haben. Das machen doch jetzt die Kommunen. – Ich glaube, da hat sie mehr ausgeplappert, als sie hätte sollen. Ja, natürlich sind viele Kommunen keen on, wie Frau Ministerpräsidentin sagen würde. Sie sind heiß darauf, einen Breitbandausbau

hinzubekommen, weil das ein Standortfaktor ist. Ja, natürlich.

Wenn Sie auf die Internetseite von BreitbandConsulting.NRW schauen, sehen Sie die Interessensbekundungen vieler Kommunen. Es kommen täglich welche hinzu. Wenn Sie genau in die Formulare schauen, auch in die Formulare der Kommunen aus Ihren Wahlkreisen, dann stellen Sie fest, dass darin immer die Abfrage der Wirtschaftlichkeitslücke steht. Natürlich tun die Kommunen das. Das ist auch gut so. Gerade die Kommunen, die von Ihnen wegen der Gemeindefinanzierung in große Probleme gestürzt worden sind, werden nicht in der Lage sein, alles alleine zu wuppen.

(Beifall von der CDU)

Genau deshalb ist es notwendig, das Thema "Wirtschaftlichkeitslücke" mit mehr Ambitionen anzugehen, als es heute passiert.

Sie setzen auf den Bund. Andere Länder tun trotzdem noch einiges mehr. Sie wollen und hoffen, dass die Kommunen etwas machen. Sie hoffen, dass der Bund etwas tut. Für diese vage Hoffnung riskieren Sie nicht nur ein zentrales Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag, sondern auch die Zukunft des Mittelstandes in unserem Land. Wir können und Sie sollten sich diese Passivität nicht länger leisten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wüst. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Vogt das Wort.

Alexander Vogt*) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Glückwunsch, Herr Wüst. Sie haben es selbst gesagt: Sie schaffen es jetzt zum fünften Mal, zum gleichen Thema in ähnlicher Art und Weise einen Werbeblock für andere Bundesländer abzufeuern. – Sie haben diesmal Bayern etwas zurückhaltender erwähnt. Dazu komme ich gleich noch.

Nordrhein-Westfalen versuchen Sie ebenso wie in den anderen Anträgen wieder schlecht dastehen zu lassen. Sie kritisieren, dass bisher keine auf den Breitbandausbau im ländlichen Raum bezogene Förderrichtlinie für die Beantragung von EFRE-Mitteln vorliegt.

Lassen Sie mich zunächst zur Klarstellung sagen: Förderungsmöglichkeiten für den Anschluss von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Gewerbe- und Mischgebieten bestehen vor allem auf Grundlage des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms. Die Mittel, die über das RWP vergeben werden, setzen sich unter anderem aus EFRE-Mitteln und Mitteln aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zusammen.

Während Ihr Antrag also inhaltlich nicht ganz korrekt das Fehlen einer Förderrichtlinie bemängelt, wird der Landesregierung unterstellt, dem Breitbandausbau keine besondere Priorität zuzugestehen. Das haben Sie gerade wieder gesagt. So schreiben Sie es auch in Ihrem Antrag. Das stimmt nicht.

Die Verzögerung der Neugestaltung der RWP-Richtlinie ist die Folge von Änderungen im europäischen Wettbewerbs- und Beihilferecht. Ohnehin gab es nie einen Förderstopp bzw. einen Stopp der Mittelvergabe. Für den Breitbandausbau im ländlichen Raum stehen neben den von Ihnen immer wieder angesprochenen EFRE-Mitteln zudem Fördermöglichkeiten durch ELER-Mittel zur Verfüllung.

Die Landesregierung hat zudem zugesagt, Mittel, die bei der Versteigerung von Frequenzbändern aufkommen werden, die sogenannte Digitale Dividende II, für den Breitbandausbau einzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme nun zu Ihrem Vergleich zwischen verschiedenen Bundesländern. Sie haben Bayern heute nicht wirklich erwähnt. Vielleicht liegt es daran, dass Sie eine Anfrage an das Wirtschaftsministerium gestellt haben. Durch diese Anfrage wollten Sie einen Vergleich des Breitbandausbaus zwischen Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen erhalten. Sie sagen, in Bayern und Hessen sehe die Situation viel besser aus. Wenn wir uns das Ergebnis anschauen, dann sehen wir: Nordrhein-Westfalen ist das am besten ausgebaute Flächenland in Deutschland. NRW liegt weit vor Bayern und Hessen. Das Ergebnis mag Ihnen nicht schmecken. Deswegen wird dieser Vergleich jetzt wohl nicht mehr erwähnt.

Wie es mit Zahlen und Statistiken so ist – sieht man auch an Ihrem Antrag –: Wenn man lange genug sucht und bestimmte Teile einfach weglässt, dann findet man irgendwelche Punkte, die einem genau ins Konzept passen. Aber wenn wir schon vergleichen, dann richtig. Fakt bleibt: Nordrhein-Westfalen liegt mit 73,4 % Ausbau vor Bayern mit 65 %.

Sie haben den ländlichen Raum angesprochen. Auch in dieser Hinsicht muss sich Nordrhein-Westfalen nicht verstecken. Wir haben im ländlichen Raum von NRW einen Ausbau mit schnellem Internet von 40 %. Bayern liegt bei 28,5 %.

Nordrhein-Westfalen hat natürlich erkannt, dass im ländlichen Raum mehr passieren muss. Es gibt eine Reihe von Initiativen, die über das Geld hinausgehen. Einige haben Sie schon angesprochen.

Es gibt den "Runden Tisch Breitband", den Wirtschaftsminister Duin initiiert hat. Dort sitzen Telekommunikationsunternehmen, Verwaltung und Politik zusammen und versuchen zu koordinieren, damit wir im Breitbandausbau gerade im ländlichen Raum zu einer besseren Zusammenarbeit kommen. Hier wird auch das Thema "Finanzierungsmöglichkeiten" bearbeitet. Am nächsten Montag trifft sich der runde Tisch wieder. Das sollte Ihrer Fraktion bekannt sein.

Dort wird darüber gesprochen und eine Studie über die Situation in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Darin wird deutlich, wo mehr passieren muss und welche Schlussfolgerungen die Landesregierung daraus ziehen kann.

Diese Vorschläge des runden Tisches werden wir gemeinsam diskutieren, genauso wie Ihren einen von mittlerweile fünf Anträgen im Wirtschaftsausschuss. Wir freuen uns auf die Diskussion und nehmen diese Anregungen natürlich mit auf. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vogt. – Die grüne Fraktion wird nun durch Herrn Kollegen Bolte vertreten.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach rheinischen Maßstäben sind die breitbandpolitischen Anträge der CDU inzwischen schon ein Beitrag zur Brauchtumspflege. In unserer Zeitschleife sind wir jetzt wieder an den Anfang der Geschichte, nämlich beim EFRE, angekommen. Damit haben Sie uns vor gut einem Jahr – Herr Wüst, Sie haben daran erinnert – regelmäßig beschäftigt. Ihre Devise lautete damals immer: Naja, wir beantragen da einfach einmal etwas – unabhängig davon, was nun geht oder nicht. Einer Ihrer Punkte – nämlich Punkt 6; das geht schlicht beihilferechtlich nicht – ist auch wieder von dieser Tradition geprägt.

Sie haben in dieser Diskussion nicht immer ganz sauber argumentiert. Das ist auch beim heutigen Antrag der Fall. Sie unterstellen uns, es gäbe nur die 10 Millionen € für den Breitbandausbau aus dem EFRE. Das ist nicht so. Sie verschweigen die Mittel aus der GRW. Ganz besonders verschweigen Sie aber die Strukturfördermittel für den ländlichen Raum aus der GAK und dem ELER. Daraus wenden wir erhebliche Mittel auf. Das ist gut und richtig so. Dabei handelt es sich um gut 60 Millionen €.

Mit den Landesanteilen aus den Frequenzerlösen wird das noch mehr werden. Weil dann immer noch mehr Geld notwendig sein wird, wäre es ganz gut, wenn sich die CDU-Kolleginnen und -Kollegen einmal gemeinsam mit uns bemühen würden, dafür zu sorgen, dass der Bundesminister für digitale Zauberei aus Ihrer Schwesterpartei die Bundesanteile aus der digitalen Dividende nach einem fairen Verfahren über alle ländlichen Räume Deutschlands – und nicht nur über die ländlichen Räume Bayerns – verteilt. Dann wären wir gemeinsam schon einen Schritt weiter!

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit etwas gebremstem Schaum haben wir jetzt aus Bayern etwas über dieses Fantastilliardenprogramm gehört, aus dem in zwei Jahren immerhin 37 Millionen € abgeflossen sind. Allein für das 50-MBit-Ziel wird schon mit einem Finanzbedarf von insgesamt 20 Milliarden € gerechnet. Von daher ist es durchaus vernünftig, zu sagen: Wir können das nicht alles aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Das ist in einem liberalisierten Telekommunikationsmarkt – bei aller Kritik an der Liberalisierung, wie sie durchgeführt wurde – auch ökonomisch ganz vernünftig. Vielmehr setzen wir die richtigen Impulse. – Es gibt natürlich auch in Nordrhein-Westfalen noch schwach erschlossene Gebiete, die marktgängig erschlossen werden könnten, wenn nur alle Beteiligten wollten.

Herr Wüst, in Ihrer Argumentation kam erneut die Wachstumsdynamik vor, diese doch sehr vereinfachte Rechnung. Wir haben das jetzt mehrfach thematisiert und Ihnen erklärt, dass es beim Ausbau von 0 auf 50 % einfacher geht als im Rahmen einer Entwicklung auf relativ hohen Niveau, das wir in Nordrhein-Westfalen schon haben.

Es fehlt – das stimmt – definitiv eine Marktdynamik, was aber vor allen Dingen auch dadurch bedingt ist, dass sich alle Teilnehmer in diesem Spiel über die letzten Jahre hinweg kritisch beäugt haben. Die Unternehmen haben gesagt: Gebt uns Geld. Die Länder sind dann in diese Aufgabe hineingegangen. Der Bund hat weiter gesagt: Von uns gibt es schöne Ziele, aber eben kein Geld. – In so einem Setting entsteht nun einmal keine Dynamik.

Ich finde an Ihrem Antrag, lieber Kollege Wüst, Folgendes nicht nur unseriös, sondern auch schlichtweg unehrlich: Sie fordern wieder einmal Geld, ohne irgendwie konkret zu sagen, woher es kommen soll. Das kann man als Opposition machen; aber gute Politik fürs Land sieht anders aus. Konkret formulierte Alternativen zum Regierungshandeln sehen anders aus.

Wir haben gestern erlebt, wie Sie die Debatte über die Zukunft des ländlichen Raumes führen. Und Sie haben gesehen, wie wir diese Debatte führen. Bei Ihnen waren das 50 Schuss auf Katzen, bei uns sind es 50 MBit für die Region. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Bisher hat die Debatte nur wenige Überraschungen mit sich gebracht. Das ist schade, aber es war wahrscheinlich auch nicht anders zu erwarten. Wir sind wieder auf dem Stand, den wir eigentlich immer bei den Breitbanddiskussionen haben.

Die Redner der regierungstragenden Fraktionen – Herr Vogt und Herr Bolte – erwähnten, dass die Landesregierung schon ganz viel macht, dass hier ganz viel auf der Agenda steht, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern eigentlich ganz gut dastehen und dass vieles auch den Umständen geschuldet ist. Ansonsten wird ein bisschen schöngeredet, und das war es dann.

Vermutlich – ich will dem nicht vorgreifen – wird auch der Minister hier gleich darlegen, wie großartig das alles ist, wie schwierig das Umfeld ist und was da demnächst im Köcher sein wird. Am 4. Mai – also nächsten Montag – ist, glaube ich, eine Pressekonferenz geplant. Da werden möglicherweise auch noch einige Überraschungen auf uns warten, in die uns der Minister hier vielleicht bereits einen kleinen Einblick geben wird

Ich glaube, dass das – da wiederhole ich mich – alles nicht so überraschend ist. Das gilt auch dafür, dass wir vonseiten der FDP – ähnlich wie es der Kollege Wüst getan hat – darauf verweisen, dass es natürlich ein Versäumnis war, die EFRE-Mittel nicht stärker für einen flächendeckenden Breitbandausbau nutzbar zu machen. Dass aus den falschen Gründen hier die falschen Prioritäten gesetzt wurden, gehört mit zur Wahrheit. Aber auch das – ich gestehe es freimütig – ist keine neue Information, bleibt aber nichtsdestotrotz leider wahr.

Es ist hohe Zeit, dass wir hier mehr tun; denn unterm Strich bleibt doch – unabhängig davon, wie wir im Vergleich zu anderen Bundesländern dastehen, und unabhängig davon, welche Projekte möglicherweise vielleicht irgendwann einmal geplant werden – eine simple, entscheidende Wahrheit für uns in Nordrhein-Westfalen bestehen:

Nicht in den Ballungsgebieten, sondern gerade im ländlichen Raum – wo die Hidden Champions, die wir alle immer so loben, ihren Platz haben – gibt es massive Rückstände. Gerade dort droht der nicht stattfindende Breitbandausbau zu einem Problem für die dort ansässigen Unternehmen zu werden. Früher oder später wird sich dort die Standortfrage stellen.

Herr Vogt und Herr Bolte, so leid es mir tut: Die Schere wird da immer weiter auseinandergehen. Hier müssen wir dringend etwas tun. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es doch das Entscheidende, dass wir hier gemeinsam versuchen, an diesem Problem zu arbeiten. Das ist es, was mich umtreibt, wenn wir hier darüber reden und zum fünften Mal in Folge einen solchen Antrag beraten.

Sie wollen eben nicht gemeinsam an diesem Problem arbeiten. Sonst würden Sie die Oppositionsanträge nicht immer in Bausch und Bogen zurückweisen

Ich hoffe sehr, dass wir es schaffen, das zu tun, was der Wirtschaftsminister auch in diesem Prospekt, dem aktuellen Prospekt der NRW.BANK, geäußert hat, dass wir eben die entscheidende Größe für den Breitbandausbau, nämlich 100 MBit/s für Bürger und Unternehmen zu erreichen, uns auch für den

ländlichen Raum als Ziel vornehmen, dass wir gemeinsam daran arbeiten. Deswegen freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss, weil ich hoffe, dass wir dort vielleicht einmal eine Überraschung erleben und Sie sich aufgeschlossener gegenüber den Oppositionsanträgen zeigen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schwerd das Wort.

Daniel Schwerd*) (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und an den Mattscheiben! Erinnern Sie sich noch an die Regierungserklärung von Frau Kraft Anfang des Jahres?

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Das war super!)

Mit dem peppigen Slogan "MegaBits. MegaHerz. MegaStark." wollte sie das Land auf den digitalen Wandel einstimmen. Damals hieß es: NRW hat den Anspruch, auch den digitalen Wandel zu gestalten. Grundvoraussetzung ist schnelles Internet. – Wohlfeile Worte, ganz aus der Phrasendreschmaschine der glitzernden Welt der PR-Agenturen. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube – mag man dabei an Goethe denken.

Die ganze Regierungserklärung war ja eher ein Schuss in den Ofen. Wenn sie auch nur einen Hauch Einzug in das konkrete Handeln der rotgrünen Regierungspolitik halten würde, dann wären wir heute sicher schon ein gutes Stück weiter.

Daher begrüßen wir grundsätzlich den vorliegenden Antrag der CDU. Ich muss aber gleichzeitig vor einer Politik warnen, die zu kurzfristig angelegt ist. Die digitale Ökonomie, die auf kreative Wertschöpfung und Vernetzung setzt, zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass sie sich auf lokale Gewerbegebiete eingrenzen lässt. Die digitale Zukunft beginnt heute nicht im Industriegebiet, sondern oft und gerade an den Computern in den Heimbüros von Freiberuflern und kleinen Selbstständigen.

Denn der Vorteil der Netzökonomie liegt ja gerade darin, dass sie sich in ihrer vernetzten Dezentralität eben nicht an die Vorgaben eines Flächennutzungsplanes hält.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten setzen uns dafür ein, bereits heute das Ziel eines weitgehend flächendeckenden Glasfasernetzes in die Landesplanung aufzunehmen und mit den Akteuren vor Ort umzusetzen. So erreichen wir, dass auch jenseits von Großstädten digitale Wertschöpfung betrieben werden kann. Da keine Emissionen entstehen, sitzen Start-ups von morgen

auch nicht nur in Gewerbegebieten. Natürlich müssen auch Gewerbegebiete ans schnelle Internet angeschlossen werden. Um Mitnahmeeffekte zu begrenzen, sollten dabei aber auch die Unternehmen an den Kosten beteiligt werden.

Wenn sich hinter Punkt 4 des Beschlussteils des CDU-Antrags ein umständlich ausgedrücktes Ausschlusskriterium für Vectoring verbirgt, dann sind wir uns in diesem Punkt einig. DSL-Vectoring ist nämlich keine Zukunftstechnik und gehört nicht gefördert.

(Beifall von den PIRATEN)

Übrigens – das ist typisch für die Landesregierung –, eine Strategie, wie sie die Einnahmen aus der Digitalen Dividende II so effizient und nachhaltig wie möglich investieren will, liegt auch noch nicht vor.

Wir meinen, Glasfaser gehört grundsätzlich bis in jedes Haus. Funk kann allenfalls eine Lösung für ganz isolierte Einzellagen sein. Breitbandzugang ist ein Menschenrecht. Dies ist die Grundlage einer wirklichen digitalen Informationsgesellschaft. Nur so können wir Partizipation und Teilhabe an Gesellschaft, Wirtschaft, Arbeit, sozialer Interaktion und Politik im 21. Jahrhundert nachhaltig sichern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteilte ich Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin*, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Notwendigkeit des Ausbaus von Hochleistungsinfrastruktur in diesem Bereich der Breitbands für das Internet gibt es überhaupt keinen Streit, wenngleich, lieber Herr Schwerd, ich Ihr Bild von Menschenrechten jedenfalls hinterfragen darf. Ob es so weit gehen muss angesichts der Bedrohung von festgelegten Menschenrechten, wage ich zu bezweifeln. Aber das nur als Randbemerkung.

Über die Notwendigkeit herrscht kein Streit. Es ist schon ein vernünftiger Ansatz, auch möglichst häufig darüber zu sprechen, wie man dieses Ziel denn erreichen kann. Wir werden am kommenden Montag – die Fraktionen sind ja dazu eingeladen und werden, soweit ich weiß, auch alle daran teilnehmen – eine von der NRW.BANK in Auftrag gegebene Studie zur Kenntnis nehmen dürfen, die sich mit der Ist-Situation im Land noch einmal sehr detailliert befasst.

An den Zahlen, die auch von den Vorrednern zum Teil schon genannt worden sind, dass wir innerhalb des Länderrankings auf Platz 1 gekommen sind, wird diese Untersuchung sicherlich nichts ändern. Vielmehr geht es darum, deutlich zu machen: Wie

können wir auf dem Land, im ländlichen Raum, aber zum Teil auch an den Rändern der Ballungsgebiete, da, wo der dringendste Handelsbedarf ist, mit einer klugen Investitionsstrategie diese weißen Flecken auslöschen?

Wie können wir insbesondere – auch da will ich Herrn Schwerd widersprechen – natürlich in den Industrie- und Gewerbegebieten mit der Verlegung von Hochleistungsbreitband vorankommen?

Natürlich haben Sie grundsätzlich von Ihrem Weltbild her recht, dass es in der digitalen Ökonomie nicht darum geht, Flächennutzungspläne auszufüllen. Das ist völlig richtig. Aber gerade in den Ballungszentren haben wir ohnehin schon die beste und höchste Versorgung. Deswegen ist es für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes richtig und wichtig, wenn wir prioritär in den gerade genannten Bereichen investieren. Das heißt, dass Gewerbe- und Industriegebiete eine absolute Priorität bei der Versorgung mit schnellem Internet haben, meine Damen und Herren.

Ebenso ist uns klar, dass es natürlich um die sinnvolle Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel geht. Wir haben – das brauche ich hier alles nicht lange zu wiederholen – die EFRE-Mittel in dem uns möglichen Rahmen. Wir haben die Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung. All das wird zielgerichtet eingesetzt.

Es hat – auch das darf ich wiederholen – bisher keinen einzigen Antrag irgendeiner Kommune gegeben, der abgelehnt werden musste, sondern alle können aus diesen zur Verfügung stehenden Mitteln bedient werden. So können zum Beispiel für finanzschwache Kommunen die Fördersätze auf bis zu 90 % angehoben werden.

Manches, was die CDU allerdings fordert, lässt sich leider – man kann das ja bedauern – mit EU-Recht nicht in Einklang bringen. Auch das haben wir zu beachten.

Jetzt wird es darum gehen, die zur Verfügung stehenden Mittel durch die zu erwartenden Beiträge aus der Versteigerung der digitalen Dividende aufzustocken. Hier ist mehrfach, auch von der Ministerpräsidentin, klar zum Ausdruck gebracht worden, dass diese Mittel eins zu eins in das Thema "Breitbandausbau" investiert werden.

Was wir für eine zielgenaue Steuerung brauchen, ist eine Abstimmung mit dem Bund; die findet gerade statt. Herr Dobrindt wird zusätzliche Mittel in Höhe von über 1 Milliarde € ausloben, und wie wir lesen konnten, wird er das nach einem bestimmten System machen. Empfänger dieses Geldes sollen die Kreise und die kreisfreien Städte sein. So ist es von Herrn Dobrindt geplant. Ich halte das für genau den richtigen Weg, weil dort die Einheiten sind, die vor Ort die Planung gemeinsam mit den Kommunen voranbringen können, um dort zielgenau die Dinge wirklich realisieren zu können. Das, was Dobrindt

mit diesem Geld auf den Weg bringt, wird zur Folge haben, dass es eine ganze Reihe von Kreisen und kreisfreien Städten in NRW gibt, die davon profitieren.

Es macht keinen Sinn, dass wir das Geld aus der Versteigerung noch einmal aufrufen, um sozusagen den gleichen Empfängerkreis zusätzlich zu subventionieren, sondern wir müssen uns dann um die kümmern, die aus dem Topf von Herrn Dobrindt nicht bedient werden konnten. Dann bekommen wir es hin, dass wir es bis 2018 mit den 50 Mbit flächendeckend tatsächlich realisieren.

Das muss auf eine entsprechende Struktur in den Kommunen treffen. Auch deswegen werden wir Geld in die Hand nehmen, um die Kommunen dabei zu unterstützen, diese Struktur aufzubauen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir hier ein Gesetz verabschieden und eine Verpflichtung zur Einrichtung von Breitbandbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten auf den Weg zu bringen. Aber ich erwarte von diesen Kommunen, dass sie diese Beauftragten haben, und zwar nicht nur eine Person, sondern sie wirklich Stäbe haben, die sich um diese Frage ganz zentral kümmern. Dann kann man entsprechende Ausschreibungen, die Herr Dobrindt verlangen wird, auch mit Erfolg voranbringen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit Mitteln des Bundes, mit Mitteln der EU und mit den eigenen Mitteln des Landes, ergänzt um optimale Beratung und auch ergänzt um die Handlungsempfehlungen, die uns am Montag vorgestellt werden, einen ganz sicheren Weg beschreiten, um die befürchteten Gefahren, die hier in der Debatte zum wiederholten Mal geäußert worden sind, nicht Realität werden zu lassen, sondern im Gegenteil dafür zu sorgen, dass dieses Land auch beim Thema "Breitbandinfrastruktur" seine Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellen wird. Dafür stehen wir gerade, das werden wir realisieren, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Zeit, Herr Minister.

Garrelt Duin*), Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: ... und das werden wir mit den gerade besprochenen Instrumenten gemeinsam hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Nun hatte sich noch einmal Herr Kollege Wüst zu Wort gemeldet – sehr ambitioniert, denn seine Redezeit beträgt noch gewaltige sieben Sekunden. Aber die Landesregierung war so freundlich, ihm theoretisch noch zusätzliche 1:02 Minuten zu liefern, weil die Landesregierung um eine Minute überzogen hat. Wie dem auch sei, die

Obergrenze liegt damit bei 1:09 Minuten. Bitte, Herr Kollege Wüst, Sie haben das Wort.

Hendrik Wüst^{*)} (CDU): Es wäre obszön, die auszunutzen. Das will ich nicht tun. Herr Kollege Vogt hat eben richtig aus einer Richtlinie zitiert. Verehrter Kollege Vogt, Problem ist, die Richtlinie galt bis zum 30. Juni 2014; heute gibt es eben keine mehr. Deswegen steht die Frage im Raum, nach welchem Geld Sie EFRE ausgeben wollen. Also: Richtig zitiert, falsche Richtlinie.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor.

(Jochen Ott [SPD]: Es sind kaum Leute da, aber die klatschen ganz schön laut!)

Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 16/8452 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

Ich rufe auf:

10 Überwachungsmonster PKW-Maut stoppen und nicht auf Kosten der Freiheit durchsetzen

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8447

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt mal ein neues Thema!)

Frank Herrmann (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ein weiteres Dobrindt-Thema; das ist richtig.

Mit unserem Antrag zur Pkw-Maut möchten wir nämlich die Landesregierung auffordern, sich für einen Einspruch des Bundesrats gegen das Mautgesetz einzusetzen. Erfreulicherweise gibt es aber aktuell schon eine Beschlussvorlage im Bundesrat, die besagt, in der kommenden Sitzung am Freitag nächster Woche den Vermittlungsausschuss anzurufen, wenn auch aus anderen Gründen als aus den hier von uns thematisierten. Im Ergebnis soll uns das jedoch recht sein. Unser Antrag wird deswegen allerdings nicht überflüssig.

Die Maut ist nicht die Lösung für ein Problem, sondern eine Wahlkampfidee von einem bayerischen Stammtisch. Wir als Landesparlament, verehrte Damen und Herren, können leider die Maut nicht verhindern. Wir sollten und müssen aber unser Möglichstes tun, um die Art der Umsetzung zu ändern.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich will Ihnen auch sagen, warum.

Erstens. Das vorgeschlagene System ist sehr teuer. Die prognostizierten Einnahmen von ausländischen Pkw decken gerade einmal die erwarteten Betriebskosten der Pkw-Maut. Der Betrieb der Lkw-Maut hat bereits mehr als 7 Milliarden € gekostet. Diese Mittel fehlen für die Instandhaltung der Straßeninfrastruktur. Damit ist das System mehr ein Subventionsprogramm für die Betreiber Telekom und Daimler-Benz.

Zweitens. Nicht nur, dass es ineffizient und teuer ist – das vorgeschlagene System ist auch höchst fehleranfällig. Das System soll alle Fahrzeuge auf Autobahnen und besonderen Bundesstraßen fotografieren, die erkannten Nummernschilder dann mit einem Register der Mautzahler abgleichen und die so erfassten Daten für eine mögliche Rückerstattung der Gebühren abspeichern.

Aber laut Bundesregierung – als Antwort auf eine Kleine Anfrage – wird aktuell eines von 14 Fahrzeugen falsch erkannt. Das muss man sich einmal vorstellen. Wer kommt denn auf die Idee, ein System mit einer solch hohen Fehlerrate für die Bemautung von 44 Millionen Pkw in Deutschland einzuführen? Dass dies eine Prozesslawine bei den Verwaltungsgerichten über die Rückerstattung auslösen wird, das sollte offensichtlich sein.

Doch leider spielte die Systemfrage bei den Diskussionen in Berlin kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Zwei Tage vor der Schlussabstimmung im Bundestag wurde im Verkehrsausschuss noch die Möglichkeit der Übertragung des kompletten Mautbetriebs an einen privaten Betreiber ins Gesetz geschrieben, eine Lex Toll Collect.

Weitere Milliarden Euro werden dann nicht für die Straßeninfrastruktur zur Verfügung stehen.

Drittens – das ist für uns der wichtigste Punkt –: Es wurde in keiner Weise das Prinzip "Privacy by Design – Datenschutz von Anfang an" in der Wahl des Systems oder in dessen Definition berücksichtigt. Durch das Erfassen und Speichern von Autofahrten, wer wann wohin fährt, wird tief in die Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen. So lassen sich Bewegungsprofile erstellen und viele Rückschlüsse auf andere private Lebensumstände ziehen.

Aber ich möchte hier nicht über die Überwachung reden, sondern über die Nachlässigkeit und Ignoranz gegenüber den Autofahrerinnen und Autofahrern und ihrem Recht auf Privatheit. Features des Lkw-Mautsystems wie Nachrichtenübermittlung seitens der Spedition an den Fahrer, Echtzeitpositionierung und Flottensteuerung von der Firmenzentrale aus, ständige Geschwindigkeitskontrolle, letztlich eine eingebaute Section Control – all das ist für die Pkw-Maut weder sinnvoll noch erstrebenswert, zumindest wenn man private Autofahrten ohne Überwachung machen möchte.

Es gibt zahlreiche innovative und neue Technologien, die sehr datenschutzfreundlich sind. Sogenannte PETs, Privacy Enhancing Technologies, zeigen die Möglichkeiten auf. Um gegenüber einer Messstelle nachzuweisen, dass man die Mautgebühr bezahlt hat, sind keinerlei personenbezogene Daten notwendig. Die Informatiker unter Ihnen kennen Zero-Knowledge-Proofs, einen sicheren Nachweis ohne die Preisgabe von privaten Informationen.

All dies ist zu technisch für diesen Antrag heute, soll aber demonstrieren, dass eben keinerlei Initiativen zum Privatheitsschutz im Zuge der Mautdebatte erfolgt sind, die aber dringend notwendig sind.

Hier liegt die Chance für Nordrhein-Westfalen, einen konstruktiven Änderungsvorschlag im Bundesrat zu machen. Für Sicherheit und Privatheit in der vernetzten Welt braucht es Forschung, Entwicklung und Innovationen. Und die 1.000 Sicherheitsforscher, die sich Frau Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Regierungserklärung gewünscht hat, brauchen interessante Aufgaben.

Eine innovative und grundrechtsfreundliche Forderung für den Privatheitsschutz im Mautsystem würde dem Land Nordrhein-Westfalen als Innovationsmotor im Rahmen von NRW 4.0 deutlich besser zu Gesicht stehen, als das Mautgesetz in der jetzigen Form mitzutragen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag, um der Landesregierung genau diese Aufgabe für den Bundesrat mit auf den Weg zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kramer das Wort.

Hubertus Kramer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter der Überschrift "Überwachungsmonster Pkw-Maut stoppen und nicht auf Kosten der Freiheit durchsetzen" legt die Fraktion der Piraten heute einen Antrag vor, der anschließt an die zahlreichen parla-

mentarischen Initiativen hier im Hause gegen die Pkw-Maut.

Heute fokussiert sich die Piratenfraktion ein weiteres Mal mit einer markigen Überschrift auf den Bereich Datenschutz, nachdem sie noch am 6. November letzten Jahres zum Thema "Erst Bürokratie-, jetzt Datenmonster – NRW muss Pkw-Maut stoppen. Keine Totalüberwachung in NRW!" eine Aktuelle Stunde beantragt hatte. Wie sehr sich die Überschriften gleichen!

Wer sich die zahlreichen Beratungen des Mautthemas alleine hier im Plenum – zuletzt in der Sitzung am 18. März dieses Jahres – in Erinnerung ruft, kommt sehr schnell zu dem Schluss, dass es des heutigen Antrags der Piratenfraktion nicht mehr bedurft hätte. Das gilt ausdrücklich auch für die Beratung der datenschutzrechtlichen Aspekte. So sind die datenschutzrechtlichen Probleme der Maut auf der Agenda sowohl der Beratungen von Bundestag und Bundesrat als auch des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, schon bei den koalitionsinternen Verhandlungen von CDU/CSU und SPD in Berlin unmittelbar vor Verabschiedung der Mautgesetze im letzten Monat konnte die SPD eine Verkürzung der Löschfristen für personenbezogene Daten beim Kraftfahrtbundesamt von bislang drei Jahren auf ein Jahr erreichen.

In der Stellungnahme des Bundesrates vom 6. Februar 2015 sind die datenschutzrechtlichen Aspekte breit aufgegriffen. Auch im Landtag sind sie seit Monaten in der Diskussion. Ich verweise hierzu unter anderem auf den Bericht des Justizministers mit Vorlage 16/2518 für die Sitzung des Rechtsausschusses am 10. Dezember letzten Jahres, in dem die Gefahr des Datenmissbrauchs ausdrücklich Inhalt ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung haben in der Mautdiskussion stets ihre Auffassung deutlich gemacht, dass schon der Titel "Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen" reiner Etikettenschwindel ist, da die Maut zu einer nachhaltigen Verbesserung der Infrastruktur in unserem Land nicht beitragen kann und nicht beitragen wird.

Überhaupt haben in unseren zahlreichen Plenardebatten zur Pkw-Maut hier im Landtag die Redner von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten in der Vergangenheit immer wieder einen ganzen Strauß von Argumenten zusammengestellt, warum die in Berlin beschlossene Einführung einer Pkw-Maut aus Sicht des Landtags Nordrhein-Westfalen abzulehnen ist. Die Pkw-Maut ist trotz dieser berechtigten Warnungen vom Bundestag verabschiedet worden, auch mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion, weil es der Koalitionsvertrag so vorsah.

Die Maut steht aus NRW-Sicht wie nur wenige andere Beispiele geradezu idealtypisch für eine reine Symbolpolitik für bayerische Stammtische. Jetzt geht es darum, die Knackpunkte des Gesetzes zu heilen. Unser Landesverkehrsminister Mike Groschek hat in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich öffentlich Stellung genommen, dass sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit der Pkw-Maut so nicht abfinden wird.

Seit dem 6. Februar liegt bereits die Stellungnahme des Bundesrates zum damaligen Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen vor. In 22 Punkten werden exakt die Empfehlungen, Besorgnisse, Bedenken und ablehnenden Haltungen aufgegriffen, so wie sie in den Beratungen im Landtag Nordrhein-Westfalen und von der Landesregierung hier formuliert worden sind.

Der von der Piratenfraktion heute einmal mehr in den Mittelpunkt gerückte datenschutzrechtliche Aspekt ist in der Stellungnahme des Bundesrates wie schon ausgeführt - ebenfalls Inhalt.

Bei seinen Beratungen in der kommenden Woche will der Bundesrat übrigens unter anderem auf Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat anrufen, wie es der jetzt vorliegende Antrag der Piratenfraktion ebenfalls fordert. Damit sind die wesentlichen Ziele des Antrags berücksich-

Vor diesem Hintergrund hätte es dieses Antrags der Piratenfraktion tatsächlich nicht bedurft. Die SPD-Fraktion wird ihn deshalb konsequenterweise ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Voussem.

Klaus Voussem (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Peter Bull war der erste Bundesbeauftragte für den Datenschutz. Er hat im vergangenen Jahr folgenden Satz zur Pkw-Maut gesagt - ich zitiere, Herr Präsident -:

"Ob der Plan des Bundesverkehrsministers Alexander Dobrindt klug ist, von Ausländern eine Autobahnmaut zu erheben, kann man mit guten Gründen bezweifeln. Dass aber ,der Datenschutz' diesem Plan entgegenstehe - das stimmt nicht."

Lieber Herr Minister Groschek, wie Sie sehen, scheue ich mich nicht, einen Sozialdemokraten zu zitieren, wenn er recht hat.

(Dieter Hilser [SPD]: Sehr gut!)

Er hat recht, was den Datenschutz angeht und was seine Kritik an der Pkw-Maut betrifft. Diese Kritik teilen wir ausdrücklich; denn wir sind keine Mautfans. Die Pkw-Maut macht niemanden in Nordrhein-Westfalen froh. Wenn es nach der nordrheinwestfälischen CDU ginge, wären die Pkw-Maut-Pläne da, wo sie hingehören: im Papierkorb. Sie stehen aber leider im Koalitionsvertrag, den wir als einzige Fraktion in diesem Landtag nicht infrage stellen. Das haben wir in diesem Hohen Hause schon mehrfach kundgetan. Ich denke, es macht keinen Sinn, diese Debatte heute noch einmal zu führen.

30.04.2015

Wenn man eine Maut macht, geht das nur mit elektronischer Erfassung. Alles andere wäre nicht zeitgemäß, kompliziert und noch teurer. Die Ängste vor einem Datenmissbrauch sind allerdings übertrieben. Eben diese Ängste werden aber durch den Antrag der Piraten mit Schlagworten mutwillig geschürt: "Überwachungsmonster", "vollständig zu überwachen", "Zweckentfremdung der gesammelten Daten", "unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff", "Erstellung von Bewegungsprofilen".

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt sogar die grünen Angstmacher im Deutschen Bundestag, die Damen und Herren Özdemir und Co., noch in den Schatten. Google speichert wahrscheinlich mehr Daten als jedes Mautkontrollgerät. Folglich müssten Piraten, die schon einmal gegoogelt haben, ständig Albträume von grausamen riesigen Datenmonstern haben.

> (Heiterkeit von der CDU und Serdar Yüksel [SPD])

Wenn Autofahrer auf der Autobahn unterwegs sind und ihre Handys eingeschaltet haben, werden fortlaufend Daten auf einem Server in den USA oder sonst wo auf dieser Welt gespeichert. Dieser Datenkralle trauen Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, also offensichtlich mehr als dem deutschen Staat.

Das ist absurd. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. Sie sind schon eilenden Fußes auf dem Weg zu Ihrem Platz. Herr Kollege Lamla hatte sich aber noch rechtzeitig eingeloggt, um Ihnen eine Frage zu stellen. Ich vermute, dass Sie sie zulassen werden.

Klaus Voussem (CDU): Gerne.

Lukas Lamla (PIRATEN)*): Herr Voussem, vielen Dank, dass Sie zurückgekommen sind, um meine Frage zu beantworten.

(Klaus Voussem [CDU]: Immer doch!)

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich es mir sehr wohl aussuchen kann, ob ich einen Dienst wie Google nutze, während ich es mir nicht aussuchen kann, von der Mauterfassung betroffen zu sein, und es auch nicht abschalten kann?

(Christian Haardt [CDU]: Niemand zwingt Sie, auf der Autobahn zu fahren!)

Klaus Voussem (CDU): Danke, Herr Kollege. Ich wollte es gerade sagen.

(Beifall von der CDU)

Gott sei Dank haben wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ja verschiedene Möglichkeiten, sich fortzubewegen. Wie ich Sie kenne, Herr Kollege Lamla, werden Sie auch alle anderen außer der Autobahn nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke*) (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das wird vermutlich meine bislang kürzeste Rede hier im Hohen Haus; denn ich finde einfach, dass wir uns diese Zeit sparen sollten. Ich habe gestern Morgen in der letzten Ausgabe von "Landtag Intern" noch gelesen, dass sich alle im Landtag vertretenen Parteien gegen die Pkw-Maut ausgesprochen haben. Dann wird ausführlich über die Debatte berichtet, die wir im März dieses Jahres hier über die Maut geführt haben – mit den verschiedenen Aspekten, die sie beinhaltet hat. Auch der Datenschutz spielte eine Rolle.

Insofern war ich ausgesprochen verwundert, als dieser Antrag vorgelegt wurde. Gut; wir haben in zwei Jahren Landtagswahl, und die Piraten müssen sich vor dem Hintergrund ihrer Umfragewerte dringend profilieren; das kann ich schon nachvollziehen. Aber wir haben das alles hier schon mehrfach diskutiert und beschlossen. Auch die Anrufung des Vermittlungsausschusses im Bundesrat ist im Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen worden. Sie ist mit den Verkehrsministern aus anderen von SPD und Grünen regierten Ländern verabredet und wird auch stattfinden. Die datenschutzrechtlichen Aspekte sind nicht nur im Verkehrsausschuss thematisiert worden, sondern auch vonseiten des NRW-Justizministers.

Daher kann man einen solchen Antrag zwar stellen. Für die eigenen Netzwerke ist das gut; denn das kann man überall twittern etc. Es ist aber absolute Zeitverschwendung, hier im Landtag noch einmal ausführlich darüber zu diskutieren. Wir haben das entsprechend beschlossen. Es wird jetzt im Verfahren seinen Gang gehen.

Man kann die Aspekte zwar noch einmal erwähnen. Wir werden diesen Antrag aber ablehnen; denn es ist alles schon beschlossen, das Verkehrsministerium wird es hoffentlich voranbringen, und wir werden es im Ausschuss weiter diskutieren. Meine Fraktion wird den Antrag auf jeden Fall ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klocke hat mit einem recht: Wir reden nicht zum ersten Mal über die Maut.

Fakt bleibt dennoch: Die Maut bringt kaum mehr ein, als sie an Verwaltungs- und Vollzugskosten generiert. Sie belastet das Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn. Sie belastet die nordrheinwestfälische Wirtschaft, indem sie den kleinen Grenzverkehr zu unseren Nachbarländern abwürgt. Sie ist auch europarechtswidrig, da sie mit einer gleich hohen Entlastung von Inländern bei der Kfz-Steuer gekoppelt werden soll.

(Beifall von der FDP)

So weit, so schlecht.

(Jochen Ott [SPD]: Trotzdem wird die FDP am Ende dafür sein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Piratenfraktion bringt mit ihrem Antrag nun aber doch einen weiteren Sichtwinkel auf die Maut ein, den wir als Freie Demokraten auch schon frühzeitig aufgegriffen haben, nämlich den Datenschutz. In Zeiten, in denen überbordende digitale Überwachung durch Staaten und Private häufig die mediale Tagesordnung bestimmt, bildet das kommende Woche im Bundesrat zu beratende Mautgesetz wiederum einen weiteren Mosaikstein; denn das Mautgesetz kann ja nur dann wirksam vollzogen werden, wenn im Straßenverkehr Kontrollen auf seine Einhaltung stattfinden.

Und genau derartige Kontrollen, wenn auch stichprobenartig, sieht der Gesetzentwurf vor. Er sieht außerdem vor, ein sogenanntes Infrastrukturabgaberegister einzurichten, das – jedenfalls theoretisch – die Möglichkeit bietet, Kennzeichen und Halterdaten zu verknüpfen.

Zusammen mit den Standortdaten der Kontrollen können daraus durchaus Bewegungsprofile erstellt werden, auch wenn das Gesetz dies nicht ausdrücklich vorsieht.

Dass darin eine Verletzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung liegt, versteht sich von selbst, auch wenn die Datennutzung zumindest formal nicht anlasslos geschieht. Anlass ist die Prü-

fung der Abgabenzahlung. Allerdings steht dieser Anlass völlig außer Verhältnis zu den Speicherfristen von einem Jahr bis zu sechs Jahren. Offenbar genügt die Zehnwochenfrist der Bundesregierung nach den aktuellen Plänen ja nicht mehr. Das ist dann schon ein wenig Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür.

Warum wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, dem Antrag aber doch nicht vollumfänglich zustimmen, will ich Ihnen auch sagen:

Erstens. Die aufgezeigte Alternative einer Erhöhung der Mineralölsteuer ist bürger- und wirtschaftsfeindlich und sicher nicht dazu geeignet, zu mehr Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland beizutragen – im Gegenteil. Immer neue Abgaben sind für uns Freie Demokraten keine Alternative.

Zweitens. Steuern fließen zudem noch nicht einmal zweckgebunden – also zu Sanierungen in die Infrastruktur – in den Haushalt. Richtiger wäre der Verzicht auf die Maut und andere Abgabenerhöhungen. Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich will jetzt nicht mehr inhaltlich auf die Wertung und Qualifizierung der Maut eingehen. Ich fürchte, die Murksmaut wird sich nicht verhindern lassen. Damit werden wir leben müssen.

Wir können jetzt nur Auswüchse verhindern. Das wollen und werden wir im Rahmen der Diskussion im Vermittlungsausschuss sicherlich vollumfänglich tun. Furcht erregen hilft aber nicht weiter, Furcht erregen ist kein Politikersatz.

Deshalb muss man konstatieren: Es ist ein Widerspruch in sich – einerseits die Speichernotwendigkeit zwecks Überwachung der Mauterhebung, andererseits das konsequente Ablehnen der Anlage von Bewegungsprofilen. Das wird sich nicht einfach auflösen lassen, sondern eine dauerhafte Kontrollfunktion erfordern.

Wir werden als Land alles uns politisch Mögliche unternehmen, damit die Anlage von Bewegungsprofilen trotz Murksmaut verhindert bleibt. Unter einer Konstellation, die politisch reifer und weiser ist als die Konstellation der jetzigen Bundesregierung, wird das hoffentlich in baldiger Zukunft auch gelingen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Seien Sie so nett, noch einen Moment vorne zu bleiben, weil die Piratenfraktion in Person von Herrn Herrmann bis zu 90 Sekunden Zeit für eine Kurzintervention verwenden möchte. – Wenn Sie sich jetzt eindrücken, kann ich Ihnen auch das Wort erteilen. Bitte.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ganz herzlichen Dank. – Ich möchte kurz anmerken, dass ich ein bisschen entsetzt bin, wie wenig die Fraktionen hier im Landtag – wie Sie gerade in Ihren Redebeiträgen deutlich gemacht haben – vom Thema "Privatheitsschutz" verstehen.

Es geht nicht um Datenschutz, also darum, irgendwelche gesammelten Daten sicher unterzubringen, sondern "Privatheitsschutz" heißt, die Identifizierbarkeit einzugrenzen. Das habe ich versucht, in meinem Redebeitrag und auch in unserem Antrag deutlich zu machen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die im Gesetz zur Pkw-Maut noch gelöst werden müssen.

Herr Groschek, Sie haben gerade auch gesagt, das Anlegen von Bewegungsprofilen lasse sich nicht verhindern. Natürlich lässt sich das verhindern! Es bedarf Forschung, es bedarf Entwicklung, es bedarf vor allem der Aufgabenstellung durch die Politik an die Techniker, dies zu gewährleisten. Dann werden Sie sich wundern, was da alles für Ideen kommen.

Deshalb bitte ich nochmals darum, das als Auftrag mitzunehmen und dann im Vermittlungsverfahren, wenn die Systemfrage diskutiert wird, den Privatheitsschutz ganz nach vorne zu stellen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sie können sicher sein, dass die Landesregierung wie in der Vergangenheit alles in ihrer Macht Stehende tun wird.

Sie haben mich missverstanden. Ich habe gesagt: Der Widerspruch besteht darin, dass wir eine Zwangsläufigkeit der vorübergehenden Speicherung haben, weil ansonsten nicht kontrolliert werden kann, wer gezahlt hat und wer nicht gezahlt hat, und dass wir gleichzeitig verhindern müssen, dass Bewegungsprofile angelegt werden. Wir wollen keine Anlage von Bewegungsprofilen, wir werden alles politisch Mögliche unternehmen, dass das technisch verhindert und juristisch sanktioniert bleibt.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit die Kurzintervention und die Entgegnung darauf. Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Piratenfraktion hat direkte Abstimmung über den Inhalt des debattierten Antrags Drucksache 16/8447 beantragt. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/8447 mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt ist.

Wir kommen zu:

11 Geräuscheinwirkungen von Kindern und Jugendlichen auf Sportanlagen anders bewerten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/8442

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8563

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner - da steht er schon bereit - Herrn Kollege Weske für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Markus Herbert Weske (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema "Sportlärm" taucht leider immer häufiger in unseren Städten in Nordrhein-Westfalen auf. Das Problem ist, dass die Sportvereine ...

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie, Herr Kollege. Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner bitten! - Danke sehr.

Markus Herbert Weske (SPD): Jawohl! Bleibt mal schön hier, da werdet ihr nicht dümmer von!

(Heiterkeit von der Regierungsbank)

Also, noch mal von vorne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Jetzt haben Sie die Spannung gewaltig erhöht.

(Heiterkeit)

Markus Herbert Weske (SPD): Das Problem ist Folgendes: Die Sportvereine betreiben auf ihren Sportanlagen – teilweise schon länger als 100 Jahre lang - ihre Arbeit. Die Areale drumherum sind vor allem in den vergangenen Jahren von den Kommunen für Bebauungen freigegeben worden. Daraufhin sind dort Wohngebäude errichtet worden.

Das Gesetz ist da eindeutig. Die Leute ziehen ein, 24 Stunden später können sie klagen, und sie bekommen vor Gericht immer recht. - Das ist leider die aktuelle Gesetzgebung, und auf dieses Problem möchten wir heute hier hinweisen.

30.04.2015

Im Übrigen müssen die auch gar nicht sofort klagen. Wir haben in Düsseldorf das Phänomen gehabt, dass die Jungs, die eigenen Kinder, in diesen Sportvereinen gewesen sind. Als sie nach dem Abitur ausgezogen sind, hat der Vater geklagt und Recht bekommen. Der Sportverein wurde mit Auflagen belegt.

Die Kommunen versuchen dann mit den Sportvereinen, das irgendwie zu lösen. Nun ist Düsseldorf reich und sexy.

> (Heiterkeit von Michael Hübner [SPD] - Jochen Ott [SPD]: Reich ja, aber sexy?)

Das führt zu komischen Geschichten. Beispielsweise wurde um das Gelände eines Sportvereins in Wersten für 250.000 € eine Mauer gezogen. Auf der linken Rheinseite gibt es eine Sportanlage, um die eine Mauer für 350.000 € gebaut wurde.

> (Michael Hübner [SPD]: Ihr habt es aber! Meine Herren!)

Aber dieses Geld haben viele Kommunen gar nicht. Das führt im Beispiel Remscheid dazu, dass der Sportamtsleiter mir sagte: Die Stadt hat zwölf Sportanlagen. Wenn die Anwohner klagen würden, müssten wir elf davon schließen. - Das ist der aktuelle Stand.

Und nicht zuletzt hat das Ganze noch die folgende Blüte getrieben: Einige Sportvereine in Düsseldorf haben die Auflage bekommen, keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen. - Hier im Landtag reden wir uns den Mund fusselig, dass die Kinder und Jugendlichen mehr Sport machen sollen, und dann dürfen sie gar nicht in den Sportverein, der bei ihnen vor der Tür ist.

Also müssen wir auf Bundesebene das Bundes-Immissionsschutzgesetz oder wahlweise die Sportanlagenlärmschutzverordnung ändern. An welcher Stelle man das genau macht, muss geprüft werden. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten. Ob man von vornherein den Sport bzw. Sportanlagen aus § 1 des Gesetzes herausnimmt oder ob man die Sportplätze bei den Kitas oder den Spielplätzen aufführt, damit wenigstens Kinder und Jugendliche die Chance haben, Sport zu treiben, ist mir persönlich eigentlich egal. Hauptsache, in diesem Bereich tut sich etwas.

> (Beifall von der SPD und Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Ich möchte noch kurz auf den Entschließungsantrag der FDP eingehen, weil darin die Lösung impliziert ist, man könnte die Sportanlagen an den Stadtrand setzen.

Das ist eindeutig nicht unsere Position. Denn auch hierbei gilt: kurze Beine, kurze Wege. Der Sportverein bzw. die Sportanlage gehört in den Stadtteil. Da sollen sie auch bleiben. Dabei geht es um ein vernünftiges Miteinander, das wir durch eine Änderung der Gesetze herbeiführen wollen.

Deswegen lautet dieser Antrag, dass sich die Landesregierung im Bund dafür starkmachen soll, dass wir zu einer vernünftigen Gesetzgebung kommen, damit die Realität in unseren Städten auf vernünftige Beine gestellt werden kann. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Am besten war das mit der Mauer in Düsseldorf!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Weske. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Dieser Spruch klingt vielleicht mittlerweile ein bisschen abgedroschen, aber er ist deswegen nicht minder wahr.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Stimmt!)

Kinder brauchen Freiräume, um sich entwickeln und sich sowie ihre Umwelt erfahren zu können. Kinder haben auch ein Recht zu spielen.

Die Privilegierung von Kinderlärm in Kitas und auf Spielplätzen trägt dabei einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, die Kindern ebendiese Freiräume ermöglichen will. Dieses Ziel teilen ausdrücklich Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen. Ich denke, dass sich alle Fraktionen in diesem Haus dieser Auffassung anschließen können.

Ich denke darüber hinaus, dass ich ebenfalls für alle Fraktionen sprechen kann, wenn ich sage, dass es gleichermaßen unser gemeinsames Anliegen ist, Kinder und Jugendliche in Bewegung zu bringen. Denn Sport, Spiel und Bewegung sind zentrale Bausteine für eine gesunde physische, psychische und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

(Unruhe)

Trotzdem – Kollege Weske hat das anhand zahlreicher Beispiele ausgeführt – kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Sportvereinen sowie Anwohnerinnen und Anwohnern. Nicht zuletzt die städtische Nachverdichtung und die heranrückende Wohnbebauung führen oftmals zu Konfliktlagen zwischen den Interessen des Sports auf der einen Seite und auf der anderen Seite den nicht minder berechtigten Ruhebedürfnissen von Anwohnerinnen und Anwohnern. Problematisch ist dabei nicht nur der Lärm, der vom Sport selbst ausgeht,

(Fortgesetzt Unruhe)

sondern auch der Lärm, der auch in diesem Saal sehr hoch ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber problematisch ist auch der Lärm durch die Anund Abfahrten, durch Lautsprecheransagen sowie auch und gerade durch Feiern auf dem Vereinsgelände am Wochenende.

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag geht es ausdrücklich nicht darum, pauschal die Immissionswerte für Sportstätten zu erhöhen. Einem angestrebten Interessenausgleich zwischen Sport- und Wohnbedürfnissen wäre so sicherlich nicht angemessen Rechnung zu tragen.

Vielmehr geht es darum, den Lärmschutz an die veränderten gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Darin stimmen wir auch mit dem Präsidium des Deutschen Städtetages überein, das ebenfalls einen fairen und langfristig tragfähigen Ausgleich zwischen den Interessen der Sportlerinnen und Sportler sowie der Anwohnerinnen und Anwohner anstrebt. Ein solcher Ausgleich – so der Präsidiumsbeschluss – schließt eine unbeschränkte Nutzung von Sportanlagen ebenso aus wie deren Verdrängung an die Peripherie; Kollege Weske hat das gerade schon angesprochen.

Ein Interessenausgleich scheint nur dann möglich, wenn die unterschiedlichen Interessen in einen Dialog einbezogen werden. Deshalb fordern wir mit diesem Antrag die Landesregierung auf, im Anschluss an die bereits bestehende AG Sportlärm die gemeinsame Konfliktlösung im Rahmen eines runden Tisches unter Einbeziehung des Sports und der kommunalen Spitzenverbände weiterzuverfolgen.

Ein erster Ausfluss eines solchen Dialogprozesses unter Einbeziehung der unterschiedlichen Interessen ist bereits der Erlass zum Altanlagenbonus gewesen, der an dieser Stelle einen richtigen und wichtigen Schritt darstellte. Trotzdem erscheint es uns sinnvoll, weitere Informationsarbeit zu leisten, um damit Handlungssicherheit vor Ort zu gewährleisten und über die Rechtslage zum Umgang mit bestehenden Sportanlagen zu informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundesgerichtshof hat gestern entschieden, dass Kinderlärm, der in diesem Fall konkret von einem Bolzplatz einer Schule ausging, zu akzeptieren ist und keinen Mietminderungsgrund darstellt. Ich finde: Das ist ein gutes Zeichen für eine bewegte Kindheit.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der SPD)

Es gilt aber darüber hinaus, auch zu prüfen, ob sich diese Regelungen auch auf Sportplätze ausweiten lassen. Kinderspiel und Kinderlärm sollten nicht unterschiedlich bewertet werden, je nachdem wo die Kinder spielen.

(Beifall von Karin Schmitt-Promny [GRÜNE])

Darüber hinaus gilt es auch, die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen, die bekanntermaßen im Moment zwischen 13 und 15 Uhr liegen, zu überprüfen und geänderten gesellschaftlichen Lebensund Arbeitsgewohnheiten anzupassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Freien Demokraten, noch einige Sätze zu Ihrem Antrag: Aus unserer Sicht hätten Sie sich unserem Antrag einfach anschließen können. Denn soweit es um die Privilegierung von Kinderlärm geht, sind wir durchaus einer Meinung.

Allerdings erscheint mir der Verweis, den Sie dann noch zum LEP hineingebracht haben, ein klein wenig konstruiert und weniger Ihrem Engagement für den Kindersport geschuldet, sondern mehr der Tatsache, dass es im Moment gerade eine breite Debatte darüber gibt und Sie dazu auch noch einen Beitrag leisten wollen.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

- Na ja, dafür haben Sie sich dann in Ihrer Unterkomplexität oder Überkomplexität selbst verwirrt. Ich finde nämlich, dass nicht ganz schlüssig ist, was Sie da schreiben. Auf der einen Seite - da gebe ich Ihnen recht – gehören Sportstätten natürlich nicht an die Peripherie, sondern in die Quartiere, weil wir die dort lebenden Menschen in Bewegung bringen wollen. Insoweit stimme ich Ihnen zu, gar keine Frage. Aber dann verweisen Sie darauf, dass der LEP die Einrichtung von Sportanlagen eben in diesen Randlagen erschweren würde. Abgesehen einmal davon, dass das so nicht ganz zutreffend ist, erschließt sich zumindest mir diese Logik nicht. Wo sollen die Sportanlagen denn jetzt hin - an die Peripherie oder nicht an die Peripherie?

Ich schlage vor, stimmen Sie im Interesse unserer Kinder unserem Antrag zu und verzichten Sie auf weitere politische Scharmützel. - Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Paul. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Müller das Wort.

Holger Müller*) (CDU): Frau Paul, wer mag denn damals das Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Weise geschrieben haben? Jedenfalls hätten Sie die Möglichkeit gehabt, es zu ändern. Davon ist mir nichts bekannt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist übrigens ein blanker Schauantrag. Dazu komme ich noch.

Am 06.06.2014 hat der Landessportbund an Frau Kraft geschrieben. Das ist zehn Monate her. Ich

weiß nicht, ob das eine schnelle oder langsame Bearbeitung von Ihnen ist:

30.04.2015

(Beifall von der CDU)

Am 29.09. hat es ein Gespräch im Bundesumweltministerium gegeben. Darauf komme ich noch zurück.

(Jochen Ott [SPD]: Waren Sie auch dabei?)

Am 21.04. kommt dann dieser Antrag. Dass der § 8 Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert werden soll, steht schon im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD.

(Jochen Ott [SPD]: Also auf geht's! – Unruhe)

Jetzt komme ich noch einmal zurück auf den 29.09.2014. Da gibt es den Vermerk aus dem Bundesumweltministerium. Es geht um die Beibehaltung des Lärmschutzniveaus. Vor allem Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und einige Länder mehr forderten eine Beibehaltung des § 18. Die Regelungen der Verordnung gewährleisteten einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den Nutzern von Sportanlagen und Anwohnern.

Ich vermute einmal, es war ein Vertreter des Landesumweltministeriums da. Diese Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, denn am 23.04., also heute vor einer Woche, lese ich dann noch beim Umweltministerium - das können Sie auch lesen -: Wenn Sie sich durch Lärm von Sportanlagen gestört fühlen, wenden Sie sich an die für Ihre Region zuständige Umweltschutzbehörde Ihres Kreises bzw. Ihrer kreisfreien Stadt.

Das ist doch die Aufforderung, Theater zu machen oder dagegen zu sein.

(Beifall von der CDU)

Das war zwei Tage, nachdem Sie den Antrag geschrieben haben.

Aber ein Kompliment möchte ich Ihnen dann doch sagen, Frau Paul: Ich gehe davon aus - sonst gäbe es diesen Antrag nicht -, dass Sie sich gegen den Umweltminister Remmel offensichtlich durchgesetzt haben. Es wäre nett, wenn Sie der SPD einmal erklären würden, wie so etwas geht.

> (Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Die Forderungen, die Sie aufstellen, entsprechen übrigens breiter überparteilicher Übereinstimmung.

> (Jochen Ott [SPD]: Entspricht das der Wahrheit?)

- Aber selbstverständlich. Wie kommen Sie überhaupt auf die Idee, dass ich was Unwahres sagen könnte.

> (Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Landtag 30.04.2015 Nordrhein-Westfalen 8636 Plenarprotokoll 16/84

Deshalb ist der Antrag eigentlich überflüssig.

(Jochen Ott [SPD]: Aber Sie stimmen nicht zu!)

- Höre doch einmal zu.

Drücken Sie bitte auf die Uhr, wenn der immer dazwischenredet.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich würde das ja gerne tun, aber das lässt die Geschäftsordnung leider nicht zu.

Holger Müller*) (CDU): Das ist in Ordnung.

Die Zielrichtung des Antrages ist okay. Er ist zwar überflüssig, aber deshalb nicht falsch. Deshalb werden wir auch nicht dagegen stimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist kraftvoll! – Unruhe bei der SPD)

Nein, wir werden uns enthalten. Jetzt jammern Sie nicht herum.

Warum haben Sie – Sie legen doch sonst immer großen Wert auf Konsens – nicht ein einziges Mal versucht, mit uns als CDU in Kontakt zu treten, um dann einen gemeinsamen Antrag zu formulieren? Sie haben das deshalb nicht getan, weil es Ihnen um die Show geht, um darzustellen, wie toll Rot-Grün ist. Dabei könnt ihr natürlich andere Fraktionen nicht gebrauchen. Das ist klar. Das ist der Grund. Dann verlangen Sie von uns, Ihrem Schaulaufen auch noch zuzustimmen. Also mit mir geht das nicht. Das gibt es nicht.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Zu dem FDP-Antrag möchte ich Folgendes sagen: Er ist schon deutlich besser.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Das deshalb, weil er eine Zielrichtung hat, die Ihnen, Frau Paul, offensichtlich nicht gefällt. Er hat die Zielrichtung Landesentwicklungsplan. Man muss dabei sehen, was im Landesentwicklungsplan noch von Ihren hehren Worten übrig bleibt, was Sportanlagen und so weiter anbetrifft.

Wir werden also dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen.

(Beifall von der FDP)

Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Paul und Herr Kollege Bischoff

(Zuruf von der SPD: Weske!)

 Ich weiß, dass Herr Weske gesprochen hat, aber Sprecher ist Herr Bischoff –: Sie legen immer großen Wert auf Zusammenarbeit im Sport. Hier haben Sie eine Chance verpasst, das zu dokumentieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kerbein das Wort.

Dr. Björn Kerbein*) (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute zu einem wichtigen sportpolitischen Thema meine Premiere hier im Plenum habe. Die Messlatte liegt ziemlich hoch, Herr Müller. Sie haben eine sehr schöne, launige Rede gehalten – wunderbar.

Das Thema "Sportlärm" hält den Sport seit einiger Zeit in Atem. Immer wieder kommt es zu Konflikten zwischen Sporttreibenden und Anwohnern über Geräuschemissionen. Mitunter mussten an Sportplätzen teure Schallschutzanlagen errichtet werden. Für einige Vereine – das ist bereits erwähnt worden – ist sogar ein Mitgliederaufnahmestopp verhängt worden. Das sind dramatische Entwicklungen, die nicht zum Bild NRWs als Sportland Nummer eins passen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In unserer Landeshauptstadt wird deshalb fraktionsübergreifend – ich wiederhole: fraktionsübergreifend – gegen die Sportlärmproblematik gekämpft. Deshalb bin ich persönlich enttäuscht, dass wir im Landtag nicht ebenso verfahren.

(Beifall von der FDP)

Ich hätte es sehr begrüßt, meine Damen und Herren, wenn Sie von Rot-Grün im Vorfeld der heutigen Debatte auf uns, auf die Opposition zugekommen wären. Wir hätten gerne mit Ihnen ein einheitliches und gemeinsames Zeichen an die Sportwelt, an die Kommunen und an unsere Bürger gesendet, um die Sportlärmproblematik zu lösen. Aber Sie von der rot-grünen Regierungsseite haben es lieber bevorzugt, einen Antrag zu stellen, mit dem Sie sich alleine abfeiern lassen wollen. Über diesen Feierlichkeiten hängen allerdings nun wirklich dicke Wolken.

(Beifall von der FDP)

So ist doch längst die Bundesregierung zur Korrektur der Lärmschutzregularien bereit. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz.

(Jochen Ott [SPD]: Guter Mann!)

hat sich bereits Mitte Januar für eine Stärkung des Altanlagenbonus von Sportstätten und für eine Regelung analog zur Kinderlärmprivilegierung sowie für eine Überprüfung der Nutzungszeiten von Sportanlagen ausgesprochen.

Gerade deshalb verstehe ich Ihre Forderung nicht, dass die Landesregierung jetzt auch noch Prüfungen vornehmen soll, die auf Bundesebene doch schon längst im Gange sind. Hat die Landesregierung sonst nichts zu tun?

Noch einmal zur Kinderlärmprivilegierung. Das Eigenlob in Ihrem Antrag wäre nicht so gespielt, wenn Sie auch anerkennen würden, dass es 2011 die schwarz-gelbe Bundesregierung war, die diese richtungsweisende Grundsatzentscheidung auf den Weg gebracht hat.

Vor allem zeichnet sich Ihr Antrag durch schwache Forderungen aus. Gleich der erste Forderungspunkt scheint unter dem Motto zu stehen: Wenn ich mal nicht weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Dieser ist in diesem Fall ein runder Tisch. Dabei haben doch alle Beteiligten wie das Umweltministerium, das Sportministerium, die kommunalen Spitzenverbände und der Landessportbund erst im letzten Jahr im Rahmen eines Arbeitskreises zur Regelungsauslegung nach Modernisierung von Sportanlagen zusammengesessen. Jetzt also schon wieder? – Das ist doch wirklich Selbstbeschäftigungstherapie mit garantiert geringer Aussicht auf Erfolg.

(Beifall von der FDP und Holger Müller [CDU])

Ein sehr guter Sportsfreund von mir würde in dieser Situation sagen: Björn, wer hier nicht verrückt wird, ist nun wirklich selber schuld.

Zuletzt betrachten Sie in Ihrem Antrag gar nicht die landespolitische Dimension. Wenn nicht zeitnah eine Korrektur der Lärmregelung auf Bundesebene erfolgt, dann wird es zu einem Dilemma im Sport kommen. Denn eine Verlagerung von Sportanlagen an städtische Randgebiete wird es zukünftig nicht mehr geben, dem Landesentwicklungsplan sei Dank. Vielen Dank dafür und auch für die Vorlage. Vielleicht haben Sie den LEP, Frau Paul, nicht richtig verstanden. Die geplanten Neuregelungen sehen eine deutliche Verringerung des Flächenverbrauchs im Außenbereich vor. Das ist hier im Hause bereits vielfach diskutiert worden.

Also muss automatisch eine Konzentration auf bestehende Sportstätten erfolgen. Dementsprechend werden die Konflikte in der Anwohnerschaft also weiter steigen. Das liegt nicht im Sinne der Freien Demokraten.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen der Nutzung von Sportanlagen und dem Ruhebedürfnis von Anwohnern. Eine einseitige Problemlösung auf Kosten des Sports darf es nicht geben.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Ihr rot-grüner Antrag ist schwach und unvollständig. Das ist schon angedeutet worden, auch von Herrn Müller. Vielen Dank noch einmal dafür. Daher haben wir einen eigenen gestellt. Wir finden,

dass es unnötig ist, diesen Diskussionsprozess weiter in die Länge zu ziehen. Wir Freie Demokraten wollen daher zeitnah eine Lösung der Lärmproblematik, wobei das Vereinswesen nicht geschädigt werden darf und Kinder und Jugendliche nicht am Sporttreiben gehindert werden dürfen. Sport ist keine Ruhestörung, vor allem dann nicht, wenn er von Kindern und Jugendlichen mit Spaß und Freude ausgeübt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit, endlich politisch zu entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kerbein. Das war Ihre erste Rede als neuer Abgeordneter im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dazu darf ich Ihnen, wie es üblich ist, im Namen aller Fraktionen herzlich gratulieren.

(Beifall von allen Fraktionen)

Sie werden sehen, es wird Ihnen bei weiteren Debatten deutlich schwerer fallen, einen solchen umfassenden Beifall zu erzielen.

(Heiterkeit – Martin Börschel [SPD]: Es kommt ganz darauf an!)

Vielen Dank für die Erläuterung, Herr Kollege Börschel.

Wir fahren in der Plenardebatte fort. Daher erteile ich für die Piratenfraktion Herrn Abgeordneten Lamla das Wort.

Lukas Lamla*) (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe verbliebenen Zuschauer! Herzlich willkommen hier bei uns in Deutschland, in dem Land, in dem Sie an jeder Supermarktkasse ein Schild "Betreten des Rasens verboten" bekommen, in dem Land, in dem fast jeder Hinterhof oder Garagenhof ein Schild mit der Aufschrift "Ballspielen verboten" trägt, in dem Land, in dem die Geräusche von Kindern und Jugendlichen mit Industrielärm verglichen werden.

Es ist halt so, das werden wir vermutlich hier nicht ändern, aber dennoch gibt es einen guten Prozess, der erkannt hat, dass das nicht richtig sein kann. Und in diesem Prozess befinden wir uns gerade, und genau da hinein spielt der Antrag von Rot und Grün. Insofern ist alles unkritisch. Es wird gefordert, einen runden Tisch zwischen den Ministerien, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landessportbund einzuberufen. Im Jahr 2013 gab es ja bereits schon eine Arbeitsgruppe, die damals "Sportstättenlärm" hieß. Es ging also auch unkomplizierter, man hat aber hier diesen Weg gewählt. Sei es drum.

Wir Piraten halten diesen Antrag für unkritisch. Insofern habe ich meiner Fraktion empfohlen, dem rot-

grünen Antrag zuzustimmen. Denn wir Piraten sprechen uns für die Interessen von Kindern und Jugendlichen, von jungen Familien, von Sportbegeisterten aus und unterstützen jegliche Bestrebung in diese Richtung.

Beim FDP-Entschließungsantrag ging es mir so ähnlich wie Frau Paul. Ich habe ihn nicht so richtig verstanden. Ich frage mich, ob er die Intention trägt, vielleicht irgendwelche Auflagen für Großveranstaltungs- bzw. Multifunktionsarenen zu lockern. Ich weiß es nicht. Daher werden wir uns zu diesem Entschließungsantrag enthalten.

Das war es schon mit meiner Rede. – Ich danke Ihnen trotzdem für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich könnte es mir jetzt einfach machen, indem ich darauf hinweise, dass die Argumente in der Debatte eigentlich schon von allen vorgetragen worden sind, dass der Interessenkonflikt vorhanden ist, so wie er dargestellt wurde.

In der Tat wollen alle politischen Kräfte, dass die Möglichkeiten der sportlichen Betätigung und der Bewegung immer da unterstützt werden, wo es möglich ist, und dass das natürlich auch ohne Einschränkungen geschieht.

Andererseits gibt es eben auch das Individualrecht, von Lärm nicht beeinträchtigt zu werden, weil Lärm eben auch krank macht.

Und es gibt die Fürsorgepflicht der Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das ist nämlich nicht banal. Wir haben auch Menschen, die auf Ruhe angewiesen sind, beispielsweise Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter.

Bei diesem Interessenkonflikt ist es nicht immer ganz einfach, Lösungen zu finden: zwischen individualen Anspruchsrechten auf der einen Seite und gesellschaftlich berechtigten Ansprüchen auf der anderen Seite, wo es darum geht, die Grenzen nicht zu eng zu ziehen.

Darum bemühen wir uns. Deshalb ist es nicht falsch, Herr Müller, zum Gespräch aufzurufen, eben nicht den Klageweg zu suchen, direkt das Gericht anzurufen, sondern miteinander zu sprechen, die Konflikte auszutragen, zu besprechen. Das ist die einfachste Form. Deshalb der Hinweis, die zuständigen Behörden zu kontaktieren, um diese Gespräche zu ermöglichen. Oft spricht man ja noch nicht mal miteinander, sondern sucht direkt den Behör-

denweg und den Klageweg. Deshalb gibt es das Angebot, miteinander ins Gespräch zu kommen und gegebenenfalls Lösungen zu finden.

Zum Zweiten verhalten wir uns als Landesregierung genau so, wie es uns die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag aufgeben.

Wir sind zurzeit in Arbeitsgruppen mit allen Beteiligten unterwegs, verschiedene Fallkonstellationen zu besprechen, die Anforderungen an eine Veränderung der Bundesrahmengesetzgebung auszuloten, eine entsprechende Bundesratsinitiative daraus abzuleiten und zu prüfen, inwieweit hier Individualrecht und gesellschaftlicher Anspruch miteinander in Einklang zu bringen sind.

Der politische Auftrag ist damit klar. Wir werden genauso vorgehen, miteinander in den verschiedenen Arbeitskreisen, die wir in Nordrhein-Westfalen bereits haben, weiter sprechen und dann auf Bundesebene initiativ werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 11.

Ich komme zur Abstimmung erstens über den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8442. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Diese führen wir jetzt durch. Deshalb frage ich, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer stimmt dagegen? – Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist dann die CDU-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der Antrag Drucksache 16/8442 angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8563. Wer möchte dem seine Zustimmung geben? – Das sind die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Und die Enthaltungen kommen demnach von der Piratenfraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8563 abgelehnt.

Wir beenden den Tagesordnungspunkt 11.

Ich rufe auf:

12 Europäisierung der Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 13 der Fraktion der CDU Drucksache 16/7452 Antwort der Landesregierung Drucksache 16/8338

Ich eröffne über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Korte das Wort.

Kirstin Korte^{*)} (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wegfall der Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen wird in den Medien bisweilen als Hauptursache steigender Kriminalitätsraten dargestellt und von EU-Gegnern gerne instrumentalisiert. Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang leider, dass das Zusammenwachsen der EU-Mitgliedsstaaten auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung geführt hat.

Die vorliegende Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion macht deutlich, dass im Zuge dieser Entwicklung vielfältige Möglichkeiten für eine vertiefte Polizeizusammenarbeit auf europäischer Ebene geschaffen wurden. Die Polizei operiert hier inzwischen durchaus erfolgreich. Beispielhaft erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Einrichtung von sogenannten gemeinsamen Ermittlungsgruppen, die Durchführung gemeinsamer Polizeistreifen in den Grenzregionen oder internationale Fahndungsmaßnahmen.

Der geringe Stellenwert, den die rot-grüne Landesregierung diesen Kooperationsmaßnahmen bislang zumisst, ist allerdings bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Ich verweise dazu auf die Beantwortung der Fragen 14 bis 24, in denen die CDU-Fraktion konkret zur Arbeit der gemeinsamen Ermittlungsgruppe nachgefragt hat.

Die Landesregierung kann keine Angaben dazu machen, wie viele dieser GEGs seit Inkrafttreten des Rechtshilfeübereinkommens im Jahre 2000 eingerichtet wurden. Sie weiß auch nicht, welche Länder jeweils den Anstoß zur Gründung dieser Ermittlungsgruppen gegeben haben. In welchen Deliktbereichen diese eingerichtet wurden, für welche Zeiträume sie existierten und wie erfolgreich diese Gruppen waren, ist auch nicht bekannt. Sie weiß lediglich, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen sich in den vergangenen 15 Jahren an gerade mal vier gemeinsamen Ermittlungsgruppen beteiligt hat.

Hinzu kommt, dass die Vermittlung des Wissens um entsprechende Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der Polizeiausbildung in Nordrhein-Westfalen schlichtweg keine Rolle spielt.

Wie sich aus der Antwort auf die Frage 27 ergibt, werden ausschließlich im Rahmen der Fortbildung –

ich zitiere – "Bezüge zum Europarecht und zu grenzüberschreitenden operativen Kooperationen vermittelt".

Meine Damen und Herren, das ist eine freundliche Umschreibung dafür, dass die gesamte Thematik im Bereich Aus- und Fortbildung der Polizei praktisch keine Rolle spielt.

(Beifall von der CDU)

Dass die Landesregierung zu Beginn ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU gleichwohl versucht, sich mit vermeintlichen Erfolgen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zu brüsten, das ist ziemlich plump. Der 13-seitige Hinweis auf sinkende Fallzahlen im Bereich Menschenhandel, Rauschgiftkriminalität und Drogenschmuggel ist dazu jedenfalls denkbar ungeeignet. Jeder, der sich auch nur ein wenig mit diesen Straftaten auskennt, weiß, dass es sich dabei um klassische Kontrolldelikte handelt. Das heißt, wenn wir hier weniger Personal einsetzen, werden automatisch weniger Fälle bekannt.

Die mitgeteilten Fallzahlen sind deshalb unbrauchbar und bilden die Realität nicht ab. Hier fehlt eindeutig die Einbeziehung des Dunkelfeldes, das durch geeignete Studien und Informationen von Europol stärker in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerückt werden müsste. Die rot-grüne Landesregierung wäre deshalb gut beraten, endlich Kompetenzen zur Erfassung dieser Dunkelfelder zu entwickeln.

Zusammengefasst kann damit festgehalten werden: Um grenzüberschreitende Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen, bedarf es grenzüberschreitender Polizeizusammenarbeit.

Auf europäischer Ebene wurden dazu bereits vielfältige Kooperationsmöglichkeiten eröffnet, die in Nordrhein-Westfalen aber kaum bekannt sind und entsprechend wenig genutzt werden. Die rot-grüne Landesregierung hat dieses Potenzial offenbar bis heute nicht erkannt.

Ich appelliere daher an den Innenminister, hier eine stärkere Koordinationsrolle einzunehmen und dem Innenausschuss künftig einen jährlichen Bericht zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit vorzulegen.

Darüber hinaus würde es meine Fraktion begrüßen, wenn die Europäisierung der Polizeiarbeit künftig eine höhere Wertschätzung in Nordrhein-Westfalen erfahren würde. Wir könnten uns beispielsweise gut vorstellen, dass die Wahrnehmung bestimmter Führungsfunktionen innerhalb der Polizei verstärkt von internationaler Erfahrung abhängig gemacht wird.

NRW sollte deswegen großen Wert darauf legen, permanent mit eigenen Beamten im deutschen Verbindungsbüro von Europol und anderen europäischen Agenturen vertreten zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Korte. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Ganzke.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte und sehr geschätzte Frau Kollegin Korte – auch aus den Besprechungen im Innenausschuss –, wir haben uns innerhalb der SPD-Fraktion gefragt: Wer wird wohl zu diesem Thema sprechen? Als dann herauskam, dass Frau Kollegin Korte spricht, und sie in ihrem ersten Satz anfing, von einer vertieften Zusammenarbeit zu sprechen, da dachte ich: Könnte es doch einmal sein, dass eine Kollegin der CDU aus dem Innenausschuss vielleicht auch einmal etwas Positives über die Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen sagt? – Ich muss festhalten: Aufgrund der weiteren Sätze von Ihnen konnte ich leider nicht feststellen, dass dies so positiv war von Ihnen.

Sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage "Europäisierung der Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen" diskutieren wir heute – da sind wir, glaube ich, unterschiedlicher Meinung – eine Bestandsaufnahme einer konkreten Zusammenarbeit der Polizei unseres Landes mit anderen europäischen Sicherheitsbehörden. Wir diskutieren aber auch den nicht zu unterschätzenden Anteil der Polizei Nordrhein-Westfalen an internationalen Friedensmissionen.

Deshalb möchten wir seitens der SPD-Fraktion zunächst insbesondere dem Innenministerium und allen an der Erstellung der Antwort Beteiligten für die unserer Ansicht nach sehr ausführliche und informative Beantwortung danken, weil damit eine gute Grundlage für die heutige Debatte geschaffen wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kollegin Korte, das ist immer so eine Sache: Es wird eine Große Anfrage nach vorne gebracht, weil man Informationen und Zahlen haben möchte. Sich aber hier hinzustellen und zu sagen: "Wir haben jetzt zwar Zahlen, aber es wurde vergessen, die Dunkelfeldzahlen mitaufzunehmen", das ist unserer Ansicht nach auch nicht Sinn und Zweck einer solchen Großen Anfrage.

Diese Große Anfrage behandelt tatsächlich ein Thema, das sich in der heutigen Zeit mit einem Informationsüberfluss eher am Rande der öffentlichen Wahrnehmung bewegt. Von daher finden wir es seitens der SPD-Fraktion gut, dass mit dieser umfangreichen Antwort der Landesregierung einmal ausführlicher dargestellt werden kann, welch hervorragende Arbeit unsere Polizistinnen und Polizisten leisten, um erfolgreich gegen die sogenannte

grenzüberschreitende Kriminalität vorzugehen oder auch mit sehr hohem Ansehen an weltweiten Friedensmissionen mitzuwirken.

Unserer Ansicht nach – gerade auch bei einer zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung unserer Welt – sorgt die Polizei in Nordrhein-Westfalen dafür, dass sich global entwickelnde Kriminalität wirksam bekämpft werden kann. Denken wir da allein nur an die rasante Entwicklung der Internetkriminalität, die sich noch nie um offene oder geschlossene Grenzen geschert hat.

Uns erscheint aber besonders bedeutend – auch darauf weist die Antwort der Landesregierung unmissverständlich hin –, dass der politische Wille hier in Nordrhein-Westfalen vorhanden ist, angesichts sich ständig wandelnder Kriminalitätsphänomene die zur Verfügung stehenden Instrumente regelmäßig fortzuentwickeln und ihre Anwendung an veränderte Herausforderungen anzupassen.

(Beifall von der SPD)

Dies ist nämlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, umso wichtiger, weil wir eines eben nicht ändern können, und zwar die geografische Lage Nordrhein-Westfalens inmitten Europas, und in diesem Zuge die Tatsache, dass unser Land mit seinen gut ausgebauten Verkehrswegen und seiner Infrastruktur natürlich auch Straftätern die Möglichkeit bietet, teilweise von weit weg zur Tatausübung anzureisen und genauso schnell wieder zu verschwinden.

Wie wir alle – auch Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion – nicht erst seit dieser Antwort auf die Große Anfrage wissen, ist unsere Polizei unter anderem mit dem Konzept "Mobile Täter im Visier" auf einem guten Weg, um gegenüber überregional agierenden Tätern noch wirksamer und nachhaltiger vorzugehen.

Das bedeutet für uns seitens der SPD-Fraktion: Nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Aber wir glauben, dass die vorliegende Antwort der Landesregierung deutlich macht, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf einem sehr guten Weg sind, der auch den internationalen Vergleich überhaupt nicht scheuen muss.

Vieles von dem, was in der Antwort auf die Große Anfrage ausgeführt wurde, ist leider einer breiten Öffentlichkeit gar nicht so bewusst. Deshalb ist wohl auch Ziel dieser Großen Anfrage, dass wir sie behandeln und in die Öffentlichkeit tragen. Vor dem Hintergrund haben die Fragen genau das bewirkt, was wir alle gemeinsam wollen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kritikerinnen und Kritiker der EU führen häufig an, dass mehr Europa nicht nur weniger Grenzkontrollen, sondern auch mehr grenzüberschreitende Kriminalität bedeuten würde. Das sind die platten Argumente derjenigen, die ohnehin Vorbehalte gegen die EU und die EU-Ostererweiterung haben. Doch so einfach und monokausal sind die Zusammenhänge nicht.

Das stellt auch die Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage fest – ich zitiere –:

"Grenzüberschreitende Kriminalität ist eine Begleiterscheinung zunehmender Internationalisierung und Globalisierung in allen Bereichen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse. Sie kann aus heutiger Sicht weder quantitativ noch qualitativ monokausal und geografisch begrenzt auf den Wegfall der Binnengrenzen zwischen den zum Schengenraum gehörenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union zurückgeführt werden."

Meine Damen und Herren, das müssen wir immer wieder deutlich machen, wenn Rechtspopulisten versuchen, die Öffnung der Grenzen als Wahlkampfthema auszunutzen, auf die sie ihre fremdenfeindliche Argumentation stützen. Da sind wir alle als demokratische proeuropäische Parteien in der Pflicht.

Dennoch müssen wir uns mit internationaler und grenzüberschreitender Kriminalität auseinandersetzen. Denn sowohl der gemeinsame europäische Binnenmarkt als auch die Globalisierung und die Digitalisierung fordern neue Antworten auf grenzüberschreitende Rechtsverstöße und Kriminalität.

Die europäische Zusammenarbeit in Strafsachen besteht schon seit den 90er-Jahren. Seither wurde auch dieser Bereich der Europäischen Union zunehmend harmonisiert. Zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruption und Terrorismus brauchen wir diese Zusammenarbeit. Nicht zuletzt haben die menschenverachtenden Anschläge von Paris gezeigt, wie wichtig die Weitergabe von Informationen, Beweisen und Analysen ist. Auch für Bekämpfung von Menschenhandel oder international agierenden Wohnungseinbrechern brauchen wir eine gut funktionierende europäische Zusammenarbeit.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 hat die Vereinheitlichung und Demokratisierung dieser Regeln eine neue Dimension angenommen. Die europäische Polizeibehörde Europol, die europäische Justizbehörde Eurojust und Frontex sind EU-Agenturen geworden. Das Europäische Parlament hat volle Mitbestimmungsrechte bei der Schaffung von Verfahrensstandards. Darüber hinaus gibt es nun eine Grundlage für eine europäische Staatsanwaltschaft. Die Europäische Kommission hat dazu erste Vorschläge vorgelegt.

Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen stützt sich dabei vor allem auf die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zollbehörden und die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden. Eine effektive Kriminalitätsbekämpfung in der Europäischen Union braucht diese Zusammenarbeit auf der Basis hoher Standards.

Für uns Grüne nehmen vor allem starke Beschuldigtenrechte und die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität eine zentrale Rolle ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen liegt – Kollege Ganzke hat es schon ausgeführt – im Herzen des Schengenraums. Nordrhein-Westfalen ist zudem Transitland mit wichtigen und hochfrequentierten Verkehrswegen zwischen den westlichen und östlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Auch deswegen ist die europäische Zusammenarbeit für uns unverzichtbar. Diese Zusammenarbeit durchzieht alle Aufgabenbereiche der Polizei unseres Landes.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage macht klar: Wir als Land Nordrhein-Westfalen schöpfen unsere Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit voll aus. Die umfassende Nutzung der Instrumente grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch Polizei und Justiz und die erforderliche Qualifikation der Bediensteten sind für uns von nicht zu unterschätzender Bedeutung, um Kriminalität effektiv vorzubeugen und zu bekämpfen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ganzke, Sie haben gesagt, die Antwort der Landesregierung wäre sehr ausführlich. 46 Fragen auf nur 87 Seiten zu beantworten, finde ich persönlich eher blass und nicht sonderlich ausführlich.

Aber Kernaussage der Landesregierung ist ja: Zur Verhütung von Straftaten sowie zur Gewährleistung einer effektiven Strafverfolgung sind wirksame Instrumente der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union unabdingbar erforderlich. Primär müssen wir jedoch unsere Hausaufgaben vor Ort machen.

Vielleicht wäre es insoweit besser gewesen, erst einmal Fragen der landesweiten Zusammenarbeit in verschiedenen polizeilichen Bereichen und akuten Kriminalitätsfeldern, wie zum Beispiel der Einbruchskriminalität, zu stellen, ganz zu schweigen von der bundesweiten Zusammenarbeit der Länder, bei der es ohne Frage noch Verbesserungsbedarf gibt.

Jede vierte Straftat in Deutschland ereignet sich in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist zudem Einbrecherland. Alle zehn Minuten wird in Nordrhein-Westfalen eingebrochen. Leider stellen Sie in der Antwort zu Frage 1 zu grenzüberschreitender Kriminalität erneut, wie auch schon in der PKS-Erläuterung, nur die Wohnungseinbruchskriminalität in Zahlen dar, obwohl in Frage 4 eindeutig das gesamte Spektrum der Einbruchskriminalität hinterfragt wird, Herr Minister.

Die wahren Zahlen sind doch: 504.000-mal wurden Bürger bzw. Unternehmen in Nordrhein-Westfalen in Ihrer Amtszeit Opfer eines Verbrechens: 504.000-mal mit einem Schaden von über 1,1 Milliarden €! Das ist nur die Beute; Aufbruchschäden sind noch nicht eingeschlossen.

Dann berichten Sie in Ihrer Antwort auf die Große Anfrage von jährlichen, mal halbjährlichen Aktionstagen, von Projekten, Schwerpunkteinsätzen – ein paar wenige Male im Jahr –, teilweise grenzüberschreitend geplant, teilweise mit Beamten im Austausch, aber im Grunde immer nur vereinzelt, punktuell.

Verbrecher sind aber jede Woche unterwegs. Sie sind jeden Tag 24 Stunden bei der Arbeit. Daher fragen wir, wo denn die kontinuierlichen Gesamtmaßnahmen bleiben.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen verstärkte Schwerpunktkontrollen mit Überraschungsmoment. Wir brauchen spezielle Kontroll- und Fahndungseinheiten, die die Autobahnen auf reisende Täter hin kontrollieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir schon von grenzüberschreitender Kriminalität und Polizeiarbeit reden, dann muss ich auch auf den Punkt "Zuhälterei und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung" kommen. Hier ist die Zahl der Ermittlungsverfahren und überführten Täter stark rückläufig. Das Dunkelfeld ist dafür sehr groß. Das Leid der Opfer ist erschreckend groß. Immer wieder offenbaren Ermittlungsverfahren, dass Frauen gerade aus Osteuropa mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt, auf brutalste Art und Weise gefügig gemacht und zur Prostitution gezwungen werden. Sie werden in Zeitungsanzeigen, im Internet, in Flatratebordellen als Ware angeboten. Sie werden unter unwürdigsten Bedingungen quasi "gehalten", zwischen Bordellen hin und her verbracht und verkauft. Sie werden erniedrigt, missbraucht, gequält, bedroht und misshandelt.

Gleichzeitig bekommt eine moderne europäische Gesellschaft diese kriminelle Parallelwelt nicht unter rechtsstaatliche Kontrolle. Es kann doch nicht sein, dass die brutalen Ausbeuter offen eine Gewalt- und Drohkulisse aufbauen, Macht und Luxus zur Schau stellen und sich in großem Umfang mit ihrem kriminellen Geld in die legale Wirtschaft einkaufen und Gelder waschen.

(Beifall von der FDP)

Darüber muss man nicht nur entsetzt sein. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir müssen noch viel, viel stärker gegensteuern.

821 polizeiliche und ordnungsbehördliche Kontrollen in Prostitutionsstätten im Jahr 2013 sind gemessen an der Zahl der Örtlichkeiten und Personen im Rotlichtmilieu bei Weitem nicht ausreichend. Die Ausbeuter können sich freuen, dass die Höhe der polizeilich beschlagnahmten Vermögenssummen verschwindend gering ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das in einem ganz ruhigen Ton, weil es mir hier absolut um die Sache geht: Wir brauchen in diesem Bereich einen verstärkten, einen intensiven Personaleinsatz. Wir müssen hier eine massive Kontrolldichte haben. Wir brauchen auch einen viel höheren Verfolgungsdruck. Und wir müssen endlich ausreichend scharfe gesetzliche Regelungen verabschieden, die das besser ermöglichen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal kann man sagen, dass die Antwort auf die Große Anfrage keinen wirklichen Anlass zur Panik im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalitätsentwicklung gibt. Zitat aus der Antwort, Seite 18:

"Ein unmittelbarer Zusammenhang der Fallzahlentwicklung der Gesamtkriminalität und der grenzüberschreitenden Kriminalität mit dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens im Jahr 1995 ist nicht festzustellen."

Es wurde schon viel gesagt. Ich möchte auf ein paar andere Sachen eingehen, die uns wichtig erscheinen.

Das wichtige Thema "Menschenhandel" hat Herr Lürbke ebenfalls schon genannt. Die Zahlen sind offenkundig rückläufig. Allerdings dürfen wir uns von diesen Zahlen nicht täuschen lassen; denn ein Rückgang der Fallzahlen bedeutet nicht, dass tatsächlich ein Rückgang der Kriminalität zu verzeichnen ist. Womöglich trauen sich die betroffenen Frauen und Mädchen nur immer weniger, sich der Polizei anzuvertrauen.

Wir von der Piratenfraktion hatten dazu einen Antrag gestellt. Wir haben dazu auch eine Anhörung durchgeführt. Uns erscheint ein Bleiberecht für die Opfer von sexueller Ausbeutung wichtig, und zwar unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft, damit sich diese Frauen endlich anvertrauen können, ohne Angst vor Verfolgung im Heimatland haben zu müssen.

(Beifall von den PIRATEN)

Interessant fand ich auch, dass die Landesregierung nicht auf die Problematik von posttraumatischen Belastungsstörungen bei Polizisten, die sich im Ausland befunden haben, eingegangen ist. In Ihrer Antwort auf die Frage 33 sind Sie eher an der kurzen Leine. Familienfeste sind schön und gut. Aber wie sieht es aus, wenn die Beamten aufgrund ihrer Diagnose nicht mehr arbeiten können? Sind die Beamten vorher ausführlich über dieses Risiko informiert worden? Werden die Beamten im Zweifel einfach nur dienstunfähig, oder kann man das zumindest als qualifizierten Dienstunfall bewerten?

Auch die Nachsorge scheint aus meiner Sicht völlig unzureichend zu sein. Zwar gibt es ein Nachbereitungsseminar. Aber wann findet das statt und wie lange dauert es? Das sage ich insbesondere im Hinblick darauf, dass eine PTBS auch erst Jahre später auftreten kann und dass eine PTBS schon per Definition mindestens sechs Monate angehalten haben muss.

Auch die polizeiliche Seelsorge ist nicht verkehrt. Aber eine PTBS ist eine psychische Erkrankung. Da brauche ich keinen Pfarrer, sondern einen qualifizierten Therapeuten. Wird den Betroffenen zum Beispiel bei der Suche nach einem Therapeuten geholfen, oder werden sie mit ihren Problemen alleine im Regen stehen gelassen?

Es gibt keine Antworten auf all diese Fragen. In der Bundeswehr hat dieses Thema in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Auch bei der Polizei in NRW gibt es dahin gehend noch einigen Regelungs- und Diskussionsbedarf.

Der Prozess der Europäisierung der Polizeiarbeit findet seit zwei Jahrzehnten statt. Dabei wurden und werden durch die Mitgliedsstaaten über die Jahre immer mehr Felder vergemeinschaftet. Europol wurde zunächst als Stelle für die Koordination und den Informationsaustausch aufgebaut. Informationen sollen dort zusammengetragen werden und mithilfe der Europoldatenbank von den jeweiligen Behörden in den Ländern abgefragt werden können.

Die Behörden zeigen sich bei der Befüllung der Datenbanken mit Informationen allerdings eher zurückhaltend, da das Vertrauen zwischen den Ländern teils gering ist. Man will die Informationen natürlich nur mit Vertrauten teilen. Es gibt beispielsweise viele wissenschaftliche Publikationen, in denen sehr offen über das Problem einiger osteuropä-

ischer Polizeien und sonstiger Dienste geschrieben wird, die zum Teil sehr massiv von russischen Geheimdiensten unterwandert sind. Und wenn wir uns mal unsere aktuelle BND-Affäre anschauen, dann stellen wir fest, dass derartige Probleme offenkundig auch bei uns bestehen und nicht nur bei den anderen.

Um seine Daseinsberechtigung zu erhalten, will Europol aktuell mehr Kompetenzen bekommen. Europol bringt sich zum Beispiel gerade im Bereich der Internetüberwachung auf Position.

Zusammenarbeit ist schön und gut, aber nur, wenn sie sich auch bewährt. Es sollen nicht ständig Kompetenzen auf die EU übertragen werden, die in Deutschland im Übrigen nur schwerlich umzusetzen wären. Bevor die Zusammenarbeit gestärkt wird, müssen aus unserer Sicht zunächst noch einige Punkte erfüllt werden. Wir können gerne über eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der EU-Länder reden. Es spricht aus unserer Sicht dem Grunde nach erst mal nichts dagegen, darüber zu debattieren.

Aber Europol und ausländische Büros dürfen beispielsweise nicht dazu dienen, das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten einfach zu umgehen. Deutschland hat eine strikte Trennung zwischen den Diensten. Die anderen EU-Länder gehen nicht so weit.

In der Vergangenheit wurde immer wieder bemerkt, dass ausländische Kontakte genutzt wurden, um Informationen zu erhalten, die Polizei und Geheimdienste in Deutschland nicht direkt teilen dürfen, um damit eben dieses Trennungsgebot umgehen zu können. Europäisierung der Polizeiarbeit darf nicht heißen, dass deutsche Gesetze ausgehebelt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Weiterhin stelle ich fest: Eine Zusammenarbeit der Polizeien darf nur auf einer starken Datenschutzgrundlage geschehen. Der Entwurf für eine Datenschutzrichtlinie für den Polizei- und Justizbereich muss gestärkt und unterstützt werden. Da spreche ich insbesondere die CDU an, die ja auch gerne eine Zusammenarbeit möchte. Sie aber sind es, die diese Richtlinie ständig blockieren.

Die europäische Zusammenarbeit und damit der Datenaustausch wird zunehmen. Auf EU-Ebene wird gerade das Datenschutzpaket diskutiert, zudem noch eine Richtlinie für den Polizei- und Justizbereich. Die Richtlinie wurde bislang zu stiefmütterlich behandelt. Die Mitgliedsstaaten verwehren sich gegen die hohen Datenschutzregeln. Das müssen wir ändern. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Anfrage 13 und deren Antwort umfassen über 100 Seiten. Das mag ein kleiner Hinweis darauf sein, meine Damen und Herren, dass die grenzüberschreitende Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen für die Polizeibehörden von entscheidender Bedeutung ist. Das gilt nicht nur für die Quantität, sondern vor allem auch für die Qualität.

In unserer Antwort haben wir einen großen Überblick darüber gegeben, welche Methoden und Instrumente unserer Polizei im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Sie stellt, wie ich finde, auch sehr ausführlich dar, welche dieser Möglichkeiten sehr konkret genutzt werden.

Dazu zählen, um ein Beispiel aufzugreifen, gemeinsame Streifen mit Polizeibeamtinnen und -beamten aus dem Ausland. Genauso gehören dazu aber gemeinsame Ermittlungsgruppen, ein enger Austausch von Informationen und die Kooperation mit den europäischen Agenturen, insbesondere mit Europol. Weiter zählt dazu die enge Zusammenarbeit in ausgewählten Deliktsbereichen – einige sind hier schon genannt worden –, beim grenzüberschreitenden Betrug, beim Menschenhandel, vor allem aber auch bei der Eigentumskriminalität.

Gerade im letzten Bereich ist die europäische Zusammenarbeit von Nordrhein-Westfalen aus besonders ausgeprägt. Sie wissen – das haben wir schon oft im Innenausschuss, aber auch hier im Plenum diskutiert –, dass die Zunahme der Einbruchskriminalität in Deutschland im Wesentlichen auf mobile, international agierende Banden zurückzuführen ist. Diese reisen durch unsere Nachbarstaaten ein, um hier in Nordrhein-Westfalen Wohnungseinbrüche zu begehen. Aufgrund der guten Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen erfolgt der Transport der Beute zum Teil sehr schnell nach der eigentlichen Tat ebenfalls ins Ausland.

Um diesem besonderen Kriminalitätsphänomen besser zu begegnen, haben wir MOTIV ins Leben gerufen. Der Abgeordnete Ganzke hat dies gerade erläutert. Im Rahmen dieses MOTIV-Konzeptes arbeiten wir beispielsweise sehr eng mit bulgarischen und rumänischen Polizeibehörden zusammen. Allein die Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern hat dazu geführt, dass wir 35 Intensivtäter im Bereich der Einbruchskriminalität haben identifizieren können.

Darüber hinaus gleichen unsere Behörden die ihnen vorliegenden Erkenntnisse mit den zentralen Auswertestellen der Polizei in den Niederlanden und

Belgien ab. Zudem erfolgt über Europol und Interpol ein länderübergreifender Informationsaustausch.

Wie erfolgreich diese Zusammenarbeit ist, will ich an zwei kleinen Beispielen deutlich machen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 467 sogenannte Intensivtäter im Bereich Einbruchskriminalität identifiziert. Über 84 – das wissen wir aufgrund dieser Zusammenarbeit – gibt es polizeiliche Erkenntnisse in den Niederlanden. Über die 60 MOTIV-Täter gibt es polizeiliche Erkenntnisse bei der Polizei Belgiens. Für unsere Polizeibehörden sind diese Zusammenhänge wichtig, um effektiver gegen diese Täter vorgehen zu können.

Die Antwort insgesamt macht deutlich, dass unsere präventiven, aber auch repressiven Ansätze tatsächlich Wirkung zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch auf einen Aspekt besonders eingehen, der in dieser Großen Anfrage leider nur einen verhältnismäßig kleinen Teil darstellt, und zwar auf die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen der nordrhein-westfälischen Polizei mit einer ganzen Reihe von Beamtinnen und Beamten. Ich habe von den Frauen und Männern, die diese Friedensmissionen aktiv betreiben, unglaublich viel Respekt. Sie tragen, wie ich finde, einen großen Teil dazu bei, den Demokratiegedanken auch in andere Regionen der Welt zu tragen - dahin, wo es notwendig ist. Sie helfen diesen Ländern beim Aufbau einer Sicherheitsstruktur, einer Rechtsstaates und einer Demokratie. Das ist für uns hier völlig selbstverständlich, in vielen Teilen der Welt ist dies aber nicht oder nur kaum vorhanden.

Unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen leistet damit nicht nur im Inland, sondern gerade auch im Ausland sehr viel für Frieden und Sicherheit. Dafür bin ich ihr als Innenminister – ich denke, auch im Namen des Parlamentes sprechen zu dürfen – sehr dankbar. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zur Antwort auf die **Große Anfrage 13** und stelle fest, dass sie damit zur Kenntnis genommen und **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

13 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/8446

erste Lesung

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream! Wie die Anhörung zu unserem Antrag "Kinderrechte wirklich umsetzen" ergab und wie es auch im Kinderreport 2015 des Deutschen Kinderhilfswerkes nachzulesen ist, gibt es große bis gravierende Mängel bei der Umsetzung der UNMenschenrechtskonvention über die Rechte der Kinder vor allem im Bereich Partizipation. Partizipation und Mitbestimmung sind aber die Königsdiszip-

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Wegner

von den Piraten hat das Wort.

(Beifall von den PIRATEN)

Frau Prof. Dr. Gaby Flösser vom Deutschen Kinderschutzbund sagte dazu – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin – in der Anhörung:

linen bei der Umsetzung der Menschenrechte der

"Kinderrechte – was ist das? ... Das ist nicht nur Beteiligung, aber ...: Die Beteiligung ist die Nagelprobe."

Weiter sagte sie:

Kinder.

"Eine Kritik – gerade auch aus der Praxis – an Kinderrechten ist, dass man bei der Beteiligung davon ausgeht, dass sie ein Luxusproblem sei und die beiden anderen Säulen"

- also Schutz und Förderung -

"viel basaler seien. Ich sehe als Nagelprobe für die Kinderrechte, ob tatsächlich in allen Bereichen Beteiligungsrechte verwirklicht werden."

Zitat Ende.

Alle Sachverständigen waren sich darin einig, dass es gerade bei der Partizipation und der Mitbestimmung, wie sie in den UN-Menschenrechten der Kinder vereinbart wurden, in den Kindertageseinrichtungen auch hier in Nordrhein-Westfalen zumindest noch erhebliche bis gravierende Mängel bestehen.

Der Kinderreport 2015 des Deutschen Kinderhilfswerks kommt aufgrund von Umfragen unter Kindern auch aus Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

"Die Kindergärten scheinen dagegen nicht als ein Ort angesehen zu werden, an dem Kinderrechte eine Rolle spielen."

Im Fazit des Kinderreports 2015 heißt es dann weiter:

"Der Vergleich dieser Umfrageergebnisse hat verdeutlicht, dass im Verlauf der letzten Jahre bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen keine Fortschritte erzielt worden sind."

Zitat Ende.

In einer anderen Sache waren sich die Sachverständigen in der Anhörung allerdings auch einig: Unser damaliger Antrag ging ihnen nicht weit genug. – Herr Dr. Remi Stork von der Freien Wohlfahrtspflege fasste dies in der Anhörung wie folgt zusammen – ich zitiere erneut mit Erlaubnis der Präsidentin –:

"Sie haben gemerkt, dass viele von uns"

- er meinte die Sachverständigen -

"Kinderrechtsbeauftragte etwas einfacher finden oder eher ablehnen. ... nur 'Haltung' ist mir zu luschig. Natürlich ist die Haltung das Wichtigste. Aber die Haltung verändert sich auch durch Gesetze ..."

Zitat Ende.

Daraufhin haben wir unseren Antrag im Ausschuss zurückgezogen. Wir haben unseren Antrag aber nicht nur zurückgezogen, denn die Missstände bestehen ja. Wir haben uns mit einem großen Teil der Sachverständigen aus der Anhörung in Verbindung gesetzt und sie gefragt, wie weit, wenn ihnen unser Antrag nicht weit genug geht, man ihrer Meinung nach dann gehen sollte.

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen herzlich bedanken, die an dem Gesetzentwurf mitgearbeitet und uns beraten haben. Das waren Vertreter der Organisationen Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Arbeitsgemeinschaft "Offene Kinder- und Jugendarbeit", die Falken Nordrhein-Westfalen, der Fachverband "Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen", der Zweckverband "Katholische Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Essen". Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Vertretern der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und des Deutschen Kinderschutzbundes.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn ohne ihr Engagement und ihre tatkräftige Mitarbeit wäre dieser Gesetzentwurf so mit Sicherheit nicht zustande gekommen. Vielen Dank noch einmal.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist der heute von der Piratenfraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes. Aufgebaut ist der Gesetzentwurf relativ einfach. Er besteht aus zwei Paragrafen, die in das Kinderbildungsgesetz eingeführt werden sollen. Im ersten Paragrafen werden die Rechte der Mitbestimmung, der Information und der Beschwerde von Kindern in einer Kita definiert, aber – und das ist sehr wichtig – nicht abschließend.

Im zweiten Paragrafen wird jede Kindertageseinrichtung verpflichtet, ein Konzept zur entwickeln, wie die Kinder ihre Rechte in der Kindertageseinrichtung wahrnehmen können – also zum einen die klar defi-

nierten Rechte aus dem ersten Paragrafen und zum anderen auch weitere Rechte. Dabei werden den Einrichtungen keine weiteren Vorschriften gemacht, wie sie die Rechte der Kinder umsetzen sollen. Sie sollen ein Konzept entwickeln und müssen festschreiben, wie dies vor Ort geschehen soll.

Die formellen Regeln sollen eben in einem möglichst großzügig vorgegebenen Rahmen direkt vor Ort entwickelt und vor allem auch weiterentwickelt werden können. Gleichzeitig wird mit dem Gesetz aber sichergestellt, dass das Recht auf Partizipation und Mitbestimmung von allen Kindern in den Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen erlebt und wahrgenommen werden kann, eben weil Partizipation und Mitbestimmung mit diesem Gesetz eine klar definierte Aufgabe der Kindertageseinrichtungen werden sollte.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Olaf Wegner (PIRATEN): In den Kindertageseinrichtungen, in denen die Beteiligung der Kinder an Entscheidungen schon vorbildlich umgesetzt wird, wird dieses Gesetz nichts ändern. Dieses Gesetz ist für die Kindertageseinrichtungen gedacht, in denen Partizipation und Mitbestimmung schlecht bis gar nicht umgesetzt werden. Und dass dies leider immer noch viel zu viele sind, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Olaf Wegner (PIRATEN): ... wird ja wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Ich wünsche mir und hoffe auf eine lösungsorientierte Diskussion im Ausschuss, damit die Kinder in den Kitas in Nordrhein-Westfalen ihre Rechte wahrnehmen können, die ihnen laut der UN-Menschenrechtskonvention über die Rechte der Kinder zustehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute erneut über das Thema "Partizipation von Kindern im Elementarbereich". Ich glaube, man kann sagen, dass dieses Thema allen Familienpolitikern in diesem Haus wichtig ist – egal, aus welcher Fraktion sie kommen.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir Anfang der Legislaturperiode darüber diskutiert haben, ob wir das Modellprojekt "Kinder gestalten aktiv ihre Lebenswelt" neu auflegen sollten. Wir sind dann

mehrheitlich zu dem Schluss gekommen: Nein, es fehlt uns nicht an Erkenntnislagen zum Thema "Partizipation", auf die uns ein Modellprojekt aufmerksam machen müsste. Wir wissen bereits heute, dass die altersgemäße Beteiligung von Kindern zum einen funktioniert und zum anderen ihre Persönlichkeitsentwicklung massiv fördert. Gestärkt werden das Lern- und das Sozialverhalten, aber auch die Sprachkompetenz. – Und weil wir das alles wissen, haben wir in Nordrhein-Westfalen die Beteiligung von Kindern auch in den Bildungsgrundsätzen verankert.

In Ihrem Gesetzentwurf behaupten Sie, die Partizipation und Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen sei formell nicht sichergestellt. Das ist schlichtweg falsch. Formeller als durch ein Gesetz kann Partizipation gar nicht geregelt sein. Deshalb haben SPD und Grüne in der jüngsten Revision des Kinderbildungsgesetzes den § 13 Abs. 6 aufgenommen. Dort heißt es:

"Kinder sollen ihrem Alter, ihrem Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechend bei der Gestaltung des Alltags in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege mitwirken. Sie sind vom pädagogischen Personal bei allen sie betreffenden Angelegenheiten alters- und entwicklungsgerecht zu beteiligen."

Im gleichen Absatz ist auch geregelt, dass die Einrichtungen entsprechende Verfahren erarbeiten müssen, und auch Beschwerdemöglichkeiten sind vorgesehen.

Wir als SPD sind stolz darauf, dass wir die frühkindliche Partizipation verbindlich in das Gesetz geschrieben haben. Jetzt legen Sie uns einen Entwurf vor, mit dem Sie ausgerechnet diesen Absatz streichen wollen. Was die Piraten uns dann als Alternative hier sehr detailverliebt präsentieren, macht nicht den Eindruck, für jede Einrichtung praxistauglich zu sein

Gestern fand hier im Landtag – Sie haben auch von den "Falken" gesprochen – ein Parlamentarischer Abend dieser Jugendorganisation statt. Das ist ein Jugendverband, der die Mitbestimmung und die demokratische Teilhabe von klein auf in den Blick nimmt. Darum habe ich mich gestern auch mit vielen Mitgliedern der "Falken" ausgetauscht, und der einhellige Tenor war: Partizipation ist nicht in erster Linie eine Frage der Methode, es ist vielmehr eine Frage der Haltung.

(Beifall von der SPD)

Beim Lesen Ihres Gesetzentwurfs habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie sich vielmehr sehr kleinteilig mit Formalien befassen. Da ist viel von neuen Dokumentationspflichten die Rede. Wenig praxistauglich scheint auch die Idee, den Rat der Kindertageseinrichtung quasi in eine Genehmigungsbehörde umwandeln zu wollen, wenn es einmal nicht zu einer Einigung zwischen der Kinder-

gruppe und den Erzieherinnen und Erziehern gekommen ist.

Meine Damen und Herren, dort sind die Kinder gar nicht vertreten. Der Rat der Kindertageseinrichtung besteht aus Vertretern des Trägers, des Personals und dem Elternbeirat und soll sich mit den grundsätzlichen Fragen von Bildung und Erziehung in der Einrichtung befassen. Da erwarte ich durchaus, dass Partizipation ein Thema ist. Aber mit dem Tagesgeschäft wird sich der Rat nicht befassen können.

Ich befürchte, dass Ihr Entwurf verkennt, wie viele unterschiedliche Beteiligungsformen die Einrichtungen bereits entwickelt haben. Das müssten Sie, Herr Wegner, doch auch erleben, wenn Sie sehenden Auges durch Ihren Wahlkreis gehen. Viele wissen vielleicht, dass die Kita "Pöppenteich", die schon häufig ein positives Beispiel in unserem Ausschuss war, ihren Sitz in meinem Heimatdorf hat. Diese Kita arbeitet mit einer Verfassung, und Mitbestimmung funktioniert durch Kinderkonferenzen und ein Kinderparlament.

Aber das ist nicht der einzige Weg, Partizipation zu fördern. Die AWO-Kita "Lummerland" in Detmold geht beispielsweise nach dem individuellen Konzept der offenen Arbeit vor. Selbstbestimmung ist dabei die Grundidee. Die Kinder entscheiden frei, wie sie ihren Vormittag am liebsten verbringen möchten.

Herr Wegner, ich befürchte, Ihr Gesetzentwurf wird diesen unterschiedlichen Wegen wenig gerecht.

(Beifall von der SPD und Andrea Asch [GRÜNE])

Insgesamt hören Sie meine Skepsis heraus. Ich freue mich aber darauf, die Debatte im Ausschuss vertiefen zu können.

Da dies der letzte Tagesordnungspunkt des heutigen Tages ist, wünsche ich an dieser Stelle allen einen schönen 1. Mai. Denn der 1. Mai ist vor allen Dingen ein Tag der Partizipation. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer. Bleiben Sie bitte gleich hier vorn. Der Kollege Wegner hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Olaf Wegner (PIRATEN): Es stimmt so nicht und steht auch so nicht im Gesetz, dass der Rat der Kindertageseinrichtung das hinterher bestimmen soll.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch!)

Dort steht, dass, wenn es keine Einigung gibt, es dann die Leitung macht und dass das dann im Nachhinein vom Rat der Kindertageseinrichtung bestätigt wird. Das wird sehr wahrscheinlich in den meisten Fällen eine formale Sache sein. Aber wir möchten an dieser Stelle gerne, dass die Eltern die Möglichkeit haben, zu überprüfen, was die Erzieher an der Stelle gemacht haben.

An einer anderen Stelle haben Sie gesagt, dass Sie glauben, dass das für viele Kitas nicht zutrifft. Genau das haben wir herausgenommen. Sie hatten zwei schöne Konzepte genannt. Die passen hierzu, denn es geht jedes Mal darum, dass nur ein Konzept entwickelt wird. Es steht in dem Antrag überhaupt nicht, in welche Richtung das Konzept zu gehen hat, außer dass es demokratisch zu sein hat.

Das müsste eigentlich auf jede Kita anzuwenden sein. Ich kenne keine Kita, die schon genau diesen Dingen entspricht, die es wirklich gut macht. Es geht um die Kitas, die es noch nicht machen. Sie sagen, es gebe viele Kitas, die es gut machen. Die Untersuchungen von Fachleuten und gerade vom Kinderschutzbund und auch jetzt der Kinderreport sagen etwas anderes. Jetzt ist die Frage: Glaube ich den Fachleuten oder nicht? Sie sagen gerade, denen glaube ich nicht so richtig ...

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Zeit.

Olaf Wegner (PIRATEN): ... denn es läuft eigentlich gut.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Kollege Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Wegner, dass Sie mir noch die Gelegenheit geben, ein wenig ausführlicher Stellung dazu zu nehmen.

Sie haben eben mit Bezug auf das Stichwort "Genehmigungsbehörde", das ich genannt habe, aus Ihrem Gesetzentwurf zitiert. Wenn ich es richtig im Kopf habe, haben Sie aber bewusst das Wort "genehmigen" beim Zitieren herausgelassen. Aber es steht in dem Gesetzentwurf. Im Endeffekt wollen Sie diesen Rat zu einer Genehmigungsbehörde machen. Ob es eine Woche später oder eine Woche früher passiert, ändert an der Tatsache nichts.

Ich bin viel in Einrichtungen unterwegs, und das Wenigste, was ich da zu hören bekomme, ist der Wunsch nach neuen Dokumentationspflichten.

(Zuruf von Olaf Wegner [PIRATEN])

Wenn Partizipation eine Frage der Haltung ist, dann muss ich doch die Erzieherinnen und Erzieher davon überzeugen, mit guten Beispielen – davon haben wir eine Menge in diesem Land – voranzugehen. Auch die Kita "Lummerland", die ich eben hervorgehoben habe, ist nicht die einzige. Es ist eine Vielzahl von Kitas, die so vorgeht. Aber ich muss doch die Erzieherinnen und Erzieher davon überzeugen und nicht mit einer Misstrauensbekundung

und einem detailverliebten Apparat an Dokumentationspflichten vorgehen. Ich glaube, so werden wir Begeisterung für Partizipation nicht bei denen wecken, die Sie genau im Blick haben.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Bernhard Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Maelzer, Ihr Spruch "Wir wissen alles" hat mich ein bisschen schockiert.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das habe ich so nie gesagt!)

Das können Sie im Protokoll noch einmal nachlesen; ich habe es genau verstanden.
 Das bezweifle ich doch sehr stark. Denn wenn Sie schon alles wüssten, dann hätten Sie in der Zwischenzeit schon wesentlich mehr unternehmen müssen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich würde Ihnen empfehlen: Nicht so viel reden, tun Sie mal ein bisschen mehr.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir haben das ins Gesetz geschrieben, was Sie jahrelang nicht hinbekommen haben!)

Meine Damen und Herren, aufgrund unserer Anträge vom Juni 2008 "Kinder gestalten aktiv ihre Lebenswelt" und vom Februar 2013 "Kinderstuben der Demokratie" haben wir uns hier im Landtag bereits ausgiebig mit Beteiligungsrechten von Kindern beschäftigt.

Wir haben in unserer Regierungszeit Modellprojekte entwickelt, auf denen wir heute aufbauen können. Teilhabe, Mitsprache und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Kindern bedeuten, Demokratie im Alltag zu erleben. Die Beteiligung von Kindern sollte gelebter Alltag sein.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der Piraten entspricht im Wesentlichen den Vorstellungen des Modells der CDU "Kinderstube der Demokratie zur aktiven Beteiligung von Kindern im Alltag der Kindertageseinrichtungen".

Als problematisch betrachten wir jedoch erstens den weiteren Dokumentationsaufwand – da bin ich mit dem Kollegen einig – im Hinblick auf den neu vorgesehenen § 13 d Abs. 4, zweitens die Verwendung eines eigenen Budgets für jede Gruppe mit einem erweiterten Verwaltungsaufwand und drittens die zusätzliche Dokumentation der Entscheidungen.

Wir sind gespannt auf die weitere fachliche Beratung im Fachausschuss. Ich wünsche Ihnen einen schönen 1. Mai. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, lieber Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig. Unser Land braucht Kinder und Jugendliche, die ihr Leben selbst gestalten und die über ihre eigene Zukunft mitbestimmen wollen. Die Kitas sind die Kinderstuben der Demokratie. Diese Leitlinie hat die damalige grüne Kinderministerin in Schleswig-Holstein geprägt, meine damalige Kollegin Anne Lütkes. Das gilt immer noch. Wir haben das schon bei verschiedenen Anhörungen hier im Hause besprochen und debattiert. Es ist schön, dass wir, glaube ich, fraktionsübergreifend hier einen Konsens haben, dass die Beteiligungsrechte von Kindern zu stärken sind.

Uns als rot-grüner Koalition ist dieses Thema so wichtig, dass wir es ausführlich in die zweite KiBiz-Änderung mit aufgenommen haben. Wir haben dort nicht nur den Bezug zum § 6 der Landesverfassung noch einmal aufgenommen. Das sind die Kinderrechte. Darauf sind wir ja sehr stolz, dass wir das hier in der Landesverfassung normiert haben. Wir haben auch die Beteiligungsrechte von Kindern ausführlich in den Gesetzestext aufgenommen und dort formuliert.

Ich will das einmal vorlesen. Denn ich bin auch ein Stück stolz darauf, dass wir das in ein Kindergartengesetz in dieser Form hineingenommen haben. In § 13 Abs. 6 KiBiz steht:

"Daher sollen Kinder ihrem Alter, ihrem Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechend bei der Gestaltung des Alltags in der Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege mitwirken."

Dann geht es weiter:

"Zum Wohl der Kinder und zur Sicherung ihrer Rechte sind in Tageseinrichtungen geeignete Verfahren der Beteiligung und die Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten vorzusehen und zu praktizieren."

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind sehr weitreichende Formulierungen. Damit haben wir als Gesetzgeber sehr klar den Auftrag an die Kitas, an die Träger formuliert, die Kinder dort mitzunehmen und zu beteiligen.

Nun wollen die Piraten diese Gesetzespassage noch weiter ausführen. Sie wollen das zum Beispiel mit einer jährlichen Berichtspflicht versehen und damit noch stärker normieren. Landtag

Abgesehen davon, dass wir befürchten, dass damit ein sehr hoher bürokratischer Aufwand für die Beschäftigten in Einrichtungen geschaffen würde - das sind ja weitreichende Dokumentationspflichten und andere, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf vorsehen -, ist eine solche enge Vorgabe ein Eingriff in die pädagogische Arbeit der Einrichtungen.

Ich würde auch mal vermuten, dass damit die Hoheit der freien Träger kaum zu vereinbaren ist. Die Trägerhoheit ist ein wichtiger Grundsatz. Im Konsens mit den Trägern sollten wir an dieser Hoheit nicht rütteln.

Wir haben in den letzten Anhörungen zum Thema "Kinderbeteiligung" wertvolle Anregungen der Sachverständigen bekommen. Sie haben es ja bereits erwähnt. Ich finde, eine ist besonders wichtig, die vom Kinderschutzbund. Der hat uns nämlich darauf hingewiesen, dass es Optimierungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten bei der konkreten Umsetzung gibt, also nicht bei den gesetzlichen Regelungen, sondern zum Beispiel bei der Haltung, die Erwachsene gegenüber Kindern einnehmen, bei der Mitnahme der Kinder, bei der Ansprache der Kinder. Da gibt es noch konkrete Umsetzungsdefizite. Das müsste in prozessorientierten Maßnahmen in der Ausbildung, in der beruflichen Weiterbildung thematisiert und vermittelt werden. Hier geht es um die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages, der im Kinderbildungsgesetz jetzt ausreichend normiert ist.

Also: Wir brauchen keine schärfere gesetzliche Regelung. Wir müssen uns aber in der Tat noch einmal fragen, ob es in der Umsetzung nicht Verbesserungen geben müsste.

Aber um diese und weitere Fragen zu diskutieren, werden wir in den Beratungen noch genug Möglichkeiten haben. Es ist ja heute erst die erste Lesung Ihres Gesetzentwurfs. Von daher glaube ich, dass wir noch spannende Diskussionen miteinander führen werden.

Für heute Abend wünsche ich Ihnen vielleicht einen schönen Tanz in den Mai, wenn wir es alle noch schaffen, dorthin zu kommen, und vor allen Dingen wünsche ich Ihnen einen schönen Feiertag morgen. - Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. Bleiben Sie gleich hier, Frau Kollegin Asch! Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sie hatten gerade - genauso wie die Kollegen vorhin schon - die Dokumentationspflicht, die wir mit in diese Paragrafen geschrieben haben, kritisiert. Ich möchte gerne noch einmal darauf hinweisen, dass es sich hier nicht um eine Dokumentationspflicht im üblichen Sinne handelt, sondern - das ist auch ganz klar sowohl im Paragrafen als auch in der Erklärung noch einmal gesagt worden - es geht um eine Dokumentationspflicht, damit die Kinder verstehen, was passiert ist. Es geht also um eine ausschließliche Dokumentationspflicht für die Kinder.

Jetzt kommen wir auch wieder zu einem Punkt, bei dem ich sage: In den Kitas, in denen es jetzt schon gut läuft, muss es diese Dokumentationspflicht geben. Sonst funktioniert das nicht. Das heißt: Es ist auch wieder nur eine Veränderung. Ja, es wird eine Mehraufgabe für die Kitas sein, die jetzt eine Aufgabe, die man meiner Meinung nach auch aus ihren derzeitigen Regeln ableiten könnte, die sie aber nicht ableiten, ganz klar auferlegt bekommen. Dies ist für die Kinder zu dokumentieren, nicht für die Erwachsenen. Natürlich haben die Erwachsenen ein Einsichtsrecht in diese Dokumentation. Sie muss aber an den Kindern orientiert werden.

> (Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wieso diskutieren Sie das nicht im Ausschuss?)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. - Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Kollege Wegner, ich glaube, dass wir im Ausschuss und auch bei den weiteren Beratungen Ihres Gesetzentwurfs hinreichend Gelegenheit haben,

> (Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

diese Fragen miteinander zu bereden. Heute Abend besteht keine Notwendigkeit dazu. - Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

> (Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Kerbein das Wort.

Dr. Björn Kerbein*) (FDP): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ja eine Fortsetzung. Kürzlich hatten Sie, liebe Piraten, bereits einen Antrag zum Thema "Kinderrechte" eingereicht, der ebenfalls auf die Beteiligung in Kitas zielte. Auch dort wollten Sie mit einer Fachkraft in den Einrichtungen Vorgaben machen.

Liest man sich das Protokoll der Anhörung dazu durch, ist man ein Stück weit überrascht, dass Sie daraus die Konsequenz ziehen: Jetzt erst recht; jetzt machen wir direkt einen Gesetzentwurf daraus. - Denn wenn man eines nicht aus der Anhörung herauslesen kann, dann ist es doch: Macht mehr Vorschriften; macht mehr Bürokratie.

Ich lese daraus vielmehr Folgendes: Ja, wir wollen mehr Beteiligung; ja, wir brauchen ein viel größeres Bewusstsein dafür, dass wir schon unsere Kleinsten für voll nehmen und sie ihre Entscheidung treffen lassen. Dafür brauchen wir gute Konzepte, die wir aber erst noch für die Fläche entwickeln müssen. Alle Experten haben deutlich gesagt: Wir brauchen ein umfassendes Konzept für Beteiligung. Wir müssen das groß denken.

Das ist auch genau unsere Haltung zu diesem Thema. Sie wissen, dass die FDP hier auch schon einige wichtige Impulse gegeben hat. Deshalb wiederhole ich gerne das, was mein Kollege Marcel Hafke bereits zu Ihrem Antrag gesagt hat: Wir teilen Ihre Analyse in vielen Punkten. Auch wir wünschen uns, dass Beteiligung in Kitas zum Standard wird und nicht ein nettes Anhängsel ist, das sich nur manche leisten.

Aber glauben Sie denn im Ernst, dass man das Bewusstsein für Beteiligung verordnen kann? Und glauben Sie im Ernst, dass Sie die Kitas als Partner für den Ausbau einer Beteiligungskultur gewinnen, wenn Sie ihnen jetzt solche Vorschriften machen? Das halten wir für den komplett falschen Weg. Nicht zuletzt wissen wir doch, dass die Kitas ohnehin überlastet sind. Die bürokratischen Pflichten aus dem KiBiz sind enorm. Die Erwartungen an die Erziehung steigen. Die Finanzierung ist unzureichend. Vor diesem Hintergrund ist es einfach das falsche Signal, noch mehr Vorschriften draufzusatteln, zumal Ihre sehr detaillierten Gesetzesänderungen das ja generalstabsmäßig vorgeben.

Vor allem aber ist an Ihrem Gesetzentwurf aus Beteiligungssicht und aus fachpolitischer Sicht ein Aspekt problematisch: dass Sie glauben, den einzig richtigen Weg zu kennen. Sie schlagen genau ein Modell vor.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Es ist insofern positiv, als dass es weitgehend mit wirklicher Entscheidungskompetenz der Kinder verbunden ist. Ich bin auch ein großer Kritiker von Alibibeteiligung. Das kann man Ihrem Vorschlag nicht vorwerfen. Ihr Modell ist weit gehend.

Damit ist es aber auch sehr voraussetzungsvoll. Es gibt sicher Gruppen, in denen man das durchaus in den Alltag implementieren kann. Es gibt aber auch Kinder, für die dieses Modell nicht passend ist. Wir wissen aus der Partizipationspraxis nun einmal, dass nicht jedes Modell überall passt. Und vor allem wissen wir – das ist auch in der Anhörung deutlich geworden –, dass wir die Einrichtungen erst einmal befähigen müssen, solche umfassenden Konzepte umzusetzen.

Insofern sehen wir Ihren Gesetzentwurf kritisch. Ich nehme an, dass Sie durch Ihren Gesetzentwurf Konsequenz beweisen wollen. Ich würde mir aber wünschen, dass wir das fachpolitisch breiter aufstellen. Es ist auch gerade schon bei den Interventio-

nen deutlich geworden, dass wir das im Fachausschuss noch näher beleuchten werden.

Sie wissen, dass die FDP sich auch in diesem Parlament immer sehr für Beteiligung starkgemacht hat. Das möchte ich als neues Mitglied im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend auch gerne tun.

Lassen Sie uns gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir das Bewusstsein für Beteiligung schon unserer Jüngsten entwickeln und stärken können.

Lassen Sie uns noch einmal schauen, welche Modellprojekte wir für die Kitas empfehlen und dann weiterentwickeln können – aber dann bitte im Dialog mit den Einrichtungen.

Schließlich wiederhole ich das, was die FDP hier schon immer gefordert hat: Lassen Sie uns ein umfassendes Konzept für Beteiligung in diesem Land entwickeln. Lassen Sie uns groß denken.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss. Zunächst wünsche ich aber einen schönen 1. Mai. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zum Thema "Partizipation" und seiner Bedeutung ist von den Vorrednerinnen und Vorrednern alles gesagt worden. Das möchte ich nicht wiederholen.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass der § 13a des Kinderbildungsgesetzes nach unserer Revision auch etwas zu den Rechten der Kinder sagt.

Die Piraten möchte ich bitten, sich vor der Diskussion im Ausschuss noch einmal in Kindertageseinrichtungen umzuhören, selbst dorthin zu gehen, sich das anzuschauen, mit den Kitateams zu sprechen und zu fragen, ob sie in den Kitas noch weitere Dokumentationsverfahren haben wollen.

Ansonsten freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 13.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/8446 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen – oder sich enthalten? – Das

ist beides nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Damit sind wir auch am Ende unserer heutigen Plenarsitzung.

Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen Abend, den entsprechenden Spaß, falls Sie in den Mai tanzen, und einen guten 1. Mai. Denjenigen, die sich ein längeres Wochenende gönnen können, wünsche ich viel Freude dabei.

Das Plenum berufe ich wieder ein für Mittwoch, den 20. Mai dieses Jahres, 10 Uhr.

Alles Gute und einen angenehmen Abend!

Schluss: 19:07 Uhr

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)